Mittwoch, 19. Februar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 42 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7.00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2.20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6.50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Philippinen: Präsident Marcos hat der Opposition im Land zum erstenmal offen mit Gewalt und der Kirche mit „Säuberung" gedroht. Die Kirche dulde „Kommunisten" in ihren Reihen. Unterdessen hat der Sonderbeauftragte von US-Präsident Reagan, Philip Habib, Gespräche mit Regierungsmitgliedern geführt. (S. 12)

Indien: Die führenden nationalen und regionalen indischen Oppositionsparteien haben die Bevölkerung zu einem Generalstreik am 28. Februar aufgerufen. Sie wollen damit gegen die von der Regierung Gandhi verfügten Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln und Erdöl-Produkten protestieren.

China: Die 1985 gegründete chinesisch-sowjetische „Große Kommission", die alljährlich die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern überprüfen soll, tagt im März in Peking. Moskau wird auf dieser Konferenz vom Ersten stellvertretenden Regierungschef, Iwan Archipow, vertreten.

Diepgen: Berlins Regierender Bürgermeister sieht keinerlei Veranlassung zu personellen Veränderungen im Senat vor dem Hintergrund der schwelenden Korruptions- und Parteispendenaffäre. Diepgen kündigte zehn Maßnahmen an, die künftig für mehr Transparenz im Bauwesen sorgen sollen. (S. 12)

Neue Heimat: Aus dem gemeinnützigen Unternehmensbereich des Gewerkschaftskonzerns sind von 1974 bis 1980 Spenden von mindestens 880 000 Mark an die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung geflossen. Diese und auch andere Zahlungen wurden unter eindeutigem Verstoß gegen das Gemeinnützigkeitsrecht geleistet. (S. 2 und 12).

Gorleben: Die Polizei hat ein Hüttendorf auf dem Gelände des geplanten atomaren Endlagers bei Gorleben geräumt. Sie registrierte die Personalien von 18 Kernkraftgegnern, die dort seit Sonntag in Zelten campiert hatten. Zahlreiche Holzhütten wurden demontiert, ohne daß es zu Zwischenfällen kam.

Heute in der WELT

Wo steht die Krebsforschung?

Beim Kampf gegen den Krebs geht die Medizin neue Wege. Die Forscher sind den Ursachen der Tumorentstehung auf der Spur. Gezieltere Therapie mit geringeren Folgen heißt die Devise. Immer deutlicher wird auch, wie wichtig die psychosoziale Nachsorge der Patienten ist. Führende Wissenschaftler des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg kommen in der Dokumentation der WELT zu Wort. Seite 6

Interview mit Schtscharanski

„Entweder Sie legen ein Geständnis ab und halten eine Pressekonferenz und helfen uns in unserem Kampf gegen die Dissidenten – und dann lassen wir Sie nach Israel ausreisen – oder Sie werden zum Tod verurteilt. Da gibt es keinen Ausweg." Mit solchen Drohungen versuchten die sowjetischen Vernehmungsoffiziere Anatoli Schtscharanski einzuschüchtern. Er blieb standhaft. Seite 3

WIRTSCHAFT

Energiemarkt: Billigeres Öl begünstigt auch die Verbraucher von Erdgas. Dafür sorgt die Koppelung des Gaspreises an den Preis des leichten Heizöls. Die Korrekturen erfolgen in halbjährigen Etappen auf der Basis der Entwicklung im vorausgegangenen Halbjahr. Der Erdgaspreis folgt dem für leichtes Heizöl aber nur dann, wenn die Stufe wenigstens fünf Prozent beträgt. Kleinere Preisschritte würden den Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen. (S. 13)

USA: Der Verfall des Ölpreises wird für die USA zu einem zweischneidigen Schwert; insgesamt profitiert die Wirtschaft, doch eine Pleitewelle rollt durch die Ölbranche. Ihr steht eine tiefgreifende Umstrukturierung bevor; die führenden Konzerne werden noch größer, kleine Firmen bleiben in immer stärkerem Maße auf der Strecke. (S. 13)

Börse: Massive Kaufaufträge aus dem In- und Ausland führten an den Aktienmärkten zu einem Kursanstieg auf breiter Front. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 275,51 (267,55). BHF Rentenindex 105,789 (105,741). BHF Performance Index 101,492 (101,418). Dollarmittelkurs 2,3524 (2,3456) Mark. Goldpreis pro Feinunze 332,40 (333,00) Dollar.

KULTUR

Stationen: Sarkastisch, ironisch und auch selbstkritisch markiert er die Punkte einer Antikarriere. Der in Erfurt geborene Dichter Jürgen K. Hultenreich, heute im Westen, provoziert ein Lachen, das einem beim zweiten Lesen vergeht. (S. 25)

Walter Dahn: Unter den Künstlern der „Mülheimer Freiheit" hat er den Part des Moralisten übernommen. Seine dunkel verquere Sicht auf Leben und Welt spiegelt sich in den Gemälden, Zeichnungen und Skulpturen, die in Basel ausgestellt sind. (S. 25)

SPORT

Fußball: Der an der Leiste operierte Bremer Stürmer Rudi Völler wird nur dann bei der Weltmeisterschaft in Mexiko dabei sein, wenn er auch die beiden letzten Testspiele der Nationalmannschaft mitmachen kann. (S. 10)

Tennis: Die Heidelbergerin Steffi Graf schied mit der Französin Catherine Tanvier beim Turnier in Boca West (US-Bundesstaat Florida) im Doppel aus. Sie verloren gegen Fernandez/White (USA) mit 2:6, 2:6. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Panik: Dutzende von Menschen wurden von einem Flammenmeer in einem 13stöckigen Bürohochhaus in Rio de Janeiro eingeschlossen; die Polizei sprach von 24 Toten. Mehr als 40 – darunter auch Feuerwehrleute – wurden verletzt. (S. 26)

Journalistenschule: Neue Wege bei der Ausbildung des journalistischen Nachwuchses werden im Axel Springer Verlag mit der Gründung einer Journalistenschule beschritten, die dem Vermächtnis Axel Springers gewidmet ist. (S. 26)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Gorbatschow setzt sich durch. Grischin verläßt auch Politbüro

Jelzin steigt zum Kandidaten auf / Schlag gegen Breschnews „alte Garde"

RMB./DW. **Moskau**

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat weitere Veränderungen an der Spitze der KPdSU durchgesetzt. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees wurde gestern der frühere Chef der Moskauer Parteiorganisation, Viktor Grischin, auch als Politbüro-Mitglied entlassen. Gleichzeitig stieg der im Dezember vergangenen Jahres zu Grischins Nachfolger in der Hauptstadt berufene Boris Jelzin zum Kandidaten dieses obersten Führungsgremiums auf.

Nach Grischins Sturz war es für viele Beobachter nur noch eine Frage der Zeit, wann er aus dem Politbüro ausgeschlossen würde. Es hat dem 71jährigen nichts genützt, daß er noch im Oktober vergangenen Jahres Selbstkritik übte. Nach seiner Ablösung sind aus Breschnews-Politbüro von 1980 nur noch zwei Genossen übrig: das nominelle Staatsoberhaupt Andrej Gromyko und Gorbatschow selbst.

Grischin, ein enger Weggefährte des früheren Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew, soll im März 1985 gegen die Ernennung Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär gewesen sein. Er galt als Galionsfigur der „alten Garde" hoher Funktionäre, die der Politik des neuen ersten Manns im Kreml im Wege standen.

Für viele Beobachter unerwartet wurde auch ZK-Sekretär Konstantin Russakow (77) aus einem Amt entfernt. Er war im ZK für die Beziehungen zu den regierenden kommunistischen Parteien zuständig. Für seine Ablösung wurden „gesundheitliche Gründe" angegeben. Daß der mit dem Lenin-Orden dekorierte Funktionär Russakow in Pension geschickt wurde, liegt voll auf Gorbatschows Linie, jüngere Leute seiner Wahl um sich zu scharen.

Grischins Nachfolger Jelzin (54) war von Gorbatschow erst im April vergangenen Jahres nach Moskau gerufen worden, nachdem er als Ingenieur viele Jahre im Ural gearbeitet und dort seit 1976 die Parteiorganisation der Region Swerdlowsk geleitet hatte. Als ZK-Sekretär war er mit Fragen des Bauwesens beauftragt gewesen. In dieser Funktion hatte er in den Monaten vor dem Sturz Grischins scharfe Kritik an der Moskauer Stadtverwaltung geäußert. Mit seinem Aufstieg zum Politbüro-Kandidaten gab Jelzin sein Amt als ZK-Sekretär ab, da es mit seiner Spitzenfunktion in der Hauptstadt nicht vereinbar sei, hieß es.

Jelzin werden enge Verbindungen zu Ministerpräsident Nikolai Ryschkow und dem Politbüro-Mitglied Ligatschew nachgesagt, die beide aus Sibirien stammen. Ligatschew gilt in der Partei-Hierarchie als die Nummer zwei.

Das Politbüro hat jetzt elf Vollmitglieder. Auf der gestrigen Plenarsitzung des Zentralkomitees wurden eine Reihe von Dokumenten, mit denen sich der am 25. Februar in Moskau beginnende XXVII. Parteitag befassen wird, erörtert und gebilligt, berichtete die Nachrichtenagentur Tass. Reden hielten Gorbatschow und Ryschkow.

Der bevorstehende Kongreß der KPdSU soll Abschied nehmen von dem bisher gültigen Parteiprogramm, das aus der Zeit Nikita Chruschtschow stammt. Unausgesprochen bescheinigt die sowjetische Partei dem Mann, der auf dem XX. Parteitag 1956 den toten Stalin vom Sokkel stieß, daß er als dessen Nachfolger den Mund zu voll nahm: Die Programmkommission unter Gorbatschows Leitung hat unter anderem den Satz gestrichen: „Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation des Sowjetvolkes wird im Kommunismus leben."

DER KOMMENTAR

Entscheidung im Kreml

CARL GUSTAF STRÖHM

In Moskau sind zwei weitere wichtige Personalentscheidungen im Sinne Gorbatschows gefallen: Viktor Grischin, der bereits als Parteichef der sowjetischen Hauptstadt abgesetzt und scharf kritisiert worden war, verlor nun auch seinen Sitz im Politbüro. Zugleich wurde ZK-Sekretär Konstantin Russakow, ein alter Gefolgsmann Breschnews, der jahrelang für die Beziehungen zu den anderen kommunistischen Regimen zuständig war, in Pension geschickt.

Im Politbüro der sowjetischen KP sind damit unter den Vollmitgliedern nur noch drei „Überlebende" der alten Ära im Amt: Gromyko, der kasachische Parteichef Kunajew und sein ukrainischer Kollege Schtscherbizkij. Letztere wurden aber bereits auf ihren jeweiligen Kongressen scharf kritisiert, und sie mußten Selbstkritik üben. Der Glanz des langjährigen Architekten der sowjetischen Außenpolitik Gromykos, schon vor längerer Zeit auf das einflußlosere Amt des Staatsoberhauptes abgeschoben, ist sehr matt geworden. Am einschneidendsten wirken Gorbatschows Eingriffe im ZK-Sekretariat – also der Schaltstelle und Kommandozentrale der Parteiführung. Nur noch ein einziger ZK-Sekretär – Ligatschow – ist außer Gorbatschow selber zugleich auch Mitglied des Politbüros sowie Mitglied des Sekretariats. Eine solche Einschränkung hat es in der Sowjetunion noch nie gegeben. Früher gab es immer mehrere Politbüro-Mitglieder, die zugleich ZK-Sekretäre waren und bestimmte Aufgaben wahrnahmen.

Diese „Enthaltsamkeit" – die für den Einzelgänger Ligatschow zunächst einen erheblichen Machtzuwachs bedeutet – könnte ein Symptom dafür sein, daß Gorbatschow zwar stark genug ist, um negative Entscheidungen zu fällen, also nicht genehme Leute abzusetzen, aber nicht stark genug, um schnell in sämtliche Schlüsselpositionen seine eigenen Leute zu plazieren. Gorbatschow sind zumindest jetzt noch Grenzen gesetzt.

Unruhe in der NATO über US-Pläne

Nur die Sowjets würden Mittelstreckenraketen behalten / Hat Kohl bereits zugestimmt?

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die geheimen Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und den NATO-Partnern über die zukünftige Verhandlungsposition Washingtons bei den Mittelstreckenwaffen haben ein neues Stadium erreicht. Wie zuverlässig verlautet, ventilieren die Vereinigten Staaten die Frage, ob die europäischen Alliierten mit einer Lösung einverstanden wären, bei der bis auf eine bestimmte Zahl sowjetischer SS-20-Raketen östlich des 80. Längengrades alle Mittelstreckenwaffen beseitigt würden. Die neuen Vorstellungen werden als „modifizierte Null-Lösung" bezeichnet.

Der Plan soll auf Vorstellungen aus dem Weißen Haus zurückgehen. Er soll die Zustimmung von Bundeskanzler Helmut Kohl gefunden haben, der dem Vernehmen nach in dieser Sache einen bisher noch nicht beantworteten Brief von Präsident Reagan erhalten hat. Der Entwurf der Antwort Kohls soll bereits geschrieben, aber noch nicht abgeschickt worden sein.

Im NATO-Rat wurden die neuen Überlegungen in der vergangenen Woche vom Sonderbotschafter des Präsidenten und ehemaligen Chefunterhändler der USA bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen, Paul Nitze, vorgetragen. Während Großbritannien und Frankreich die amerikanischen Überlegungen zum Teil in geradezu schroffer Form abgelehnt haben sollen, signalisierte die Bundesrepublik Deutschland nach diesen Berichten ihr Einverständnis.

In maßgeblichen NATO-Kreisen haben die neuen Überlegungen der Amerikaner schockiert. Es wird eine Krise der Sicherheitspolitik der Allianz vorausgesagt.

Nach den neuen Plänen würden die Sowjets in Sibirien rund 200 Atomsprenköpfe auf ihren SS-20-Raketen behalten. Von Westeuropa aus könnten Nuklearwaffen sie nicht mehr erreichen. Nur die Sowjetunion sei dann noch in der Lage, Westeuropa mit Atomwaffen anzugreifen.

Außerdem soll eine Obergrenze für die rund 600 sowjetischen Kurzstreckenraketen vorgeschlagen werden, von denen ein Teil (SS-22) Ziele in der Bundesrepublik von sowjetischem Territorium aus erreichen könnte. Allein auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verblieben danach Raketen dieser Kategorie (Pershing 1A), die eine Reichweite von 800 Kilometern haben.

NATO-Fachleute befürchten durch eine derartige Lösung fundamentale Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Im Brüsseler NATO-Hauptquartier geht das Wort von der „antizipatorischen Unterwerfung Westeuropas unter die Sowjetunion" um. Die Koppelung zwischen den US-Interkontinentalraketen und den in Europa stationierten US-Atomwaffen wäre aufgehoben, die Möglichkeit einer Verselbständigung eines europäischen Konflikt würde wachsen. (SAD)

Tamilen reisen über die CSSR nach Bayern

W. K. **Bonn**

Nach dem Durchreisestopp der „DDR" für Tamilen von Ost-Berlin in den Westteil der Stadt sowie in das übrige Bundesgebiet suchen jetzt Asylbewerber aus Sri Lanka (Ceylon) neue Wege, um in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen.

Jüngste Vorkommnisse lassen die Bundesländer befürchten, daß verstärkt Tamilen mit Transitvisa der CSSR versehen über die Tschechoslowakei nach Bayern geschleust werden. Aus dem Auswärtigen Amt in Bonn verlautete gestern gegenüber der WELT, der Bundesregierung sei das Problem bekannt und werde „in geeigneter Form" in Prag vorgetragen.

Im Vorjahr haten 17 380 Tamilen in der Bundesrepublik um Asyl ersucht, davon 4780 in West-Berlin. Mit insgesamt 73 832 Asyl-Anträgen registrierten die Behörden eine Steigerung gegenüber 1984 um 109 Prozent.

Seite 12: Jetzt über Prag

Bundesbank sieht weiteren Auftrieb für die Konjunktur

cd. **Frankfurt**

Die Deutsche Bundesbank, die in ihrem jüngsten Monatsbericht das Bild einer kräftigen, vor allem von der Binnennachfrage angetriebenen Konjunktur aufzeichnet, sieht wieder einen wesentlich vergrößerten Spielraum für eine anhaltende Ausweitung der Inlandsnachfrage.

Das kommt nach Darstellung der Bundesbank von elf Milliarden Mark zusätzlicher Kaufkraft aus der Steuersenkung sowie von der Entlastung durch den drastischen Preisrückgang am Mineralölmarkt. Dadurch erhöhten sich die Realeinkommen der privaten Haushalte noch stärker als durch die Steuerreform.

Eine weitere Folge der Ölpreisverbilligung: Der Überschuß in der deutschen Außenhandels- und Leistungsbilanz, so die Bundesbank, werde sich entgegen den bisherigen Erwartungen der zunächst wieder vergrößern.

Seiten 2 und 13: Weitere Beiträge

Schäuble: Der Kanzler steht das durch

Koalition warnt vor Vorverurteilung / Eschenburg: Mit Fall Lambsdorff nicht vergleichbar

DW. **Bonn**

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft will voraussichtlich heute die Mitteilung an den Bundestagspräsidenten über das beabsichtigte Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl abschicken. Frühestens am Freitag, und damit 48 Stunden danach – so schreiben es die Richtlinien für den Strafprozeß vor – dürfte dann das eigentliche Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.

Die Strafanzeige des Grünen-Abgeordneten Otto Schily gegen Kohl wegen uneidlicher Falschaussage stützt sich im wesentlichen auf die Aussagen, die der Kanzler am 18. Juli vergangenen Jahres vor dem Untersuchungsausschuß „Parteispenden" des rheinland-pfälzischen Landtags gemacht hat. Kohl wurde hier als früherer rheinland-pfälzischer Ministerpräsident zu seiner Kenntnis über den Charakter verschiedener Organisationen befragt, die als „Spendenwaschanlagen" für politische Parteien dienten.

Die Mitteilung an den Parlamentspräsidenten ist erforderlich, da Kohl wie alle Abgeordneten den Schutz vor Strafverfolgung genießt (Immunität). Eine Aufhebung der Immunität, für die ein Bundestagsbeschluß erforderlich ist, muß erst vor Erhebung der Anklage beantragt werden.

Der Staatsrechtler Theodor Eschenburg sagte in der „Bild"-Zeitung auf die Frage, ob Helmut Kohl zurücktreten müsse, falls gegen ihn Anklage erhoben werden würde: „Für den Kanzler besteht kein Anlaß dazu. Ich würde mich an seiner Stelle an dem Verfahren nicht stören. Selbst wenn er angeklagt werden sollte, braucht er nicht zurückzutreten. Denn sein Fall ist nicht mit dem des Grafen Lambsdorff gleichzusetzen. Lambsdorff mußte mit einem langen Prozeß rechnen. Bei Kohl kann es sehr schnell gehen."

Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigte sich Kanzleramtsminister Schäuble zuversichtlich, daß Kohl und die Union das Verfahren in Ruhe durchstehen würden. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ebenfalls in „Bild" Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens.

Als „Gipfel der Heuchelei" bezeichnete er die Aufforderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, die „ganze Wahrheit über die Spendenwaschanlagen" zu sagen. Geißler: „Der Kanzler hat das Parlament und die Öffentlichkeit voll informiert."

Das FDP-Bundesvorstandsmitglied Dieter Julius Cronenberg hat SPD und Grüne aufgefordert, Bundeskanzler Kohl nicht vorzuverurteilen. Cronenberg sagte, er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Strafanzeigen dazu mißbraucht würden, politische Gegner zu diskreditieren. Das geschehe unter dem Motto: Etwas bleibt schon hängen. Cronenberg, der auch Vizepräsident des Bundestages ist, forderte die Justiz auf, im Interesse aller Seiten so schnell wie möglich den Sachverhalt zu klären.

SPD will Hearing zur Schleppnetzfahndung

gba. **Bonn**

Die SPD hat beim Vorsitzenden des Bundestagsrechtsausschusses eine Anhörung zum § 163 d der Strafprozeßordnung, in dem im Zusammenhang mit der Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises die sogenannte „Schleppnetzfahndung" geregelt wird, beantragt. Der SPD-Obmann Hans de With stellte diesen Antrag, obwohl der Innenausschuß – in dieser Frage federführend – schon am 12. Februar eine eigene Anhörung gehabt hatte.

Ziel ist offenbar, die Beratung über den 163 d von der für diesen Freitag geplanten Verabschiedung der Gesetze zum fälschungssicheren Paß- und Personalausweis abzukoppeln, wie es auch Teile der FDP wünschen.

Seite 12: Reinigungsbad

Buthelezi von Kohl empfangen

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl und der schwarze südafrikanische Oppositionspolitiker Mangosuthu Gatsha Buthelezi haben die baldige Aufnahme eines Dialogs zwischen der südafrikanischen Regierung und den nichtweißen Bevölkerungsgruppen verlangt. Buthelezi, der für eine gewaltlose Überwindung der Apartheidpolitik eintritt, wurde gestern erstmals vom Kanzler empfangen.

In einem Gespräch mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher begrüßte Buthelezi die Südafrika-Politik der Europäischen Gemeinschaft und deren Verzicht auf Wirtschaftssanktionen. Der Oppositionspolitiker wird am Freitag auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammentreffen.

Berliner FDP übt Kritik an Scholz

hrk. **Berlin**

Die Warnung von Bundessenator Rupert Scholz (CDU) vor offiziellen Kontakten zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR"-Volkskammer ist von führenden Berliner FDP-Politikern als „Anmaßung" und „schulmeisterliche Belehrung" bezeichnet worden.

Der deutschlandpolitische Sprecher der FDP in Berlin, Hans Dieter Jaene, nannte die Äußerungen Scholz' dessen „persönliche Meinung, nicht aber die einhellige Ansicht der Berliner CDU/FDP-Regierungskoalition". Im Namen des FDP-Landesvorstandes empfahl Jaene ausdrücklich eine derartige Aufnahme von Beziehungen.

Der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende, Volker Hucklenbroich, erklärte, über die Beziehungen eines Parlaments zu anderen entschieden allein dies Abgeordneten und „kein Senator sollte dem Bundestag da hineinreden".

Beamte erhalten 3,5 Prozent mehr

gba. **Bonn**

Die Beamten sollen wie Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes rückwirkend zum 1. Januar eine Erhöhung von 3,5 Prozent auf Grundgehälter und Ortszuschläge erhalten. Hinzu kommt die begrenzte Anhebung des Urlaubsgeldes um 150 Mark für Beamte bis zur Besoldungsgruppe A8.

Das ist das Ergebnis eines Besoldungsgespräches, das unter Vorsitz von Bundesinnenminister Zimmermann gestern mit dem Deutschen Beamtenbund (DBB) und Vertretern des DGB geführt wurde.

DBB-Vorsitzender Krause begrüßte diese Übernahme des Tarifergebnisses, da es angesichts der Preisstabilität eine Verbesserung der Realeinkommen darstelle. Gleichzeitig mahnte Krause an, daß der auf 15 Prozent bezifferte Einkommensrückstand gegenüber der allgemeinen Lohnentwicklung aus den vergangenen Jahren noch zu bereinigen sei.

Demonstration bei Sindermann-Besuch

DW. **Bonn**

Der für heute angekündigte Besuch des „DDR"-Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann in Bonn gibt nach Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel dem deutsch-deutschen Dialog eine neue Qualität. Vogel wies darauf hin, daß damit der bisher ranghöchste Repräsentant der „DDR" nach Bonn komme. „DDR"-Ministerpräsident Willi Stoph hatte sich 1970 mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt in Kassel getroffen.

Vogel bekräftigte, mit der Einladung an Sindermann sei die Initiative zu einer erneuten Intensivierung des deutsch-deutschen Dialogs „einmal mehr von den Sozialdemokraten ausgegangen". Auch Bundeskanzler Helmut Kohl nutze diese Gesprächsmöglichkeit. Vor der Ständigen Vertretung der „DDR" demonstrieren heute Angehörige von in der „DDR" Festgehaltenen für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Die „DDR" setzt 1400 Hunde auf Flüchtlinge an

Grenzschutz-Bericht: „DDR" verstärkt Befestigungen

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Seit zehn Jahren ist die Zahl der Personen, denen die Überwindung der „DDR"-Grenzsperren in westlicher Richtung gelang, nicht so niedrig gewesen, wie 1985. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der in Bonn den Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes (BGS) vorstellte, betonte dabei, daß er den Rückgang auf 30 „Sperrbrecher" gegenüber 70 bis 80 in den Jahren zuvor in aller Regel auf die Verstärkung der Grenzbefestigungen im Hinterland der „DDR" und nicht etwa auf einen „Trendwechsel" zurückzuführen sei. So habe die „DDR" die Hundelaufanlagen um etliche Kilometer ausgedehnt. Rund 1400 Hunde seien an der Grenze auf Flüchtlinge angesetzt.

Die BGS-Verbände von rund 20 000 Mann sind hauptsächlich an der Demarkationslinie eingesetzt. Infolge terroristischer Aktivitäten und Schleusungsaktionen illegaler Einwanderer wurde 1985 aber ihr Einsatz zur Unterstützung der Polizei verstärkt. Insgesamt konnten 138 000 Versuche illegaler Einreise von Ausländern in die Bundesrepublik vom Bundesgrenzschutz vereitelt werden. Mit 11 254 Anträgen war die Zahl der Asylbewerber an den Grenzen 1985 gegenüber dem Vorjahr um 77,5 Prozent höher.

Nachdem das Bundeskriminalamt inzwischen seine neugegründete Abteilung zur Rauschmittelbekämpfung auf 118 Beamte ausgebaut hat, erwartet der Bundesinnenminister in Zukunft an den Grenzen noch größere Erfolge auf diesem Sektor. Zimmermann kündigte an, daß in den Ursprungsländern der Rauschgiftproduktion bald 30 (heute acht) deutsche Beamte als Fahnder operieren würden. Der BGS hat 1985 knapp 6300 Verdächtige bei Rauschgiftdelikten festgenommen.

Die zunehmende Inanspruchnahme des BGS zur Unterstützung der Polizei der Länder (1985: 18 mal mit insgesamt 4700 Beamten) unterstreicht nach Ansicht von Innenminister Zimmermann seine Rolle auf dem Gebiet der inneren Sicherheit besonders deutlich.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es wird mehr gekauft

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wer erst jetzt seinen 5000-Liter-Heizöltank füllt und dies nicht schon Anfang Januar getan hat, der spart rund 550 Mark. Aber nicht nur das: Er kann seinen Diesel auch um elf Pfennig je Liter billiger betanken als noch vor sieben Wochen; bei seinem Benziner sind es sogar fünfzehn Pfennig. „Bedanken" kann er sich nicht nur bei den Saudis, die durch ihr zusätzliches Angebot den Preisverfall auf den Ölmärkten geschürt haben. Ihm hilft auch der Kursrutsch des Dollar.

Wenn übers Jahr alles so bleibt, dann gibt die Bundesrepublik 1986 rund 25 Milliarden Mark weniger für die Ölrechnung aus. Der Preisanstieg dürfte nach den Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums durch dieses alles um 1,5 Prozentpunkte gedrückt werden. Was passiert nun mit diesem unverhofften Segen?

Nun, niemand muß mit einem Ausverkauf dessen rechnen, was er sich seit längerem gewünscht hatte, aber noch nicht leisten konnte. Auf solche Zusatzeinkommen reagieren die Verbraucher mit einer gewissen Verzögerung. Allerdings muß auch nicht angenommen werden, daß die Beträge in den Sparstrumpf oder auf irgendwelche Konten wandern, obwohl die Entlastung aus der Steuerreform noch hinzu kommt.

Jüngste Untersuchungen signalisieren vielmehr, daß sich das Konsumklima aufgehellt hat: Die konjunkturelle Unsicherheit schwindet immer mehr, die Arbeitsplatzgefahren werden nicht mehr so groß geschrieben. Das Gerangel um den Katalysator, das den Kauf manches Autos hinausgezögert hat, wurde beendet. Und die sinkenden Zinsen reizen nicht gerade dazu, mehr Geld auf die hohe Kante zu legen.

Kurz: Die Bundesbürger werden verstärkt konsumieren. Ob sie nun die Beträge, die sie nicht mehr für Heizung und Kraftstoffe ausgeben müssen, in neue Kleidung, Freizeitartikel oder Automobile stecken, wo die Experten einen Nachholbedarf geortet haben, oder ob sie mehr reisen werden, auch jenseits der Grenzen, das läßt sich noch nicht sagen. Ein Teil der Nachfrage wird sicher dem Ausland zugute kommen. Trotzdem: Der Wachstumsprozeß wird zusätzlich beflügelt. Und dadurch werden weitere Arbeitsplätze geschaffen.

Alles klar, Fritz!

Von Paul Spree

In einer Arbeiterpartei ist das Mißtrauen gegen das kapitalistische Banksystem natürlich tief verwurzelt. Alfred Nau, Vorsitzender der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, hatte im Wahljahr 1980 „sechs bis sieben Tranchen" Bargeld im Werte von 6,274 Millionen Mark dem SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg übergeben. Diese Spende – in Koffern gebündelt – war nur eine von vielen, wo die Wohltäter zwar anonym bleiben, aber gerne eine Steuerabzugsbescheinigung haben wollten.

Halstenberg sei zwar, wie er jetzt vor dem Hamburger Landgericht gestand, etwas verwirrt gewesen über den antiquierten Finanztransfer, aber Nau habe ihn stets beruhigt: „Alles klar, Fritz!" Später habe der SPD-Schatzmeister, weil er „dieses verdammte Bargeld leid" war, ein Konto eingerichtet. In der Liste von Spendern, die vielleicht alle rechtens waren, aber die Saubermann-Sprüche der SPD mit merkwürdigem Unterton versehen, tauchte indes auch jemand auf, den man dort nicht einmal vermuten durfte: die Industriegewerkschaft Metall.

Mit 1,5 Millionen Mark war die DGB-Gewerkschaft mit von der Spendenpartie. Vor Gericht blieb offen, ob das Geld in dieser Höhe geflossen sei oder ob die SPD lediglich die Absicht gehabt hatte, die IG Metall um 1,5 Millionen anzugehen. Wie auch immer: SPD wie Gewerkschaften haben stets die schrecklichsten Schritte gegen jedermann angedroht, der den letzteren nachsagte, sie würden „auch nur einen Pfennig" an erstere geben. Andererseits – wo sind Arbeitergroschen besser aufgehoben als in der Arbeiterpartei SPD? Nirgendwo natürlich, ausgenommen vielleicht in der Neuen Heimat.

Die Gewerkschaftsmitglieder dürften hochzufrieden sein, konnten sie doch an einer höchst rentablen Investition teilhaben, wo doch das „große Geld" – wie jedermann weiß – immer ganz woanders war. Wie heißt es in der Mitgliederwerbung der Gewerkschaften: Ein Pfennig von jeder Mark macht uns stark. Bei den Schatzmeistern der CDU, CSU oder FDP sind koffertragende Besucher aus den Gewerkschaftszentralen freilich bisher nicht gemeldet worden. Franz Steinkühler mit Köfferchen – unvorstellbar. „Alles klar, Franz!"

Sie wird kämpfen

Von Reiner Gatermann

Wer irgendwelche Zweifel hegte, daß die britische Premierministerin Margaret Thatcher nach dem Westland-Debakel nicht mehr im Vollbesitz ihrer politischen Schlagkraft sein könnte und vielleicht mit Rücktrittsgedanken spiele, wurde Montag abend eines anderen belehrt. Da saß eine kampfeslustige und von ihrer Politik vollständig überzeugte Lady vor der Fernsehkamera und erteilte all denen eine Absage, die sie entweder, wie die Opposition, desvouieren oder, wie eine Fraktion im eigenen Lager, manipulieren wollen.

Die Tories seien 1979 und 1983 wegen ihrer geradlinigen Politik gewählt worden, erklärte sie, und weil sie „Dinge gewagt haben, die keine andere Regierung angreifen wollte". Und auf diesem Weg werde sie weitergehen. Angesichts dieser Zielstrebigkeit fiel es ihr denn auch nicht schwer, die Oppositionspolitik als „Wischiwaschi" abzutun.

Daß sie die Westland-Affäre nicht in denselben Krisentopf wie den Falklandkrieg und den Bergarbeiterstreik werfen wollte, ist verständlich: sie geht jedoch zu weit, wenn sie sie als Grund für den „tragischen" Abgang zweier Minister abtut. Westland hat ihrem politischen Ansehen geschadet und in ihrer Partei den Funken des Widerstandes gezündet. Ob sie ihn bald wieder löschen kann und mit ihrer Behauptung recht behalten wird, daß der Wähler die Sache schnell vergißt oder „ihr die rechte Proportion gibt", bleibt abzuwarten.

Ein Trost kann es für die Herrin von Downing Street Nr. 10 immerhin sein, daß die Opposition mit ganz wenigen Ausnahmen in den vergangenen Wochen, als die Regierung eine Schwachstelle nach der anderen entblößte und sich der Selbstzerfleischung hingab, jede Chance ausließ. Nur zwei Redner aus ihren Reihen vermochten sich dem Gedächtnis einzuprägen: der Sozialdemokrat David Owen und der Industrieminister im Labour-Schattenkabinett, John Smith.

Deswegen muß Frau Thatcher sich jetzt darauf konzentrieren, in erster Linie unter ihren eigenen Anhängern ihre Reputation wieder auf alten Glanz zu bringen. Die Botschaft für diejenigen, die sie als Parteiführerin herausfordern wollen, war jedenfalls glasklar: „Ich werde kämpfen."



„Sie scheint tatsächlich nicht an Rücktritt zu denken" MAC

Schilys Anzeige

Von Enno v. Loewenstern

Die Strafanzeige des grünen Bundestagsabgeordneten Otto Schily gegen Bundeskanzler Kohl wegen „uneidlicher Falschaussage in zwei Fällen" behandelt zwei Vorgänge: eine Aussage vor dem Bonner Flick-Ausschuß, wo Kohl gewisse Zahlungen „in Abrede gestellt" habe, und eine weitere vor dem Mainzer Spenden-Ausschuß.

In der Mainzer Sache hat die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In Mainz wurde Kohl am 18. Juli 1985 zu der Frage vernommen, ob er „als Mitglied der Landesregierung von Rheinland-Pfalz" gewußt habe, daß die „Staatsbürgerliche Vereinigung" in Koblenz „als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage diente". Bei seiner Antwort – sie muß natürlich im Zusammenhang mit einer schriftlichen Stellungnahme vom 29. Mai 1985 gesehen werden – verzeichnet das Protokoll einmal ein „Nein" Kohls in einem Zusammenhang, der „zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, sofern man die Antwort isoliert betrachtet", wie Kohl am 14. September 1985 dem Vorsitzenden mit einem klarstellenden Hinweis auf jenen Brief und andere Punkte in seiner Juli-Aussage schrieb.

Dazu läuft ein bizarrer Einfall durch verschiedene Medien: „Nachträgliche Richtigstellungen ... schützen nicht vor einer Anklage wegen Falschaussage." Schily immerhin hat das nicht vorgebracht. Denn nachträgliche Richtigstellungen können nur dann zu einer Anklage führen, wenn sie nach Abschluß des Verfahrens eingereicht werden – der Mainzer Ausschuß aber ist heute noch aktiv. Natürlich ist es einem Zeugen unbenommen, ein Wortprotokoll, das ihm zugeschickt wird und eine mißverständliche Wendung enthält, rechtzeitig klarzustellen.

Was Schily vorbringt, sind Spekulationen, beginnend mit einem Pressebericht über eine Aussage des Flick-Managers Eberhard v. Brauchitsch, „angesehenste Politiker" wie „Scheel, Kohl, von Hassel, Schröder, Ertl, Karry und Kiep" hätten Spendenlenkung über die Staatsbürgerliche Vereinigung befürwortet. Die Anzeige enthält keinen Hinweis, daß Kohl jemandem eine solche Empfehlung vor dem 2. Dezember 1976 gab, als er als Ministerpräsident zurücktrat. Schily behilft sich mit Vermutungen: „Es ist nicht anzunehmen" – „es muß davon ausgegangen werden" – „sollen ebenfalls" – „ist davon auszugehen" usw.

Mit ähnlichen Nebelwendungen („wahrscheinlich", „offenbar", „denkbar") ist auch Schilys zweite Anzeige wegen der Aussage in Bonn garniert; diese Staatsanwaltschaft prüft noch, ob sie ein Verfahren eröffnen soll. In Bonn hat Kohl nicht aus eigenem Wissen, sondern an Hand einer von Mitarbeitern erstellten Liste ausgesagt. Sollte diese Liste unvollständig sein, so ist kaum vorstellbar, wie man Kohl daraus den Vorwurf einer vorsätzlichen Falschaussage machen kann.

In Frage steht entweder, da ist Schilys Darstellung ziemlich wirr, ein Betrag von 30 000 DM oder eine Summe von 55 000 DM. Zu einer in der Diehl-Liste eingetragenen Spende über 30 000 vom 6. Dezember 1977 stellte Kohl klar, davon wisse er nichts, sein Mitarbeiter Lüthje habe dazu keinen Eingang festgestellt. Eine andere Zahlung vom 19. Januar 1979 ist ebenfalls in den CDU-Buchungen nicht vermerkt, doch erläuterte Kohl, daß sie in einem Gesamtbetrag vom März 1979 über 55 000 DM enthalten sein kann.

Wie soll also bewiesen werden, erstens, daß die allenfalls ungeklärten Zahlungen doch eingingen – die Unzuverläsigkeit der Diehl-Liste ist notorisch –, und zweitens, daß sie von Kohl wider besseres Wissen verschwiegen wurden? Hier bietet Schily dies: „Vor allem die Tatsache, daß Dr. Kohl die Beteiligung seiner langjährigen Mitarbeiterin Juliane Weber beim Spendeninkasso verschwiegen hat, läßt nur den Schluß auf eine vorsätzliche Handlungsweise zu." Brauchitsch nämlich habe ausgesagt, Frau Weber habe „schon mal für Herrn Kohl Geld empfangen".



Was Schily alles für „denkbar" hält: Kohl im Flick-Ausschuß FOTO: DPA

In Wahrheit aber ist Kohl überhaupt nicht danach gefragt worden, ob außer ihm andere Personen Flick-Zahlungen entgegengenommen haben. Die fragliche Aussage wurde vielmehr gemacht auf folgende Frage: „Wie war das eigentlich, wenn man *als Parteivorsitzender* bei Herrn von Brauchitsch eine Spende entgegennahm? Wurde da ein Treffen eigens für die Spende verabredet, oder hat er solche Kuverts bei Gelegenheit anderer Treffen übergeben?" Kohls Antwort: „Wenn er kam oder jemanden vorbeischickte, hat er diese Spenden mir übergeben."

Und nun wird Schily kühn bis an die Grenzen des Zulässigen, wenn nicht darüber hinaus: Frau Weber habe laut Brauchitsch-Notiz am 5. Dezember 1977 angefragt, ob sie am 6. „kurz vorbeikommen" könne. Das „rechtfertigt die Schlußfolgerung, daß Frau Weber am 6. 12. 1977 den Betrag von 30 000 DM in Empfang genommen hat."

Noch schlimmer wird die Konstruktion hinsichtlich eines strittigen Betrags von 30 000 oder 55 000 DM, der für Kohl am 19. Januar 1979 laut Diehl-Liste notiert war. Hier schlägt Schily den Bogen folgendermaßen: „Im Kalender von Brauchitsch *soll* für den 19. Januar 1979 11.30 Uhr ein Besuch von Frau Weber eingetragen sein." Brauchitsch allerdings teilte mit, daß er 25 000 DM „zusammen mit den gleichfalls am 19. 1. 1979 ohnehin zu diesem Zweck erhobenen 30 000 DM Anfang März 1979 Herrn Dr. Kohl aushändigen" ließ. Diese 55 000 DM hat Kohl für 9. März 1979 dem Ausschuß bestätigt. Also, was fehlt, und was hat das mit Frau Weber zu tun? Schily: „Die Eintragung im Kalender von Herrn von Brauchitsch und die sonstigen Aufzeichnungen aus dem Büro von Herrn von Brauchitsch sprechen eher dafür, daß die Zeugin Weber das Geld bereits am 19. Januar 1979 abgeholt hat."

Man kann sich denken, wie der Rechtsanwalt Schily reagierte, würde gegen ihn oder einen Mandanten so eine Anzeige erstattet.

IM GESPRÄCH Barbara Morgan

Den Auftrag ausführen

Von Fritz Wirth

Als die Raumfähre „Challenger" am 28. Januar 72 Sekunden nach dem Start explodierte, war niemand unter den Zuschauern in Cape Canaveral, der den Schock dieser Katastrophe physisch und psychisch deutlicher spürte als Barbara Morgan. Sie war die „Ersatzfrau" der Lehrerin Christa McAuliffe. Barbara Morgan stand nur einen Fußbreit von dieser Katastrophe entfernt. Nur eine kleine Unpäßlichkeit Christa McAuliffes – die beiden hatten seit einem halben Jahr für diesen Flug trainiert – hätte Barbara Morgan zum Passagier dieser Fähre machen können.

Dennoch: Die erste Reaktion der Barbara Morgan waren nicht Mutmaßungen mit dem „Wenn", sie eilte spontan auf die Familienangehörigen der Christa McAuliffe zu, tröstete sie und wich für den Rest des Tages nicht mehr von ihrer Seite.

In der letzten Woche hat Nasa-Direktor William Graham Frau Morgan zu sich in sein Büro und eröffnete ihr: „Wir haben beschlossen, daß nach wie vor ein Lehrer der erste amerikanische Zivilist im All sein soll. Sie sind dafür die erste Wahl. Ich erwarte Ihre Antwort nicht auf der Stelle. Sie sollen das alles in Ruhe durchdenken."

Barbara Morgan antwortete 24 Stunden später: „Christa McAuliffe hat ihren Zielort niemals erreicht. Ich möchte zurückkehren und für sie sagen können: Auftrag ausgeführt." Und sie fügte hinzu: „Ich kenne das Risiko, doch ich bin sicher, daß es geringer sein wird als jenes, das Christa McAuliffe auf sich nahm."

Barbara Morgan ist 33 Jahre alt, verheiratet und kinderlos. Sie wuchs in Fresno in Kalifornien auf, studierte an der Stanford-Universität, unterrichtete für einige Jahre in Quito in Ecuador und lehrt im Augenblick an einer Schule in McCall in Idaho. Sie hat nach der Katastrophe vom 28. Januar mit ihren Schülern Ziele, Notwendigkeiten und Risiken der Raumfahrt stundenlang diskutiert. „Ich würde unglaubwürdig, wenn ich das Angebot der Nasa mit Nein beantwortet hätte", sagt sie. „Alle Schüler, die dieses Unglück erlebt haben, brauchen die Versicherung und die Bestätigung, daß das Raumfahrtprogramm eine glanzvolle Zukunft hat. Außerdem weiß ich, daß mein Nein von Christa McAuliffe niemals akzeptiert worden wäre."



Fliegt in der Raumfähre mit: Barbara Morgan FOTO: DPA

Das Ja der Barbara Morgan zum Flug ins All ist nicht unumstritten. Kritiker des Programms fragen: Brauchen wir Helden-Lehrer, um die amerikanische Jugend von der Notwendigkeit der Raumfahrt zu überzeugen? Die neun Lehrer, die zusammen mit Christa McAuliffe in die engere Wahl für den ersten Raumflug gekommen waren, haben diese Frage inzwischen sehr eindeutig beantwortet. Sie alle sind nach wie vor bereit, die Rolle und den Platz der Christa McAuliffe zu übernehmen.

Sicher ist jedoch inzwischen, daß Barbara Morgan nicht in der ersten Raumfähre sitzen wird, die nach der Katastrophe vom 28. Januar wieder ins All fliegen wird. Es werden zunächst nur erfahrene Testpiloten auf dieser Mission eingesetzt werden. Derweil versichert die Lehrer-Astronautin im Wartestand sich und ihrem Klassenzimmer: „Ich habe keine Angst vor diesem Abenteuer."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigen sich mit der Schily-Anzeige gegen Bundeskanzler Kohl:

Frankfurter Allgemeine

Wozu eigentlich muß die Staatsanwaltschaft in Koblenz erklären, sie habe „am Montag intern beschlossen", ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen angeblicher falscher uneidlicher Aussage vor dem verflossenen Mainzer Parteispenden-Untersuchungsausschuß einzuleiten? Wird die Justiz neuerdings auf dem Markte ausgetragen oder auf Pressekonferenzen, wie seinerzeit bei der denkwürdigen Veranstaltung in Bonn, auf der die Anklageerhebung gegen von Brauchitsch, Friderichs und Graf Lambsdorff mit großer Pose verkündet worden war? Daß Ermittlungen gegen ihn aufgenommen werden sollen, erfährt der Betroffene aus den Nachrichten – ein skandalöses Verfahren.

Kölner Stadt-Anzeiger

Allerdings ist in diesem wie in anderen Fällen zu beachten, daß die Staatsanwälte auch schon bei geringem Verdacht verpflichtet sind, das Verfahren einzuleiten. Dieser Schritt besagt noch lange nichts über die Schuld der Betroffenen. Auf die Vermutung, daß der Verdacht widerlegt wird, hat der Bundeskanzler denselben Anspruch wie jeder andere Bürger.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Vorstellung staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen den Kanzler genügt, um aus der Hauptstadt einen Hühnerhof zu machen. Es geht darum, Widersprüche zwischen Kanzleraussagen und anderen Erkenntnissen aufzuklären ... Es geht um Ermittlungen, nicht um Anklage – als ein Angeklagter wäre der Kanzler wohl kaum zu halten, aber die Strafverfolger prüfen erst einmal, ob es überhaupt Belastungsmaterial gibt. **(Essen)**

DONAU KURIER

Man kennt die schönen Sprüche aus dem Fall Lambsdorff zur Genüge: Ein von Ermittlungen Betroffener sei noch kein Beschuldigter, ein Beschuldigter noch lange kein Verurteilter. Die Vorverurteilungsmaschine wird aber auch im Fall Kohl in Gang gesetzt werden. **(Ingolstadt)**

die tageszeitung

Jetzt hat es also auch Herrn Kohl geschafft ... Am wichtigsten wird jetzt aber der freundschaftliche und medizinische Beistand Friedrich Zimmermanns werden. In Falschaussagen erfahren, durch eine Schilddrüsenunterfunktion rechtlich geschützt, wird der ihm sicher den heißen Tip geben: Verminderte Zurechnungsfähigkeit. **(Berlin)**

Lassen die Sowjets tatsächlich Inspektionen am Ort zu?

Eine vage Hoffnung im dreizehnten MBFR-Jahr / Von Rüdiger Moniac

Nach eigenem Kalender zählen die Wiener MBFR-Verhandler inzwischen das dreizehnte Jahr ihres ermüdenden Kongresses. Der damalige Außenminister Walter Scheel hat recht behalten, der vor Beginn der Truppenabbauverhandlungen den Diplomaten riet, sich Häuser in Wien zu kaufen, denn die Verhandlungen würden lange dauern. Im dreizehnten Jahr allerdings stehen die Zeichen so schlecht nicht für den Beginn eines tragfähigen Vertragswerks, auch wenn vor Optimismus gewarnt werden muß.

Zur zentralen Frage hat die NATO der anderen Seite am Ende der letzten MBFR-Runde einen neuen Lösungsweg vorgeschlagen. Er würde es der Sowjetunion und ihren mehr oder minder freiwilligen polnischen, deutschen und tschechoslowakischen Verbündeten erlauben, die „Datendiskussion" nun ohne Gesichtsverlust zu bestehen. Die Sowjets hatten sich mit der Weigerung, die vom Westen erkannte Zahl östlicher Truppen im Verhandlungsraum zu akzeptieren, so festgelegt, daß aus dieser Starrheit kein Entrinnen möglich schien. Für fast 200 000 Mann Land- und Luftstreitkräfte leugnete die östliche Seite die Anwesenheit in den Garnisonen in Polen, der CSSR und der „DDR". Nun will der Westen hinnehmen, die wechselseitige Einigkeit über die Zahl der Soldaten nicht mehr an den Anfang eines Vertragswerks zu stellen. Ihm genügt es, sie am Ende einer Drei-Jahres-Phase zu konstatieren, wenn für beide Seiten ausreichend Gelegenheit war, sich durch Inspektionen von der Zuverlässigkeit der ausgetauschten Daten zu überzeugen.

Dies ist eine einschneidende Veränderung der westlichen Verhandlungs-Methode. In der Sache aber bleibt die westliche Position erhalten. Denn die NATO sagt zu Recht, ein Truppenreduzierungsabkommen habe nur dann einen Wert, wenn es sich auf Vertrauen gründet. Voraussetzung dafür kann aber nur vollständige Klarheit über die Truppenstärken beider Seiten sein. Sie wollte der Westen bisher ganz an den Anfang vertraglicher Vereinbarungen stellen. Jetzt gibt er sich damit zufrieden, sie im Verlauf der Entstehung eines Stufenabkommens zu erreichen.

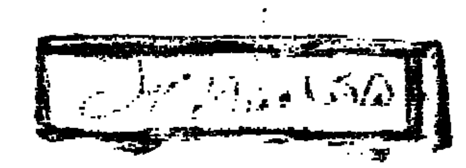
Die sogenannte Verifikation bleibt damit das Kernelement eines Vertragswerks. Beide Seiten müssen bereit sein, die eingegangenen Verpflichtungen von der jeweils anderen Seite überprüfen zu lassen. Dies ist für die offenen Gesellschaften im Westen nicht schwer, für die kommunistischen aber sehr, wo freier Informationsaustausch als Staatszersetzung gilt.

Ob sich daran etwas ändert, kann man an Hand der jüngsten Äußerungen Gorbatschows spekulieren. Er erklärte Mitte Januar, bei MBFR würden die Konturen eines ersten Abkommens erkennbar. Ähnliches läßt sich in Stockholm oder bei der Abrüstungskonferenz der vierzig Staaten in Genf registrieren. Die Sowjets sperren sich nicht mehr völlig gegen Überprüfungen vor Ort zur Vertrauensbildung bei Abrüstungsvereinbarungen. Was sie aber letztlich konkret zugestehen würden, ist weder bei der KVAE noch bei MBFR oder auch bei den Verhandlungen zum Bann der chemischen Waffen klar erkennbar. So bleibt Außenminister Genscher bis jetzt nichts übrig, als festzustellen: „Die östlichen Vorschläge zur Verifikation sind unzureichend."

Was die NATO für ausreichend hält, wird aus ihren Forderungen bei MBFR deutlich. Sie will, wenn in einem ersten Schritt 5000 amerikanische und 11 500 sowjetische Soldaten aus Mitteleuropa abgezogen worden sind und sich alle MBFR-Staaten in dieser Region verpflichtet haben, ihren Truppenumfang nicht zu vergrößern, einen Informationsaustausch über alle dort verbleibenden Streitkräfte bis hinunter zur Bataillonsebene. Durch Inspektionen vor Ort sollen diese Informationen überprüft werden, so daß am Ende einer Drei-Jahres-Phase die Umfänge der Truppen beider Seiten einvernehmlich geklärt wären.

Auf dieser Basis wäre dann, so die westliche Vorstellung, eine zweite Stufe eines Vertragswerks denkbar, die Reduzierungen bis zur Parität in Ost und West vorsähe. Allerdings möchte der Westen sich mit diesem Teil der Stabilisierung der Sicherheit durch Streitkräfteverringerung und Vertrauensbildung nicht begnügen. Denn der MBFR-Reduzierungsraum ist zu klein, da er sich auf Mitteleuropa beschränkt.

Großes Interesse hat der Westen deshalb auch am Fortgang der Stockholmer KVAE, die sich auf die Vereinbarung eines Modus zur vorherigen Ankündigung von Truppenbewegungen im ganzen Europa zwischen Atlantik und Ural konzentriert. Erst in dieser geographischen Dimension könnte aus einem Netzwerk gegenseitiger Inspektionen die zuverlässige Grundlage für die Verhinderung von militärischen Überraschungsangriffen entstehen. Daß es dazu bisher nicht kommen konnte, wird allein durch die sowjetische Weigerung bestimmt. Mit schönen Worten macht der Kreml dem Westen Hoffnungen. Gezählt werden aber am Ende nur Taten.



Mit dem Frost kommt für viele Arme auch der Tod

Gemessen an dem, was der Europarat als „Mindesteinkommen für ein menschenwürdiges Leben" definiert, leben rund 15 Millionen Briten unterhalb oder an der Armutsgrenze. Im Winter sterben sogar Hunderte von ihnen, vor allem Rentner, weil sie ihre Wohnungen nicht heizen können.

Von JOCHEN ZWIKIRSCH

Roy Hodson lebt in London – oder was man so leben nennt, wenn man auf dem teuersten Pflaster Großbritanniens mit 424 Mark im Monat auskommen muß: Hodson zählt zum Riesenheer der weit mehr als drei Millionen Arbeitslosen im Inselreich der Queen und ist auf die Wohlfahrt angewiesen.

Einmal die Woche ist Zahltag für den 31jährigen Junggesellen aus Tufnell Park. Dann kassiert er umgerechnet 106 Mark „Beihilfe zum Lebensunterhalt". Das nur ein paar Mark höhere Arbeitslosengeld gibt's nur ein Jahr lang, und der gebürtige Liverpooler („Am liebsten würde ich als Koch arbeiten") sucht schon länger vergebens einen Job.

Immerhin zahlt Vater Staat noch die Miete für die Anderthalb-Zimmer-Wohnung unterm Dach: „Die habe ich nach langem Warten durch Vermittlung einer Wohltätigkeitsorganisation gefunden, lebte vorher in einem Männerwohnheim. Da drehte sich der ganze Tag nur um Alkohol – ich bin heilfroh, das hinter mir zu haben!"

Laut amtlicher Statistik gab ein vierköpfiger Haushalt schon im Jahre 1982 durchschnittlich 134 Pfund (beim damaligen Geldwert etwa 540 Mark) pro Woche aus, Wohnkosten nicht mitgerechnet. Drei Jahre später muß eine gleich große Familie, die Sozialhilfe bezieht, mit knapp 62 Pfund (223 Mark) haushalten. Der Europarat dagegen setzt das „Mindesteinkommen für ein menschenwürdiges Leben" mit 116 Pfund fast doppelt so hoch an. Ein Sprecher des Londoner Sozialministeriums beantwortete die Frage, wo die britische Regierung einen Mindest-Lebensstandard ansiedele, mit dem Satz „Dafür haben wir hier keine Definition".

Klartext: 4,6 Millionen Briten beanspruchen Sozialunterstützung, eine Millionen Arbeitslosengeld. 7,3 Millionen Briten erhalten Wohnzuschüsse und 9,3 Millionen eine Altersrente. Im laufenden Rechnungsjahr fließen 37,75 Milliarden Pfund unters bedürftige Volk. Doch ob die gewährten „Benefits" auch nur annähernd für eine angemessene Lebensführung ausreichen – darüber hat man sich im zuständigen Ministerium eingestandenerweise nicht den Kopf zerbrochen.

In keiner anderen Industrienation Westeuropas sind die sozialen Gegensätze deutlicher als im Inselkönigreich. Und das derzeitige System der „Sozialen Unsicherheit" (wie der Londoner „Economist" den Begriff „Social Security" unlängst ins Gegenteil verkehrte) ist beileibe nicht dazu angetan, solches zu ändern.

Carey Oppenheim vom Armuts-Hilfswerk „Child Poverty Action Group" hat in anonymen Beratungsgesprächen einmal notiert, was man da als Sozialarbeiter zu hören bekommt:

- „Das Geld vom Sozialamt reicht hinten und vorne nicht. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich vom Allerbilligsten zu ernähren – tagein, tagaus dasselbe ungesunde Zeug. Schon der Gedanke verursacht mir Brechreiz."
- „Manchmal ist nicht mehr genug Geld da, den Kindern ein vernünftiges Essen auf den Tisch zu stellen. Dann verzichte ich lieber auf eine eigene Mahlzeit. Ich komme mir wie ein Bettler vor, werde immer aggressiver."
- „Selbst wenn wir's uns vom Munde absparen: Oft müssen Rechnungen unbezahlt bleiben, in der Regel die Miete."

Zehntausende sehen keinen anderen Weg, als das bar ausgezahlte Wohngeld statt für den Bestimmungszweck für den täglichen Lebensbedarf auszugeben. Beispielsweise sind allein die Sozialmieter des Südlondoner Stadtteils Southwark mit 23 Millionen Pfund im Rückstand.

Begünstigt wird dieser Umstand durch die Ineffizienz des Wohnungsamtes, das offen zugibt: „Bis wir einen Säumigen in den Akten ermittelt haben, vergehen oft Wochen oder gar Monate" – und dann sind die Schulden oft so hoch, daß es keine realistische Aussicht auf Abstottern mehr gibt. Dennoch beschloß das Bezirksamt: Zahlen – oder Räumungsklage!

Wer hoch in der Kreide steht, hat Glück gehabt

Eine andere „Lösung" des Problems wurde im benachbarten Lambeth ersonnen. Dort machten die Stadtväter alle Sozialmieter, die mit mehr als 1000 Pfund im Rückstand waren, mit einem Federstrich schuldenfrei. Wer weniger „Miese" hat, muß brav weiter abzahlen. Halb London diskutiert, ob dies nun höhere Weisheit oder höherer Blödsinn ist.

Glücklich ist, wer überhaupt ein Dach über dem Kopf hat. Überalterter Hausbestand, rapider Verfall, eine drastische Beschneidung der öffentlichen Mittel für Instandsetzung und Neubauten haben die Wohnungsnot zu einem der großen aktuellen Sozialthemen gemacht. Allein in England und Wales gelten 1,2 Millionen Häuser amtlich als „ungeeignet zur Unterbringung von Menschen" – sind aber dennoch bewohnt.

Zur selben Zeit steht nach einer Schätzung der Wohnungslosen-Lobby „Shelter" eine halbe Million Bürger Schlange vor den Ämtern und sucht um menschenwürdige Unterkunft nach. Tausende von Familien sind auf Kosten des Steuerzahlers in (meist primitiven) Frühstückspensionen untergebracht. „Shelter"-Sprecherin Clare Booker spricht von einem „nationalen Skandal".

Zahlenmäßig gar nicht erfaßt sind die „echten" Obdachlosen wie etwa Stadt- und Landstreicher. Doch allein in der Hauptstadt, so schätzt Heilsarmee-Hauptmann Rob Garrad, „übernachten mindestens 10 000 in Pappkartons, unter den Hochbahnbögen, in Hauseingängen und Grünanlagen – andere Hilfswerke glauben gar, daß es bis zu 30 000 sein könnten." Da haben die „Soldaten Gottes" ein reiches Betätigungsfeld schon mit der mobilen Suppenküche und den „Herbergen zur Heimat", die 800 Obdachlosen Platz bieten. Viele Tippler wissen nicht einmal, daß auch ihnen ein Scherflein vom Staat zusteht.



Armut in London: Ohne Arbeit, ohne Obdach, ohne Glamour
FOTO: E. KASPERSKI

Im Vergleich dazu kann sich die Klientel der Sozialämter geradezu zum Establishment zählen – selbst die 9,3 Millionen Sozialrentner, deren viele selbst mächtig knapsen müssen. Als Regelsatz gibt es nämlich nicht mehr als wöchentlich 138 Mark für Alleinstehende, 221 Mark für Paare beziehungsweise 193 Mark für Verwitwete.

In keinem anderen Land der Welt dürften die Senioren bei Winteranbruch noch immer offiziell vor den lebensgefährlichen Folgen einer schweren Unterkühlung gewarnt werden. Wer sich keine ausreichende Heizung leisten kann, so wird allen Ernstes empfohlen, der solle sich ins Bett legen und möglichst viel Zeitungspapier unter die Decke stopfen. Im vergangenen Jahr waren nämlich in der Tat 555 über 65jährige an Unterkühlung gestorben, und weitere 657 (es war ein grimmiger Winter) im ersten Halbjahr 1985. Medizinische Experten vom Seniorenwerk „Age Concern" sind indessen sicher, daß die tatsächlichen Zahlen weit höher liegen – Folge-Erkrankungen, die dann etwa als „Lungenentzündung" in der Todesurkunde auftauchen, berücksichtigt die amtliche Statistik nämlich nicht.

Gerade in diesen Wochen wiederholt sich diese alltägliche Tragödie. Malcolm Wicks vom staatlichen Studienzentrum für Familienpolitik: „Jedesmal, wenn die Temperaturen fallen, müssen wir von mehreren hundert zusätzlichen Todesfällen ausgehen. 99 Prozent davon sind Rentner."

Nach einer Regierungsstatistik über das britische Lohn- und Gehaltsniveau haben acht Millionen Arbeitnehmer weniger in der Lohntüte als das vom Europarat angesetzte Mindesteinkommen. Viele von ihnen zählen zu den sogenannten ethnischen Minderheiten, sind also (meist farbige) Einwanderer oder deren Nachkommen.

Schon 1981 hatte der hochangesehene Jurist Lord Leslie Scarman in einem Report an Parlament und Regierung festgestellt, daß Farbige in aller Regel „schneller gekündigt werden und länger arbeitslos bleiben" als weiße Mitmenschen. Hinzu kommen Sprachprobleme, Schwellenangst vor den Behörden, Unwissenheit um seine Rechte, nackte Existenzangst. Hier schwelt ein gesellschaftlicher Konflikt, der immer öfter in offener Gewalttätigkeit aufflammt.

Besonders hart trifft es die Farbigen

Im Südlondoner Elendsquartier Brixton sagt mir ein vielleicht 60jähriger Westinder: „Drei von vier haben hier keinen Job, Mann. Ich gehöre zu den dreien. Gehe ich zum Sch… staat der Weißen, Mann – nein. Ich hole mir selbst, was ich brauche. Und jetzt verp… dich, Whitey, sonst kracht's!"

Margaret Thatcher und ihr Kabinett haben eine einfache Antwort auf die Frage nach den Hintergründen. Die nun schon vor vier Jahren begonnene Serie von Straßenschlachten, so die offizielle Lesart, sei das Gemeinschaftswerk von subversiven Elementen und hergelaufenen Kriminellen. Und zum bedrohlichen Anwachsen der allgemeinen Verbrechensrate: Da sei zum einen der schlechte Einfluß des Fernsehens, und zum anderen lebe man nun allemal in einer bösen Welt. (SAD)

Nathan Sharon über sein Leid als Anatoli Schtscharanski

Seit einer Woche ist Anatoli Schtscharanski, der sich jetzt Nathan Sharon nennt, in Freiheit, in Israel. In einem Gespräch mit Ephraim Lahav berichtet er über seine schrecklichen Jahre in der Sowjetunion.

Von EPHRAIM LAHAV

„Vielleicht werde ich in einigen Jahren Zeit haben, es zu lesen", sagte Anatoli Schtscharanski, als ich ihm das Buch seiner Frau Avital „Nächstes Jahr in Jerusalem" für ein Autogramm vorlegte. Vorläufig ist er noch derart „überhäuft mit Liebe und verfolgt von den Medien", daß er keine Zeit zur Lektüre hat.

Ich lese ihm aus dem Buch einen Absatz eines Briefes vor, den er im Juni 1975 aus Moskau an seine Frau in Jerusalem schrieb: „Wenn ich endlich in Israel ankomme, werde ich irgendwo auf dem warmen Sand am Meeresstrand liegen, mit Dir an meiner Seite. Einen Monat lang, vielleicht länger, werden wir uns nicht vom Fleck rühren, bis ich mich schließlich von diesem schrecklichen Wettrennen erholt habe. Erst dann werde ich fähig sein, ein normales menschliches Leben zu führen. Eines Tages werden wir uns mit Entsetzen an diese Zeit erinnern und uns fragen: Ist das alles wirklich geschehen?"

„Genau dies werden wir von morgen an tun", sagt Schtscharanski, „wir fahren ans Meer und ruhen uns zwei Wochen lang aus. Dann will ich beschließen, wie ich in meinen Beruf zurückfinde." Dann schreibt er mir in Avitals Buch: „Solange ich keine eigenen Bücher habe, muß ich die Bücher meiner Frau autographieren", und unterschreibt mit seinem neuen hebräischen Namen „Nathan Sharon".

Ein Ziel hat er sich gesetzt: „Ich fühle mich verpflichtet, die einzigartige Erfahrung, die ich erworben habe, ganz besonders den KGB-Alptraum, zur Hilfe für andere zu nutzen. Das kann auch denen nützen, die dasselbe Schicksal erleiden, wie ich es erlitten habe."

Schtscharanskis erste Berührung mit Gefängnissen war die Untersuchungshaft des KGB in Moskau. „Dort verbrachte ich 16 Monate in voller Isolierung. Dort war es zwar besser als in den eigentlichen Strafanstalten … Wenn man nicht in der Strafzelle sitzt, so braucht man nicht zu hungern. Aber man ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten."

Die Untersuchungsmethode: „Zuerst versucht man, mir zu erklären, daß ich keine Wahl habe, als ihnen zu helfen. Man sagte mir: ‚Wir haben jetzt vor aller Welt erklärt, daß Sie ein Spion sind. Denken Sie doch an das Bisherige. Können Sie sich an einen einzigen Fall erinnern, in dem wir unsere Beschuldigung zurückgezogen haben? Wir sind nicht auf Ihren Kopf aus. Wir wollen Ihre Hilfe. Also, entweder Sie legen ein Geständnis ab und halten eine Pressekonferenz und helfen uns in unserem Kampf gegen die Dissidenten – und dann lassen wir Sie nach Israel ausreisen – oder Sie werden zum Tode verurteilt. Da gibt es keinen Ausweg.'"

Das sagten ihm die vernehmenden Offiziere in den ersten Monaten unausgesetzt. Es war schon ein ständiger Witz, erzählt Schtscharanski. „Aber dann begriffen die Offiziere schließlich, daß ihnen das nichts nützen würde. Zwei, drei Monate darauf hörten sie mit dieser Methode auf und versuchten eine andere. Sie sagten: ‚Sie glauben, ein Held muß sein Leben für seine Bewegung opfern. Wir meinen, das ist dumm, aber das ist Ihre Sache. Aber denken Sie doch an Ihre Bewegung. Da sind Leute wie Robert Toth (von der Los Angeles Times).' Sie hatten Toth vernommen und lasen mir seine Aussage vor. Sie sagten mir, er sei als Spion verhaftet worden. Es liege im Interesse meiner Bewegung, mich von solchen Leuten zu distanzieren. ‚Sonst werdet ihr alle als Spione verurteilt werden.'"

Auch diese Methode versagte, obwohl die KGB-Offiziere extremsten Druck angewandt hatten. „Er nahm verschiedene Formen an. Ein Beispiel: Eines Tages machte man eine Inspektion und fand, daß meine Zahnbürste scharf geschliffen war. Mein Nachbar, der keine Zahnbürste besaß, hatte das getan, damit er Wurst schneiden könne. Die KGB-Leute sagten: ‚Scharfe Gegenstände sind verboten.' Tags darauf brachte man mich in die Strafzelle. Das war schrecklich. Kalt, dunkel, und ich durfte keine warme Unterwäsche tragen, keinen Mantel. Die Zelle war ungefähr 2 x 1,80 m groß. Tagsüber mußte ich auf dem Fußboden sitzen. In der Nacht durfte ich ein Holzbrett aus der Wand nehmen und darauf



Ungebeugt: Anatoli Schtscharanski FOTO: NITSAN SHORER/SAD

liegen. Aber ohne eine Decke in der eisigen Kälte. Erst in der achten Nacht gelang es mir, einige Minuten zu schlafen. Bis dahin raubte mir die Kälte den Schlaf … Während dieser Zeit wurde ich täglich zum Verhör beordert. Im Verhörzimmer war es angenehm warm. Der vernehmende Beamte gab mir heißen Tee und sagte noch: ‚Bitte, sagen Sie das nicht weiter, sonst habe ich Schwierigkeiten.' Sogar Kuchen gab man mir … Die Untersuchung bestand darin, daß man mir die Vernehmungsprotokolle anderer Gefangener vorlas. Wenn ich da aus der Kälte in die Wärme kam, war ich so groggy, daß ich manchmal einschlief. Man versuchte, mich zu einem Geständnis zu überreden."

Nach zehn Tagen dieser Behandlung gaben sie es auf. Sie versuchten es nochmals zehn Tage lang, wieder erfolglos. Dann kam Schtscharanski in die reguläre Haft zurück.

Die „Ermittlung" gegen Schtscharanski war schließlich im Jahre 1978 abgeschlossen. Die Akten füllten einundfünfzig Bände mit je 300 Seiten. Den Anwalt, den ihm seine Mutter für den Prozeß besorgt hatte, lehnte das Gericht ab. Die Anwältin, die ihm das Gericht beschaffte, lehnte er ab. Begründung: „Ich sah keinen Anlaß, zwei Anklagevertreter gegen mich zu haben …"

Schließlich wurde Schtscharanski zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Zuerst kam er ins Gefängnis von Wladimir in der Nähe von Moskau, aber zwei Monate darauf wurden alle politischen Gefangenen nach Tschistopol, etwa 800 km von Moskau, übergeführt.

Die meisten Gefangenen in Wladimir wie auch in Tschistopol waren nichtjüdisch. Viele von ihnen sogenannte „Nationale". Es waren Ukrainer, Armenier, Georgier, Esten, Litauer. Ihr „Verbrechen" war, daß sie Flugschriften veröffentlicht hatten oder Berichte über die Verletzung der Menschenrechte. Dann gab es auch religiöse Dissidenten, Orthodoxe, Angehörige der Pentcostler-Sekte, auch Katholiken.

Auch deutsche „Nationale" gibt es in sowjetischen Gefängnissen, erzählt Schtscharanskij. „Sie werden meist unter dem etwas leichteren Artikel 190 – ‚Verbreitung von Verleumdungen gegen die Sowjetunion' – verurteilt. Aber die Deutschen werden meistens mit nichtpolitischen Gefangenen zusammen gehalten. Das macht ihr Los schwerer, denn die Sicherheit unter den politischen Gefangenen ist größer."

Nach anderthalb Jahren in Tschistopol wurde Schtscharanski in das Arbeitslager von Swijatskaja überstellt. „Aber nach einigen Monaten dort sagte man mir, ich übe einen sehr negativen Einfluß auf die anderen Gefangenen aus, und man steckte mich in das Dorfgefängnis. Dort ging es mir sehr schlecht.

Man nahm mir meinen Psalter weg, unter der Begründung: ‚Solange Sie im Gefängnis sind, müssen wir alle schädlichen Einflüsse von Ihnen entfernen.' Die Religion gilt als schädlicher Einfluß, daher nahmen sie den Psalter weg. Daraufhin trat ich in Streik, das heißt ich verweigerte die Arbeit, und wurde in die Strafzelle gesteckt. Nach 15 Tagen nahmen sie mich heraus und fragten: ‚Sind Sie jetzt gewillt zu arbeiten?' Ich sagte nein, und zurück ging es in die Strafzelle. Sechsmal ging das so und nach dem 92. Tag wurde ich ohnmächtig. Denn die Verpflegung war dort wie folgt: einen Tag 450 Gramm Brot, am nächsten Tag Suppe mit zwei Kartoffeln, insgesamt 1500 Kalorien für zwei Tage. Jedesmal wenn man mich fragte, antwortete ich: ‚Ich bin bereit zu arbeiten, wenn ich meinen Psalter zurückbekomme.' Ich blieb 130 Tage in der Strafzelle. Dann wurde es ihnen zuwider. Sie brachten mich nach Tschistopol zurück und gaben mir dort den Psalter."

Nach neun schweren Jahren kam der Tag der Freiheit. Aber man gönnte ihm nicht einmal die Vorfreude: Niemand verriet es ihm auch nur mit einem Sterbenswörtchen. „Erst als ich die Grenze überquerte, sagte man mir offiziell, es gehe in die Freiheit."

(SAD)

„Verwaltung soll nicht gleich prozessieren“

Appell des Bundesverwaltungsgericht an die öffentliche Hand

HENNING FRANK, Berlin

Die zunehmende Inanspruchnahme des Bundesverwaltungsgerichts durch den Bund, die Länder und die Gemeinden zum „Austragen von Streitigkeiten unter Hoheitsträgern“ hat Gerichtspräsident Horst Sendler kritisiert. In der Jahrespressekonferenz des „kleinen Bruders des Bundesverfassungsgerichts“ appellierte Professor Sendler an die Verwaltungen, in allen ihren Verantwortungsstufen ihre Kompetenzen voll auszuschöpfen und der Versuchung zu widerstehen, notwendige Einigungsprozesse den Gerichten zu übertragen und zu verrechtlichen. Die Gerichte seien schließlich für die Bürger und nicht für die Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten der öffentlichen Hand „mit sich selbst“ da.

Für Sendler ist es eine ungute Entwicklung, wenn sich die Bundesregierung mit den Landesregierungen in Hannover und Kiel nicht über die genaue Lage des Mündungstrichters von Elbe, Ems und Weser verständigen kann, sondern das in vier Verfahren durch den Bundesgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht klären läßt. Das sei ein Beispiel für die auch beim Bundesverfassungsgericht zu beobachtende Tendenz, daß politische Meinungsverschiedenheiten mehr und mehr in die Ebene des Rechts verlagert und zu Rechtsfragen stilisiert würden. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß der „Atomrechtssenat“, dessen Vorsitzender Horst Sendler ist, sich gerade im Wyhl-Urteil bemüht habe, die Kompetenzen der anderen Staatsgewalten zu wahren.

Das Bundesverwaltungsgericht ist nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1985 heute ein „konsolidiertes Unternehmen“. Nachdem das Gericht Anfang der achtziger Jahre vor allem mit Asylsachen förmlich überschüttet und jährlich über 14 000 neue Fälle registriert wurden, waren es 1985 nur noch 3850 (1984: 3952). Da im vergangenen Jahr 4008 Verfahren entschieden wurden, konnten die Rückstände weiter abgebaut werden. Am 31.12.1985 waren noch 2105 (1984: 2263) Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht anhängig. Ob die rückläufige Tendenz bei der mit durchschnittlich zwei Jahren noch immer viel zu langen Bearbeitungsdauer anhält, wurde selbst von dem sonst sehr optimistischen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts bezweifelt.

Trotz des erheblichen Rückgangs der Asylsachen (1985: 880) sprach sich Professor Horst Sendler entschieden gegen die Auflösung des Asylsenats aus. Eine Verteilung des Asylrechts auf mehrere Senate würde die in diesem Bereich bereits erzielten Erfolge wieder in Frage stellen. Ob Sendler mit diesen Bedenken bei der Bundesregierung Gehör findet, wird sich bei der großen Wachablösung an der Spitze des Bundesverwaltungsgerichts herausstellen.

CDU/FDP Koalition in Hamburg geplant

D.G. Hamburg

Nach der nächsten Wahl zur Hamburger Bürgerschaft, dem Landesparlament der Hansestadt, am 9. November, wollen die Freien Demokraten *bei ausreichender Mehrheit eine Koalition* mit der Christlich-Demokratischen Union eingehen. Das hat der FDP- Landesvorstand mit sechs zu drei Stimmen am späten Montagabend beschlossen. Wichtigstes Ziel der Freien Demokraten ist zunächst die Rückkehr in die Bürgerschaft, aus der sie bei der Wahl von 1978 mit 4,8 Prozent Stimmenanteil ausgeschieden waren. Im Mai 1982 verfehlte die FDP mit 4,9 Prozent dieses Ziel nur knapp, bei der Neuwahl im Dezember *desselben Jahres reichte es dann nur* noch für 2,6 Prozent.

Der CDU-Bürgermeisterkandidat Hartmut Perschau begrüßte die Entscheidung der FDP. Die bürgerlichen Kräfte müßten gemeinsam den notwendigen politischen Wechsel in Hamburg herbeiführen.

Wieder Kritik an SFB-Intendant

dpa, Berlin

Der Sender Freies Berlin kommt nicht zur Ruhe. Über finanzielle Entscheidungen, die SFB-Intendant Lothar Loewe im vergangenen Jahr ge*troffen hat, ist auf der gestrigen Ta*gung des SFB-Rundfunkrats Kritik geäußert worden. Loewe hatte am 28. November 1985 für einen neuen Vorspann der Fernsehmagazine „Berliner Abendschau“ und „Kontraste“ Aufträge im Umfang von 250 000 Mark erteilt. Davon sollen bereits 228 000 Mark bezahlt worden sein.

Ratsmitglied Michael Pagels (DGB) mißbilligte diese Entscheidung ausdrücklich. Sie stelle einen „eindeutigen Verstoß gegen die Finanzordnung des Senders“ dar. In der Debatte wurde auf § 11 der SFB-Satzung verwiesen, der bei Rechtsgeschäften des Intendanten die Zustimmung des Verwaltungsrats vorschreibt, sofern diese den Wert von 100 000 Mark überschreiten. Diese Zustimmung sei nie erteilt worden.

Brandt: SPD will einen neuen Dialog zwischen Technik und Politik wagen

„Ingenieur-Kongreß“ in Düsseldorf / Streitgespräch zwischen Lafontaine und IBM-Manager

PETER PHILIPPS, Düsseldorf

Kurz vor der Mittagspause kam Stimmung auf: Im offenen Disput auf der Bühne der Düsseldorfer Stadthalle ließ Moderator Peter Glotz am 1. Tag des SPD-„Ingenieur-Kongresses“ zwei Teilnehmer aufeinanderprallen, die in ihrer Person jeweils auch die grundsätzlichen Widersprüche repräsentierten, die im Tagungsthema enthalten waren. „Die Technik und ihre soziale Dimension“, lautete das Leitmotiv. Oskar Lafontaine, saarländischer Ministerpräsident und seit Jahren ausgewiesener Technik-Skeptizist, hatte sich mit Hans-Olaf Henkel auseinanderzusetzen, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsführung von IBM-Deutschland.

Von Kant bis Einstein

Beide Angehörige der Generation der Mittvierziger und doch von gänzlich unterschiedlicher Grundeinstellung: Hier der linke Politiker, der zur geistigen Untermauerung seiner technikkritischen Einstellung eine ganze Palette großer Geister, von Kant bis Einstein, zitierte; dort der Techniker, der in der technologischen Entwicklung vor allem die „Chance für mehr Freiheit und mehr Lebensqualität“ der Menschen sieht. Immer wieder kam Lafontaine während des Disputes – bei dem eine von SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz gesteuerte elektronische Zeitanzeige die Menschen der Technik unterwarf und die Redezeit beschränkte – bei der Beschreibung technischer Möglichkeiten und Aussichten auf das Risiko des „atomaren Infernos“ zurück, das Technikentwicklung uns beschert habe. *Er setzt vor allem auf das Ziel,* daß „technologischer Fortschritt immer der Fortschreitung hin zur Menschlichkeit untergeordnet“ sein müsse. Und als ein wesentliches Rezept zur Erreichung dieses Ziels sieht er die Ausweitung der Mitbestimmung an.

Ganz anders Henkel: „Der einzige, der vor der anstehenden Flexibilisierung der Arbeit durch die neuen Technologien und der davon ausgehenden Möglichkeit, Arbeit wieder *stärker aus großen Büros in die heimische* Atmosphäre zu verlagern, Angst hat, ist nicht das Individuum, sondern das sind die Gewerkschaften.“ Henkel wies dem Staat eng umgrenzt nur die Aufgabe zu, Rahmenbedingungen und Ziele zu definieren. „Niemand sollte sich einbilden, er könne den technischen Fortschritt an die Kandare nehmen und Stück für Stück freigeben.“ Er warnte vor dem übertriebenen Hang zur „Technologiefolgen-Abschätzungsdiskussion“ und forderte statt dessen „Mut zur Technikverantwortung“. Inzwischen sei die Situation in der Bundesrepublik Deutschland dadurch gekennzeichnet, „daß der französische Bauer positiver dem Computer gegenüber eingestellt ist, als die deutsche Intelligenz. Wir versündigen uns an unserer Zukunft und unserer Jugend.“

Vor allem aber sei „der technische Wandel kein Grund für mehr Mitbestimmung“. Auf diese Weise komme man vielmehr – und er verwies auf ein Beispiel aus seinem Unternehmen – zu der absurden Situation, daß „ein Arbeitsrichter über den Sinn einer Investition entscheidet“.

Am Ausgangspunkt ihres Disputes darüber, wie stark der Staat eingreifen solle in die Gestaltung des technischen Fortschritts, waren sich Henkel und Lafontaine noch grundsätzlich einig: So wenig wie möglich und direkt nur bei der Förderung der Grundlagenforschung. Aber während der SPD-Politiker dann schnell zum Bild eines Staates kam, der angesichts der multinationalen Konzerne auf hohe „Machtfragen“ gestellt sei, etwa der „demokratischen Kontrolle der Multis“, beschritt Henkel einen anderen Weg: Gerade in Gestalt der *multinationalen Konzerne* sei „die Wirtschaft den Politikern voraus“, sie überwinde die Grenzen.

Zwei Denkwelten

Und die von Lafontaine im Zusammenhang mit dem firmeninternen Datentransfer aufgeworfene Frage des verstärkten Datenschutzes nannte der IBM-Manager schlicht „naiv“. Denn wenn er die Unterlagen im Koffer auf Papier gedruckt durch die Lüfte transportiere, gebe es auch keine Kontrollen. Wer über das Vehikel Mitbestimmung den Fortschritt behindern wolle, sollte lieber ehrlicherweise „Wahlen gewinnen und dann eben die Gesetze ändern“.

Zwei Denkwelten treffen beim SPD-Kongreß aufeinander. Aber, wie Parteichef Willy Brandt einleitend sagte: Die SPD sei keine Bewegung der „Maschinenstürmer“. Sie wolle „einen neuen Dialog zwischen Technik und Politik“ wagen. Er selbst scheint dabei positiver in die Zukunft zu sehen, als mancher seiner politischen Enkel, und sprach von einer „neuen technischen Revolution“, vor der wir stehen und die „eine freiheitlichere Organisation der Arbeit“ für die Menschen erlauben könnte.

Heute schwitzen 60 000 im Eignungstest

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Heute morgen um genau 8.15 Uhr wurde das sorgsam gehütete Geheimnis gelüftet: Zum ersten Mal haben 60 500 Bewerber für die Fächer Human-, Zahn- und Tiermedizin an 226 Orten, in 800 Aulen, Schulzimmern und Hörsälen die Fragebögen für den neuen Eignungstest in Empfang genommen. In fünf Stunden (plus Mittagspause) müssen 204 Fragen beantwortet werden. Der Test ist vom Wintersemester 1986/87 an Bedingung für die Aufnahme eines Medizinstudiums und der Schlüssel zu einem der raren Studienplätze.

Die Fragen, die kein Schulwissen, sondern Intelligenz, Konzentration, Merkfähigkeit und naturwissenschaftliches Verständnis aufspüren sollen, wurden vom Bonner Institut für Test- und Begabungsforschung komponiert und unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen produziert: Die Druckmaschinen liefen unter Aufsicht. Die fertigen Fragebögen lagerten unter Verschluß und wurden in versiegelten Koffern in die Testlokale transportiert, wo sie bis heute morgen bewacht blieben.

Der Test selbst hat seit 1980 einen Probelauf hinter sich. Jeweils 6000 Freiwillige konnten sich via Fragebogen eine zusätzliche Chance auf einen von 1200 reservierten Studienplätzen erwerben.

In Zukunft wird das Testergebnis, nach Punkten und gemessen an einem Durchschnittswert, mit 45 Prozent, die Abiturnote mit 55 Prozent über die Studienplatzvergabe entscheiden. Die Information zum Test läßt erwarten, daß für einen gescheiten und konzentrierten Abiturienten das Fragen-Labyrinth zu bewältigen ist.

Von den Medizin-Studienplätzen werden zehn Prozent an die Testbesten vergeben, 45 Prozent nach einer Quote aus Testergebnis und Notendurchschnitt. Zwanzig Prozent der Plätze erhalten die Bewerber von der Warteliste, 15 Prozent werden nach Auswahlgesprächen verteilt, zu denen die Universitäten nach Lossystem einladen, zehn Prozent bleiben als Sonderquote für Härtefälle, Ausländer oder Zweitstudienbewerber.

Die Zahl der Studienplätze im nächsten Wintersemester entscheidet sich erst im Mai. Zuletzt waren es 7100 Plätze für Human-, 1150 für Zahn- und 880 für Tiermedizin. Pro Platz gab es in der Humanmedizin vier Bewerber, in der Zahnmedizin sieben und in der Tiermedizin acht.

Ausflugtips für den „kleinen Grenzverkehr“

BERND HUMMEL, Eschwege

Am Anfang stand ein Mißverständnis: Vom „kleinen Grenzverkehr“ zwischen den beiden Staaten in Deutschland war seinerzeit die Rede, doch genau das waren die im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag ausgehandelten Tagesaufenthalte für Bewohner des Zonenrandgebietes in der „DDR“ nicht. Die Tagesreisen in die grenznahen Kreise blieben bis heute eine Einbahnstraße von West nach Ost. Dennoch: Das innerdeutsche Ministerium wertet diese Reisemöglichkeit als „gutes Instrument, um die verwandtschaftlichen Kontakte nicht abreißen zu lassen“. Immerhin machten im vergangenen Jahr rund 320 000 Menschen aus dem Zonenrandgebiet von diesem Angebot Gebrauch. Jetzt möchte das Ministerium diese Besuche noch populärer machen.

Jeweils 50 000 Faltkarten

In Bonn weiß man, daß die Sache Unterstützung verdient. Kaum eine andere Vereinbarung zwischen den beiden Staaten in Deutschland war so sehr von Rückschlägen betroffen. Als im Juni 1973 durch die „Anordnung Nr. 2 über die Einreise von Bürgern der BRD in die DDR“ diese neue Besuchsmöglichkeit wirksam wurde, eröffneten sich für mehr als sechs Millionen Einwohner der grenznahen Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik die Chance, Freunde, Bekannte und Verwandte im Rahmen eines 30-Tage-Besuchskontingents mehrfach im Jahr bei Kurzaufenthalten wiederzusehen. Was beiderseits der innerdeutschen Grenze unter „grenznah“ zu verstehen war, wurde zwischen Bonn und Ost-Berlin festgelegt: ein etwa 50 Kilometer tiefer Gebietsstreifen dies- und jenseits der „DDR“-Grenzsperren

Seit August 1984 dürfen Tagesbesucher im Rahmen eines 45-Tage-Kontingents zwei Tage lang in der „DDR“ bleiben, die Ausreise muß nun bis null Uhr des auf die Einreise folgenden Tages erfolgt sein. Seither sind auch Übernachtungen möglich. Joseph Dolezal vom Pressereferat des Ministeriums sagt: „Das sind Bedingungen, mit denen man etwas anfangen kann.“ Was er meint, sind neben den Verwandtenbesuchen auch Ausflugsfahrten in die grenznahen „DDR“-Kreise. So wirbt das innerdeutsche Ministerium nun für Tagesreisen nach drüben. Brandneu erscheint in diesen Tagen eine Serie von Touren-Vorschlägen für Ausflüge im Rahmen des Tages-Reiseverkehrs. Die ersten zehn Touren-Tips verlassen in Kürze die Druckerei und können über das innerdeutsche Ministerium oder aber durch die Grenzinformations- und Betreuungsstellen für Grenzbesucher bei den Landkreisen kostenlos bezogen werden. Jeder der zehn Touren-Vorschläge, die auf einer *handlichen Faltkarte angeboten* werden, erscheint in einer Auflage von zunächst 50 000 Exemplaren. Es soll nicht bei diesem Start bleiben. Joseph Dolezal: „Insgesamt werden wir 27 Routen anbieten, die im Rahmen von Tagesfahrten genutzt werden können.“

Es gibt lohnende Beispiele. Eine 110-Kilometer-Tour etwa, die vom Grenzübergang Herleshausen/Wartha ausgeht und über Eisenach in den Thüringer Wald führt. Sehenswerte Ziele sind freilich die Wartburg in Eisenach, aber auch in Breitungen das Naturschutzgebiet „Breitunger See“. Durch den reizvollen Thüringer Wald geht es nach Schmalkalden mit dem Schloß Wilhelmstein, einem der bedeutendsten Bauwerke der deutschen Renaissance. Mit an der Strekke liegt der Truseltaler Wasserfall, bevor der Endpunkt, der 8400 Einwohner zählende Kurort Bad Liebenstein, erreicht wird. Die Faltkarten geben detaillierte Beschreibungen der Sehenswürdigkeiten entlang der Strekke, weisen aber auch auf historische Zusammenhänge hin. Nützlich für den Reisenden sind auch praktische Hinweise auf Tanken, Parken und Pannenhilfsdienste sowie auf die Reisebestimmungen.

Zurück auf Nebenstraßen

Die Werbekampagne des innerdeutschen Ministeriums hat ihren Preis. Rund 700 000 Mark machen allein die Herstellungs- und Druckkosten für die Farbbroschüren aus, aber – so Dolezahl – „wenn es gelingt, die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland auch ohne Verwandtenbesuch zu einem Ausflug in die schönsten Gebiete im Herzen Deutschlands zu bewegen, dann ist unser Ziel bereits erreicht.“

Was das Angebot so sympathisch macht ist die Tatsache, daß die Tourenvorschläge nicht ausschließlich auf traditionelle Touristenziele ausgerichtet sind, sondern bewußt – meist für die Rückreise – Fahrtrouten über Nebenstraßen, durch wenig bekannte Dörfer und Städte anbieten. Originalton aus Bonn: „Da wird es in jedem Fall zu Gesprächen mit Menschen kommen, hinter denen kein Reiseleiter steht.“ Überhaupt liegt darin die Chance des grenznahen Reiseverkehrs: Anders als bei Touristenreisen mit vorgeschriebenem Programm und Hotelübernachtungen, für die die „DDR“ den „Westlern“ Beträge im Wechselkurs von eins zu eins in Rechnung stellt, ist bei diesen Tagesreisen der Besucher auf eigene Faust unterwegs.

Vom kommenden Freitag an wird die Reise-WELT die zehn Ausflugtips in einer Serie vorstellen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

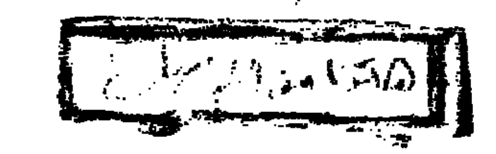
Herstellung: Werner Koziak

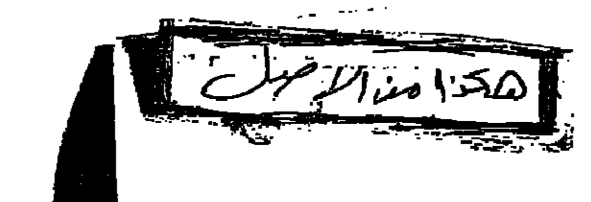
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.





„Bonn will sich nicht als Schulmeister der Entwicklungsländer aufführen“

Hilfe soll zur Selbsthilfe führen / Bundespräsident von Weizsäcker beendet Asien-Reise

PETER ISELI, Bangkok

Das breite Spektrum deutscher Entwicklungszusammenarbeit, sei es nun durch den Staat, durch Hilfsorganisationen oder durch die Privatwirtschaft, stand im Zentrum der heute – nach einem Besuch im nordmalaysischen Penang – zu Ende gehenden 16tägigen Reise von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in drei asiatische Länder: in das auf Unabhängigkeit bedachte Birma, ins islamische Bangladesch, dessen zwölfjährige Unabhängigkeit von Katastrophen und der Suche nach einer stabilen Staatsstruktur geprägt ist, und in den Vielvölkerstaat Malaysia, der sich an die Schwelle zum Industriestaat herantastet.

Drei Länder mit einem grundverschiedenen Entwicklungsstand, mit sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und religiösen Voraussetzungen und deshalb auch mit abweichenden Vorstellungen über ihre jeweilige weitere Entwicklung.

In allen drei Staaten haben deutsche Entwicklungsbehörden, Firmen und Experten einen Beitrag zur Entwicklung geleistet. Eine einzigartige Möglichkeit also für Bundespräsident von Weizsäcker und für den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, Erfahrungen vor Ort zu vergleichen und Schlüsse zu ziehen.

„Wir wollen nicht mit Theorien und fertigen Antworten kommen“, sagte von Weizsäcker dem Präsidenten Bangladeschs. „Wir wollen dort helfen, wo es schrittweise zur Selbsthilfe der Armen und Bedürftigen beiträgt.“ Gegenüber der birmanischen Führung betonte Weizsäcker den deutschen Wunsch nach einer Zusammenarbeit, „die den Bedürfnissen Ihrer Bevölkerung sowie Ihrem kulturellen Selbstverständnis entspricht“. Die Bundesrepublik sehe sich als Partner und Freund der Entwicklungsländer, nicht als Schulmeister, der seine eigenen Vorstellungen aufdrängen wolle.

Eine grundsätzliche Frage tauchte in den Gesprächen und bei den Projektbesichtigungen immer wieder auf: Wer soll was tun? Wie können die Entwicklungsgelder am wirksamsten in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden? Wie können Staat, private Hilfswerke und die Privatwirtschaft *ineinandergreifend* arbeiten?

Große *Infrastrukturprojekte* sind für kleine *nichtstaatliche* Organisationen kaum das richtige Betätigungsfeld. Hier müssen großangelegte Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden, sei es durch bilaterale Verträge oder über multilaterale Organisationen.

Gerade in Bangladesch müssen diese Großprojekte aber durch langfristige Kleinarbeit im sozialen Bereich ergänzt werden. Die Eindämmung der Bevölkerungsexplosion, die Linderug von Armut und Beschäftigungsproblemen muß beim einzelnen beginnen. Weizsäcker sieht dort eine wichtige Funktion für private Organisationen. Als ein Beispiel nannte der Sprecher des Bundespräsidenten das „ungeheure Potential der Frauen“, die bei einer langfristigen Veränderung der Sozialstruktur und bei der Familienplanung eine entscheidende Rolle spielen.

Andere Dimensionen einer Zusammenarbeit zeigt das Schwellenland Malaysia, das sich – mit einem jährlichen Prokopfeinkommen von heute rund 5000 Mark – seit über zehn Jahren nicht mehr für staatliche Entwicklungshilfe qualifiziert. International tätige Privatunternehmen – unter ihnen mehrere deutsche Firmen – haben wesentliche Aufgaben bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, in der Fertigungsindustrie und beim Transfer von Technologie übernommen.

Der Bundespräsident betonte in seinen Reden die Bedeutung regionaler und überregionaler Zusammenarbeit. Er hob dabei die Asean (Malaysia, Philippinen, Thailand, Indonesien, Singapur, Brunei) hervor, deren Leistungen „als Modell für einen Zusammenschluß in der engeren und weiteren Region“ dienten.

Washington lobt Paris für „mutige Aktion“ in Tschad

AFP, Washington/Paris

Die amerikanische Regierung hat die französische Intervention in Tschad als eine „mutige Aktion“ gegen die „libysche Aggression“ gewürdigt. Gleichzeitig kündigte Washington eine beschleunigte Militärhilfe für die Regierung Hissène Habrés von sechs Millionen Dollar an. In einer Erklärung des State Department hieß es, daß Washington und Paris in Konsultationen über die „Koordinierung der nötigen Anstrengungen“ stehen. Auch die britische Regierung äußerte ihre vorbehaltlose Unterstützung der französischen Haltung. Der libysche Revolutionsführer Khadhafi sagte unterdessen, sein Land werde trotz der französischen Verletzung des Abkommens von Kreta 1984 – das zum Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad nach der „Operation Manta“ geführt hatte – nicht in die inneren Angelegenheiten des Tschad eingreifen. Frankreich und die USA, so Khadhafi, arbeiteten zusammen, um den Tschad zu ihrem Stützpunkt zu verwandeln.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der britische Lehrerstreik läßt einen geordneten Unterricht nicht mehr zu

REINER GATERMANN, London

In diesen Tagen ist es in England und Wales genau ein Jahr her, daß die über 460 000 Lehrer in den staatlichen Schulen ihren Arbeitskampf für höhere Gehälter aufnahmen. Sie führen ihn nach Partisanenart. Einmal kündigen sie im voraus an, daß sie drei Tage nicht zum Unterricht kommen werden, ein anderes Mal tauchen sie zwanzig Minuten nach Stundenanfang auf, um dann ganz erstaunt zu sein, daß der Rektor die Schüler nach Hause geschickt hat.

Der Lehrerstreik hat inzwischen an Dauer den Ausstand der Bergarbeiter übertroffen, aber bei weitem nicht dessen Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. „Das überrascht mich nicht. Hier geht es ja nur um die Zukunft unserer Kinder“, sagt bitter der Leiter einer Kleinstadtschule.

Mangelndes Engagement sieht auch der Staatssekretär für Erziehung, Chris Patten, als einen Grund dafür, daß der Konflikt bisher nicht gelöst werden konnte. Das Erziehungsministerium kämpfe jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen in der Regierung für mehr Geld, aber „die Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben richten sich weitgehend nach dem öffentlichen Druck“.

Die Auseinandersetzung begann vor einem Jahr, als die drei größten Lehrergewerkschaften rund 12,5 Prozent Gehaltserhöhung forderten, die Arbeitgeber jedoch nur vier Prozent zulegen wollten. Inzwischen sind sie sich mit Hilfe einer Schlichtungskommission mit zwei Gewerkschaften einig geworden: 6,9 Prozent für 1985 und ab 1. April 1986 weitere 7,5 Prozent. Die Tarifparteien sollen bis Ende Februar entscheiden.

Aber die mit 216 000 Mitgliedern größte Arbeitnehmerorganisation, die National Union of Teachers (NUT), will von Schlichtung nichts wissen. Sie wehrt sich vor allem gegen eine Forderung des Ministers für Erziehung, Sir Keith Joseph, die Lehrergehälter an eine Leistungsskala zu binden. „Bessere Lehrer sollen besser bezahlt werden“, so die These des Ministers. Die Antwort der NUT: „Lehrerleistung kann nicht wie Maurerleistung gemessen werden.“

Um ihre Forderungen durchzusetzen, wählten die Pädagogen eine vor allem für Schüler und Eltern rücksichtslose Methoden. Sie entschlossen sich zu Punktstreiks. Manchmal wählten sie ganze Schulen, manchmal rufen sie einen Dreitagesstreik aus. Kompliziert wird die Sache auch dadurch, daß die drei Gewerkschaften ihre Aktionen nicht koordinieren, wobei die beiden kleineren bei weitem nicht dieselbe Aggressivität zeigen wie die NUT. Das Resultat ist ein Chaos, das immer weniger Rektoren, die sich in einem Loyalitätskonflikt zwischen ihren Kollegen und den Eltern/Schülern befinden, die Möglichkeit gibt, auch nur in bescheidenem Umfang einen geordneten Schulunterricht aufrechtzuhalten.

Die Eltern-Lehrer-Vereinigung berichtet: „Dreizehnjährige Kinder mußten alleine ihre Fächerwahl treffen, weil sich die Eltern – in einigen Schulen seit zwei Jahren – nicht mit den Lehrern beraten konnten.“ „Kinder werden ohne vortägige Ankündigung nach Hause geschickt, oft in leere Wohnungen, weil beide Eltern arbeiten. Andere streunen ziellos durch die Straßen.“ Lesley Brennan, selbst Lehrerin und NUT-Mitglied, weigert sich inzwischen, Tochter Kerry überhaupt zur Schule zu schicken: „Ich will sehen, ob die Schulbehörde es wagt, mich anzuzeigen, wo sie selbst nicht fähig ist, einen geordneten Unterricht zu organisieren.“

Kaum jemand bezweifelt, daß die Lehrer in ihrer Einkommensentwicklung weit hinter vergleichbaren Gruppen zurückgeblieben sind. Seit 1974 haben sie ungefähr 35 Prozent verloren. Aus diesem Grund fanden sie auch zunächst mit ihren Forderungen große Unterstützung bei den Eltern. Viele wenden sich inzwischen völlig von der staatlichen Schule ab. „Wir erleben eine bisher nie gekannte Nachfrage“, berichtet der Verband der 1400 unabhängigen Privatschulen. Selbst Eltern mit bescheidenen Einkommen würden die Last des Schulgeldes auf sich nehmen. „Das machen sie, obwohl sie wissen, daß sie dann am Essen sparen müssen.“

Die Opposition in Südkorea läßt sich nicht entmutigen

Unterschriftenkampagne für eine Verfassungsänderung

FRED de LA TROBE, Tokio

Über die Frage einer Verfassungsänderung für die Wahl des Präsidenten ist es in Südkorea zu einer ernsten Konfrontation zwischen dem Regierungslager des Präsidenten Chun Doo Hwan und seinen politischen Gegnern gekommen. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei (NKDP) hat den Startschuß für eine Kampagne zur Sammlung von zehn Millionen Unterschriften für ein abgewandeltes Grundgesetz gegeben, über das die Regierungspartei im Parlament die Aussprache verweigerte.

Chun Doo Hwan hat erklärt, er werde 1988 zurücktreten und sein Nachfolger werde – wie es die von ihm verkündete Verfassung bestimmt – von einem 5000 Mitglieder zählenden Wahlkollegium gekürt werden. Da dieses Kollegium von der Regierung eingesetzt wird, würde sein Nachfolger ein von ihm abgesegneter Parteigänger sein. Die NKPD tritt dagegen für eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk ein.

Polizeikommandos drangen in die Hauptquartiere der NKPD und des angegliederten „Ausschusses für die Förderung der Demokratie“ ein und fahndeten nach Listen mit Unterzeichnern für die Verfassungsänderung. Mehrere Oppositionspolitiker wurden vorübergehend festgenommen. Die Regierung bedroht alle Unterschriftenwerber mit siebenjährigen Zuchthausstrafen.

Dissident Kim Dae Jung, der sich schon in eine Liste eingetragen hatte, wurde erneut unter Hausarrest gestellt, zum achten Mal seit seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA vor einem Jahr. Er darf sich politisch nicht betätigen, da eine umstrittene 20jährige Haftstrafe gegen ihn lediglich ausgesetzt wurde. Von amtlicher Seite wurde ihm bedeutet, daß er mit erneuter Inhaftierung zu rechnen habe, wenn er sich nicht mit Kritik an der Regierung zurückhalte.

Ein anderer prominenter Oppositionspolitiker, Kim Young Sam, wurde vorübergehend unter Hausarrest gestellt und danach in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die beiden Kims werden oft als mögliche Präsidentschaftskandidaten genannt. Kim Young Sam erklärte: „Wir werden unsere Unterschriftenkampagne fortführen, selbst wenn dafür alle unsere 600 000 Parteimitglieder ins Zuchthaus kommen.“

Der NKDP-Sprecher Hong Sa Duk bezeichnete die scharfen Maßnahmen der Regierung als einen ungerechtfertigten Zugriff auf die Grundrechte des Volkes. Beobachter in Seoul rechnen damit, daß die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition eine nationale Krise heraufbeschwören wird.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Charles Redman, verurteilte das Vorgehen Seouls: „Es verträgt sich nicht mit den demokratischen Grundprinzipien, den Bürgern das Recht auf eine Petition zu verweigern. Wir legen der Regierung Südkoreas nahe, einen solchen Kurs zu vermeiden.“

Die oppositionelle NKDP ist seit ihrem überraschend gutem Abschneiden bei den Wahlen vor einem Jahr selbstbewußter und kämpferischer geworden. Sie gewann zusammen mit zwei kleineren Oppositionsparteien 58 Prozent der Stimmen. Nur durch eine Verfassungsklausel, die der größten Partei ein Drittel der Parlamentssitze zu den gewonnenen Mandaten verleiht, konnte die Regierungspartei ihre Vorherrschaft behaupten. (SAD)

Mitterrand: Warum versteht der Computer nur Englisch?

PETER RUGE, Paris

Fünfzehn Staatschefs, elf Ministerpräsidenten, zehn Minister und ein Botschafter mögen in Versailles weder etwas von Self-Service, Cheese-Burgern noch von Hot-Dogs hören. Was sie stört: daß diese Anglo-Amerikanismen Eingang in die französische Sprache gefunden haben. Darin sind sich alle einig auf dem frankophonen Gipfel, der drei Tage lang im Schloß Ludwig XIV. stattfindet.

Eine Lösung dieses Sprachproblems aber ist nicht in Sicht. Darin versucht sich schon 350 Jahre lang die Académie Française. Diese Gralsburg gegenüber dem Louvre in Paris ist zwar zum Wächter und Hüter französischer Kultur berufen, konnte aber nicht verhindern, daß in die Umgangssprache nach und nach internationale Vokabeln eingeflossen sind, dessen jüngstes Beispiel aus Deutschland herüberkommt: Für ökologische Ungereimtheiten, die im französischen Bewußtsein längst nicht die Bedeutung einnehmen wie bei uns, heißt es schlicht „Le Waldsterben“.

Staatspräsident Mitterrand schien es deshalb an der Zeit, die frankophile Welt vor dem Verfall dessen zu bewahren, was schließlich französische Identität ausmacht: Wenn schon nicht die Reinheit der Sprache bewahrt werden kann, so sagt er, dann sollte doch zumindest dafür gesorgt werden, daß „Französisch“ als Kommunikationsmittel erhalten bleibt.

Etwa 250 Millionen Menschen bedienen sich der Sprache Molieres, Racines oder Hugos. Zum ersten Mal in der Geschichte aber, so wurde in Versailles festgestellt, sprechen mehr Menschen außerhalb des Mutterlandes Französisch – in vielen ehemaligen Kolonialgebieten vor allem in Afrika ist mit der Erlangung der Unabhängigkeit Französisch zur Amtssprache erhoben worden. Das bedeutet einmal eine fortbestehende Nabelschnur mit Paris, dies ist aber auch ein Stück handfeste Politik, von dem schließlich Frankreichs Außenhandel profitiert.

Eigentlich ist seit Napoleon Kulturpolitik stets das zweite Bein der Außenpolitik geblieben, was sich im Etat dieses Ministeriums niederschlägt: geistige Entwicklungshilfe durch Lehrer-Export, Bücher und Gratis-TV-Sendungen – ein solcher Eifer ist dem Bonner Außenamt bis heute fremd, da gilt Kulturpolitik, schon gar die nach Osten, als Anhängsel.

Dennoch, eine kürzlich in 60 hochindustrialisierten Ländern vorgenommene Untersuchung alarmiert jetzt die Franzosen: Unter Wissenschaftlern und Forschern verstehen zwar 70 Prozent Französisch, 96 Prozent aber benutzen das Englische und nur 14 Prozent die deutsche Sprache.

Der Appell von Staatspräsident Mitterrand auf dem Gipfel in Versailles lautet daher schlicht: „Wenn das Französische in einer zunehmend technisierten Welt als Kommunikationsmittel nicht verdrängt werden soll, dann macht den Anfang bei Euch zu Hause. Fragt, warum die Computer Eure Befehle nur in Englisch entgegennehmen.“

…krankungen sind so alt wie die Menschheit selbst. Dennoch …n sie eine besondere Rolle ein: Jeder, der im Familien- oder …ntenkreis mit Krebs konfrontiert wird, weiß um das Leid, …amit verbunden sein kann. Viele Menschen fürchten nicht nur Krankheit selbst, sondern auch die Behandlung und ihre Folgen. Obwohl über Krebs heute fast täglich in den Medien berichtet wird, zeigt sich oft, daß das Wissen darüber in der Öffentlichkeit noch gering ist. Falsche Vorstellungen über Behandlung und Heilungschancen sind weit verbreitet. Manche Medien berichten voreilig über spektakuläre Erfolge mit neuen Medikamenten oder Therapien und wecken so falsche Hoffnungen. Acht die Menschen bewegende Fragen zum Thema Krebs sollen in den Beiträgen auf dieser Seite, so gut es nach heutigem Wissen geht, beantwortet werden. Das Ziel dabei ist, einen Überblick über Ursachen und Heilungschancen dieser Krankheit zu geben.

Schrittweise verliert der Krebs sein dämonisches Gesicht

Ist Krebs eigentlich heute häufiger als früher?

Der Begriff Krebs bezeichnet nicht eine einzelne Krankheit, sondern mehr als 200 unterschiedliche Erkrankungen an verschiedenen Organen. Allen Krankheitsbildern ist gemeinsam, daß Zellen beginnen, sich unkontrolliert zu vermehren und gesunde Gewebe und Organe zunehmend zu zerstören. Man muß also zwischen den einzelnen Krebsformen geanus unterscheiden.

Krebserkrankungen gab es bereits vor einigen tausend Jahren. In den meisten Fällen treten sie erst im fortgeschrittenen Alter auf. Die Verdopplung der Lebenserwartung in den letzten hundert Jahren hat deshalb dazu geführt, daß heute mehr Todesfälle auf Krebs zurückgehen als früher. Der Anteil bestimmter Krebsformen an diesen Todesfällen nimmt seit Jahrzehnten ständig zu. So ist der Lungenkrebs bei Männern und Frauen in der Bundesrepublik zwischen 1952 und 1978 stark angestiegen. Ursache dafür ist das Rauchen. Das steht sicher fest. Eine ähnliche Entwicklung gilt, wenn auch weniger dramatisch, für die Tumoren des Darmes, der Niere, der Prostata oder für den Brustkrebs bei Frauen. Abgenommen haben dagegen u. a. der Magen- und der Leberkrebs.

Insgesamt ist das Verhältnis von Krebstoten zur Bevölkerungszahl in den letzten Jahrzehnten bei Männern leicht angestiegen, bei Frauen leicht zurückgegangen. Die Statistiken in der Bundesrepublik erfassen nur die Todesfälle, nicht aber die Zahl aller Krebsfälle. Dies wäre nur möglich, wenn in zentralen Erfassungsstellen alle Krebserkrankungen dokumentiert werden könnten. Das Fehlen eines solchen Krebsregisters erschwert es, die Häufigkeit und auch die Heilungschancen für die einzelnen Krebsformen zu ermitteln, wie es in anderen Ländern (etwa den USA) seit langem üblich ist.

Ist Krebs auch heute noch eine unheilbare Krankheit?

Während die Heilungschance etwa beim Lungenkrebs noch immer gering ist (etwa fünf Prozent), bewegt sie sich bei manchen Formen zwischen 70 und 100 Prozent (etwa beim Blut-, Schilddrüsen-, Dickdarm- und Magenkrebs). Sie hängt entscheidend davon ab, wie früh die Krebserkrankung erkannt wurde. Deshalb kann man die grobe Regel aufstellen: Krebsformen, die mit einfachen Mitteln früh erkannt werden können, etwa der Gebärmutterhalskrebs mit Hilfe des Abstrichs, bieten eine größere Chance, als solche, die meist erst in späteren Stadien erkannt werden können (Lungenkrebs).

Welche Erklärungen gibt es heute für die Krebsentstehung?

Tumoren entstehen nicht auf Grund einer einzelnen Ursache, sondern durch eine Verkettung unterschiedlicher Einflüsse. Wie man sich den Ablauf der Krebsentstehung heute vorstellt und welche Faktoren daran beteiligt sind, zeigt die unterste Grafik. Man weiß heute, daß Krebs durch Schädigungen im Erbgut von Zellen ausgelöst wird. Solche Schädigungen können durch verschiedene Einflüsse verursacht sein. Daneben gibt es aber noch viele Faktoren, die den Ablauf der Krebsentstehung und -entwicklung beeinflussen und beschleunigen können. Der wichtigste Auslöser für Schäden am Erbgut sind bestimmte Chemikalien in unserer Umwelt. Eine amerikanische Untersuchung hat vor einigen Jahren folgende sehr grobe Schätzung ergeben, die heute als Grundlage für eine vorsichtige Beurteilung des Krebsrisikos akzeptiert ist: Demnach geht etwa ein Drittel aller Krebstodesfälle auf das Rauchen zurück, ein weiteres Drittel wird durch krebserregende Substanzen verursacht, die der Mensch mit der Nahrung aufnimmt. Das letzte Drittel entsteht durch Faktoren wie Infektionen mit Viren, Umweltverschmutzung (ca. 1-5 Prozent), Industriechemikalien (ca. 1-2 Prozent) und andere. Es sei betont, daß dies sehr vorsichtige und zum Teil – etwa beim Punkt Ernährung – umstrittene Schätzungen sind.

Das Gespräch zwischen Arzt und Patient ist Grundlage einer erfolgreichen Behandlung FOTO: STECHE

Ohne jeden Zweifel wird die große Mehrzahl aller Krebsfälle durch chemische Substanzen ausgelöst, die in unserer Umwelt vorkommen. Krebsursache Nummer eins ist und bleibt dabei das Rauchen. Inzwischen kennt man aber viele andere Substanzen, die krebserregend (karzinogen) sind. Dazu gehören etwa die sogenannten

> „Krebsursache Nummer eins ist und bleibt das Rauchen"

Nitrosamine, Stickstoff-Verbindungen, die beim Räuchern von Lebensmitteln entstehen, oder die Aflatoxine, die von Schimmelpilzen gebildet werden und so in die Nahrungsmittel gelangen können. Stark krebserregend sind auch bestimmte Kohlenwasserstoffe, die bei Verbrennungsprozessen entstehen, etwa das Benzpyren. Die meisten Karzinogene kommen also durch Vorgänge in die Umwelt, die der Mensch selbst zu verantworten hat. Solche Substanzen werden oft erst dann krebserregend, wenn sie vom menschlichen Organismus um- oder abgebaut werden.

Dennoch ist es unmöglich, sicher festzustellen, ob eine bestimmte Krebserkrankung durch ein bestimmtes Karzinogen ausgelöst wurde. Viele Faktoren müssen über Jahre hinweg zusammenwirken, bevor ein Tumor entsteht. Dies macht es auch so schwierig, die Gefährlichkeit bestimmter Substanzen oder Einflüsse statistisch sicher nachzuweisen.

Strahlen, die eine hohe Energie besitzen, also etwa ultraviolettes Licht, Röntgenstrahlung oder radioaktive Strahlung, können ebenfalls Schäden im Erbgut von Zellen auslösen, die dann zu Krebs führen. So ist heute schon abzusehen, daß häufiges Sonnenbaden, wie es seit einigen Jahrzehnten in Mode ist, in absehbarer Zeit zu einem erhöhten Auftreten von Hautkrebs führen wird. Solche Tumoren treten oft erst 30 Jahre nach der Strahlenbelastung der Haut auf. Hautkrebs ist zum Beispiel ungewöhnlich häufig im sonnenreichen Australien. Hier leben überwiegend

> „Die meisten krebserregenden Substanzen kommen durch Vorgänge in die Umwelt, die der Mensch selbst zu verantworten hat."

weißhäutige Menschen, die Nachfahren der Einwanderer aus den europäischen Ländern sind. Ihre Haut ist viel weniger gegen die UV-Strahlung geschützt als die dunkelhäutiger Menschen.

Neben der ultravioletten Strahlung spielen auch noch andere „harte Strahlen" eine Rolle bei der Krebsentstehung. Sie stammen zum größten Teil aus natürlichen Quellen (kosmische Strahlung, Radioaktivität in Gesteinen), zu einem kleineren Teil aber auch aus künstlichen Quellen. Dazu zählen z. B. Röntgengeräte oder die Radioaktivität, die durch spaltbares Material hervorgerufen wird. Eine amerikanische Studie hat einmal geschätzt, daß etwa 2-3 Prozent aller Krebserkrankungen durch energiereiche Strahlung dieser Art verursacht werden. Wenn man etwa statistisch sicher beweisen wollte, ob Menschen, die in Industriegebieten leben, ein höheres Krebsrisiko besitzen, müßte man die gesamte Bevölkerung einer solchen Region über mehrere Jahrzehnte untersuchen. In dieser Zeit dürfte es keine Veränderung in der Bevölkerung oder in den Umweltbedingungen der Region geben.

Welche Rolle spielt die Immunabwehr des Körpers beim Krebs?

In den letzten Jahren konnte für bestimmte Krebsformen nachgewiesen werden, daß an ihrer Entstehung auch Infektionen mit Viren beteiligt sind. Dazu gehören einige sehr seltene Tumoren, aber auch zum Beispiel ein bestimmter Leberkrebs, der in weiten Teilen Afrikas und Asiens häufig ist. Zur Zeit ist aber noch nicht sicher nachgewiesen, wie groß hierzulande der Anteil von Virusinfektionen an der Krebsentstehung ist.

Da man aber heute davon ausgeht, daß zahlreiche Faktoren zusammenkommen müssen, um die Entstehung eines Tumors auszulösen, liegt die Vermutung nahe, daß Infektionen zumindest das Wachstum und die Entwicklung eines einmal entstandenen Tumors beschleunigen können. Ob der Organismus mit einer Krebserkrankung „fertig" wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie „gesund" seine Abwehrkräfte sind.

Man weiß auch, daß für bestimmte Tumoren, zum Beispiel den Brustkrebs und den Darmkrebs, ein Risiko vererbt werden kann. In bestimmten Familien treten solche Tumoren viel häufiger auf als im Durchschnitt der Bevölkerung. Solche Gruppen werden daher heute besonders aufmerksam überprüft und regelmäßig untersucht.

LUDWIG KÜRTEN

Gezielte Eingriffe, geringere Folgen: Die Behandlung geht neue Wege

Welche Behandlungsmöglichkeiten gibt es heute und wie groß ist ihr Erfolg?

Nach einer US-Studie können heute ca. 40 Prozent aller Krebserkrankungen so erfolgreich behandelt werden, daß die Patienten mindestens 5 Jahre überleben. Bei den meisten Krebsformen steigen die Heilungschancen in den letzten Jahrzehnten an, wenn auch nur langsam. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß viele Krebsformen heute früher erkannt werden können.

Besonders gefährlich sind Tumore, die frühzeitig Tochterzellen oder -geschwülste (sog. Metastasen) bilden. Diese breiten sich im Körper aus und befallen weitere Organe. Man schätzt, daß ca. 80 Prozent aller Todesfälle nicht durch den ursprünglichen Tumor, sondern durch Metastasen verursacht werden. Während manche Krebsformen überhaupt nicht metastasieren, breiten sich andere schon in einem frühen Stadium, in dem die Erkrankung noch gar nicht feststellbar ist, im Körper aus (z. B. Lungentumoren).

Auch die Therapiemöglichkeiten wurden laufend weiterentwickelt und verbessert. Dies sind vor allem die chirurgische Behandlung sowie die Strahlen- und die Chemotherapie. Alle drei Behandlungsformen greifen eng ineinander und ergänzen sich gegenseitig.

Etwa zwei Drittel aller Tumoren werden heute zunächst mit Hilfe einer Operation bekämpft. Wie groß die Chance ist, mit Hilfe eines chirurgischen Eingriffs den Tumor vollständig zu entfernen, hängt davon ab, wie ausgedehnt er ist, wie weit er das umgebende Gewebe erfaßt hat und ob er bereits Metastasen ausgestreut hat. Dies ist besonders häufig der Fall, wenn der Tumor schon die Blut- oder Lymphgefäße erfaßt hat.

Die Chirurgen gehen bei der Operation heute oft ganz anders vor, als noch vor wenigen Jahren. Man versucht in bestimmten Fällen, den Tumor vollständig, geradezu „radikal" zu entfernen, wobei das umliegende Gewebe sowie Blut- und Lymphgefäße weiträumig mit einbezogen werden. Die „radikale" Entfernung eines erkrankten Organes ist nur dann ein Fortschritt für den Patienten, wenn anschließend dessen Funktion wiederhergestellt wird. Bei Magentumoren wird z. B. oft das gesamte Organ entfernt. Anschließend wird aus Teilen des Darmes ein künstlicher Magen gebildet. Dieser kann, wie Untersuchungen in Heidelberg zeigten, die Funktion des entfernten Organes vollständig ersetzen.

Bei anderen Tumoren versucht man dagegen, ganz gezielt und eingegrenzt zu operieren. Brusttumoren bei Frauen können heute entfernt werden, ohne daß die Brust dabei verloren geht. Eine Operation von Enddarmkrebs bedeutete früher fast zwangsläufig, daß ein künstlicher Darmausgang angelegt werden mußte. Heute können die natürlichen Funktionen weitgehend erhalten werden. Für den Patienten bedeutet dies einen enormen Gewinn an Lebensqualität gegenüber den herkömmlichen Verfahren.

Auch energiereiche Strahlen können eine Krebserkrankung bekämpfen. Voraussetzung dafür ist der gezielte Einsatz von bestimmten Strahlen in einer genau dosierten Menge. Bei etwa 30 Prozent der geheilten Krebsfälle ist eine Strahlentherapie beteiligt. Ziel dabei ist, die Tumorzellen abzutöten, das umliegende Gewebe aber so weit wie möglich zu schonen. Dazu benutzt man verschiedene Arten von Strahlung, je nach Typ des Tumors bzw. des ihn umgebenden Gewebes. Mit Hilfe beweglicher computergesteuerter Strahlungsquellen kann heute der Hauptteil der in den Körper gelangenden Strahlung auf die Geschwulst konzentriert werden.

Eine Strahlentherapie bedeutet für den Patienten eine große Belastung. Man versucht daher, die Dauer der Behandlung zu verkürzen und gleichzeitig ihre Wirkung zu erhöhen. Gewöhnlich wird der Patient einige Wochen lang fast täglich bestrahlt. Heute kann man aber in vielen Fällen schon innerhalb weniger Tage oder durch eine einmalige Bestrahlung einen guten Erfolg erzielen.

Bei bestimmten Formen von Blutkrebs werden zum Beispiel dem Patienten zunächst Zellen aus dem Knochenmark entnommen. Anschließend wird der gesamte Körper an vier Tagen mit einer hohen Dosis bestrahlt, die die Krebszellen abtötet. Schließlich werden die entnommenen Zellen wieder eingeimpft, so daß das blutbildene System sich regenerieren kann. Der Strahlentherapeut muß ständig abwägen zwischen dem, was er einem Patienten zumuten kann, ohne ihn unnötig zu belasten, und was er ihm zumuten muß, um die Erkrankung zu stoppen und das Leben des Patienten zu verlängern.

> „Der behandelnde Arzt muß stets abwägen, was er dem Patienten zumuten kann, ohne ihn unnötig zu belasten, und was er ihm zumuten muß, damit die Krankheit gestoppt wird."

Medikamente werden vor allem dann zur Krebsbekämpfung eingesetzt, wenn es sich nicht um einen begrenzten Tumor handelt, sondern viele Organe oder sogar der ganze Körper betroffen ist. Dies ist dann der Fall, wenn ein Tumor bereits Metastasen gebildet hat, oder bei Blut- bzw. Lymphkrebs. Bis heute gibt es noch kein Medikament, das ausschließlich Krebszellen bekämpfen kann. Man muß Arzneimittel (sogenannte Zytostatika) einsetzen, die alle diejenigen Zellen im Körper angreifen, die sich häufig teilen und vermehren. Somit haben diese Medikamente starke Auswirkungen auf Gewebe im Verdauungstrakt, blutbildene Zellen und Hautzellen.

Heute können etwa 5 bis 10 Prozent aller Tumoren mit Hilfe der Chemotherapie geheilt werden. Bei einigen Krebsformen, etwa der Leukämie, liegt die Heilungsrate schon bei 70 bis 80 Prozent. Da die Leukämie einen großen Anteil der Krebserkrankungen bei Kindern stellt, ist diese Ziffer besonders ermutigend.

Bei weiteren 10 bis 15 Prozent kann mit Hilfe der Chemotherapie das Leben des Patienten verlängert werden. Dies gilt etwa für den Brust- oder den Prostatakrebs. Andere Krebsformen reagieren dagegen überhaupt nicht oder nur wenig auf eine Medikamentenbehandlung. Seit langem bemüht man sich, die schweren Nebenwirkungen der Chemotherapie zu vermeiden oder – durch Anwendung zusätzlicher Medikamente – zu lindern. Der Umgang mit Zytostatika erfordert große Erfahrungen: „Solche Medikamente gehören nur in die Hand eines erfahrenen Spezialisten", so Professor Dietrich Schmähl vom Deutschen Krebsforschungszentrum.

Bei einigen Tumoren hat sich auch eine Behandlung mit Hormonen als erfolgreich erwiesen, u. a. beim Brust- oder Prostatakrebs. Solche Tumorzellen sind nämlich für bestimmte Hormone empfindlich. Diese Therapie ist mit viel weniger Nebenwirkung verbunden als die Zytostatika.

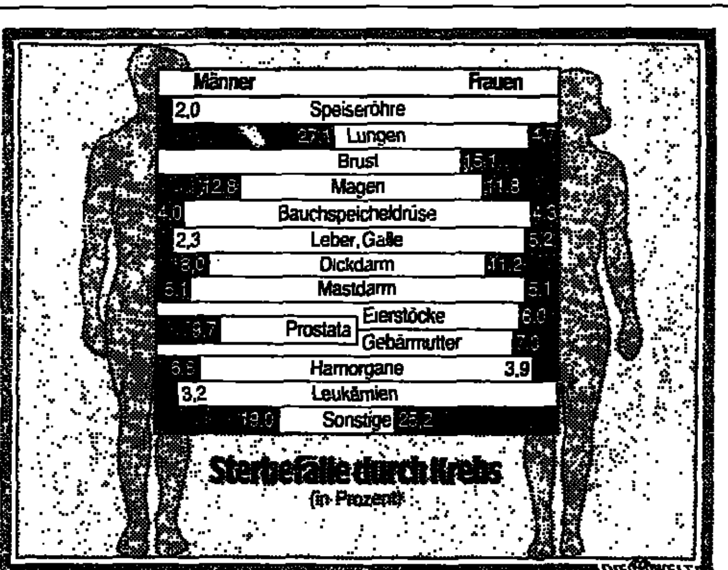
Zur Zeit konzentriert sich die Forschung darauf, vom „Schrotschußverfahren" der ungezielten Medikamentierung abzukommen. Man versucht, ihre Wirkung auf den Tumor von der auf andere Zellen im Körper abzutrennen. Diese Versuche befinden sich aber noch in einem Anfangsstadium. Es werden noch viele Jahre vergehen, bis es einmal möglich sein wird, die Medikamente im Körper gezielt bis in die Krebszellen hinein zu transportieren und dort freizusetzen.

Bieten „biologische Verfahren" eine Alternative?

Einige Ärzte und Heilpraktiker haben sich alternativen Verfahren zugewandt, die mit weniger Nebenwirkungen für den Patienten verbunden sind, als die „klassischen" Therapien. Dazu gehören Präparate, die das Immunsystem stimulieren sollen, die Anwendung pflanzlicher Substanzen („Misteltherapie"), Hormonblocker („Suprefact"), sowie die Überwärmungs- und Sauerstoffbehandlung. Diese Verfahren sind bisher erst in sehr geringem Umfang wissenschaftlich untersucht, d. h. es fehlen Langzeituntersuchungen an einer großen Zahl von Patienten, in denen die Wirkungsweise und der Erfolg der Behandlung auf die verschiedenen Tumore nachgewiesen wurde. Viele Patienten wenden sich solchen Behandlungsmethoden zu, weil sie weniger „aggressiv" und belastend sind als die „klassischen" Verfahren.

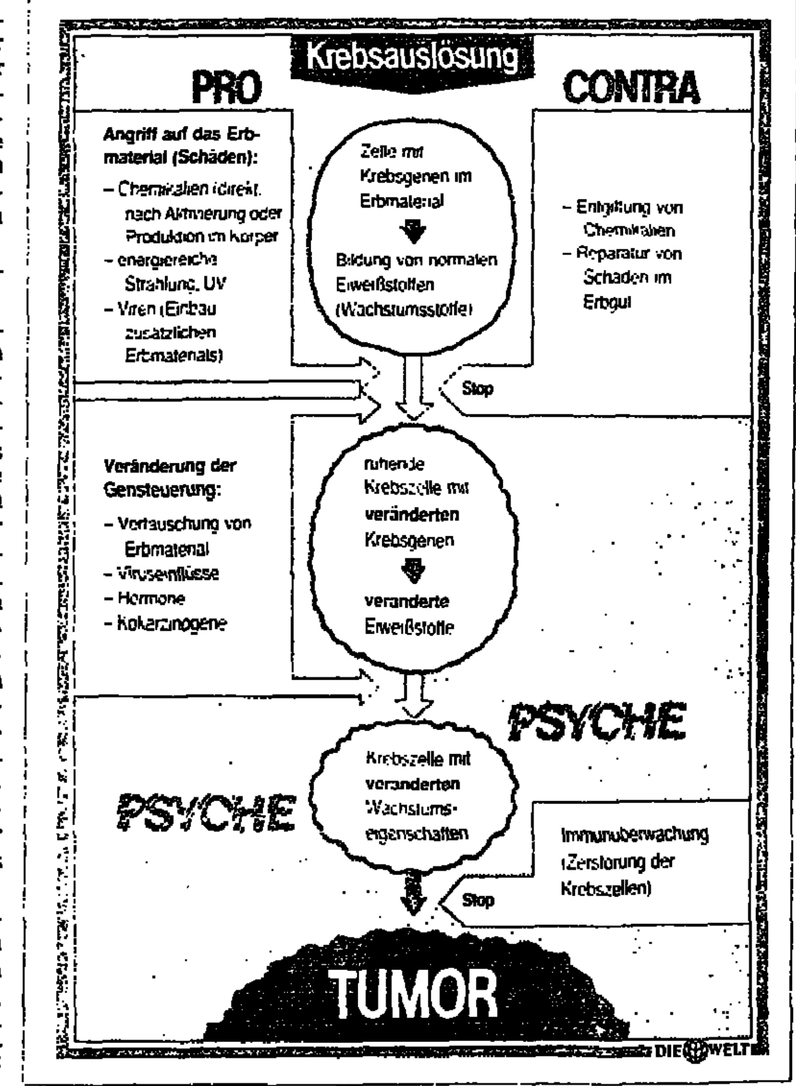
Die meisten „Schulmediziner" stehen diesen alternativen Verfahren sehr kritisch gegenüber. Sie belasten zwar den Patienten weniger, sind aber nach ihrer Auffassung nicht dazu geeignet, die Krankheit langfristig zu heilen.

LUDWIG KÜRTEN



Die obere Graphik zeigt die zehn Krebsformen bei Männern und Frauen, die 1981 in der Bundesrepublik für die meisten Todesfälle verantwortlich waren. In den Industrienationen erkrankt heute jeder dritte an Krebs, jeder fünfte stirbt daran. In der Bundesrepublik ist Krebs nach den Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache (zur Zeit etwa 165 000 Fälle pro Jahr).

Die untere Graphik zeigt die Faktoren im Körper (links), die an der Entstehung von Krebs beteiligt sind. Rechts sind die Abwehrmechanismen aufgeführt, mit denen sich der Körper gegen die Krebszellen wehren kann. Dazu gehört nicht nur der „Reparaturmechanismus", mit dem Schädigungen am Erbgut behoben werden können, sondern auch das Immunsystem, das Krebszellen erkennen und bekämpfen kann. Nur wenig weiß man bisher über die Rolle der Psyche. Zwar kann man sicher sagen, daß sie keinen direkten Einfluß auf die Krebsentstehung hat, möglicherweise aber können psychische Faktoren den Verlauf der Erkrankung sowie die Heilung beeinflussen. (Grafiken nach: „Krebs – Entstehung und Vorbeugung", von A. Anders und H.-J. Altheide, Thieme-Verlag) Kü.



Der Irrglaube von der „Krebspersönlichkeit"

Welche Rolle spielt die Psyche bei der Krebsentstehung?

An tiefen Zäsuren des Lebens hält der Mensch Rückschau. Und da eine Krebserkrankung zu den schwersten Krisen gehört, ist es verständlich, daß der Erkrankte nach den Ursachen sucht. Da Krebs erst feststellbar ist, wenn er sichtbar, fühlbar geworden ist, seine Herkunft letztlich rätselhaft bleibt, seine Entwicklung nicht vorhersehbar ist, erscheint diese Krankheit als geheimnisvoll, unheimlich.

Auch in unserer hochtechnisierten Welt wird Krankheit oft noch als Sühne für Verfehlungen angesehen. Hielt man etwa früher den Stoß vor die Brust als Auslöser für Brustkrebs, so wird heute nicht selten der Verlust des Partners, das Scheitern einer Beziehung damit in Zusammenhang gebracht. Irrationalität spielt hier mit, religiöse Motive. Diese Vorstellungen zu ignorieren wäre falsch. Ärzte gehen deshalb heute mehr als früher darauf ein, wenn Patienten ihnen solche Vermutungen oder Ängste mitteilen. Etwa ein Viertel aller Patienten sind psychisch vorbelastet; dieser Anteil gilt auch für Krebspatienten.

Wieweit psychische Faktoren bei der Entstehung von Krebs mitspielen, ist heute wissenschaftlich noch ungesichert. Die Bedeutung von psychisch bedingten Verhaltensweisen aber steht außer Zweifel: Rauchen, Alkoholgenuß und prestigeträchtiges Sonnenbräunen steigern das Risiko, an Krebs zu erkranken. Mit Angst-Kampagnen hier etwas auchrichten zu wollen, halten Psychotherapeuten für den falschen Weg.

Dies gilt auch für die Früherkennung. Der Versuch, sich vor der Untersuchung zu drücken, ist menschlich verständlich, keineswegs neurotisch. Auch zeigt sich, daß heute die meisten Frauen nach Ertasten eines Knotens binnen 14 Tagen den Arzt aufsuchen. Aufklärung tut not. Als Irrglauben bezeichnen Therapeuten auch die Ansicht, daß gewisse Menschen von ihrer psychischen Anlage her zwangsläufig an Krebs erkranken müßten – die oft beschworene „Krebspersönlichkeit" ist eine Mär.

Welchen Stellenwert hat die Psychotherapie bei der Behandlung?

Erst im letzten Jahrzehnt ist das Wissen um die seelischen und sozialen Folgen der Krebserkrankung in den Vordergrund gerückt und damit auch die Forderung nach einem ganzheitlichen Behandlungs- und Betreuungskonzept. Krebs ist ein chronisches Leiden. Unser Medizinbetrieb aber ist auf den Notfall ausgerichtet. Die Qualität der psychosozialen Nachsorge läßt daher immer noch zu wünschen übrig. Ärzte und Pflegepersonal sind zeitlich und organisatorisch überfordert und – die Arbeit mit Krebskranken rührt mehr als jede andere an eigene Ängste. Gefühle der Hilflosigkeit stellen sich ein. Es genügt nicht, nur Verständnis für die besonderen Bedürfnisse des Kranken zu haben und ihnen entsprechen zu wollen, der Helfer selbst muß über sein Erleben und Verhalten Klarheit gewinnen, und er muß dabei unterstützt werden.

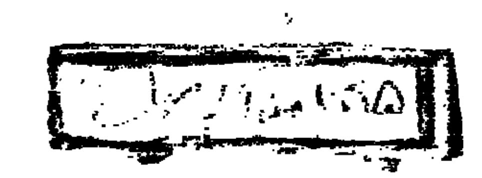
An der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg besteht seit sieben Jahren eine psychosoziale Nachsorgeeinrichtung. Ein Team (Krankenschwester, Sozialarbeiterinnen, Pädagogin, Psychologe, Psychotherapeut) vermittelt Ärzten, Pflegepersonal, betroffenen Familien und Selbsthilfegruppen in speziellen Seminaren das Wissen um die besonderen Probleme von Krebspatienten und die sozialrechtlichen Möglichkeiten wie Kuren, Prothetik, Leistungen der Sozialdienste, Rehabilitation.

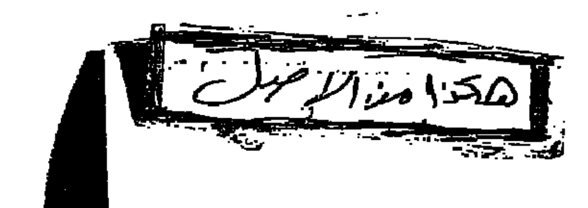
Zwiespältig ist die Rolle, die Selbsthilfegruppen und die Familie bei der psychischen Betreung Krebskranker spielen. Bei Selbsthilfegruppen zeigt sich oft, daß gesteigerte Aktivität nach außen hin die eigene Hilfsbedürftigkeit verdecken, das eigene Problem verdrängen soll. Der gedankenlose Appell an die Solidarität der Familie kann unliebsame Folgen haben. Die Kraft zu helfen erlahmt manchmal zu schnell, und die Familie brauchte dann mindestens so viel Zuwendung wie der Kranke. Krebserkrankungen haben schwerwiegende Auswirkungen auf eine Partnerschaft. Bezeichnend ist die erhöhte Scheidungsrate bei Brustkrebs. Unwissen führt so manchmal zur persönlichen Katastrophe. Weit verbreitet ist auch noch immer der Irrglaube, Krebs sei ansteckend.

In der Klinik sollte die psychische Betreuung beim behandelnden Arzt und beim Pflegepersonal liegen. Erst auf Wunsch des Patienten kommt der Psychologe. Zu mehr als zwei Drittel sind es Frauen, die therapeutische Hilfe suchen. Bei Männern steht eher die Frage nach der Versorgung im Vordergrund. Ziel einer Psychotherapie ist es, dem Patienten einen Weg zu zeigen, wie er den Krebs als persönliches Problem bewältigen kann. Die Erfolgsaussichten sind durchaus verschieden. Es gibt Erkenntnisse, daß Patienten, die einen aktiven Zugang zu ihrer Krankheit finden, sie besser beherrschen und so eine längere Lebenserwartung haben als solche, die sich ihrem Schicksal unterwerfen.

RUDOLF ZEWELL

Die Beiträge auf dieser Seite gehen auf Gespräche zurück, die die Autoren mit Fachleuten verschiedener Disziplinen, vor allem im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg, geführt haben. Wir danken: Prof. Christian Herfarth, Chirurgische Universitätsklinik Heidelberg; Dr. Bernhard Kimmig, Projektkoordinator Strahlentherapie (DKFZ); Prof. Holger Kirchner, Abt. f. Tumorvirus-Immunologie (DKFZ); Prof. Rudolf Preußmann, Abt. Umweltkarzinogene (DKFZ); Prof. Dieter Schmähl, Inst. f. Toxikologie und Chemotherapie (DKFZ); Dr. Reinhold Schwarz, Leiter der Psychosozialen Nachsorgeeinrichtung Heidelberg; Frau Hilke Stamatiadis-Smidt, DKFZ-Pressereferat; Prof. Gustav Wagner, Abt. Epidemiologie und Dokumentation (DKFZ); Prof. Karl zum Winkel, Universitäts-Strahlenklinik Heidelberg.





Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum eine Garage nur eine Garage sein muß.

Produktdesign: Büro Prof. Eberhard Stauß, München

PARKLINE. Das Garagen-System von Dyckerhoff & Widmann, 8000 München 100. 089/924092.



SPD-Linke will Kurswechsel in der Sicherheitspolitik

rtr, Bonn

Einen Kurswechsel in der Verteidigungspolitik fordern die im „Frankfurter Kreis" zusammengeschlossenen Linken in der SPD in einem Positionspapier für den im August in Nürnberg vorgesehenen SPD-Parteitag. In dem gestern veröffentlichten Papier wird für den Fall der Regierungsübernahme durch die SPD nach der Bundestagswahl 1987 verlangt, wesentliche sicherheitspolitische Beschlüsse der jetzigen Bundesregierung rückgängig zu machen.

So fordert die SPD-Linke, daß innerhalb der ersten sechs Monate der Abzug der amerikanischen Pershing-2-Raketen und der Marschflugkörper durchgesetzt werden müsse. Zudem müßte jede bis dahin zugesagte Beteiligung an dem amerikanischen SDI-Forschungsprogramm aufgekündigt und jede Teilnahme an einem europäischen Abwehrsystem gestoppt werden. Die SPD-Linke fordert ferner die Einstellung aller Zivilschutzmaßnahmen insbesondere für einen Atomkrieg sowie die schrittweise Reduzierung der Streitkräfte in Friedenszeiten.

SPD erinnert an Repressionen bei der erzwungenen Gründung der SED

Von H.-R. KARUTZ

Die Sozialdemokraten haben „Druck, Propaganda, Spaltung und Terror", mit denen Sowjets und deutsche Kommunisten im April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED betrieben, nicht vergessen. In einer Broschüre der Bundespartei, die jetzt zum bevorstehenden 40. Jahrestag dieses Ereignisses allen SPD-Mitgliedern zugeht, wird auch an den Vorwurf von Erich Ollenhauer erinnert, die Kommunisten hätten zwischen Dezember 1945 und April 1946 „mindestens 20 000 Sozialdemokraten gemaßregelt, für kürzere oder auch sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet".

Die Ausarbeitung, die kurz vor dem Besuch von Volkskammerpräsident Horst Sindermann (SED) bekannt wurde, stammt von einer Arbeitsgruppe unter Federführung von Professor Helga Grebing. Ihr Text fand die Billigung der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Die Ausarbeitung rechnet scharf mit Methoden und Zielsetzungen der damaligen deutschen Kommunisten unter Walter Ulbricht ab, die unter dem massiven politischen Schutz der sowjetischen Militäradministration (SMAD) alle der Zwangsvereinigung widerstehenden Sozialdemokraten unnachsichtig verfolgten.

Bereits in der jüngsten Ausgabe der „Neuen Gesellschaft" hatte Egon Bahr diese Zeit, die noch immer das Verhältnis von „DDR"-Kommunisten und Sozialdemokraten prägt, aufgearbeitet. Die „erregenden Vorgänge" von damals, schrieb Bahr, hätten zu einem Vereinigungsparteitag (am 21./22. April 1946 im heutigen Ostberliner Operettenhaus Metropoltheater, dem damaligen „Admiralspalast") geführt, den man „zu Recht Zwangsverschmelzung" nennen könne. Nicht „ideologischer Kompromiß, sondern Macht" habe seinerzeit zugunsten der Kommunisten entschieden.

Bahr erinnert in seiner Ausarbeitung daran, daß „Sozialdemokratismus" zu einem Vorwurf der SED wurde, „der die Freiheit kosten konnte". Noch 1980 habe Politbüromitglied Kurt Hager – unter Erich Honecker für die Kulturpolitik zuständig – von derartigen Gefahren gesprochen. Bahr wörtlich: „Die ideologische Abgrenzung gegenüber Sozialdemokraten ist gewissermaßen ein Teil der SED, der angeboren ist und nicht von solchen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik übersehen werden darf, die sich heute von Kommunisten umworben finden."

Der SPD-Politiker wies außerdem auf eine Entschließung des SPD-Parteirats vom 26. Februar 1971 im Vorfeld der Ostverträge hin, in der es hieß: „Das kommunistische System der DDR ist auch heute keine annehmbare Alternative zu unserer freiheitlichen Ordnung. Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen." Zur aktuellen Situation merkte Bahr an: „Wir brauchen unsere Haltung und unsere Erfahrung mit der Zwangsverschmelzung weder zu verleugnen noch zu verbergen. Es gibt nichts zu revidieren. Aber auch ideologische Gegner sind unentbehrliche Partner des Überlebens geworden."

Das 30 Seiten umfassende Papier der Historikerin Helga Grebing stellt die rechtzeitige Warnung von Kurt Schumacher gegenüber den kommunistischen Bestrebungen heraus: „Schumacher hatte schon frühzeitig vor einer engen Zusammenarbeit mit der KPD und allen ‚Einheits'-Bestrebungen gewarnt. Die Geschichte hat seine Einschätzung bestätigt. Die SED hat sich, so scheint es, auf den ersten Blick gradlinig und unaufhaltsam zu einer orthodoxen marxistisch-leninistischen Partei sowjetischen Typs entwickelt."

Sozialdemokratische Traditionen seien in der SED „durch Säuberungen, Verfolgungen, ideologische Indoktrination und durch Entmachtung zahlloser Sozialdemokraten auf allen Ebenen unterdrückt" worden. Dennoch sehe die kommunistische Führung „auch heute noch beständig das Gespenst des ‚Sozialdemokratismus'".

Die neue SPD-Broschüre führt auch den interessanten Zahlenvergleich auf, wonach trotz „massiver Begünstigungen" durch die Sowjets nicht die KPD, sondern die SPD in der Sowjetzone zur größten Partei aufstieg. Ende Oktober 1945 zählte die SPD in diesem Bereich rund 300 000, die KPD rund 50 000 Mitglieder weniger.

Die Situationsbeschreibung, die der SPD-Parteivorstand vor einiger Zeit in Auftrag gegeben hatte, spricht auch von der einsetzenden Fluchtbewegung in den Westen, die durch die kommunistischen Repressalien ausgelöst worden ist: „Notgedrungen flohen viele Sozialdemokraten, weil ihre persönliche Sicherheit bedroht war, in den Westen. Funktionäre, die sich als ‚Gegner der Einheit' geäußert hatten oder aus anderen Gründen der KPD oder den Besatzungsbehörden mißliebig geworden waren, mußten diesen Weg wählen."

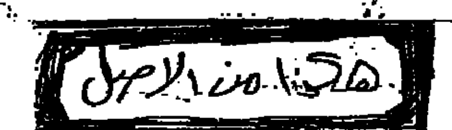
Zu den Folgen der Zwangsvereinigung rechnet die Broschüre: „Die SED-Gründung richtete eine unüberwindbare Mauer zwischen der SED und den nichtkommunistischen Parteien des Westens auf. Sie bewirkte die absolute Verständigungs-Unfähigkeit besonders zwischen SPD und SED." Die SED-Gründung sei der „erste große Schritt zur Spaltung Deutschlands" gewesen.

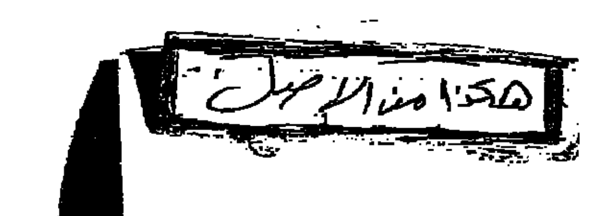
Anklage gegen drei mutmaßliche Terroristen

rtr. Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gestern Anklage gegen drei mutmaßliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung erhoben. Die 25jährige Studentin Isabel Jacob wird beschuldigt, sich an Sprengstoffanschlägen auf die Gebäude der Einzelhandelskammer und der Messe in Hannover beteiligt und einen Anschlag auf das Dienstgebäude des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums vorbereitet zu haben.

Zusammen mit dem 23jährigen Koch Horst Mönnecke und einem nicht genannten Beschuldigten soll Isabel Jacob ferner in Hannover eine terroristische Vereinigung gebildet haben, die sich in Bekennerschreiben als „Die Unausstehlichen" oder „Wirtschaftswunderkinder" bezeichnet haben soll. Ein weiterer nicht genannter Beschuldigter soll zu zwei Sprengstoffanschlägen Beihilfe geleistet und gegen das Waffengesetz verstoßen haben. Isabel Jacob sitzt seit ihrer Festnahme am 4. Juni 1985 in Untersuchungshaft, die drei anderen Beschuldigten befinden sich auf freiem Fuß.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Utopisches Menschenbild

Sehr geehrte Herren,

das Schlagwort vom „Neomerkantilismus" süddeutscher Ministerpräsidenten könnte Zweifel an der Bildung Graf Lambsdorffs wecken, wenn man Politikern nicht das Recht auf Polemik zubilligen müßte. Strauß und Späth stimmen ja mit ihm darin überein, daß die Marktwirtschaft die unserem Zeitalter angemessene Wirtschaftsordnung ist. Und weil sich alle Jünger und Nutznießer des Zeitgeistes verzweifelt gegen diese Einsicht sträuben, verdiente Lambsdorffs Plädoyer für mehr Marktwirtschaft ungeteilte Zustimmung, wenn es keine Verkürzung des Themas wäre.

Auch Lambsdorff sollte einräumen, daß in der volkswirtschaftlichen Realität vielfältige Kompromisse zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen und marktfremden Zielen geschlossen werden müssen. Bei aller Kritik an der Agrarpolitik der EG – wird man die ungelösten Probleme der Landwirtschaft allein mit marktwirtschaftlichen Methoden in den Griff bekommen? Hat Strauß nicht recht mit der These, daß die Atom- und die Luftfahrtindustrie nur mit staatlicher Hilfe auf den Weg gebracht werden konnten? Würden sich irgendwo in der Welt Computer der fünften und sechsten Generation ohne Forschungssubventionen entwikkeln lassen?

Weil aber nicht die Vernunft, sondern der Wille des Menschen zur Macht das stärkste Motiv der Geschichte ist, müssen sich die grundsatztreuen Marktwirtschaftler auch mit Konzessionen abfinden, die sich aus Geboten der Außen- und Sicherheitspolitik ergeben. Zählt Lambsdorff aber die Rüstungswirtschaft zu „den wenigen gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Schwerpunktbereichen", für die er Forschungssubventionen für zulässig hält? Dürfen wir die Werftindustrie und die Handelsflotte ohne Rücksicht auf sicherheitspolitische Perspektiven im Subventionssturm der Konkurrenz untergehen lassen?

Das Defizit von SPD und FDP an außen- und sicherheitspolitischem Urteilsvermögen erinnert daran, daß sich Liberalismus und Sozialismus auf ein idealisiertes, also auf ein utopisches Menschenbild gründen. Daher bedarf liberale Politik konservativer Korsettstangen, wenn sie nicht nach links abrutschen soll. Der „Neomerkantilismus süddeutscher Landesfürsten", vor dem Lambsdorff warnt, wiegt leicht im Vergleich mit den Sünden wider die Marktwirtschaft, die seine Partei im Bündnis mit der SPD quergeschrieben hat.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Fleischer,
Hamburg 70

Umschreiben?

„Weder an der Gurgel noch auf den Knien": WELT vom 15. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben vielem, je nach Vorstellung, Bedenklichem oder Bedenkenswertem bemerkt Hornung, nach Öffnung der alliierten Archive müsse manches über den Zweiten Weltkrieg umgeschrieben werden.

Sollte sich dabei die These Theodor Eschenburgs von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg nicht mehr halten lassen und damit der Nachkriegspolitik die Grundlage entzogen werden, darf davon die zukünftige deutsche Politik *nicht* unberührt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wahls,
Köln 30

Schlampereien

„Bricht die Entsorgung zusammen?"; WELT vom 7. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse, aber auch Verwunderung, habe ich den Artikel von D. Schmidt gelesen, der die Sorgen der Altölwirtschaft beleuchtet.

Es ist unverständlich, daß anscheinend von seiten der Behörden bzw. des Gesetzgebers als notwendig eingesehene Entscheidungen verschleppt werden, obwohl der damit zu erwartende Schaden anscheinend beiden Parteien bekannt sein müßte. Man fragt sich dabei zwangsläufig, ob die zuständigen Behördenvertreter ihren Amtseid vergessen haben und mit welcher Berechtigung gerade die sie vertretende Gewerkschaft ÖTV eine über den Verhältnissen liegende Lohnforderung durchsetzen will.

Wenn die normale Arbeitszeit nicht ausreicht, muß eben nachgearbeitet werden, wie es möglicherweise die Vertreter der Altölwirtschaft ohnehin tun. Daß jedoch wegen dieser Schlamperei auch noch Kurzarbeitergeld oder zukünftig Arbeitslosengeld bezahlt werden muß, fördert noch das Entsetzen. Wartet man denn hier, bis sich die Angelegenheit endlich wieder zum Skandal entwickelt hat?

Mit freundlichen Grüßen
Georg Adam Fhr. von Aretin,
Haidenburg

Unerlöst

Sehr geehrter Herr Ströhm,

mit Interesse habe ich Ihre Ausführungen über den „geheimen Krieg der Albaner" in der WELT vom 17. Januar gelesen.

Erlauben Sie mir eine Anmerkung! „Irredenta" ist nicht von der verneinten Form von „Reddere" („Vare redde legiones!") abgeleitet, sondern geht auf die verneinte Form von „Redimere" zurück. Es hat also nicht die Bedeutung von „nicht zurückgegebenem Land", sondern die psychologisch brisantere von „unerlöst, unbefreit".

Mit höflicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
Prof. Dr. med. Otto Stochdorph,
Gauting

Kind-Problem

„Die Angst vor dem Kind"; WELT vom 12. Februar

Ich halte es für falsch, die Frage des Geburtenrückganges ausgerechnet am Beispiel Sterilisation des Mannes in einem Kommentar „Angst vor dem Kind" zu erörtern und dabei „eine gewisse Nachdenklichkeit" der Betroffenen zu betonen. Es mag das geben. Die Realität zeigt jedoch, daß ein Großteil der jungen Männer mit Sterilisationswunsch dieselbe unüberlegt und ohne entsprechende Beratung machen läßt. Ein Teil geht sicher zu Lasten der Ärzte.

Wie soll es aber erklärt werden, daß ich pro Woche ein bis drei junge Männer mit Wunsch nach Rückgängigmachung der Sterilisation sehe; vor zwei bis drei Jahren, in einem Fall vor zwei Wochen, wurden diese Männer sterilisiert.

Eine kürzliche Sendung im NDR belegt meine Erfahrung überzeugend: Da war die Rede von einem 23jährigen, der die Sterilisation später rückgängig machen lassen wollte, wenn er seine Traumfrau gefunden hätte. Ohne Ausnahme sprachen sich die jugendlichen Interviewpartner gegen eine endgültige Lösung der Familienplanung (und das ist die Sterilisation!) aus und verwiesen auf andere Verhütungsmöglichkeiten.

Professor Dr. Carl Schirren,
Zentrum für Reproduktionsmedizin
Universität Hamburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Artikel schreibt Herr Joachim Neander, daß ein Volk, das sein eigenes Aussterben nicht zu verhindern sucht, nicht nur materielle Hilfe, sondern eine Wende in der Einstellung brauche. Wir hätten es hier mit einem psychologischen Problem zu tun, für das Therapien freilich nicht in Sicht seien.

Vielleicht darf bei dieser Gelegenheit doch einmal daran erinnert werden, daß sich gerade auf dem Boden *psychologischen* Erfahrungswissens die „schleichende Katastrophe" von heute voraussagen ließ. Deshalb waren auch Therapievorschläge möglich, die mein Freundeskreis mit 8000 Unterschriften an die Verantwortlichen gerichtet hat. Die „Angst vor dem Kind" ist schließlich nicht über Nacht über die junge Generation hereingebrochen. Sie ist in den vergangenen 20 Jahren auf dem Boden eines wirklichkeitsfernen Gleichheitswahns planmäßig gezüchtet worden und ist deshalb eine konsequente Reaktion der Jungen.

Der Zustand der Familie heute, mit den vielen Streit-Ehen, den vielen verhaltensgestörten Kindern, den künstlich aufmüpfig gemachten Jugendlichen, bietet nur noch wenig Anreiz zur Nachahmung, zumal die Plackerei mit Prestigemangel und Benachteiligung „belohnt" wird.

Die exzessive Verschulung der jungen Frauengeneration steht einer Vorbereitung auf den Mutterberuf entgegen. Dadurch wird Muttersein mit mehreren kleinen Kindern ohne Hilfskräfte zu schwer. Hilfen sind unbezahlbar gemacht worden. Die Großmütter sind selbst berufstätig. Die unverheiratete berufslose Tante ist ausgestorben. Berufstätige Ehemänner sind und werden nie ein ausreichender Ersatz sein können. Das zu fordern, zerrüttet noch mehr die Ehen.

Da gesundes Familienleben nun einmal bestimmte psychologische und biologische Voraussetzungen hat, war bei der familienfeindlichen Politik der 70er Jahre gewiß kein anderes Ergebnis zu erwarten. Kaum faßlich aber ist es, daß die CDU/FDP-Regierung weiter auf die zukunftsverderbliche Gleichheitsideologie setzt, der wir die ganze Misere verdanken.

Mit freundlichen Grüßen
Christa Meves,
Uelzen 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

kein Wunder, denn gerade der so hochgelobte Generationenvertrag mit der beitragsbezogenen Rente ist ja der Auslöser dieser Angst. Kinder verursachen einen Verlust an Beitragsleistungen, damit auch an der Rentenerwartung. Diese Bestrafung der Mütter bewirkt den Kinderschreck. Ein Rentensystem kann immer nur kinderbezogen funktionieren. Eine beitragsbezogene Rentenfinanzierung führt zur Perversion des Generationenvertrages, zu einer Generationenschrumpfung. Daran werden auch das Kindergeld und die Babyjahrkosmetik nichts ändern.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

*

Sehr geehrte Redaktion,

Herr Neander hätte seinen Beitrag besser „Die Angst um meine Rente" genannt.

Unverständlich sind mir seine geradezu phantastischen Attacken gegen Neue Heimat, Gewerkschaften und Alteneinrichtungen. Und dann: Den beklagten „immer dümmlicheren Theorien" zur wachsenden Isolation im Alter setzt Herr Neander schließlich die Krone auf. Sein Programm gegen wachsende Isolation im Alter: Jedem Alten sein Enkel.

Schön wär's, wenn es so einfach wäre. Doch ein „vernünftiges Generationsverhältnis" (gemeint ist sicher das Generationen-Verhältnis) ist eben nicht nur eine Sache des Rechnens. Auch nicht, wenn „man sich ein bißchen Mühe gibt".

Schade, vor lauter Abschweifungen hat Herr Neander ganz vergessen, etwas über die Hintergründe der Angst vor dem Kind zu sagen.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Schmidtke,
Köln 41

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Wort des Tages

„Die Glückseligkeit gleicht dem Koks: Sie ist ein Nebenprodukt."

Aldous Huxley, britischer Schriftsteller (1894–1963)

Personalien

GEBURTSTAGE

Prälat Dr. **Heinrich Ewers**, emeritierter Dekan der Römischen Rota und Paderborner Diözesanpriester, wurde gestern 80 Jahre alt. Dr. Ewers lebt heute in Rom. Seit 1956 gehörte er dem Richterkollegium des vatikanischen Gerichtshofs an. Nach seiner Emeritierung verlieh ihm Papst **Johannes Paul II.** den persönlichen Titel „Exzellenz". Erzbischof Dr. **Johannes Joachim Degenhardt** ernannte Heinrich Ewers 1983 zum Ehrendomherrn in Paderborn. Der damalige Bundespräsident **Karl Carstens** würdigte 1983 die Verdienste Ewers' im Dienste seiner Kirche und verlieh ihm das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern.

*

Franz Gleissner, von 1953 bis 1972 als CSU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag, vollendet am 22. Februar in München sein 75. Lebensjahr. Zunächst absolvierte er eine landwirtschaftliche Praxis und studierte das Fach Landwirtschaft. An der Technischen Hochschule München wurde er wissenschaftlicher Assistent und kam an die Landesanstalt für Pflanzenanbau und Pflanzenschutz. Nach dem Krieg war er in der Ernährungsverwaltung Wolfratshausen beschäftigt und arbeitete zwei Jahre als persönlicher Referent des bayerischen Landwirtschaftsministers. Von 1950 bis 1953 leitete er ein Staatsinstitut für landwirtschaftliche Lehrerausbildung. Im Bundestag vertrat er den Wahlkreis Miesbach.

EHRUNG

Philip Potter, 1972 bis 1984 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, erhält den „Niwano-Friedenspreis" 1986. Der Preis wird von der „Weltkonferenz der Religionen für den Frieden" und der „Niwano-Friedensstiftung" verliehen. Philip Potter wird den Preis am 22. April in Tokio entgegennehmen. Die Auszeichnung ist mit 100 000 US-Dollar dotiert. Der farbige Methodisten-Pfarrer lehrt seit einem Jahr in Jamaika an der Universität von Kingston Theologie. Er wird der vierte Träger des Preises sein, der für „seinen Beitrag zum Weltfrieden durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Religionen" verliehen wird. Das Preiskomitee, das Potter unter 826 Kandidaten aus 121 Staaten auswählte, würdigt im besonderen seine Aktivitäten im Kampf gegen Rassismus und für die Menschenrechte und seinen Einsatz für den Dialog zwischen den Religionen. Erster Preisträger war 1983 der brasilianische Erzbischof **Helder Camara**.

ERNENNUNGEN

Der Berliner Presseclub hat während seiner Jahreshauptversammlung seinen Vorstand wiedergewählt. Ihm gehören **Hans Ulrich Kersten** an, der das Amt des Vorsitzenden ausübt, und sein Stellvertreter **Hans Joachim Werbke**. Außerdem sind im Vorstand **Egbert Steinke, Stefan Gänsicke, Gottfried Vetter** und Dr. **Peter Jochen Winters**.

*

Dr. med. **Gustav Osterwald**, bisheriger Präsident der Ärztekammer Niedersachsen, wurde während der Kammerversammlung für vier weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Sein Stellvertreter ist Professor Dr. med. **Werner Stucke**, Hannover, Landesvorsitzender des Marburger Bundes in Niedersachsen. In den Vorstand wiedergewählt wurden außerdem Dr. **Hans-Ferdinand Gehre**, Hannover, Professor Dr. **Heiyo Eckel**, Göttingen und Professor Dr. **Peter Otto**, Burgwedel. Weitere Vorstandsmitglieder wurden **Herbert Essmeyer**, Wilhelmshaven, Dr. **Hartmut Lammert** aus dem Landkreis Hannover und Dr. **Gerd Pommer**, Oldenburg.

Wilhelm Krampe, früherer CDU-Bundestagsabgeordneter, starb im Alter von 60 Jahren in Hamm/Westfalen. Er war über die katholische Verbandsarbeit zur Politik gestoßen. 1947 wurde er Jugendsekretär der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB). Seit 1964 war er Diözesan-Sekretär der KAB im Erzbistum Paderborn. Viele Jahre hatte er den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen Westfalen-Lippe inne. Er war stellvertretender Landesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Westfalens. Von 1952 bis 1956 und von 1961 bis 1974 saß er im Rat der Stadt Hamm. Wiederholt führte er die CDU-Fraktion. Von 1966 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

NACHRICHTEN

Ohne Brigitte Kraus

Köln (dpa) – Die dreimalige Hallen-Europameisterin Brigitte Kraus (Köln) muß auf ihren 3000-m-Start bei den Titelkämpfen am Wochenende in Madrid verzichten. Sie unterzog sich einer Mandeloperation.

Eishockey: Ausverkauft

Düsseldorf (sid) – Bereits gestern waren die jeweils 10 500 Karten für die ersten beiden Düsseldorfer Heimspiele im Eishockey-Halbfinale der Play-Off-Runde gegen Rosenheim (23. und 28. Februar) vergriffen. Damit ist das Düsseldorfer Eishockey-Stadion in dieser Saison zum 15. Mal ausverkauft.

Jakobs wird operiert

Gelsenkirchen (sid) – Michael Jakobs, Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaklubs Schalke 04, muß sich einer Achillessehnen-Operation unterziehen. Er fällt damit für den Rest dieser Saison aus.

Rodeln: Zweiter Platz

Lake Placid (dpa) – Bei den Rodel-Weltcup-Läufen in Lake Placid (USA) wurden die Berchtesgadener Ilsanker/Hackl und Schwab/Staudinger Zweite und Dritte bei den Doppelsitzern. Es siegten die Italiener Raffl/Huber.

Talente aus Ostfriesland

Aurich (dpa) – Ein Kooperationsvertrag zwischen dem Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen und dem ostfriesischen Landesligaverein SpVgg Aurich wurde unterzeichnet. Aurich soll den Bremern talentierte Nachwuchsspieler aus dem Raum Ostfriesland, Papenburg und Wilhelmshaven zuführen.

Fechter-Ärger

Tauberbischofsheim (sid) – Der Fecht-Mannschaftsweltmeister Arnd Schmitt und der Fechtclub Tauberbischofsheim haben sich getrennt. Man habe die finanziellen Forderungen Schmitts nicht erfüllen können, sagte Bundestrainer Emil Beck.

Nach Hannover verlegt

Hannover (dpa) – Die am 13. Oktober 1985 schwer gestürzte Rennreiterin Carola Frobel (22) wurde wegen überhöhter Leberwerte von Hameln nach Hannover verlegt. Nach ihrem Sturz hatte sie mehrere Wochen im Koma gelegen.

FUSSBALL / Die bange Frage bleibt: Wird es der National-Mittelstürmer noch bis Mexiko schaffen?

Rudi Völler fühlt sich nach seiner Operation erleichtert: „Der seelische Druck ist genommen"

BERND WEBER, Bonn

Der Rummel auf Zimmer 1214 in der Universitätsklinik von Löwen-Pellenberg in Belgien war beträchtlich. Sportfotografen aus ganz Deutschland waren angereist, um Bilder des am Montag nachmittag an der Leiste operierten Bremer Fußballstars Rudi Völler zu schießen. Zudem wurde er in pausenlosen Telefoninterviews um eine Beschreibung seines derzeitigen Zustands gebeten. „Mir geht es einigermaßen gut", sagte Völler in einem Gespräch mit der WELT, „ich habe die Nacht nach der Operation und auch den gestrigen Tag ziemlich schmerzfrei verbracht. Vor allem aber bin ich unendlich erleichtert darüber, daß das wochenlange Hin und Her um meine Verletzung beendet ist. Die Operation hat mir den seelischen Druck genommen, denn daß ich vorher alle Trainingsversuche abbrechen mußte, hatte mich tief deprimiert."

Der lange Leidensweg, den der Bremer antreten mußte, seitdem er am 23. November vergangenen Jahres in München durch ein böses Foul seines Nationalmannschafts-Kollegen Klaus Augenthaler von den Beinen geholt wurde, ist beendet. Jetzt dreht sich alles um die Frage: Wie lange braucht Völler, um wieder spielfähig zu werden? Professor Marc Martens, der den einstündigen operativen Eingriff („Er verlief ohne Komplikation") vorgenommen hat, schätzt, daß Völler in sechs bis acht Wochen wieder voll belastbar sein wird. Das bedeutet, daß Bundesliga-Tabellenführer Werder Bremen seinen besten Stürmer in dieser Saison abschreiben kann. Trainer Otto Rehhagel: „So wird es sein, ich mache mir da keine Illusionen. Wir werden versuchen, auch ohne Rudi so gut wie eben möglich über die Runden zu kommen. Das ist uns in den vergangenen Wochen leidlich gelungen. Die Mannschaft darf sich jetzt nur nicht hängenlassen, dann schaffen wir das auch weiterhin. Ich muß allerdings zugeben, daß unsere Chancen, deutscher Meister zu werden, gesunken sind. Daß mir der Kaffee jetzt nicht mehr so richtig schmeckt, kann sich wohl jeder vorstellen."

Die Bremer Betrübnis ist ein Aspekt, aber es stehen ja auch übergeordnete, sozusagen nationale Interessen auf dem Spiel. Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer, der von der Operation während einer England-Reise erfuhr, hatte Völler in den vergangenen Wochen immer wieder als einen seiner wichtigsten Spieler bei der Weltmeisterschafts-Endrunde in Mexiko bezeichnet, auf ihn könne man nicht verzichten. Beckenbauer gestern: „Noch bestehen ja durchaus begründete Hoffnungen, daß wir Völler dabeihaben werden, andererseits müssen wir uns natürlich darauf einstellen, daß es nicht klappt. Also werden wir in den verbleibenden Freundschaftsspielen im Angriff experimentieren müssen. Rummeniges Position ist unumstritten. Als zweite Sturmspitzen und damit als Alternative zu Völler bieten sich weiterhin die bekannten Namen an: Klaus Allofs, Littbarski, Gründel, Mill oder Waas."

Daß er den zuletzt immer wieder ins Gespräch gebrachten Dieter Hoeness nicht unbedingt für einen chancenreichen Kandidaten hält, hatte Beckenbauer schon vor dem Italien-Länderspiel mit dieser Bemerkung deutlich gemacht: „Wenn wir einen Brecher- und Aufreißertyp im Angriffszentrum mal kurzfristig brauchen würden, könnten wir doch auch Briegel mit nach vorn schicken."

Franz Beckenbauer wurde von der Nachricht, daß Völler nun operiert worden ist, nicht mehr sonderlich überrascht. Er selbst war es, der dem Stürmer einen Termin bei Bayern Münchens Vereinsarzt Dr. Müller-Wohlfahrt vermittelt hatte (was selbst die jetzt ein wenig eingeschnappten und sich übergangen fühlenden Bremer nicht wußten), und der wiederum hatte den Rat zur Untersuchung beim Leisten-Spezialisten Professor Martens gegeben.

DFB-Trainer Horst Köppel hat sich zur neuen Entwicklung ganz klar ausgedrückt: „Wenn Völler bei den letzten WM-Tests gegen Jugoslawien am 11. und gegen Holland am 14. Mai nicht zur Verfügung stehen sollte, werde ich dafür plädieren, ihn nicht mit nach Mexiko zu nehmen." Da liegt die Erfahrung der letzten Europameisterschaft in Frankreich zugrunde. Seinerzeit nahm Ex-Bundestrainer Jupp Derwall den angeschlagenen Gerd Strack mit ins Aufgebot und konnte ihn kein einziges Mal einsetzen. Völler selbst meint: „Ich bin auch nur bereit, bei der WM zu spielen, wenn ich hundertprozentig fit bin." Seine Wechselpläne nach Italien hat er im übrigen auch erst einmal abgeschrieben.

STAND ● PUNKT

Neuerung

Fechten ist kompliziert, seine Handhabung unterscheidet sich je nach Waffenart erheblich – der ungeübte Zuschauer betrachtet jedenfalls oft verständnislos, was sich auf der Fechtplanche tut. Beim Degen-Fechten ist es am einfachsten. Leuchtet während des Gefechts ein grünes Lämpchen auf, weiß auch der Laie, daß Alexander Pusch einen Treffer erzielt hat. Leuchtet's rot, war der Gegner schneller. Glühen beide Lämpchen, war's halt unentschieden. Auch beim Florett-Fechten, ebenfalls eine Stoßwaffe, macht man sich seit Jahren die Elektronik zunutze.

Bei den Hieben und Stößen des Säbelfechtens hatte bislang das Auge des Schiedsrichters zu entscheiden. Manipulationen waren so möglich. Dies soll sich jetzt endlich ändern. Verschiedene elektronische Geräte werden bei internationalen Turnieren getestet. Die endgültige Entscheidung über die Einführung des elektrischen Säbels soll schon im Mai fallen. Für so manchen weniger erfolgreichen Säbelspezialisten wird zwar eine gern zitierte Ausrede wegfallen, doch der fechtinteressierte Zuschauer wird die Neuerung dankbar registrieren.

JÖRG STRATMANN

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boca West, Achtelfinale, Herren: Connors (USA) – Tulasne (Frankreich) 6:1, 5:7, 7:6, Lendl (CSSR) – Arias (USA) 6:1, 7:5, Nystroem (Schweden) – Arraya (Peru) 6:4, 6:4, Edberg (Schweden) – Davis (USA) 6:2, 6:3, Forget (Frankreich) – Robertson (Südafrika) 6:3, 6:4, Noah (Frankreich) – Gunnarsson (Schweden) 6:1, 7:6. – Herren-Doppel, dritte Runde: Nystroem/Wilander (Schweden) – Curren/Denton (USA) 6:4, 6:4. – Damen-Doppel, Achtelfinale: Fernandez/White (USA) – Graf/Tanvier (Deutschland/Frankreich) 6:2, 6:2. – Mixed, erste Runde: Graf/Sanchez (Deutschland/Spanien) – Gonzales/Smith (Paraguay/USA) 6:3, 6:4.

SEGELN

Weltmeisterschaft im Flying-Dutchman vor Rio de Janeiro, erste Wettfahrt: 1. Jörg und Eckart Diesch (Deutschland), 2. Turner/Allan (Großbritannien), 3. Etten/Dmoch, 4. Bartzill/Wende (alle Deutschland).

SKI NORDISCH

Weltmeisterschaft der Junioren in Lake Placid, Nordische Kombination; Mannschaft: 1. Norwegen 1207,60 Punkte, 2. UdSSR 1181,14, 3. Deutschland (Thomas Donaubauer, Roland Schmidt, Martin Brunner) 1156,63, 4. Finnland 1152,12, 5. „DDR" 1142,82.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 466 769,60 Mark, 2: 177 817,00, 3: 5119,90, 4: 129,50, 5: 10,40. – **Toto:** 1: 9832,60, 2: 437,60, 3: 41,10. – „6 aus 45": 1: 245 898,50, 2: 5341,30, 3: 770,60, 4: 19,90, 5: 2,90. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 18,20, 2: 2,10. – **Rennen B:** 1: 210,80, 2: 70,20. – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 250 438,60.

(Ohne Gewähr)

TENNIS / Steffi Graf im Doppel ausgeschieden – Jimmy Connors als einziger Amerikaner noch dabei

Boris Becker fordert wieder Maurer als Doppelpartner

sid/dpa, Boca West

Steffi Graf schied beim Tennis-Turnier in Boca West im Doppel aus. Die 16jährige Heidelbergerin unterlag an der Seite der Französin Catherine Tanvier im Achtelfinale dem amerikanischen Duo Gig Fernandez/Robin White mit 2:6, 2:6. Im Einzel trifft sie in der Runde der letzten acht heute nacht auf die Amerikanerin Zina Garrison.

Die Niederlage gegen Fernandez/White konnte Steffi Graf allein nicht abwenden. Wenn sie auch nicht so überzeugend spielte wie bei ihrem 6:1, 6:4-Sieg im Einzel-Achtelfinale gegen Alycia Moulton (USA), so zeigte sie doch solides Tennis. Aber ihre französische Partnerin hatte einen rabenschwarzen Tag erwischt, so daß die Niederlage dementsprechend deutlich ausfiel.

Bei den Herren siegten die Schweden weiter. Stefan Edberg zog mit einem 6:2, 6:3 über Marty Davis (USA) ins Viertelfinale ein, während Joakim Nyström den Peruaner Pablo Arraya 6:4, 6:4 bezwang. Im Viertelfinale stehen nun sieben Europäer – und der 33 Jahre alte Amerikaner Jimmy Connors, was auch den Niedergang des amerikanischen Herren-Tennis beweist.

Das 6:1, 5:7, 7:6 gegen den Franzosen Thierry Tulasne war nach den knappen Siegen gegen den Italiener Claudio Panatta und Mark Dickson (USA) bereits der dritte Dreisatz-Kampf in Folge des Weltranglisten-Vierten. Seine Frau Patty und sein Sohn Brad waren an dem Match gar nicht mehr interessiert. Sie unterhielten sich mit Pam Shriver – neben dem Stadion ...

Nach dem Spiel meinte Connors: „Dieser Sieg stinkt mir, weil ich eigentlich 6:1, 6:2 gewinnen mußte. Aber dann habe ich nur noch Fehler gemacht. Doch vielleicht waren das auch nur die elf Jahre Unterschied zu Tulasne. Aber je enger die Matches werden, desto lockerer bin ich." Und dann: „Solche Siege sagen doch auch etwas über meinen Charakter aus. Offenbar spiele ich am besten, wenn der Druck am größten ist."

„Die anderen stehen im Blickpunkt und haben die Schlagzeilen, wir gewinnen lieber unter Ausschluß der Öffentlichkeit", leistete sich der Schwede Joakim Nyström eine Anspielung auf den Rummel um Ivan Lendl, Jimmy Connors und vor allem Wimbledon-Sieger Boris Becker aus Leimen.

Becker machte auch nach seinem sensationellen Ausscheiden gegen den Tschechoslowaken Milan Srejber weiterhin Schlagzeilen – und dies praktisch ohne Spiel. Denn für den Daviscup vom 7. bis 9. März in Mexico City forderte er plötzlich wieder den Neusser Andreas Maurer als Doppelpartner. Denselben Maurer, den Coach Günther Bosch nach dem Münchner Finale gegen Schweden als „Spieler ohne Zukunftsperspektive" bezeichnet hatte. So schnell ändern sich die Zeiten und die Ansichten.

Im Doppel treffen Becker und sein jugoslawischer Partner Slobodan Zivojinovic nunmehr auf den erfahrenen Polen Wojtek Fibak und den Amerikaner Matt Mitchell, die überraschend Ivan Lendl/Andres Gomez (CSSR/Ecuador) ausgeschaltet haben.

FUSSBALL / Spiel in Bochum wieder abgesagt

Einige Nachhol-Termine

sid/dpa, Bonn

Das frostige Winterwetter setzt der Bundesliga weiter zu. Auch gestern ging die Serie der Spielausfälle in der Fußball-Bundesliga munter weiter. Das für gestern abend angesetzte Nachholspiel zwischen dem VfL Bochum und dem 1. FC Köln mußte bereits zum dritten Mal abgesagt werden. Dichter Schneefall in Bochum machte das gefrorene Spielfeld im Ruhrstadion zu einer Rutschbahn. Dazu war die Sicherheit der Zuschauer auf den Zufahrtswegen nicht mehr gewährleistet.

Ein neuer Termin wurde noch nicht gefunden, erst am Freitag soll darüber verhandelt werden. Die Begegnung stammt noch vom 17. Spieltag aus der Hinrunde und wurde zuvor bereits am 30. November 1985 und am 18. Januar 1986 wegen Unbespielbarkeit des Platzes nicht angepfiffen.

Zumindest für einige der bislang ausgefallenen Spiele konnte Spielleiter Hermann Schmaul aus Köln neue Termine bekanntgeben – wenn der Winter nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht:

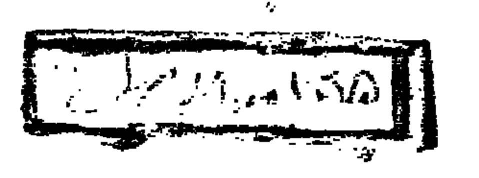
25. Februar: Mannheim – Dortmund (19.30 Uhr), Köln – Mönchengladbach (20.00).

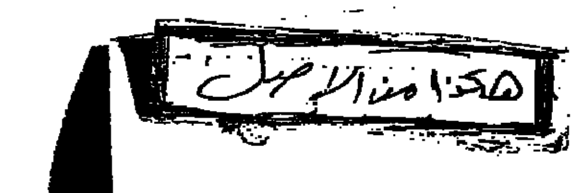
26. Februar: Uerdingen – Frankfurt (20.00), Hannover – Schalke (20.00), alles Spiele vom 23. Spieltag.

4. März: Bochum – Mannheim (20.00), vom 20. Spieltag.

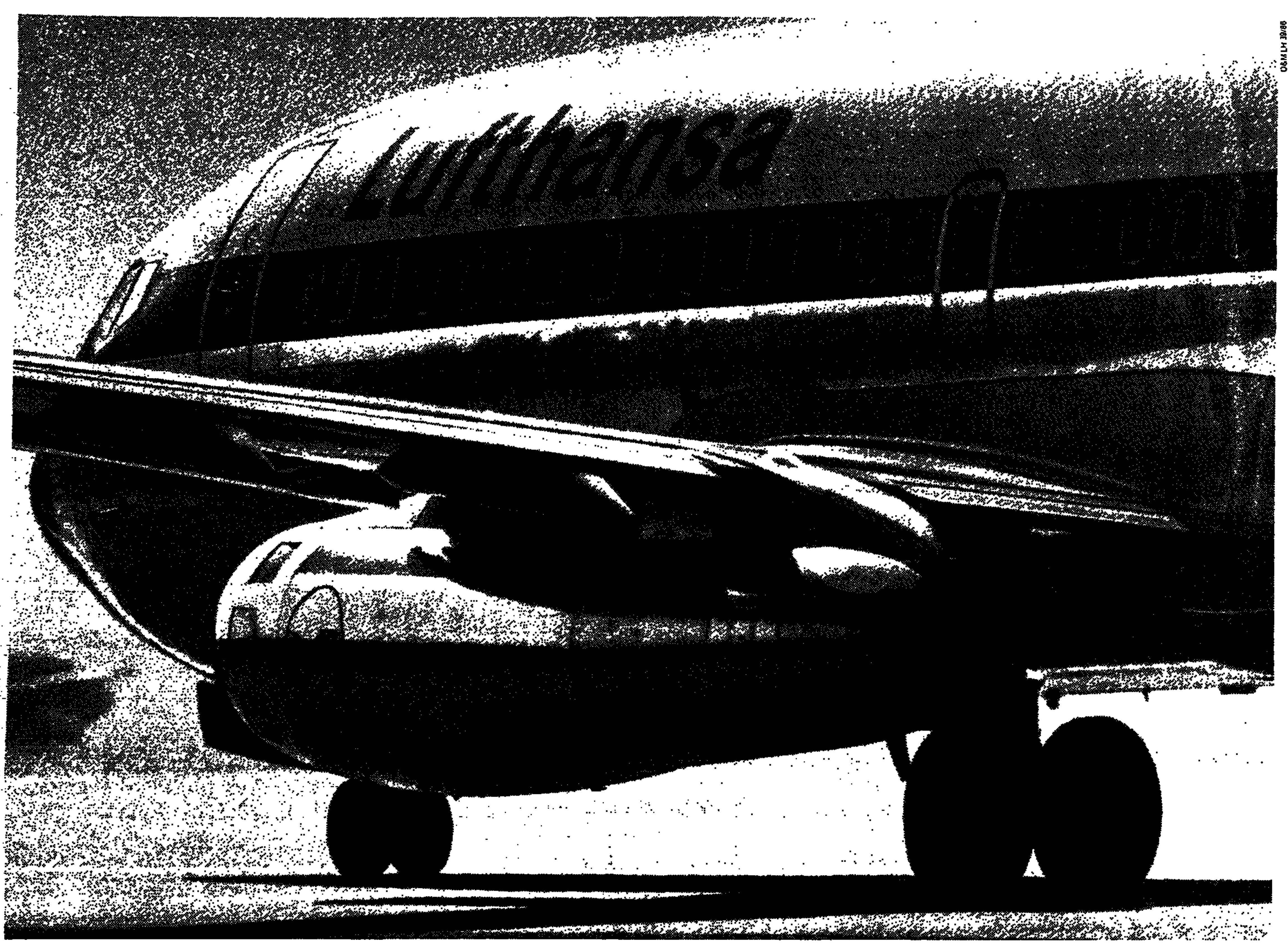
1. April: Kaiserslautern – Mannheim (20.00), vom 22. Spieltag.

Noch ohne Termin sind die Begegnungen: Bochum – Köln vom 17. Spieltag und Saarbrücken – Stuttgart vom 23. Spieltag.





Auch in diesem Jahr: mit Lufthansa zur Frühjahrsmesse nach Leipzig.



Vom 16. – 22. 3. zweimal täglich ab Frankfurt. Am 15. und 23. 3. je einmal. Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.





Sie finden uns in Halle 9, Stand 56.

Späth an die Adresse der ARD: Ernste Lage

Kommt es zu einem Gespräch der Union mit den Intendanten?

GERNOT FACIUS, Bonn

Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) steuert entgegen allen beschwichtigenden Erklärungen der Intendanten auf eine ernsthafte Gefährdung zu. Ministerpräsident Lothar Späth warnte den ARD-Vorsitzenden Willibald Hilf (Südwestfunk) in einem Gespräch am Montagabend eindringlich davor, die „Strapazierfähigkeit" der Regierungschefs zu überschätzen. Späth machte Hilf klar, daß die Einführung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks auch von ihm als der „Knackepunkt" empfunden werde, wie gestern aus dem Stuttgarter Staatsministerium verlautete.

Das bedeutet: Die ARD soll sich intern darum bemühen, das Problem Hessen aus der Welt zu schaffen. Und: Das Satelliten-Programm „Eins Plus" braucht eine Rechtsgrundlage. Setzt die ARD über einen von den Ministerpräsidenten tolerierten Versuchszeitraum hinaus die Ausstrahlung dieses „Kulturprogramms" fort, ohne daß sich in der Frage der Hessen-Werbung etwas bewegt, riskieren die Sender-Chefs „Maßnahmen" von Länderseite. „Nehmen Sie die Lage nicht leicht", warnte Späth seinen Parteifreund Hilf.

Dem Stuttgarter Regierungschef schwebt allerdings vor, die Sache gütlich zu regeln. In einem Brief an seine Unions-Kollegen regte er an, vor der nächsten Konferenz der Länderregierungschefs am 13. März mit der ARD-Führung zusammenzutreffen. In Stuttgart wird nicht verhehlt, daß die bundesweite Verbreitung der Dritten Programme, den Konflikt verschärfen könne. Sollte dieses Thema eine „Eigendynamik" gewinnen, dann werde man die „Medienkraft Baden-Württemberg nicht vernachlässigen dürfen", gab Späth dem Südwestfunk-Chef zu verstehen. Im Klartext: In einem solchen Fall müßte auch das Südwestprogramm über Satellit republikweit verbreitet werden.

Intendant Hilf sorgte unterdessen für weitere Aufregung unter den Medienpolitikern. Er plädierte im Branchendienst „medien-telegramm" für eine Aufhebung der Werbegrenze 20 Uhr. Sein Argument: ARD und ZDF erhielten dadurch einen viel größeren Spielraum für die Programmgestaltung. Auch die Befürchtung, daß Kinder der Werbung ausgesetzt seien, würde gegenstandslos. Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU, Dieter Weirich, äußerte sich gegenüber der WELT verwundert darüber, auf welche „Gedankenakrobatik" Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kommen. Bevor die Anstalten neue Ideen zur Fernsehwerbung äußerten, „sollten sie dafür sorgen, daß die eigenen Reihen wieder geschlossen werden". Wer für den Fortbestand der ARD eintrete, müsse „dafür auch einen eigenen Beitrag leisten, also das Problem Hessen lösen".

Sicherheitsgesetze: Vorschläge von Baum und Hirsch irritieren die Union

Datenauswertung bei Schleppnetzfahndung soll erschwert werden / Expertenrunde unschlüssig

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Expertengespräche der Koalitionsparteien über die Gesetze zum fälschungssicheren Paß und Personalausweis sowie die sogenannte „Schleppnetzfahndung" sind mit der Vorlage eines für die Union unannehmbaren Formulierungsvorschlages durch die FDP-Abgeordneten Baum und Hirsch gestern zunächst in eine Sackgasse geführt worden. Zwar hatte sich eine Koalitionsrunde unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl im Beisein des FDP-Vorsitzenden Bangemann und des liberalen Fraktionschefs Mischnick darauf verständigt, daß der ursprüngliche Zeitplan eingehalten und die Ausweisgesetze – einschließlich des umstrittenen § 163 d der Strafprozeßordnung – am Freitag verabschiedet werden sollen. In der gestrigen Expertenbesprechung allerdings kam der FDP-Abgeordnete Baum wieder auf seinen alten Vorschlag zurück, den 163 d „abzukoppeln" und die Ausweisgesetze allein zu verabschieden.

Unnachgiebige Haltung

Mit dieser Haltung hatte sich der Abgeordnete allerdings tags zuvor nicht einmal im Präsidium der eigenen Partei durchsetzen können. Der FDP-Vorsitzende Bangemann hatte nach der Sitzung vor der Presse ausdrücklich betont, daß die Vertreter seiner Partei „ohne Vorgaben und ohne Vorschläge" in die auf einen Kompromiß zielenden Gespräche mit dem Koalitionspartner gehen würden.

Die Sicherheitsexperten – auf seiten der FDP Baum und Hirsch, bei der CDU/CSU die Abgeordneten Miltner, Laufs und Fellner – unterbrachen am Vormittag ihre Besprechungen angesichts der unnachgiebigen Haltung der beiden Liberalen und berichteten ihren jeweiligen Fraktionsvorständen. Die Fraktionschefs Dregger und Mischnick hatten sich am frühen Morgen ohnehin zu einer Besprechung zum Thema gesehen. Auch nach diesem Versuch, durch Einschaltung der Fraktionschefs eine Annäherung herbeizuführen, mußten die Beratungen am Vormittag noch einmal unterbrochen werden.

Die FDP legte dann am Mittag einen Formulierungsvorschlag vor, der allerdings zum Entsetzen der Unionsabgeordneten in zahlreichen Punkten noch hinter die bis dahin geäußerten Vorstellungen von Zulässigkeit und Form der sogenannten „Schleppnetzfahndung" zurückging. So wurde unter anderem eine Formulierung gewählt, die zwar die Speicherung von Daten beim automatischen Lesen des neuen Personalausweises zum Inhalt hat, nicht aber die Speicherung der bei der parallel stattfindenden herkömmlichen Ausweiskontrolle.

Außerdem sollte nach dem Willen der FDP-Abgeordneten allein die Identität der Person, Ort und Zeitpunkt der Kontrolle sowie ein eventuell mitgeführtes Kraftfahrzeug gespeichert werden, nicht aber andere Identitätsmerkmale, wie sie bei der Fahndung nach einem Straftäter für die Polizei unerläßlich sind. Weiterhin sollte bei einer wegen Eilbedürftigkeit von Staatsanwaltschaft oder Polizei angeordneten Schleppnetzfahndung die Auswertung der angefallenen Daten erst nach der dann vorgesehenen nachträglichen richterlichen Bestätigung zulässig sein.

Plan fehlgeschlagen

Hätte also, weil Gefahr im Verzug war, die Staatsanwaltschaft oder die Polizei eine solche Fahndungsmaßnahme angeordnet, um möglichst rasch einen potentiellen Täterkreis zu erfassen, so wäre die Auswertung der Daten nach FDP-Vorstellungen erst dann möglich, wenn ein Richter die Sofortfahndung im Nachhinein bestätigt hat – im Zweifel erst drei Tage nach der Straftat.

Der ursprüngliche Plan, den beiden getrennt tagenden Koalitionsfraktionen eine beschlußfähige Formulierung am Nachmittag vorzulegen, die dann heute im Innenausschuß diskutiert werden sollte, schlug fehl. Am Abend wollten die Experten beider Seiten dann noch einmal einer höherrangigen Koalitionsrunde mit Fraktions- und eventuell auch Parteivorsitzenden einen Bericht geben.

NH-Mieter zahlen Zeche für unzulässige Spenden

Baukonzern verstößt gegen Gemeinnützigkeitsrecht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Aus dem gemeinnützigen Unternehmensbereich des Gewerkschaftskonzerns Neue Heimat sind in den sechs Jahren von 1974 bis 1980 an die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung Spenden in Höhe von mindestens 880 000 Mark geflossen. Mit dieser und anderen Zahlungen verstieß die NH eindeutig gegen das Gemeinnützigkeitsrecht.

Wie der Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Neue Heimat, Karl-Heinz Ehlers, dazu gestern in der Hansestadt mitteilte, hätten die NH-Konzernmutter und ihre Regionalgesellschaften von 1973 bis 1981 insgesamt etwa 2,3 Millionen Mark gezahlt; zu einem großen Teil seien die Zahlungen unzulässig gewesen. Die genaue Höhe der Spenden lasse sich allerdings aus den Akten, die dem Ausschuß vorlägen, nicht ermitteln. Die Unterlagen, die der Ausschuß habe einsehen können, seien insoweit „bruchstückhaft" und beträfen nur bestimmte Zeiträume.

Die gesamten Spenden der Neuen Heimat, von denen auch zahlreiche nicht politische Institutionen profitierten, lagen erheblich über dem, was nach einem Erlaß zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz erlaubt war. Spenden dürfen danach nur für Zwecke des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus gegeben werden und insgesamt nicht mehr als ein Prozent des Bilanzgewinns ausmachen. Die Neue Heimat, so Ehlers, habe gegen beide Kriterien verstoßen. Die Spenden hätten nicht nur den Zwecken des Kleinwohnungsbaus nicht gedient, sondern sie hätten bei der Konzernmutter teilweise zwischen drei und elf Prozent und bei den Regionalgesellschaften 15 und mehr Prozent des Bilanzgewinns betragen.

Die Neue Heimat habe nicht direkt an die politischen Parteien - vornehmlich die SPD - gezahlt, sondern sich bei ihren Spenden in einer „Grauzone" bewegt, indem sie zum Beispiel die Friedrich-Ebert-Stiftung bedachte oder „Kontaktgespräche" mit Gewerkschaften finanzierte. Dabei seien häufig Reise- und Bewirtungsaufwendungen geltend gemacht worden, fuhr Ehlers fort. Es sei zu vermuten, daß auf diesem Wege als „Reisekosten" getarnte Beträge an die SPD geflossen seien. Durch diese Spendentätigkeit habe die Neue Heimat ihren Mietern „gemeinnützigkeitsrechtlich gebundenes Vermögen" vorenthalten. Die Zeche für diese unzulässige Spendentätigkeit hätten die Mieter der Neuen Heimat gezahlt, indem ihnen jahrelang zu hohe Mieten abverlangt worden seien.

Der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau forderte in diesem Zusammenhang die Friedrich-Ebert-Stiftung auf, durch eine Rückzahlung der ihr zugeflossenen Spendenbeträge zur Sanierung des finanziell bedrohten Unternehmens beizutragen.

„Das Reinigungsbad nach der Schlammwanderung"

DAG und CDA signalisieren Einvernehmen im 116-Streit

GÜNTHER BADING, Bonn

Für den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, ist die Unterredung mit dem Vorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) am Montagabend in einem Nebenraum des Köln/Bonner Flughafens zum „Reinigungsbad nach einer Schlammwanderung" geworden. So jedenfalls formulierte der erste Mann der Sozialausschüsse seine Empfindungen bei dem „ruhigen und sachlichen" Gespräch über den seit Monaten heftig umstrittenen Neutralitäts-Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). In einer gemeinsamen Erklärung Blüms und des DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt wurde denn auch in der wohl wesentlichsten Frage des Streits um die Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen Einvernehmen signalisiert.

Wörtlich heißt es in einer gemeinsamen Entschließung: „Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Neutralitätsanordnung 1973 bei der Formulierung ‚nach Art und Umfang gleich' nicht völlige Identität der Forderungen als Voraussetzung der Nichtgewährung von Kurzarbeiter- beziehungsweise Arbeitslosengeld gemeint hat."

Blüm faßte die Interpretation dieses Absatzes in einem Interview des Deutschlandfunks gestern so zusammen: „Die DAG wie die CDA sind sich darüber im klaren, daß der Gesetzgeber wie die Selbstverwaltung die Leistungen der Bundesanstalt im Stellvertreterstreik ruhen lassen sollte ... und daß das dann der Fall ist, wenn die Forderungen nach Art und Umfang gleich sind." Dieser entscheidende Begriff dürfe nicht mit „identisch" übersetzt werden, wie es die Sozialgerichte in Frankfurt und Darmstadt getan hätten.

Auf diese Urteile beruft sich derzeit die IG Metall, wenn sie verlangt, daß statt einer Klarstellung des 116 die Gerichtsverfahren abgewartet werden sollten. CDA und DAG seien gemeinsam der Meinung, daß der Gesetzgeber 1969 mit der jetzigen Version des Paragraphen 116 und auch die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit mit ihrer Anordnung aus dem Jahre 1973 keine Regelung wollten, die durch einen „Identitätstrick" durch die Gewerkschaften leicht auszuhebeln wäre.

Er erwarte jetzt konkrete Vorschläge der wirklich an einer Verbesserung der Formulierungen im Gesetzentwurf der Bundesregierung interessierten Arbeitnehmervertreter, gab Blüm zu verstehen. Bei den Abgeordneten des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet man Präzisierungen im vorliegenden Text allerdings erst nach der Expertenanhörung zu Verfassungsfragen im Zusammenhang mit dem 116 AFG in der kommenden Woche.

Diepgen will jetzt den Baudschungel lichten

H.-R. KARUTZ, Berlin

Mit einer Reihe von Vorschlägen zur Lichtung des Berliner Baudschungels, aber ohne die erwarteten politischen Perspektiven, die aus dem größten Berliner Nachkriegs-Skandal führen könnten, trat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) gestern an die Öffentlichkeit. Er kündigte mehr Durchsichtigkeit bei der Bauförderung und auf anderen Feldern an. Zugleich soll in die zwölf Berliner Bezirksrathäuser, von denen zehn von der CDU beherrscht werden, mehr „Fachkompetenz und Bürgernähe" einziehen.

Nach der Senatssitzung legte Diepgen gestern einen Katalog von Maßnahmen und Ankündigungen vor, die zum Teil eine völlige Abkehr von der bisherigen Baupolitik des Senats zum Inhalt haben. Diepgen sprach von „Verkrustungen" im Baubereich, die durch die „räumliche Enge, die Grundstücksknappheit, die exponierte politische Lage der Stadt, die Struktur des Wohnungsmarktes, eine veraltete Bauleitplanung und das immer komplizierter und unübersichtlicher gewordene Baurecht" bedingt gewesen seien. Diese Verkrustungen müßten jetzt „aufgebrochen" werden.

Während es bisher ausdrückliche Baupolitik des CDU/FDP-Senats war, privaten Bauträgern mehr Chancen als früher einzuräumen und sie an Projekten zu beteiligen, soll nun geprüft werden, ob – wie früher zu SPD/FDP-Zeiten üblich – wieder die städtischen und gemeinnützigen Gesellschaften stärker am Baukuchen partizipieren sollen. Die bisherige Haltung der CDU-Bausenatoren, beispielsweise Generalunternehmer davon zu befreien, ihre Preiskalkulation offenzulegen, soll nun rückgängig gemacht und diese Unternehmen – sie beherrschen weitgehend den privaten Berliner Bau-Markt – angehalten werden, ihre Schlußabrechnungen offenzulegen.

Diepgen kündigte zudem an, daß künftig alle Entscheidungen, bei denen Befreiungen vom Baurecht erteilt werden, bekanntgemacht werden sollen. Bei einem der jüngsten Bauprojekte des bestechungsverdächtigen Bauträgers Kurt Franke, der dem inhaftierten Baustadtrat Jörg Herrmann (CDU) Geld gegeben haben soll, spielten Ausnahmegenehmigungen der Senatsbauverwaltung eine wichtige Rolle.

Inzwischen stellten CDU, FDP und SPD den Arbeitsauftrag für den siebenköpfigegn parlamentarischen Untersuchungsausschuß fertig, der am 27. Februar eingesetzt wird. Die AL-Fraktion dürfte den Antrag ebenfalls unterstützen, weil sie sonst als Minderheit im Ausschuß weder eigene Zeugen laden noch Beweisanträge stellen könnte. Auf Drängen der SPD wurde die bisherige Liste von 18 aufklärungsbedürftigen Bauprojekten auf 35 erweitert.

Die parlamentarische Aufklärungsarbeit dürfte sich bis weit in Berlins Jubiläumsjahr 1987 erstrecken.

Frau Aquino ruft zu „nationalem Protesttag" auf

dpa, Manila

Vertreter aus Privatwirtschaft, Opposition und katholischer Kirche auf den Philippinen haben nach Presseberichten ein Komitee gegründet, um die landesweiten Aktionen des „zivilen Ungehorsams" gegen die Regierung von Präsident Ferdinand Marcos zu koordinieren.

Oppositionsführerin Corozon Aquino, die nach eigener Einschätzung klarer Wahlsieger ist und Marcos Wahlbetrug vorwirft, hat zu einem „nationalen Tag des Protestes", zu Verzögerungen bei der Zahlung von Abgaben sowie zum Boykott von Banken, Zeitungen und großen Firmen aufgerufen, die im Staatsbesitz sind oder von Marcos-Vertrauten geleitet werden.

Mehrere Lehrerorganisationen kündigten an, daß ihre 50 000 Mitglieder vom nächsten Montag an in den Streik treten wollen, um gegen die für den 25. Februar vorgesehene Vereidigung von Marcos zu protestieren.

Die Tageszeitung „Malaya" in Manila will keine Anzeigen mehr aufnehmen von den Firmen, die im Boykott-Aufruf namentlich erwähnt sind. Die Zeitung „The Manila Times" zitierte gestern eine Reihe von Angestellten aus den Banken mit Berichten über die Zahl der Kunden, die ihre Konten auflösten oder ihre Spargelder abhoben. „In den meisten unserer Filialen gab es am ersten Tag des Boykotts starke Rückzahlungen", habe ein Angestellter der Commercial Bank of Manila gesagt.

Jetzt werden Tamilen über Prag nach Bayern geschleust

Ohne Anschlußvisum der Bundesrepublik Deutschland

WERNER KAHL, Bonn

Auf dem bayerischen Grenzbahnhof Schirnding wurden Zoll und Bundesgrenzschutz von einer neuen Asylanten-Schleusung überrumpelt. Aus dem Schnellzug D 250 von Prag nach Nürnberg stieg am 4. Februar um 16.42 Uhr, wie erst jetzt bekannt wurde, eine Gruppe von Tamilen, denen es gelungen war, West-Berlin zu umgehen. Beim Eintreffen in Schirnding wußten sich die Tamilen gegen die Gefahr sofortiger Zurückweisung an den gegenüberliegenden tschechoslowakischen Grenzbahnhof zu schützen: Unter Aufsicht eines Soester Rechtsanwaltes, der die Gruppe erwartet hatte, stellten sie sofort Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Pässe, die von den Asylanten vorgezeigt wurden, enthielten Transvisa der CSSR. Nach Erkenntnissen der zuständigen Stellen handelte es sich um eine perfekt organisierte Einschleusung auf kommerzieller Basis: An diesen Asylbewerbern verdienen offensichtlich sowohl Einheimische in Sri Lanka als auch die östlichen staatlichen Fluggesellschaften Aeroflot, Interflug und tschechoslowakische Botschaftsangehörige in Südostasien.

Die Gruppe war nach eigenen Angaben aus der Inselhauptstadt Colombo gekommen. In Zeitungsanzeigen hatte ein Reisebüroveranstalter aus Sri Lanka namens Sivanesan für Fahrten nach Westeuropa geworben. Bei ihm meldete die Gruppe – vier Männer, zwei Frauen und ein Kind – den Wunsch an, in die Bundesrepublik Deutschland zu reisen. Pro erwachsene Person mußte jeder 33 000 Rupien (etwa 3300 Mark) zahlen. Die Sichtvermerke erhielten sie von der CSSR-Botschaft in Rangun/Birma. Sie galten für einen dreitägigen Aufenthalt in der Tschechoslowakei.

Am 22. Januar verließen die Tamilen auf dem Luftweg Bangkok. Nach der Landung auf dem „DDR"-Zentralflughafen Berlin-Schönefeld wollten die Tamilen zunächst über den innerstädtischen Ost-Berliner Grenzkontrollpunkt Bahnhof Friedrichstraße direkt nach West-Berlin, um dort Asyl zu beantragen. Die Ausreise in den Westteil wurde ihnen jedoch entsprechend den Zusagen der Ost-Berliner Behörden an Bonn nicht gestattet. Daraufhin reiste die Gruppe über Frankfurt/Oder nach Warschau.

Am 25. Januar trafen die Tamilen in Prag ein. Die tschechoslowakischen Behörden verlängerten das Transitvisum der Ranguner Botschaft bis zum 4. Februar. An diesem Tag meldeten sich die angeblichen Touristen als Asylbewerber in Schirnding. Gelingt es der Bundesregierung, in Kontakten mit der CSSR diesen Weg insoweit zu sperren, daß künftig ein Visum nur erteilt wird, wenn ein Anschlußvisum der Bundesrepublik Deutschland vorliegt?

Hindernis System 12

nl. – Man stehe vor einem Siegeszug am Weltmarkt. Derlei vollmundig gab man sich unlängst noch bei der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) im Hinblick auf die Marktperspektiven für das im ITT-Verbund, hier aber maßgeblich vom Stuttgarter Tochterunternehmen SEL entwickelte „System 12". Inzwischen dürfte sich merklich Rauhreif auf die so überschwengliche Perspektive für dieses digitale Vermittlungssystem für Sprache und Daten, bei dem man sich im Verdrängungswettbewerb mit einer Reihe ähnlicher Systeme anderer Anbieter befindet, gelegt haben. Denn von der SEL-Konzernmutter, der ITT-Corporation, New York, wurde kurzerhand mitgeteilt, sie wolle ihr Vorhaben aufgeben, das digitale Vermittlungssystem „System 12", dessen Entwicklungsaufwand sich in Milliarden-Größenordnung bewegt, an die Erfordernisse des amerikanischen Marktes anzupassen.

Mit anderen Worten: ITT kam mit diesem System auf jenem größten Markt der Welt für Telekommunikation zu spät. Die Konkurrenz – allen voran AT & T – hatte die Nase vorn. Daß man in diesem wichtigen wachstumsträchtigen Bereich in Amerika das Handtuch werfen mußte, kann die ITT-Firmengruppe und damit auch SEL nicht unbeeinflußt lassen. Zwar lassen sich von den europäischen ITT-Firmen durchaus einige Verkaufserfolge vorweisen. Doch der erhoffte große Durchbruch ist dies kaum. Nicht zuletzt müssen sich die europäischen ITT-Gesellschaften und damit auch die SEL gefallen lassen, einmal mehr durch die Spekulationsmühle in puncto möglicher Unternehmensveräußerungen gedreht zu werden.

Heimwerker

sas. – Die Kunden von Heimwerker- und Baumärkten dürfen sich freuen. Um ihr Wohlergehen sorgen sich die in der Arbeitsgemeinschaft Do-It-Yourself zusammengeschlossenen Anbieter, die nach eigenen Angaben rund 80 Prozent des Baumarktsortiments repräsentieren. Durch die aggressiven Billigpreisstrategien einiger großflächiger Baumärkte, so klagten Branchensprecher vor der Internationalen Eisenwarenmesse in Köln, werde das Do-it-yourself in weiten Kreisen der Bevölkerung „zu einem billigen Konsumgut degeneriert". Die uneigennützigen Anbieter wollen deshalb dem mit dem Selbermachen verbundenen „Schaffen von mehr Wohnqualität und soliden Werten sowie sinnvoller Freizeitgestaltung" durch höhere Preise zu einem „besonderen psychologischen Stellenwert" verhelfen. Auch wenn man dieser Begründung ganz sicher nicht die Originalität absprechen kann: Ob sie der Verbraucher, dem es an den knappen Geldbeutel geht, einleuchtet, ist mehr als fraglich.

BUNDESBANK / Die deutsche Wirtschaft bewegt sich in einem flotten Tempo

Inlandsnachfrage entwickelt sich zum Hauptmotor der Konjunktur

cd. Frankfurt

Die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuersenkungen und die drastischen Preisrückgänge am Mineralölmarkt haben den Spielraum für eine anhaltende Ausweitung der Inlandsnachfrage, die sich bereits in den letzten Monaten zum Hauptmotor der Konjunktur entwickelt hatte, wesentlich vergrößert. Das schreibt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Gleichzeitig korrigiert die Notenbank aufgrund des Ölpreisverfalls ihre bisherige Prognose sinkender deutscher außenwirtschaftlicher Überschüsse.

Die Realeinkommen der privaten Haushalte werden nach Meinung der Bundesbank vom Ölpreisrückgang noch stärker profitieren als von der auf 11 Milliarden Mark geschätzten Steuersenkung. Auch für die Unternehmen bringe die Ölverbilligung eine Entlastung. Schon im vierten Quartal 1985 haben die steigenden, in ihrer realen Kaufkraft nicht mehr durch steigende Preise geschmälerten Einkommen der privaten Haushalte maßgeblich dazu beigetragen, daß sich der private Verbrauch neben den Investitionen zu einem tragenden Element der Binnenkonjunktur entwickelt hat, analysiert die Bundesbank. Die privaten Verbrauchsausgaben, die nominal um fünf und real um 3,5 Prozent höher waren als im vierten Quartal 1984, wiesen den stärksten Anstieg seit fünf Jahren auf. Von der Einkommensentwicklung wäre, so die Notenbank, sogar eine noch deutlichere Expansion möglich gewesen.

Der deutschen Konjunktur bescheinigt die Bundesbank einen recht flotten Gang bei weitgehend stabilen Preisen. Mit einer aufs Jahr hochgerechneten dreiprozentigen Produktionssteigerung seit dem letzten Herbst, die bei einer abnehmenden Bevölkerung erzielt wurde, könne die Bundesrepublik durchaus mit anderen großen Industrienationen mithalten, in denen die Bevölkerung zunehme und die deshalb eine vergleichbare Wachstumsrate viel leichter realisieren könnten. Pro Kopf gerechnet lag die Produktionszunahme in der Bundesrepublik während der letzten drei Jahre mit 3,5 Prozent pro Jahr gleichauf mit den USA und Japan, rechnet die Bundesbank vor, die gleichzeitig darauf hinweist, daß die Bevölkerungsschrumpfung den Expansionsspielraum der Nachfrage begrenzt.

Mit der Produktionssteigerung habe die Kapazitätsauslastung fast ihren Höchststand vom letzten Konjunkturaufschwung (1979/80) erreicht; in manchen Bereichen des Investitionsgütergewerbes wie Maschinenbau, Büro- und Datentechnik sowie Feinmechanik und Optik habe sie sogar darüber gelegen.

Wie sehr sich die Konjunkturimpulse im Laufe des letzten Jahres von der Auslandsnachfrage zur Inlandsnachfrage verlagert haben, belegen diese Zahlen: Im vierten Quartal wurden im Inland 5,5 Prozent mehr Güter abgesetzt als vor einem Jahr, während die Ausfuhren nur noch um drei Prozent zunahmen. Die größte Nachfragedynamik sei von den Ausrüstungsinvestitionen gekommen. Die lebhafte Bestelltätigkeit der inländischen Investoren während der vergangenen Monate lasse schon heute für das laufende Jahr eine weiterhin gute Investitionsgüterkonjunktur erwarten.

Bei den öffentlichen Haushalten rechnet die Bundesbank mit einer stärkeren Ausgabenexpansion. Als Ergebnis der jüngsten Tarifrunde benötigten vor allem die Länder für Personalausgaben erheblich höhere Mittel als veranschlagt. Dadurch und durch die Steuersenkung werde der Rückgang der staatlichen Defizite fürs erste unterbrochen.

Im außenwirtschaftlichen Bereich dürfte sich die deutsche Überschußposition nach dem drastischen Preisrückgang am Mineralölmarkt nach dem Urteil der Bundesbank entgegen der bisherigen Annahme wieder vergrößern; auch die Leistungsbilanzen der anderen ölimportierenden Länder würden sich deutlich verbessern. Die vom Export her eingeleitete Korrektur des hohen Leistungsbilanzüberschusses, die von der Importverbilligung verdeckt wurde, werde sich nicht fortsetzen.

WIRTSCHAFTSLAGE

Bonn lehnt eine Steuer auf Ölimporte entschieden ab

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Entschieden lehnt das Bundeswirtschaftsministerium Forderungen nach einer Ölimportabgabe oder entsprechende Steuererhöhungen ab. Diesem Verlangen liege die trügerische Hoffnung zugrunde, heißt es in einer Ausarbeitung, damit könne eine Verstetigung der Ölpreisentwicklung erreicht und die Verbraucher zu weiteren Energie-Einsparungen veranlaßt werden.

Das Ministerium weist darauf hin, daß die durch zwei Ölkrisen ausgelösten nachhaltigen Veränderungen der Energieversorgungsstruktur – der Anteil des Öls am Primärenergieverbrauch ist seit Anfang der 70er Jahre von 55 auf 42 Prozent gesunken – langfristig angelegt und weitgehend durch Investitionen abgesichert seien. Die Erfolge bei der rationellen Verwendung von Energie beruhten in erster Linie auf Investitionen, die nicht rückgängig gemacht werden. Durch ein stärkeres Wachstum und erhöhte Investitionen würde der Ersatz veralteter energieverschwendender Produktionsanlagen beschleunigt. Unternehmen und Verbraucher richteten ihre Entscheidungen an den langfristigen Preiserwartunen und an den Risiken für die Versorgung aus. Risiken bestünden – wie der Nahe Osten zeigt – nach wie vor.

Fazit des Ministeriums: „Die positiven gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen niedrigerer Energiepreise sollten voll zum Tragen kommen." Dadurch werde die wirtschaftliche Dynamik dauerhaft gestärkt. Gegen staatliche Eingriffe sprechen nach Ansicht des Ministeriums:

- Eine Abschöpfung der Ölpreissenkung setzt falsche Signale.
- Eine Ölimportsteuer würde zu einer wirtschaftspolitisch unerwünschten Anhebung der Steuerquote führen.
- Nichts spricht dafür, daß der Staat über eine Ölabgabe besser als der Markt die positiven gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Ölpreisrückgangs für die Volkswirtschaft sichern kann.
- Staatliche Abgaben laufen auf eine Übernahme von Mitverantwortung für die künftige Entwicklung der Ölpreise hinaus. Der Ruf nach weltweiter Abstimmung der Mineralölströme und -preise könnte sich verstärken.
- Staatliche Abgaben auf Öl belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, vor allem gegenüber solchen Ländern, die nicht so stark auf Importe angewiesen sind.
- Importabgaben schüren den Protektionismus. Zölle und Grenzabgaben wären nur EG-weit möglich. Da die Bundesrepublik bei Rohöl im Gatt vertraglich zur Zollfreiheit verpflichtet ist, müßten Kompensationen als Ausgleich angeboten werden. Da einige Länder nur Öl anbieten, wäre dieses faktisch nicht möglich. Es komme vor allem darauf an, daß durch einen wirksamen Wettbewerb die Preissenkungen an die Endverbraucher weitergegeben werden.

Schmerzgrenze

Von CLAUS DERTINGER

So ganz genau vermag es niemand zu sagen, wo, an der Kaufkraft gemessen, der „richtige" Dollarkurs liegt. Aber soviel ist wohl klar: Nach dem Sturz um ein Drittel von seinem vor einem Jahr erreichten Gipfel (3,47 Mark) auf jetzt 2,35 Mark hat sich der Wert der amerikanischen Währung an den Devisenmärkten wieder in einigermaßen realistischen Gefilden angesiedelt. Natürlich kann niemand ausschließen, daß der Dollarkurs noch weiter zurückgeht. Auch ein Kurs von 2,20 Mark würde sicherlich noch keine Unterbewertung der US-Währung signalisieren.

Für die deutsche Wirtschaft stellt sich jetzt die Frage, welchen weiteren Dollarrutsch sie noch verkraften kann. Die bisherige Dollarabwertung hat die Exportwirtschaft, die ihre Verkäufe in die USA zu 35 Prozent in Dollar fakturiert, zweifellos noch ganz gut überstanden, wenngleich sie mehr und mehr auf wechselkursbedingte „windfall profits" verzichten mußte.

Das spiegelt sich deutlich darin, daß die deutschen Exporte in die USA, die im ganzen letzten Jahr dem Wert nach noch um 19 Prozent gestiegen waren, im letzten Quartal nur noch um ganze drei Prozent (gegenüber dem vierten Quartal 1984) zugenommen haben. Für diesen Verlust an Dynamik im Amerikageschäft konnten die deutschen Unternehmen, wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht anmerkt, auf den europäischen Märkten bisher keinen vollen Ausgleich finden.

Nach dem Wegfall der unverdienten Preisvorteile bei Exporten in den Dollarraum wird es für die deutsche Exportindustrie sicherlich schwieriger werden, Marktanteile zu behaupten oder gar hinzuzugewinnen. Aber das bedeutet noch lange kein „Aus" für die deutschen Exportanstrengungen, über deren Erfolg ja nicht allein die Preise, sondern mindestens ebenso Qualität und Zuverlässigkeit des „Made in Germany" entscheiden.

Zwar konnte die deutsche Exportwirtschaft Ende der siebziger Jahre auch mit Dollarkursen von unter zwei Mark leben, doch müßte man wohl mit Friktionen rechnen, wenn die US-Währung jetzt sehr rasch auf ein derart unterbewertetes Niveau abrutschte. Zum Glück besteht aber für derartige Befürchtungen kein Anlaß.

Allerdings sieht man in der Wirtschaft die „Schmerzgrenze" bereits viel früher als erreicht an. In diesem Zusammenhang werden Dollarkurse von etwa 2,20 Mark genannt. Und es werden Forderungen laut, daß etwas getan werden müsse, damit es gar nicht erst so weit kommt. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Man darf wohl daran zweifeln, daß die Bundesbank eine langsame Markaufwertung gegenüber dem Dollar mit Devisenmarktinterventionen verhindern würde.

Die Frankfurter Währungshüter könnten freilich ein anderes Instrument einsetzen, nämlich eine Zinssenkung, die sich mittlerweile ohnehin anbietet, nachdem sich eine solche Tendenz, ausgehend von den USA, am Kapitalmarkt in der allerjüngsten Zeit wieder verstärkt hat. Niedrigere Zinsen wären in der Bundesrepublik zudem nicht nur unter wechselkurspolitischen Aspekten angebracht, wenn der Dollar die „Schmerzschwelle" erreicht; sie paßten auch wegen der jetzt erreichten hervorragenden Preisstabilität gut in die Landschaft.

Dabei darf freilich nicht verschwiegen werden, daß die Preisstabilisierungsfortschritte gerade in den letzten Monaten, in denen die Geldentwertungsrate unter die Zweiprozentmarke gesunken ist, zu einem erheblichen Teil der Markaufwertung und der Energieverbilligung zu verdanken ist. Sie ist also nicht , wie es Politiker verständlicherweise zu suggerieren versuchen, allein mit großen Anstrengungen der Finanz- und Geldpolitik „verdient" worden.

Deswegen kann man die abwärts gerichtete Geldentwertungskurve auch nicht einfach in die weite Zukunft fortschreiben. Durch solche Betrachtungen braucht man sich freilich die Freude an der Geldwertstabilität nicht verderben zu lassen. Und um noch einmal auf den Dollar zurückzukommen: Sein Kursrückgang hat, wie man sieht, nicht nur Nachteile, wie manche Zeitgenossen vermuten, sondern auch Vorteile. Und die überwiegen bislang ganz eindeutig.

AUF EIN WORT

„Es mutet widersinnig an, an die Risikobereitschaft der Wirtschaft zu appellieren, gleichzeitig aber die Fähigkeit zum Risiko quasi wegzusteuern, indem durch zu hohe Steuern die Eigenkapitalbasis – das Risikokapital – geschmälert wird."

Günter Rexrodt, Finanzsenator des Senats von Berlin. FOTO: DIE WELT

Verkehr profitiert vom Aufschwung

dpa/VWD, München

Von dem erwarteten Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr werden nach einer Prognose des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung alle Verkehrsträger profitieren. Beim öffentlichen Personennahverkehr werden die Fahrgastzahlen erstmals seit 1981 wieder steigen. Der motorisierte Individualverkehr kann mit sinken Kraftstoffpreisen und einem überdurchschnittlich hohen Bestandszugang rechnen. Beim Güterverkehr werden 1986 besonders der Ferntransport auf den Straßen und der Luftfrachtverkehr von der weiterhin guten Investitionsgüter- und Außenhandelskonjunktur begünstigt.

EG-AUSSENHANDEL

Brüssel will weiter Druck auf die Japaner ausüben

Ha. Luxemburg

Die EG will weiterhin Druck auf Japan ausüben, seinen Markt für europäische Erzeugnisse zu öffnen, von handelspolitischen Drohgebärden jedoch absehen. Dies hat gestern eine Aussprache der Wirtschaftsminister der Gemeinschaft ergeben.

Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten plädiert dafür, zunächst einmal den für Anfang Mai geplanten Weltwirtschaftsgipfel abzuwarten, bevor über etwaige neue Maßnahmen zur Milderung des Ungleichgewichts im Handel nachgedacht wird. Die Anregung, schon jetzt Zugeständnisse in der bevorstehenden Gatt-Runde von größeren japanischen Einfuhren abhängig zu machen, stieß auf deutschen und holländischen Widerstand.

Die Bundesregierung hält auch nichts von dem Vorschlag, Japan die Aufstellung quantitativer Einfuhrziele nahezulegen, der besonders von Frankreich, Italien und Spanien unterstützt wird. Japan sei schließlich kein Staatshandelsland, hieß es dazu in Luxemburg.

Im übrigen habe Tokio die Forderung bei den jüngsten Konsultationen mit der EG-Kommission bereits abgelehnt. Ein Bericht der Kommission über diese Gespräche erkennt an, daß sich die japanischen Behörden zunehmend der Probleme bewußt seien, die durch die ungleiche Handelsentwicklung entstanden sind.

Nach langen Verhandlungen konnte sich die EG über einige Handelszugeständnisse an die Efta-Länder einigen. Die sind durch den Beitritt Spaniens und Portugals notwendig geworden, in dessen Gefolge die Zölle zwischen Spanien und der Efta abgebaut werden sollen.

ABFALLBESEITIGUNG

Die Industrie hat Bedenken gegen Zimmermanns Pläne

Go. Bonn

Vor zu starken behördlichen Eingriffen in unternehmerische Entscheidungen über die Abfallbeseitigung hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gewarnt. Anerkennenswert sei zwar das Bemühen, mit der Vierten Abfallbeseitigungsnovelle, die im März vom Bundestag verabschiedet werden soll, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Abfälle künftig vorrangig stofflich oder energetisch verwertet und erst in zweiter Linie abgelagert werden.

Für bedenklich hält der BDI aber die vom Bundesinnenministerium erarbeitete Konzeption zur „Technischen Anleitung Abfall" (TA Abfall), für die die Abfallbeseitigungsnovelle die gesetzliche Grundlage darstellen wird. Die TA Abfall berge nämlich die Gefahr in sich, daß in das sogenannte „Reststoff-Management" der Unternehmen, also die betriebliche Reststoffverwertung, eingegriffen werde. Die in einer Verwaltungsvorschrift festgeschriebenen technischen Ideallösungen trügen weder der im Einzelfall erforderlichen technischen noch der wirtschaftlichen Flexibilität ausreichend Rechnung.

Die Tendenz zu einer hohen „Regulierungsdichte" zeige sich auch in der beabsichtigten starren Zuweisung bestimmter Abfallarten an bestimmte Entsorgungsmethoden. Dies würde den sich tatsächlich im Einzelfall bietenden Alternativen nicht gerecht und die Einführung neuer Behandlungs- und Verwertungsverfahren für Abfälle erheblich behindern.

Der BDI, der bei der Erarbeitung der TA Abfall mitwirkt, erwartet, daß der industrielle Sachverstand von der Bundesregierung auch wirklich genutzt werde und nicht nur als Kooperationsalibi diene.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Der Bund als Unternehmer

169 unmittelbare Unternehmensbeteiligungen des Bundes* (davon 100 mit einem Beteiligungsgrad von mindestens 25 Prozent und einem Nennkapital von mindestens 100 000 DM)

374 mittelbare Unternehmensbeteiligungen des Bundes* (mit einem Beteiligungsgrad von mindestens 25 Prozent und einem Nennkapital von mindestens 100 000 DM)

Die wichtigsten Industriebeteiligungen des Bundes (Bundesanteil in Prozent)

Unternehmen	Anteil
Salzgitter AG	100%
VIAG AG	87,44%
VEBA AG	29,98%
Industrieverwaltungsgesellschaft mbH	100%
Saarbergwerke AG	74%
Volkswagen AG	20%

* und seiner Sondervermögen (wie Bundesbahn, Bundespost)
Quelle: BMF (Stand Ende 1984)
ZAHLENBILDER

Trotz der von der Bundesregierung verfolgten Privatisierungs- und Beteiligungspolitik war der Bund entweder selbst oder über seine Sondervermögen (Bahn, Post) an 169 Unternehmen unmittelbar und an 374 mittelbar beteiligt. Ein Schwerpunkt der Bundesbeteiligung liegt im industriellen Bereich. QUELLE: ZAHLENBILD

Bund senkt erneut die Rendite für Obligationen

Bonn (dpa/VWD) – Die Renditen für Bundesobligationen sinken weiter auf 6,01 Prozent. Wie das Bundesfinanzministerium gestern mitteilte wird, der Kurs der 6,25-Prozent-Obligationen (Serie 60/1986) mit Wirkung von diesem Mittwoch an von 100,8 Prozent auf 101 Prozent heraufgesetzt. Dadurch verringert sich die Rendite erneut. Letzte Woche hatten die Bundesobligation noch 6,13 Prozent abgeworfen.

Großhandelspreise gefallen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im Januar erneut gefallen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ging der Index der Großhandelspreise von Dezember 1985 bis Januar 1986 um 0,1 Prozent auf 115,1 Punkte (1980 gleich 100) zurück. Gegenüber Januar 1985 beträgt der Preisrückgang 1,9 Prozent.

Verpackungs-Richtlinie

Luxemburg (VWD) – Die Bundesrepublik Deutschland hat die Gemeinschaftlichen Richtlinien 81/957 und 82/232 über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe noch nicht in deutsches Recht übernommen. Der entsprechende Termin ist am 31. Dezember 1982 ausgelaufen. Die EG-Kommission hat nunmehr die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt (Az.: RS 2/86).

Weniger Strom verbraucht

Bonn (Go.) – Der hohe Stromverbrauch während der Kältewelle im Januar 1985 ist in diesem Januar deutlich unterschritten. Wie die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) nach ersten Erhebungen gestern mitteilte, war der Verbrauch aus dem öffentlichen Versorgungsnetz im Januar 1986 mit rund 32,6 Milliarden Kilowattstunden (kwh) um 5,5 Prozent geringer als im vorjährigen Vergleichsmonat.

Ausreichende Zuteilung

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank hat auf das zum Festzins von 4,5 Prozent ausgeschriebene Wertpapierpensionsgeschäft 6,6 Mrd.DM per heute mit Fälligkeit am 19.März zugeteilt. Obwohl die Banken Gebote für 9,4 Mrd.DM eingereicht hatten und 9,5 Mrd.DM Wertpapierpensionen auslaufen, wird die Liquiditätszufuhr im Kreditgewerbe als ausreichend betrachtet.

Mitbestimmung notwendig

Kassel (rtr) – Die Anwendung von Kienzleschreibern, mit denen die von Arbeitnehmern gefertigte Stückzahl und der dafür benötigte Zeitaufwand registriert werden, und die Anwendung von Zählwerken unterliegen nach einer vom Bundesarbeitsgericht (BAG) verkündeten Entscheidung der Mitbestimmung des Betriebsrates. (Az. 1 ABR 21/84).

Staatsindustrie geordnet

Wien (dpa/VWD) – Die österreichische Koalitionsregierung hat eine Reorganisation der staatlichen Industrie beschlossen. Dadurch soll eine Sanierung der mit schweren Verlusten arbeitenden Schwerindustrie und eine Entpolitisierung der Geschäftsführung erzielt werden. Die Regierung wird vermutlich Anfang März dem Parlament ein Gesetz vorlegen, das dem Minister für die Verstaatlichte Industrie das Recht übertragen soll, die Mitglieder des Aufsichtrates der Holding unter Ausschaltung des bisherigen Parteiproporzes nur nach fachlichen Qualifikationen zu bestellen.

Förderhöchstgrenze

Bonn (Go) – Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat sich gestern für eine Anhebung der Förderhöchstgrenze bei der Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums auf 300 000 Mark ausgesprochen. Nachdem sich hierauf zunächst auch die Koalitionsparteien geeinigt hatten, hat der Finanzausschuß des Bundestages diesen Betrag – unter Einbeziehung der Grundstückskosten – auf 250 000 Mark verringert.

Konditionen festgelegt

Frankfurt (DW) – Die Dresdner Bank hat die Konditionen für die bereits angekündigte 400 Mill. DM-Inlandsoptionsanleihe festgelegt: Laufzeit 10 Jahre, Zinssatz 6,5 Prozent, Emissionspreis 130 Prozent. Je 1000 DM Optionsschuldverschreibungen werden zwei Optionsscheine zum Bezug von insgesamt fünf Aktien beigefügt.

EISENWARENMESSE

Exportaussichten werden 1986 verhaltener beurteilt

sas. Köln

Die Hersteller von Werkzeugen, Schlössern, Beschlägen sowie Bau- und Heimwerkerbedarf hoffen darauf, 1986 erstmals wieder von der Konjunkturbelebung im Inland zu profitieren. Dies machten Branchensprecher im Vorfeld der Internationalen Eisenwarenmesse in Köln (2. bis 5. März), auf der rund 1900 Aussteller, davon fast die Hälfte aus dem Ausland, erwartet werden, deutlich. Die Zuversicht stützt sich auf die zufriedenstellende Auftragslage zu Beginn des Jahres. Etwas zurückhaltender als bisher beurteilt die traditionell sehr stark exportabhängige Branche aber die Entwicklung der Ausfuhrkonjunktur.

Die Werkzeugindustrie, wichtigste Ausstellergruppe, erreichte 1985 eine nominale Umsatzsteigerung um gut sieben Prozent auf knapp 3,5 Milliarden Mark. Träger der Expansion waren bei dem inzwischen auf bemerkenswerte 62 Prozent gestiegenen Exportanteil die Ausfuhren, die um 10,9 Prozent zulegten. Weitere Impulse verspricht sich die Branche von dem Trend zu höherwertigen Produkten.

Die Schwäche der Bauindustrie bekam 1985 auch die Schloß- und Beschlagindustrie zu spüren. Dem Exportzuwachs um 13,1 Prozent auf knapp zwei Milliarden Mark verdankte es die Branche, daß sie 1985 insgesamt mit einem Umsatsplus von 1,3 Prozent auf 5,14 Mrd. Mark davonkam.

Auch in der Heimwerkerbranche zog die Nachfrage im vergangenen Jahr nochmals leicht an; die Zuwächse beschränkten sich allerdings hauptsächlich auf den Renovierungs- und Modernisierungsbedarf.

ENERGIEMARKT / Billigeres Öl begünstigt auch die Verbraucher von Erdgas

Preis sinkt erst halbes Jahr später

HANS BAUMANN, Essen

Die Verbraucher von Erdgas werden im gleichen Maße wie die Verwender von leichtem Heizöl in den Genuß der fallenden Rohölpreise kommen. Dafür sorgt die Kopplung des Gaspreises an die Preise für leichtes Heizöl.

Diese Wechselwirkung der Preise ist nicht nur in den Verträgen verankert, die die großen Gasversorgungsgesellschaften mit den regionalen und kommunalen Gasanbietern abgeschlossen haben, sondern auch in den Bezugsverträgen, etwa mit der Sowjetunion, den Niederlanden oder Norwegen. In welchem Umfang die kommunalen Gasversorger den Preisnachlaß ihrer Vorlieferanten an den Letztverbraucher weitergeben, entscheiden diese Gesellschaften souverän. Bisher jedoch wurden auch Preissenkungen prompt weitergegeben.

Die Preiskorrekturen erfolgen in halbjährlichen Etappen. Zugrunde gelegt wird die Preisentwicklung des vorausgegangenen Halbjahres. Basis für Preisangleichungen sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Der Erdgaspreis folgt dem Preis für leichtes Heizöl nur dann, wenn die Stufe wenigstens fünf Prozent beträgt. Kleinere Preisschritte würden den Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen.

Als das schwere Heizöl am Wärmemarkt noch eine bedeutendere Rolle spielte, folgte der Erdgaspreis einem Mix aus den Preisen für leichtes und schweres Heizöl. Heute wird fast ausschließlich der Preis für leichtes Heizöl als Bezugspreis herangezogen. Die Kopplung des Erdgaspreises an den Preis für leichtes Heizöl wird von allen Beteiligten damit begründet, daß Erdgas stets wettbewerbsfähig sein müsse gegenüber seinen Mitbewerbern am Wärmemarkt. So ist es durchaus denkbar, daß eines Tages auch der Kohlepreis mit in die Erdgaspreisformel einbezogen wird.

Der Steinkohlenbergbau ist besorgt, daß der verfallende Preis für Heizöl die Position der Kohle erneut erschüttern könnte. Geplant ist die Rücknahme der Steinkohlenförderung von 62 auf 55 Millionen Tonnen 1990. Noch niedrigere Preise für leichtes Heizöl über einen längeren Zeitraum könnten die Rücknahme der Förderung beschleunigen. Bei Heizölpreisen um 50 DM je 100 Liter sei die Kohle allerdings noch wettbewerbsfähig.

Zum Schutz von Alternativ-Technologien zum Öl (Kohlevergasung) forderte gestern in Essen der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Ludwig Gerstein die Erhebung einer Steuer auf Importöl. Eine solche Steuer hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) abgelehnt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Exportentwicklung war erfreulich

geo. Kiel

Mit gemischten Gefühlen beobachtet die Industrie- und Handelskammer in Kiel die wirtschaftliche Entwicklung des nördlichsten Bundeslandes. Bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts 1985 wurde deutlich, daß die Kammer Schwierigkeiten hat, den konjunkturellen Trend aufgrund der unterschiedlichen außen- und binnenwirtschaftlichen Entwicklungen eindeutig zu bestimmen.

Ein erfreuliches Bild zeichnete die IHK von der Exportentwicklung, die im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von 4,58 Mrd. DM auf fast 5 Mrd. DM stieg. Diese Entwicklung setzte sich auch im dritten Quartal fort. Hauptstütze der Exportwirtschaft ist mit 85 Prozent die gewerbliche Wirtschaft mit den Sektoren Maschinenbau, Schiffbau, elektronische Erzeugnisse, feinmechanische und optische Erzeugnisse. Auf dem zweiten Platz folgte die Landwirtschaft, die ihren Exportanteil von 15 Prozent halten konnte.

Im Einzelhandel setzte sich der Konzentrationsprozeß durch den Ankauf von Unternehmen, internes Wachstum und eine zunehmende Kooperation in Einkaufsgemeinschaften im Vorjahr fort. Die Kammer rechnet damit, daß der Marktanteil des nichtorganisierten Einzelhandels, der 1978 noch 20,1 Prozent betrug, bis 1990 auf 14 Prozent sinken wird.

Größte Sorgenkinder Schleswig-Holsteins sind die Baubranche und die Werftindustrie. Nach Einschätzung von Fachleuten muß die Werftindustrie in der Bundesrepublik aus Gründen der Strukturanpassung ihre Schiffbaukapazitäten um weitere 20 Prozent abbauen. Chancen eröffnen sich nur im Reparaturbereich, wo die deutschen Werften ihre Umsätze im Gegensatz zur europäischen Konkurrenz um zehn Prozent steigern konnten. Stärkste Einbußen muß die Baubranche hinnehmen. Die Zahl der Beschäftigten sackte um 17 Prozent auf 39 800.

Konkrete Zahlen über das Wirtschaftswachstum im Lande nannte die Kammer nicht. Nach jüngsten Schätzungen soll das Bruttosozialprodukt 1985 jedoch um weniger als ein Prozent gestiegen sein, eine Entwicklung, die deutlich unter dem Bundesdurchschnitt mit einem auf 2,5 Prozent geschätzten Zuwachs liegt. Ursache des gebremsten Aufschwungs sind neben der Bauwirtschaft und der Werftindustrie die Schwierigkeiten der Landwirtschaft.

US-ÖLINDUSTRIE / Branche kämpft mit Problemen – Preisverfall des schwarzen Goldes drängt Unabhängige in den Abgrund

Tiefgreifende Umstrukturierungen stehen bevor

H.-A. SIEBERT, Washington

Für die USA ist der Verfall der Ölpreise ein zweischneidiges Schwert. Während die Wirtschaft insgesamt profitiert, rollt eine Pleitewelle durch die Ölbranche. Was ihr bevorsteht, ist eine tiefgreifende Umstrukturierung; die führenden Konzerne werden noch größer, kleine Firmen bleiben auf der Strecke.

Da die Rückkehr zum billigeren Öl keine Eintagsfliege zu sein scheint, zerbrechen sich mächtige Investmentbanken wie Salomon Brothers oder Goldman Sachs die Köpfe über die volks- und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen. Sie gehen zum Beispiel davon aus, daß der um 10 Dollar gesunkene Preis für ein Barrel (159 Liter) Rohöl das Konjunkturtempo um nahezu ein Prozent beschleunigt – das für 1986 erwartete Realwachstum also von etwa 2,9 auf 3,8 Prozent. Die Inflationsrate (1985: 3,8) würde um den gleichen Prozentsatz gedrückt.

Ansonsten aber ist der ökonomische Effekt geringer als von 1973 bis 1979, als sich die Ölpreise verachtfachten. Einmal haben auch die USA den Verbrauch je Kopf der Bevölkerung gedrosselt. Zum anderen ist die Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen geringer geworden. Von zehn konsumierten Barrel werden nur noch drei (1977: vier) importiert. Entsprechend verkleinert hat sich der potentielle Gewinn in der Handelsbilanz. 1985 führte Amerika 258,4 Mill. Tonnen Mineralölprodukte für 52,4 Mrd. Dollar ein; bei gleicher Menge kann dieser Betrag in diesem Jahr um rund 20 Mrd. Dollar sinken.

Einige Vorteile gehen jedoch dadurch verloren, daß in den USA die Explorations- und Bohrtätigkeit erheblich gebremst wird. Die Zahl der Bohrungen ist bereits von etwa 5000 (1976) auf 1960 geschrumpft, und bei den „Stripper Wells", die täglich weniger als zehn Barrel fördern, beträgt die Kostenschwelle 20 Dollar. Davon gibt es allein in Texas 8500, von denen ein Viertel geschlossen wird. Hinzu kommen die nicht unbeträchtlichen Ausfälle an US-Exporten in die Ölländer. Beschnitten wird überdies der Stabilitätsgewinn durch höhere Löhne, da bei verbesserter Konjunktur der Arbeitsmarkt enger wird.

Solange Washington den inneramerikanischen Ölmarkt nicht durch eine Besteuerung der Importe abschottet, sind besonders die US-Ölfirmen betroffen, die einheimisches Rohöl fördern und verarbeiten. Sie, beziehungsweise ihre Aktionäre und Kreditgeber, spüren den Preisschock am stärksten. Sie tragen hohe Produktionskosten, und viele Felder bringen erst seit der Aufhebung der Preiskontrollen 1981 Geld. In die Klemme geraten können Phillips, Texaco und Unocal, die bei schrumpfenden Erträgen auf Schuldenbergen sitzen.

Texaco hat, wie Pennzoils Schadenersatzprozeß offenbarte, in großem Umfang gepumpte Mittel in amerikanische Öl- und Erdgasreserven investiert. Noch offen ist, ob die Strafe in Höhe von 12 Mrd. Dollar nicht doch zu zahlen ist. Dennoch kann der Konzern laut Salomon Brothers den Preisverfall überleben, wenn er die betrieblichen Kapitalaufwendungen zusammenstreicht und Öl sich in zwei Jahren erholt. Kritischer ist die Lage für die viel kleinere Phillips, die ihre Schulden auf 6 Mrd. Dollar verdreifacht hat.

Folgt man dem Investmenthaus, dann haben Exxon und Shell am wenigsten zu befürchten, während Chevron und Mobil die Mitte halten. Sie versorgen sich zu einem großen Teil aus billigeren Bohrlöchern im Ausland. Ein späteres Problem stellt sich allerdings für die USA insofern, als praktisch alle Unternehmen Ertragsverluste durch eine verlangsamte Ölsuche auszugleichen versuchen. Einige geben sie sogar ganz auf. Atlantic Richfield und Amoco kürzten ihre Investitionspläne gerade um zehn Prozent.

Was sich außerdem in Amerika abzeichnet, ist eine beschleunigte Konsolidierung der Ölbranche. Die Konzerne, die über einen hohen Cash-flow und Kreditlinien verfügen, nutzen den Preisrutsch, indem sie billig die Öl- und Erdgasreserven in den USA aufkaufen. Exxon, Shell und Amoco gaben dafür 1985 jeweils 600 Mill. Dollar aus; im vierten Quartal wechselten Felder mit einem Rekordwert von 4 Mrd. Dollar den Besitzer. Ende Dezember besaßen die zehn größten US-Mineralölkonzerne die Hälfte der einheimischen Reserven, verglichen mit 43 Prozent 1983.

Über die Klinge springen hauptsächlich die unabhängigen Driller, von denen es mehrere tausend gibt; in den sogenannten Mountain States sind allein 1500 organisiert. Ein Achtel der US-Ölproduktion (1,2 Mill. Tonnen täglich) stammt aus Bohrlöchern mit einer Tagesförderung von höchstens vier Barrel. Schon einmal, in den 60er Jahren, mußte die Hälfte der Unabhängigen aufgeben. Ähnlich ergeht es den Dienstleistungsunternehmen, wobei der Konkursantrag der Global Marine nur die Spitze des Eisbergs darstellt. In Amerika gehen zur Zeit so viele Bohrgesellschaften pleite, daß der Wert der versteigerten Geräte auf ein Zehntel gesunken ist.

JAPAN / Nakamura muß in Kürze Konkurs anmelden

Flaute bei den Reedereien

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Reederei Nakamura Kissen in Kobe wird in Kürze Konkurs anmelden. Das große Transportunternehmen Sanyu, dem 44 Prozent des Kapitals von 385 Millionen Yen (rund fünf Millionen DM) der Nakamura gehört, hat bekanntgegeben, daß es seine finanzielle Unterstützung für das notleidende Unternehmen einstellen wird. Nakamura hat ausstehende Schulden von ungefähr 60 Milliarden Yen. Davon entfallen etwa 50 Milliarden auf Kredite und Sicherheitsversprechen seitens der Sanyu.

Neben finanziellem Beistand hatte die Sanyu schon vor über einem Jahr leitendes Personal in die Führung der Firma Nakamura entsandt und Einfluß auf die Geschäftsführung genommen. Sanyus Kapital beläuft sich auf 10,1 Milliarden Yen, der Umsatz im Geschäftshalbjahr April–September 1985 auf 75 Milliarden Yen und der Reingewinn auf 1,1 Mrd. Yen.

Ein weiteres Unternehmen, das in der Verlustzone kreuzt, ist die Handelsfirma Nissho-Iwai. Ihr Präsident teilte jetzt mit, daß sich die Gesellschaft Ende März aus dem Reedereigeschäft zurückziehen wird. Zu diesem Zeitpunkt wird das Unternehmen ungefähr 60 Milliarden Yen schlechte Außenstände, die hauptsächlich auf den Schiffahrtssektor entfallen, abschreiben. Die Firma will auch alle 19 Schiffe in ihrem Besitz veräußern.

Die Ursachen der Schwierigkeiten mehrerer japanischer Reedereien sind neben geschäftlichen Fehlkalkulationen vor allem die fortdauernde strukturelle Flaute in der Branche. Praktisch alle japanischen Reedereien sagen für das laufende Geschäftshalbjahr einen Rückgang ihrer Reingewinne voraus. Im Halbjahr April bis September 1985 erzielten von den sechs größten Reedereien zwei noch leichte Zunahmen ihrer Reingewinne, während die vier anderen Verluste hinnehmen mußten.

Ein neues Problem für die japanische Schiffahrt in diesem Jahr ist die amerikanische Forderung nach einem größeren Anteil an dem Handelsverkehr mit Japan für Schiffe unter der Flagge der Vereinigten Staaten. Die Firma Sony hat sich schon bereit erklärt für die Lieferung ihrer Produkte in die USA den Anteil amerikanischer Schiffe von 16 auf 60 Prozent zu erhöhen. Auch Toyota wird mehr amerikanische Schiffe für den Transport seiner Autos in die Vereinigten Staaten chartern. Japan importiert jährlich Rohstoffe im Umfang von 540 Millionen Tonnen und exportiert verarbeitete Produkte von 80 Millionen Tonnen.

Die Sanko Steamship, die im vergangenen Jahr praktisch bankrott ging, bemüht sich gegenwärtig um ein schwieriges Sanierungsprogramm. Die ausstehenden Schulden des Unternehmens belaufen sich auf rund eine Billion Yen. Die großen Gläubiger der Sanko einschließlich von drei Banken sind sich über die Einzelheiten des Programms noch nicht einig.

Die Reederei muß außerdem 2200 Personen unter ihren Schiffsbesatzungen entlassen und abfinden. Das japanische Verkehrsministerium bemüht sich aber inoffiziell, der Sanko beizustehen, da es bei einem Konkurs des Unternehmens einen weltweiten Vertrauensverlust für japanische Reedereien befürchtet. (SAD)

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Interventionen erwogen

Tokio (dpa) – Regierung und Zentralbank Japans erwägen gegenwärtig Maßnahmen zur Dämpfung des Yenkurses und zur Stützung der heimischen, von Importen abhängigen Industrie. Der für Wirtschaftsplanung zuständige Staatsminister, Wataru Hiraizumi, deutete gestern an, die Zentralbank und die Regierung könnten aktiv zur Stützung des Yens an der Börse eingreifen. Am Montag wurde der Dollar in Tokio unter 180 Yen gehandelt. Im September 1985 kostete der Dollar noch 250 Yen.

Lloyds-Tochter verkauft

London (dpa/VWD) – Die britische Lloyds Bank hat ihre Tochter in Kalifornien für 263 Mill. Dollar an die japanische Sanwa Bank verkauft. Damit zieht sich Lloyds aus dem Geschäft in Kalifornien zurück, das 1974 mit der Übernahme der First Western Bank begonnen hatte. Die Entscheidung fiel eine Woche nachdem sich die Midland Bank durch den Verkauf der in der Verlustzone arbeitenden Crocker Bank ebenfalls von ihrem Geschäft in Kalifornien zurückgezogen hatte.

Gespräche mit der Türkei

Luxemburg (rtr) – Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat sich entschlossen, ihre seit dem Militärputsch von 1980 eingefrorenen Beziehungen zur Türkei zu überprüfen. Am 10. März wollen die EG-Außenminister einen Sitzungstermin für den Frühherbst festlegen. Dies wäre seit fünf Jahren das erste Mal, daß der Assoziationsrat der EG und der Türkei wieder zusammentritt.

Kontrollen überlegt

London (dpa/VWD) – Die großen Mineralölgesellschaften diskutieren zur Zeit in London über Mittel und Wege zur Sanierung des angeschlagenen Londoner Spotmarktes für Rohöl. Die Geschäfte an diesem freien Ölmarkt sind auf ein Minimum zusammengeschmolzen. Überlegt wird daher, künftig bei den Geschäftsabschlüssen – über Tankerladungen von jeweils 600 000 Barrel (zu 159 Liter) – Sicherheiten hinterlegen zu lassen und eine Zentralstelle zur Überwachung einzurichten.

Teilprivatisierung?

Mailand (VWD) – Eine Teilprivatisierung der Italtel Spa wird nach Angaben ihrer Vorstandsvorsitzenden Marisa Bellisario erwogen, ist aber abhängig vom Ausgang der Gespräche über ein Joint-Venture der Fiat Spa mit der Italtel-Muttergesellschaft Stet, die erstmals im vergangenen November bekanntgegeben worden waren. Mailänder Broker spekulieren, daß möglicherweise ein Viertel des Italtel-AK privatisiert wird.

Kampf um Imperial

London (dpa/VWD) – Der Kampf um den britischen Zigaretten-, Brauerei- und Nahrungsmittelkonzern Imperial Group hat sich zugespitzt. Die Hanson Trust, ein großer britischer Mischkonzern, hat ihr ursprüngliches Angebot von 1,9 Mrd. Pfund um 28 Prozent auf 2,32 Mrd. Pfund (7,77 Mrd. DM) erhöht. Gleichzeitig hat die United Biscuit ein Angebot von 2,6 Mrd. Pfund unterbreitet. Ursprünglich wollte Imperial United Biscuit für 1,21 Mrd. Pfund übernehmen. Sie zog jedoch ihre Offerte zurück, nachdem die britische Regierung eine Überprüfung der Transaktion durch die Monopolkommission angeordnet hatte. Jetzt wollen die beiden Firmen die Fusion durch einen Rollentausch erreichen.

Keine Sparmaßnahmen

Peking (dpa/VWD) – Chinas vorrangige Wirtschaftsprojekte sollen auch 1986 ausreichend mit Devisen bedient werden. Laut „Volkszeitung" nannte der Präsident der Bank von China, Wang Deyan, als Schwerpunkte die Bereiche Energieentwicklung, Kommunikation, Modernisierung exportorientierter Mittel- und Kleinbetriebe und den Tourismus.

Thyssen denkt an ein Werk in Kanada

J.G. Düsseldorf

Man habe „allgemeine Überlegungen", bestätigt die Thyssen AG, Duisburg, das Engagement des Konzerns in Kanada zu verstärken, wo man bereits über ein Werk der US-Tochter Budd, eine frisch gekaufte Aufzugfirma und eine Handels-Niederlassung verfüge. Auf Anregung der kanadischen Regierung werde darüber nachgedacht, auf der Insel Cape Breton (Ostküste), eine Region mit sehr hoher Arbeitslosigkeit, ein Metallverarbeitungswerk mit diversifiziertem Produktprogramm von Offshore-Anlagen über Maschinenbauteilen bis zu gepanzerten Fahrzeugen („beispielsweise Mannschaftswagen, aber keine Panzer") zu bauen.

Da Kanadas Eigenbedarf an solchen gepanzerten Fahrzeugen gering sei, habe man dazu der Regierung die Frage nach allfälliger Exportgenehmigung gestellt. Die darob in der kanadischen Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Vermutung, der Konzern wolle Waffen (bis zum Panzer) aus Kanada in den Nahen Osten exportieren, weist Thyssen als falsch zurück. Es produziere keine Waffen.

LAND ROVER / Regierung Thatcher in der Schußlinie

Verkaufsplan stößt auf Kritik

fu, London

Die Regierung Thatcher ist mit ihrer Industriepolitik erneut in die Schußlinie geraten. Die Opposition fordert ebenso wie eine wachsende Zahl von konservativen Abgeordneten, daß Land Rover, der Geländewagen-Zweig des Staatskonzerns British Leyland, unter keinen Umständen an ausländische Interessenten verkauft werden darf. Dagegen sieht die Regierung den geplanten Verkauf des Nutzfahrzeug-Bereichs von British Leyland an den amerikanischen Automobilkonzern General Motors nur dann als erfolgversprechend an, wenn auch Land Rover in das Verkaufspaket eingeschnürt wird.

Offenbar hat General Motors zu verstehen gegeben, daß die weit fortgeschrittenen Verkaufsverhandlungen nur dann abgeschlossen werden können, wenn der Geländewagen-Zweig (Land Rover, Range Rover) quasi als Bonbon mit abgegeben wird. Damit steckt die Thatcher-Administration in einer Zwickmühle. Einerseits ist sie an einem möglichst raschen Verkauf des tief in den roten Zahlen arbeitenden Nutzfahrzeugzweiges von British Leyland an General Motors interessiert, da der US-Konzern mit Bedford, einer Vauxhall-Tochter, bereits ein Nutzfahrzeug-Unternehmen in Großbritannien besitzt.

Auch Bedford produziert seit Jahren Verluste, und eine Konzentration der beiden Nutzfahrzeug-Hersteller könnte sich als segensreich erweisen. Andererseits genießt Land Rover überall in der Welt als rein britisches Qualitätsprodukt hohes Ansehen. Entsprechend wächst der Widerstand gegen den Verkauf des wichtigen Markenzeichens.

Das Dilemma für die Regierung hat sich insofern noch vergrößert, als sich inzwischen zwei britische Interessenten für die Land-Rover-Gruppe gemeldet haben: Der Mischkonzern Lonrho, der behauptet, mit seinem internationalen Fahrzeughandel den Absatz von Land Rover insbesondere in Ländern der Dritten Welt erheblich verbessern zu können, sowie der britische Baumaschinenhersteller Aveling Barford.

FRANKREICH / Ölpreisbaisse stützt die Wirtschaft auf der ganzen Linie

Konjunkturdaten nach oben revidiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich steht auf der Gewinnerseite der Ölpreisbaisse, heißt es in Paris. Das nicht selbst Mineralöl und kaum noch Erdgas produzierende Land kann nach Ansicht der Regierung in diesem Jahr mit wesentlich besseren Ergebnissen im Außenhandel, bei den Preisen und beim Wirtschaftswachstum rechnen, als bisher erwartet worden war. Damit würde auch die Lösung des Arbeitslosenproblems gute Fortschritte machen.

Noch 1985 hatte die französische Energierechnung (Nettoimporte von Energie) 182 Mrd. Franc erreicht, bei einem Barrelpreis von 26,9 Dollar. Für dieses Jahr wird mit einem Defizit von nur noch 120 Mrd. Franc gerechnet, wobei ein – inzwischen unterschrittener – Barrelpreis von 20 Dollar und ein Dollarkurs von 7,50 Franc unterstellt sind. Seine letzte Notierung erreichte 7,29 Franc. Nicht berücksichtigt ist allerdings ein eventueller Ölverbrauchsanstieg bei weiter fortschreitender Produktenverbilligung.

Die französische Handelsbilanz würde demzufolge nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in diesem Jahr einen Überschuß von 30 Mrd. Franc (statt der erwarteten fünf Mrd. Franc) erbringen, nachdem sie 1985 mit einem Passivsaldo von 24 Mrd. Franc abgeschlossen hatte. Dabei ist berücksichtigt, daß die Industriegüterimporte infolge der durch die Ölpreisbaisse hervorgerufenen Konjunkturbelebung – um je einen halben Prozentpunkt innerhalb von zwei Jahren – stärker als erwartet zunehmen dürften.

1985 hatte sich das französische Bruttosozialprodukt um nur 1,3 Prozent (gegenüber 1,6 Prozent 1984) erhöht, teilt jetzt das Nationalinstitut für Statistik (Insee) mit. Für 1986 werden nunmehr real 2,5 (statt zwei) Prozent erwartet. Denn die Unternehmen würden wegen der verbesserten Ertragslage (billigere Rohstoffeinfuhr usw.) mehr investieren; 1985 stagnierten ihre Investitionen real. Die Kaufkraft der privaten Haushalte würde schneller wachsen, da der auf etwas über drei Prozent programmierte Lohnanstieg deutlicher die Inflation übertreffen wird als vorgesehen.

Statt eines Inflationsziels von 2,9 Prozent für den Jahresvergleich Dezember 1986 (per Dezember 1985 waren es 4,7 Prozent) erwartet das Wirtschaftsministerium jetzt bis Ende dieses Jahres nur noch zwei Prozent Inflation. Allerdings weiß man nicht, ob die aus den nächsten Wahlen hervorgehende neue Regierung der Versuchung einer Erhöhung der Mineralölsteuer widersteht und wie weit sie die Preise freigibt, was zu einem Teuerungsschub führen könnte.

Ein Problem stellt die Ölpreisbaisse dagegen für die französischen Mineralölkonzerne und die Atomwirtschaft des Landes dar, die angesichts des bereits sehr weit fortgeschrittenen nationalen Kernenergieprogramms vorerst kaum mit Neuaufträgen rechnen können. Die Atomkraftwerke, so erklärt die Electricité de France, produzieren allerdings immer noch wesentlich billiger als die Ölkraftwerke.

Dagegen kommt der staatliche Steinkohlenbergbau (Charbonnages de France) in Schwierigkeiten. Angesichts der zunehmenden Konkurrenz des Heizöls (und der Importkohle) mußte er jetzt zum ersten Mal seit dem Kriege seine Preise zurücknehmen, und zwar um immerhin acht bis zehn Prozent. Dadurch vergrößert sich die Differenz zu den weiter steigenden Produktionskosten. Zu ihrem Ausgleich hatte die Regierung 1985 3,2 (3,7) Mrd. Franc an Subventionen gezahlt, bei einer Förderung von 16,3 (16,7) Mill. Tonnen.

Danke.

Unsere Kunden haben Volkswagen/Audi zur Nr. 1 in Europa gemacht.

Sie haben dafür gesorgt, daß der Golf zum meistgekauften Auto Europas wurde.

Sie haben sich 1985 allein in Europa mehr als eine viertelmillionmal für einen Audi entschieden.

Sie haben honoriert, daß ihnen in Europa 8.500 Service-Stationen zur Verfügung stehen.

Sie haben den Transporter zum erfolgreichsten Eintonner der Welt befördert.

Sie haben Volkswagen in den USA zur Nr. 1 unter den europäischen Importmarken gemacht.

Und sie haben den Golf in Japan an die Spitze aller Importautos gebracht.

Danke.





CARL SCHENCK / Mangel an Ingenieuren beklagt

Die US-Position ausgebaut

VWD, **Darmstadt**

Mit dem Erwerb des amerikanischen Prüfmaschinen-Produzenten Pegasus, Troy/Michigan, hat der Spezialmaschinenbauer Carl Schenck AG, Darmstadt, seine Position in den USA nochmals ausgebaut. Pegasus gilt mit 118 Mitarbeitern und rund 6 Mill. Dollar Jahresumsatz bei Servoventilen und Material-Prüfsystemen als wichtiger Zulieferer der US-Automobilindustrie. Im Frühjahr 1985 hatte Schenck seine US-Präsenz bereits in der Auswuchttechnik mit dem Erwerb der Turner Brothers Inc., Detroit, verstärkt und beschäftigt jetzt in den USA rund 300 Mitarbeiter. Der US-Anteil am Welt-Umsatz, der im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) auf 804 (Vorjahr: 714) Mill. DM wuchs, soll längerfristig auf über 15 Prozent gesteigert werden.

Der Umsatz stieg nach Angaben von Vorstandssprecher Hans Albers in den ersten vier Monaten 1985/86 bei der AG um 48 auf 199 Mill. DM. Der Auftragsbestand bei der AG sichere eine volle Auslastung bis Ende 1986. Bei einem maßvollen Tarifabschluß ist Albers zuversichtlich, daß Schenck 1985/86 an das gute Vorjahresergebnis anknüpfen wird. Für 1984/85 wird der HV am 21. März aus dem bei der AG auf 16,4 (10,5) Mill. DM gesteigerten Jahresüberschuß nach Einstellung von 9,2 (4,9) Mill. DM in die freie Rücklage die Verteilung einer um zwei auf zwölf Prozent erhöhten Dividende auf 56 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen.

Eine stärkere Expansion wird offenbar durch den Fachkräftemangel gebremst. Nach Albers hat die Schenck AG derzeit rund 100 offene Stellen – gesucht werden allein 60 Ingenieure. Im Geschäftsjahr 1984/85 ist die Belegschaft bei der AG um 1,3 Prozent auf 4355 Mitarbeiter gestiegen, hinzu kommen 110 Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen. Im Inlandskonzern waren 5345 und weltweit 6288 Beschäftigte tätig.

Der Schenck-Inlandskonzern konnte 1984/85 bei einer Zunahme des Umsatzes auf 689 (624) Mill. DM den Jahresüberschuß um 8,8 Mill. auf 26,0 Mill. DM steigern. Auf Basis des Gewinns nach Steuern konnte Schenck die Umsatzrendite von 2,1 auf 2,9 Prozent steigern.

CASH & CARRY-GROSSHANDEL / Nord-Süd-Gefälle bei den Verkaufsflächen

Zahl der Betriebe wieder gestiegen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Erstmals seit 1972 hat die Zahl der Cash & Carry-Märkte in der Bundesrepublik wieder leicht zugenommen. Rund 140 Unternehmen betrieben im letzten Jahr 349 solcher Großhandelslager, zwei mehr als noch ein Jahr zuvor. 1972 hatte die Zahl der C & C-Lager noch bei 700 gelegen. Wie aus einer Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung (ISB) in Köln hervorgeht, vergrößerte sich im letzten Jahr die Verkaufsfläche aller Märkte um vier Prozent (61 000 qm) auf 1,57 Mill. qm.

Das Institut hebt hier die Stagnation und teilweise den Rückgang in den kleineren und mittleren Größenklassen hervor; deutliche Zunahme der Verkaufsflächen dagegen bei den größeren Objekten, insbesondere den Märkten oberhalb der 100 000 qm. Das Wachstum der Verkaufsfläche vollzieht sich hier mit 46 000 qm am deutlichsten, das sind drei Viertel des gesamten Zuwachses.

Bei der regionalen Verteilung der Cash & Carry-Märkte in der Bundesrepublik fällt die Massierung (89) im bayerischen Raum auf, hier jedoch mit einer deutlichen Unterrepräsentanz von Großobjekten. Über 60 Prozent der Objekte liegen im Bereich bis 2000 qm Verkaufsfläche. Genau umgekehrt ist die Besetzung in Nordrhein-Westfalen (65 Märkte) zu mehr als der Hälfte auf größere und Großobjekte mit mindestens 7000 qm Fläche konzentriert.

Auf diese Weise ergibt sich auch in Nordrhein-Westfalen die hohe durchschnittliche Verkaufsfläche von fast 7400 qm je Objekt. Im bayerischen Raum liegt sie mit 2800 qm sehr niedrig. Die größte durchschnittliche Verkaufsfläche (11 230 qm) ist in Berlin zu finden, hier beginnen die C & -Märkte erst mit einer Größenordnung oberhalb 7000 qm. Über alle Bundesländer liegt die durchschnittliche Verkaufsfläche je C & C-Markt bei 4500 qm.

Mit den größeren Verkaufsflächen wächst auch die gesamte Geschäftsfläche (ohne Parkplätze). An ihr hat die Verkaufsfläche einen Anteil zwischen 65 und 81 Prozent. Diese Relationen gelten auch für die Zahl der Parkplätze, jedoch mit der Einschränkung, daß sowohl die kleinsten als auch die größten Märkte im Verhältnis die meisten Parkplätze ausweisen.

Die Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung beschäftigt sich auch mit den Verkaufsflächen- und Umsatzanteilen von Nichtlebensmitteln (Nonfood) und Lebensmitteln. Die Erkenntnis aus der Erhebung: Mit wachsender Verkaufsfläche der C & C-Märkte steigt in der Regel der Anteil der Nonfood-Verkaufsflächen und -Umsätze überproportional. Bei Größenordnungen bis zu 5000 qm liegt der Food-Anteil um 85 Prozent. Bei Größen oberhalb von 10 000 qm beträgt er nur noch 50 Prozent.

Die ISB-Untersuchung hebt insgesamt nicht nur ein deutliches Nord-Süd-Gefälle im C&C-Großhandel hervor. Der gesamte norddeutsche Raum und Nordrhein-Westfalen zeigen auch Schwerpunkte im Bereich größerer Objekte. Damit überschreiten sie auch deutlich die Durschnittsflächen im Süden. Hier fehle die Dominanz der größeren Einheiten, dafür weisen kleinere und mittlere Objekte ein stärkeres Marktgewicht auf.

AUTOFINANZIERUNG / Konditionen der Hersteller

Niedrige Kreditzinsen locken

Py. **Düsseldorf**

Die Phase niedriger Kreditzinsen dürfte sich in den kommenden Wochen und Monaten günstig auf das Neugeschäft mit Personenwagen auswirken. Mehr als eine Million Fahrzeuge, also fast jedes zweite Auto, wird über Kreditinstitute finanziert. In den letzten Jahren haben sich zunehmend werkseigene Geldinstitute der Automobilhersteller auf dem Markt mit Niedrigzins-Angeboten hervorgetan.

Nach einer Untersuchung des Dekra-Schwacke-Informationsdienstes wird fast jedes vierte neugekaufte Fahrzeug, also 250 000 Pkw, über Geldinstitute der Autohersteller finanziert. Und während die Kreditinstitute zwischen acht und elf Prozent effektiven Jahreszins verlangen, bewegen sich die Autofinanzierer – jedoch schwer vergleichbar wegen unterschiedlicher Laufzeiten – zwischen vier und sechs Prozent. Oftmals bieten Autohersteller noch günstigere Konditionen für Sondermodelle an.

Nach Dekra/Schwacke bietet die Fiat Kredit-Bank einen effektiven Jahreszins für Neuwagen (36 Monate Laufzeit, ohne Anzahlung) von knapp vier Prozent. Das gilt bei 25 Prozent Anzahlung sogar für Gebrauchtwagen vom Fiat-Händler. Die V. A. G. Kredit-Bank stellt für Scirocco-Modelle 3,9 Prozent bei 30 Prozent Anzahlung (zwölf oder 24 bzw. 36 Monate Kreditlaufzeit) in Rechnung.

Die Renault Credit-Bank finanziert Gebrauchtwagen bis 47 Monate bei 25 Prozent Anzahlung zu 3,99 Prozent. Und Ford-Händler werben mit einem Ford-Credit-Bank-Darlehen für Gebrauchtwagen ohne Anzahlung zu 4,9 Prozent bis 47 Monate. BMW gewährt einen Sonderzins von effektiv 3,9 Prozent jährlich bei 36, 42 und 47 Monaten Laufzeit.

Bei Toyota kann der Kunde für 3,3 Prozent unter drei Laufzeiten wählen (ein Drittel Anzahlung). Der Gebrauchtwagen wird sogar in Zahlung genommen. Nissan liegt bei 2,99 Prozent und 30 Prozent Anzahlung (bei ein, zwei oder drei Jahren Laufzeit). Hier werden nicht nur Kredite für eigene Gebrauchtfabrikate, sondern auch für fremde Marken bei gleichen Laufzeiten und 25 Prozent Anzahlung zu 5,99 Prozent verzinst.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Adel A. Ayoub, Burgoberbach; **Bitburg:** Ritter Bausysteme GmbH, Prüm/Eifel; **Brilon:** Karl Heer, Marsberg-Erlinghausen; **Brühl:** Transelectronik Vertriebs GmbH, Hürth; Marie Schütz, Hürth-Gleuel; **Calw:** Nachl. d. Ernst Gallo, Fliesenlegermeister, Calw-Stammheim; **Detmold:** Wolfgang Böger, Bauunternehmer, Augustdorf; Wissneth & Co. KG, Detmold-Heiligenkirchen; Rolf Hildebrand, Installateur- u. Heizungsbaumeister; **Dortmund:** KG i. Fa. Gawlista Bauträger GmbH & Co.; Gawlista Bauträger Verwaltungsges. mbH; GSW Handelsges. mbH; **Düsseldorf:** oké Rohrleitungsbau GmbH; **Duisburg:** MVG Vermietungs- u. Verwaltungsges. mbH, Mülheim a. d. Ruhr; Hoch- & Profilbau GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; **Eckernförde:** Jörg Arendt, Unternehmer; **Frankfurt:** Porenta Miethaus AG i. L.; Welcker u. Groß GmbH; Nachl. d. Emma Lederer geb. Wehner, Hausfrau; **Fulda:** Bruynzeel-Türen-Fabrik GmbH, Eichenzell 2; **Gifhorn:** Wilhelmine Warnecke, Inh. d. Fa. Heinrich Warnecke, Dachdeckereibetrieb, Vordorf; **Kleve:** Franz-Josef Borghart, Rees-Bienen; **Köln:** TS Frischfrucht Großhandels-GmbH; **Moers:** Nachl. d. Alfred Bohlus; **Neuss:** Manfred Weyer, Korschenbroich; **Nürnberg:** Fritz Wagner, Wendelstein; **Offenburg:** Verwaltungs- u. Beteiligungsges. Kohler mbH, Zell am Harmersbach; **Waldhut-Tiengen 1:** Sübatex Verwaltungs GmbH, Stühlingen; **Wolfratshausen:** Süddeutsche Diamantwerkzeug GmbH f. Dentalmedizin, Ebrach.

Vergleich beantragt: Augsburg: Josef Reitberger, Inh. d. Fa. Hans Reitberger Landwirtschaftliches Lagerhaus, Aichach; **Bruchsal:** Mohr Baumarkt GmbH, Hambrücken.

NAMEN

Walter Langenfeld, langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der Kodak AG, Stuttgart-Wangen, vollendet am 20. Februar das 100. Lebensjahr.

Takashi Watanabe (51), zuletzt Direktor im International Passenger Sales Department bei Japan Airlines in Osaka, ist als Nachfolger von **Tsuneaki Iki** zum neuen Deutschland-Direktor der japanischen Fluggesellschaft bestellt worden.

Oskar von Kretschmann (46), Area Director South East Asia mit Sitz in Singapur, wurde zum Vice President Hilton International ernannt.

Hans-Jörg Gutzler, Geschäftsführer der Bürotel Büroservice GmbH, Berlin, ist zum Nachfolger von **Hans Bayartz** als Vorsitzender des Verbands Büro + Service Unternehmen in Deutschland e. V., Aachen, gewählt worden.

Gerhard Döring, Seniorchef der Firmen Sägen-Mehring GmbH, Sägenfabrik, Alfred Raith GmbH, Sägen- und Werkzeugfabrikation und der STT Säge- und Trenntechnik GmbH, Hockenheim, feierte in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag.

Jürgen Westphal, ehemaliger Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein, ist zum Vorstandsvorsitzenden der Nordischen Universität e. V., Flensburg/Neumünster, gewählt worden.

Erfolgreiche 100 Jahre

Wb. **Wiesbaden**

Ohne falsche Bescheidenheit feiert die Unternehmensberatungsgruppe Arthur D. Little das Jahr 1886 – in dem der junge Chemiker Arthur Dehon Little, damals 23, sein Technologie-Beratungsunternehmen in Massachussetts (USA) gründete – als das Geburtsjahr des „Management-Consulting".

In den hundert Jahren seines Bestehens hat das Unternehmen sowohl in der Auftragsforschung als auch in der Management-Beratung ein ansehnliches Pensum absolviert. Nicht brennbares Fotomaterial, Kunstseide, Glasfasern und Weltraum-Experimente gehörten ebenso dazu, wie die Umsetzung der ursprünglich militärischen Methode des Operations Research in die betriebswirtschaftliche Praxis.

Mit ihren weltweit 2600 Mitarbeitern hat die Gesellschaft (die sich zu 80 Prozent in den Händen dieser Mitarbeiter befindet) 1985 rund 250 Mill. Dollar umgesetzt. Daran war die fünfzigköpfige deutsche Mannschaft mit 15 Mill. DM beteiligt.

DETELKOM / Hundertprozentige Tochter der DeTeWe

Beratung für Kommunikation

adh. **Frankfurt**

Als „spezialisiertes System- und Beratungshaus" versteht sich die DeTelKom nach Worten ihres Geschäftsführers Helmut Huber. Die Frankfurter Neugründung, eine hundertprozentige Tochter der Berliner DeTeWe, zielt auf eine Nische: Huber und seine bis jetzt 20köpfige Mannschaft wollen Lösungen zur Verbesserung der internen Kommunikation im Büro anbieten, mit denen schon heute die Voraussetzungen für die Integration von Daten, Text und Sprache geschaffen und der direkte Zugang zu den künftigen öffentlichen Netzen eröffnet werden soll.

Bei der Verknüpfung von analogen und digitalen Kommunikationssystemen kann sich DeTelKom auf die Erfahrung der Mutter stützen, die eine starke Position in der digitalen Vermittlungstechnik hat. DeTeWe beschäftigt in der Bundesrepublik knapp 5000 Mitarbeiter und erzielte im vergangenen Jahr rund je zur Hälfte mit der Post und im Privatgeschäft 564 Mill. DM Umsatz. Als Kooperationspartner für den Bereich der Büro-Kommuniktionssysteme hat sich DeTelKom für Data General entschieden. Data General setzte 1985 weltweit gut 1,2 Mrd. Dollar um und hat seit 1971 eine Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik.

Bei der Vorstellung seines Konzeptes („Synergie"), mit dem die Nachrichtentechnik und die Datenverarbeitung bei den Kunden zusammengeführt werden sollen, versicherte Huber, daß man nicht auf den Absatz von DeTeWe oder Data-General-Anlagen schiele. Es gehe darum, im Kommunikations-Wildwuchs des Kunden für Ordnung zu sorgen und bei der Beratung und Ausgestaltung seiner Bürokommunikation zu helfen.

Für dieses Jahr hat sich DeTelKom zehn „Pilotkunden" zum Ziel gesetzt. Angestrebt wird ein angemessener Anteil am stark wachsenden Markt für Büroinformation, der mit Raten von zwölf Prozent jährlich von 9 Mrd. DM (1985) bis auf 14 Mrd. DM (1989) wachsen soll. Nach Schätzungen der Branche werden davon rund 40 Prozent auf integrierte Büro-Kommunikationssysteme entfallen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Porsche zahlt Bonus

Stuttgart (nl) – Die Verwaltung der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, schlägt der Hauptversammlung am 26. März in Stuttgart vor, für das Geschäftsjahr 1984/85 (31. 7.) eine Dividende von unverändert 15 DM je Stammaktie und 16 DM je Vorzugsaktie auszuschütten. Zusätzlich wird ein Bonus von jeweils 2,50 DM gezahlt. Das Porsche-Grundkapital besteht aus 35 Mill. DM Stammaktien und 35 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien.

Bayer-Beteiligung

Düsseldorf (J. G.) – Die Bayer AG, Leverkusen, hat 75 Prozent der Anteile an der Cremer-Forschungsinstitut GmbH & Co. KG, Rödental bei Coburg, von der noch mit 25 Prozent beteiligt bleibenden Cremer-Familiengruppe erworben. Der Chemiekonzern will mit diesem Engagement in den „entwicklungsintensiven und zukunftsträchtigen" Bereich der ingenieurkeramischen Bauteile einsteigen. Seit einigen Jahren liefert Bayer Vorprodukte für diesen Bereich. Nunmehr soll die Entwicklung von Fertigteilen aus Hochleistungskeramik bis zur Produktionsreife und zur anwendungstechnischen Betreuung vorangetrieben werden.

System 12 nicht für USA

Stuttgart (nl) – Die ITT Corporation, New York, will ihr Vorhaben aufgeben, das von der ITT-Tochter Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, entwickelte digitale Vermittlungssystem „System 12" an die Erfordernisse des amerikanischen Marktes anzupassen. Wie weiter mitgeteilt wird, beeinträchtige diese Entscheidung „in keiner Weise das außerordentliche Engagement des Unternehmens für System 12". Die europäischen ITT-Firmen haben bisher Verträge über die Lieferung von rund 12 Mill. Anschlußleitungen in System-12-Technik abgeschlossen.

Garantie verlangt

Wolfsburg (dpa/VWD) – Der VW-Konzernbetriebsrat forderte angesichts der für Freitag erwarteten Entscheidung des VW-Aufsichtsrats über die VW-Beteiligung am spanischen Autohersteller Seat eine Beschäftigungsgarantie für die Mitarbeiter aller inländischen Volkswagenwerke. Der stellvertretende Vorsitzende des Gremiums, Walter Hiller, sagte, die Belegschaftsvertretung erwarte, daß entgegen der Ankündigung von Ministerpräsident Ernst Albrecht in Spanien die Fertigung des „Polo" in Wolfsburg fortgesetzt werde.

Marley gut behauptet

Wunstorf (dos) – Die Marley Werke GmbH, Wunstorf, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) in einem schwierigen Umfeld den Umsatz um 3,5 Prozent auf 67 Mill. DM steigern können. Nach Angaben des Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Falltüren, Entwässerungssystemen, Be- und Entlüftungsprodukten und Kunststoff-Fenstern befaßt, waren alle wichtigen Produktgruppen an der Steigerung beteiligt. Die Exportquote verringerte sich allerdings auf 7,2 (10,6) Prozent. Für Preiserhöhungen habe es kaum Spielraum gegeben, so daß sich die Ertragslage etwas verschlechtert haben dürfte.

Wella übernimmt

Frankfurt (VWD) – Einen Ausbau des traditionellen Friseurgeschäftes verspricht sich die Wella-Gruppe, Darmstadt, vom Erwerb des bisher im Privatbesitz stehenden Vertriebsunternehmens Tondeo France S. A., Nizza. Wella/Paris hat über eine Kapitalerhöhung durch die Wella Beteiligungen AG (Zug/Schweiz) alle Anteile der Vertriebsgesellschaft übernommen. Tondeo-France war bisher schon Auslandsstützpunkt des Scheren-Herstellers Tondeo-Werk GmbH, Solingen, die bereits zur Wella-Gruppe gehört.

BUDERUS / In der Feldmühle-Nobel-Gruppe auf Wachstum eingestimmt

Kein Kostgänger der Konzernmutter

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Mit einem bei 16 000 Beschäftigten um sechs Prozent auf 2,6 Mrd. DM gewachsenen Gruppenumsatz präsentiert sich die Buderus AG, Wetzlar, im ersten Rückblick auf 1985 als drittes und kleinstes Glied des in der kommenden Publikumsgesellschaft „Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf" vereinten industriellen Kernbereichs des einstigen Flick-Konzerns. Befürchtungen, daß dieses dritte und lange Zeit problembeladene Konzernglied den ertragsstarken Gruppen Feldmühle (Papier) und Dynamit Nobel (Chemie) quasi als Mühlstein am Halse hängen könnte, zerstreut Vorstandsvorsitzender Frank Rogge nicht nur mit dem Hinweis, daß die Gruppe für 1985 einen auf etwa 46 (25,1) Mill. DM erhöhten Gewinn vor Körperschaftsteuerumlage an die neue Konzernmutter abführen werde.

Rogge räumt zwar ein, daß diese relativ magere Rendite 1986 zumal wegen weiteren „Restrukturierungsaufwands" eher kleiner wird. Aber gestärkt auch durch den (steuerneutral) bei Buderus verbliebenen Buchgewinn von circa 100 Mill. DM aus der Beteiligungsreduzierung an der Panzerschmiede Krauss-Maffei AG auf 15 (100) Prozent, werde die Buderus AG diesen Aufwand aus eigener Kraft bewältigen und nicht zum Kostgänger der neuen Konzernmutter werden.

Die AG selbst hat 1985 mit 10 986 (10 955) Beschäftigten ihren Umsatz um 4 (2) Prozent auf 1,55 Mrd. DM mit 16,6 (14,9) Prozent „steigerungsfähiger" Exportquote erhöht. Davon stammten 40 (39) Prozent aus dem ertragsstarken Bereich Heizungs- und Klimatechnik, abermals 33 Prozent von Bauerzeugnissen und Kundenguß sowie 27 (28) Prozent aus dem Bereich „Juno-Erzeugnisse" (Haushalts-Großgeräte, Großküchen, Laboranlagen und Flugzeugküchen).

Mit diesem breiten Produktfächer, der für 1986 abermals 4 Prozent Umsatzplus bringen soll, habe sich das einst stark auf Metallerzeugung und Guß konzentrierte Unternehmen zu einem chancenreichen Anbieter von Investitions- und langlebigen Gebrauchsgütern gewandelt. Ein nur schrittweise (und ohne Werksschließungen) zu behebendes Handikap besteht noch darin, daß die Produktion auf ein Dutzend mittelhessische Standorte zersplittert ist.

Ihre Stärken sieht die Firma beispielsweise im Bau von zentralen Gebäudeheizungsanlagen mit einem Drittel Marktanteil an der deutschen Guß- und Stahlkesselproduktion sowie im Bau von Flugzeugküchen, wo man 1985 mit 82 (57) Mill. DM Umsatz weltgrößter Produzent geworden sei.

Durchweg positiv auch im Ertrag sei 1985 bei den Töchtern verlaufen. Die größte ist die Edelstahlwerke Buderus AG mit ertragreichem Umsatz von 497 (450) Mill. DM, an zweiter Stelle liegt mit reichlich 100 Mill. DM Umsatz die Omniplast-Kunststoffrohrproduktion. Zum Gruppen-Gewinn vor Steuern trugen das Edelstahlwerk 9 Mill. DM und die übrigen Töchter etwa 18 Mill. DM bei. Die Buderus AG, die mithin erst eine Bruttorendite von rund einem Prozent ihres Eigenumsatzes erreichte, plant für die nächsten Jahre einen erheblichen Anstieg ihrer jetzt mit 50,6 (42,7) Mill. DM erst bei den Abschreibungen angelangten Investitionen.



Bundesanleihen

			18.2.	17.2.
F	5½ Bund 78 II	3/86	–	–
F	5¾ dgl. 78	5/86	100G	100
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	102G	102
F	6½ dgl. 79	1/87	101,6bG	101,45G
F	7¾ dgl. 76 II	1/87	102,2bG	102,2bG
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,2bG	102,15
F	6½ dgl. 77	7/87	102,35	102,35
F	6 dgl. 77	10/87	101,85bG	101,85G
F	6 dgl. 78 I	1/88	102,05	102
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,55G	103,55
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,65	103,65
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,5bG	104,3
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	105,25bG	105,25
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,25	112,35G
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,75G	105,75
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,25	107,25
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,3	107,3
F	7½ dgl. 79 II	9/89	105	105,95
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,9	106,85
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,1	107,05G
F	10 dgl. 80	4/90	114,7	114,7
F	5¾ dgl. 78	5/90	100,3	100,3G
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109,15G	109,05G
F	8¾ dgl. 80 II	11/90	109,7	109,65G
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,65	107,65bG
F	9 dgl. 81	2/91	117	111,95
F	7½ dgl. 83 III	6/91	106,7	106,65
F	10¾ dgl. 81	7/91	117,95	117,65bG
F	10¾ dgl. 81	9/91	120,6	120,2bG
F	10 dgl. 81 II	12/91	117,7bG	117,4bG
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	116,55	116,3bG
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	117	116,7bG
F	9½ dgl. 82	4/92	115,85G	115,7bG
F	9 dgl. 82 I	5/92	113,5	113,25bG
F	8½ dgl. 82	6/92	111	110,8bG
F	9 dgl. 82 II	8/92	113,9bG	113,7bG
F	8¾ dgl. 82	9/92	112,8	112,4bG
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	108,05bG	108
F	7½ dgl. 83	1/93	106,85	106,8bG
F	6 dgl. 78 II	3/93	100,9	100,85
F	7½ dgl. 83 II	3/93	106,9	106,9
F	8¼ dgl. 83	6/93	110,1	110,1
F	8 dgl. 83	7/93	108,95	108,95bG
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	110,25bG	110,15
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	110,45G	110,45
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	110,5	110,5
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	110,65	110,65
F	8¼ dgl. 84	1/94	110,75bG	110,7
F	8¼ dgl. 83	10/93	110,1	110
F	8¼ dgl 84	4/94	110,35bG	110,35G
F	7¾ dgl. 84	10/94	104,75	104,7
F	7¾ dgl. 85	1/95	104,25	104,05
F	7 dgl. 85	11/95	103,75	103,7

Bundespost

F	6½ Bdpost 68	6/88	101,5G	101,5
F	8 dgl. 77 I	9/87	103,8	103,8
F	8 dgl. 80	5/90	107,55	107,25
F	7¾ dgl. 80	9/90	107,35	107,25
F	8¾ dgl. 80	12/90	111,2	111,15
F	10 dgl. 81	3/89	111,9	111,8
F	10¾ dgl. 81	6/89	112,9	112,8G
F	10¾ dgl. 81	10/91	119,25bG	119,15
F	9¾ dgl. 82	2/92	116,7	116,4G
F	8¾ dgl. 82	6/92	112,2	111,85bG
F	8½ dgl. 82	10/92	111,1	110,75G
F	7¾ dgl. 83	2/93	107,5	107,2G
F	8½ dgl. 83	9/93	111,45	111,2
F	8¼ dgl. 84	2/94	110,5	110,3G
F	8 dgl. 84	9/94	109,2	109,15
F	6½ dgl. 85	10/95	100,65bG	100,55G
F	6¾ dgl. 86	12/95	101,4	101,3
F	7 dgl. 85	6/97	104	104

Länder – Städte

S	6½ Bd.-Württ.78	86	100,8G	100,8G
S	8¾ dgl. 82	92	108,5G	108,5
F	6¾ dgl. 85	95	101,2bG	101,1bG
M	6½ Bayern. 67	87	105G	105G
M	6 dgl. 78	88	101,8bG	101,5G
M	8¾ dgl. 80	90	109,5G	109,5G
M	8¾ dgl. 82	92	111,5bG	111,2G
M	7½ dgl. 83	95	106G	106G
M	8 dgl. 84	94	107,9G	107,9bG
M	7¼ dgl. 85	95	103,2bG	103G
B	6½ Berlin 78	88	102,5	102,5
B	8¾ dgl. 80	88	107	107
B	6¾ dgl. 85	96	99,5	99,5
Br	7¾ Bremen 71	87	102,5G	102,5G
Br	8 dgl. 77	87	103,65G	103,65G
Br	7½ dgl. 83	93	104G	104G
H	6½ Hamburg 77	92	101,65	101,65G
H	8 dgl. 80	92	106,75G	106,75
H	9¾ dgl. 82	92	116	116G

D	5¾ LAG 78	100,1G	100,7
D	7 dgl. 79	102,35	102,2

Industrieanleihen

Weiter sinkende Renditen

Ausgehend von der Erwartung, daß in den USA die Zinsen weiter sinken werden und daß die Bundesbank von dem ihr dann zu wachsenden Handlungsspielraum auch Gebrauch machen wird, hielt im Bereich der öffentlichen Anleihen die Nachfrage an. Die Kurse wurden um knapp einen halben Punkt angehoben. Das gilt insbesondere für längere Laufzeiten, wo ein gewisser Nachholbedarf vorhanden ist. Bisher wurde gegenüber den Langläufern Zurückhaltung geübt, weil für die zweite Jahreshälfte ein Wiederanstieg der Zinsen nicht ausgeschlossen wurde.

F	3½ Haawa 84 m. O.	170G	170G
F	3¼ dgl. 84 o. O.	94,5T	94T
F	7¾ Jap. Synth. 82 m.O.	210	215G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102,25	103
F	5¾ Jusco 83 m. O.	221G	221G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99G	99,9
F	5½ Kansai Paint84 m.O.	120G	120G
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,25G	93,25G
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	170G	168,5
F	3¼ dgl. 84 o. O.	80	78,5
F	3½ dgl. 85 m. O	141	137
F	3½ dgl. 85 o. O.	79,1	78,75
F	5¼ Kobe S. 58 m. O.	126	125G
F	3½ dgl. 85 o. O	92,5	92,5T
F	5¾ Linde Int. m. O.	173,5	173

6½ Argentinien 78/88	97,25	96,65
7½ dgl. 79/89	98,5G	98,5T
5½ Asian.Entwbk. 78/88	100,4T	100,4bG
7¼ dgl. 79/89	102,25G	102,25G
10 dgl. 80/90	107,85	107G
8¾ dgl. 80/90	105,4	105,25T
10 dgl. 81/91	109T	109T
10¾ dgl. 81/89	112,1	112,1G
9¾ dgl. 82/92	111,75T	111,35T
9¼ dgl. 82/92 II	111,5G	111,5G
8¼ dgl. 82/92	107,85	107,65
7¾ dgl. 85/91	106,25G	106,5G
8½ dgl. 85/93	109,5	109,8G
7¾ dgl. 84/94	106G	106
8 dgl. 84/94	107G	107

7¾ dgl. 83/95	104	104,1
6¾ Eurofima 72/87	100	100,5
6½ dgl. 73/88	105T	105T
5½ dgl. 78/88	99,95	99,9
6½ dgl. 79/89	105T	105,5
10¾ dgl. 81/91	110,9	110,75
9 dgl. 82/92	108	107,8G
8¾ dgl. 82/90	109T	108,5T
7½ dgl. 83/91	106	106
7½ dgl. 83/90	105,75G	105,75G
7¾ dgl. 84/94	105,75G	105,75G
7¾ dgl. 84/92	105,75	106,25
6¾ dgl. 85/97	99,65	99,5bG
7 Europarat 73/88	100,75G	100,75G
6¾ dgl. 77/87	100,25	100,25G

Bundesbahn

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Exclusive Franchise Opportunity

Berlin, Frankfurt, München, Hamburg Stuttgart, Düsseldorf und andere Gebiete

Easyfind International ist eine äußerst erfolgreiche, internationale Vertriebsorganisation (die vor 9 Jahren gegründet wurde), deren Wirkungsbereich sich auf die USA, auf Kanada, Australien, Neuseeland, England, Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland erstreckt. Unser Erfolg in Europa hat uns zu einer sofortigen Geschäftsausweitung in Deutschland veranlaßt.

Wir verkaufen ein erfolgreiches Werbeförderungskonzept, das bei allen Firmen und Unternehmen, die auf Öffentlichkeit angewiesen sind, wie zum Beispiel Einzelhandel-, und Dienstleistungsbetriebe, Anklang findet.

Easyfind ist ein warenzeichengeschütztes Konzept, erfreut sich einer hohen, kundenbezogenen Verlängerungsquote, ist seiner Zeit voraus und wird von jedem Haushalt, dem es jährlich kostenlos geliefert wird, gebraucht und benötigt. Unser Produkt ist zweckmäßig und wird von 84% (Umfragezahlen) der belieferten Haushalte durchschnittlich elfmal wöchentlich benutzt. Einnahmen ergeben sich aus dem Verkauf produktbezogener Werbung. Unser Produkt wird erst gedruckt und verteilt, nachdem die Geschäfte abgeschlossen sind und alle Zahlungen geleistet wurden (sofortiger, tagtäglicher Geldzugang, keine uneinbringliche Forderungen).

Wir bieten jedem erfolgreichen Gebietskonzessionär eine umfassende Grundausbildung in unserer Kopenhagener Geschäftsstelle, Warenzeichen- und Patentschutz, Betriebsabrechnungsverfahren, Videoausbildungsbänder, ständige Beratung, Unterstützung, Motivation und internationale Seminare, Vorführungsausrüstung, Referenzschreiben und sein eigenes Gebiet/seine eigene Stadt auf Verhandlungsgrundlage.

Wir suchen Gebietskonzessionäre, die ihre eigenen Geschäfte in den jeweiligen, vorstehend aufgeführten Gebieten mit einem Ertrag bis 3 000 000 DM pro Jahr (Reingewinn 26%) abwickeln.

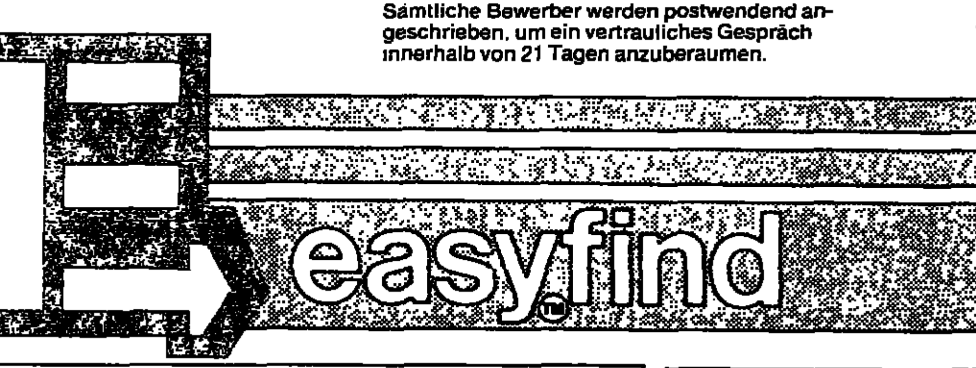
Die Bewerber sollten eine wirtschaftliche Vorbildung, vorzugsweise mit Verkaufskenntnissen und unternehmerischer Erfahrung haben und möglichst bald verfügbar sein. Zu Anfang werden die Vertriebsmitarbeiter in den Geschäftsräumen des ausgesuchten Bewerbers ausgebildet. Das erforderliche Gesamtkapital beträgt 30 000 DM für die Lizenzgebühr und als Betriebskapital ca. 30 000 DM. Das Easyfind-International-Einkommen wird aus einem Prozentsatz der Lizenzverkäufe erzielt.

Gute Englischkenntnisse sind erforderlich.

Ihre möglichst umgehende Bewerbung richten Sie bitte auf englisch, unter Beifügung ihrer kompletten Unterlagen (mit Anschrift, Zeugnissen, Lebenslauf) sowie Angabe Ihres gewünschten Gebietes an unseren International Franchise Manager, Dima Tymchenko, Easyfind International Inc., European Head Office, Sdr. Ringvej 35, DK–2600 Glostrup, Kopenhagen, Dänemark. Telefon 00 45 2 / 45 47 77, Telex 5 521 251 + EASYCO DK.

Sämtliche Bewerber werden postwendend angeschrieben, um ein vertrauliches Gespräch innerhalb von 21 Tagen anzuberaumen.

AK01561



Leistungsfähiger **Lohnfertiger** sucht

mechanische oder elektrotechn. Montagearbeit

- Montage von Baugruppen und Geräten einschl. Prüfung, Verpackung und Versand.
- Gute Maschinenausstattung und eigener Transportdienst.
- 650 Mitarbeiter.

Anfragen bitte an

Wilhelmshavener Werkstätten (WfB)
z. Hd. H. Pfaus (Tel. 0 44 21 / 20 20 30)
2940 Wilhelmshaven, Postfach 530

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.

Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse

Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.



Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 8 90 33 12
Telex 8 587 942 pdus
Telefax 02 11 / 8993 – 999

Sie – sind Kaufmann/-frau mit langj. Außendiensterfahrung
– haben Führungsqualitäten
– verfügen über 30 000–40 000 DM Eigenkapital

Wir – vergeben Konzession für Exklusivgebiete
– bieten mehrere seit 37 Jahren erfolgreiche Produkte
– sind als faire Handelspartner bekannt

Interessenten senden eine ausführliche schriftliche Bewerbung an

GUTA GmbH, Blumlage 67 A, 3100 Celle

Selbst. Kfm. (lng.)
sucht Fertigungsbetrieb zwecks Übernahme oder Beteiligung. Raum Norddeutschland bevorzugt.
Angeb. u. K 8884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zu verk. welteroberuder Erfolgsartikel (Patentanmeldung liegt vor) DM 60 000,– plus Royalty's. Gewinnprognose für '86: DM 180 000,–.
Ausk. Tel. 00 31 – 18 35 44 30

Kapitalanleger
Wenn Sie unsere Ansicht teilen, daß die optimale Kapitalanlage einen hohen Gewinn, eine totale Absicherung und Anonymität bieten muß, dann sind Sie unser Partner.
Unser Angebot im März:
- Anlageobjekt auf einer kanarischen Insel
- stark expandierender Touristik-Sektor
- **15%** Rendite
- grundbuchmäßige Absicherung
- auf Wunsch absolute Anonymität
- Abwicklung durch Luxemburger Gesellschaft

Zuschr. unt. H 8994 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ölgemälde für Wiederverkäufer
DM 50,–, 70,–, 100,–. Mustergemälde gegen VR-Scheck oder bar.
IN PETTO
Stuttgarter Str. 16, 7033 Herrenberg

INVESTOREN!!!
Eingeführtes, gesundes Unternehmen in der Freizeit- u. Fitneßbranche in einer guten Wohngegend Hamburgs zu veräußern.
Angeb. u. T 8980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Wir sind ein traditionsreicher Verlag mit eingeführten internationalen Zeitschriften und Plänen für aktuelle neue Objekte. Für den Anzeigenverkauf suchen wir engagierte und standfeste

Verlags-Repräsentanten

Kurz- bis mittelfristig stehen die Gebiete Nielsen I, IIIa und der Raum München zur Disposition. Gegebenenfalls auch als Zweitvertretung.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähige Zuschrift unter M 8997 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein bekanntes Markenartikel-Unternehmen. Für den Bezirk Hamburg – Schleswig-Holstein (Postleitzahlen 20, 21, 22, 23, 24) suchen wir kurzfristig

Handelsvertretung

die den Eisenwaren-, Elektro-, Sanitär- und Baubeschlagsfachhandel sowie Kaufhäuser bereits mit anderen Produkten besucht und den Vertrieb unserer Erzeugnisse mit übernimmt.

Weitere Details, wie Organisation, Vergütung, sollten in einem persönlichen Gespräch erörtert werden.

Bitte schreiben Sie uns unter G 8993 an WELT-Verlag, Postfach 10 0864, 4300 Essen.

Wir sind ein Spezial-Unternehmen, das sich mit dem Einsatz von Computern und hochwertigen Datenkassen beschäftigt. Unsere Kunden sind: das gehobene Textil-Haus, der gute Juwelier, das aktive Elektrogeschäft, der gesamte Fach-Einzelhandel.
Für den weiteren Ausbau unserer Verkaufs-Organisation suchen wir noch verkaufsstarke, erfolgsgewohnte

Verkaufs-Asse

die gemeinsam mit uns in diesem teils noch jungfräulichen Markt ihre Erfolge erarbeiten wollen. Hohe Provisionen, Leistungsprämien und Unterstützung in der Einarbeitungsphase sind selbstverständlich. Machen Sie mit, kommen Sie zu uns.



Siemensstraße 4
Industriegebiet
D–7251 Wimsheim
Tel. 07044/4056

Wer sucht Partner
oder gibt aus Altersgründen ausbaufähige Handelsvertretung ab?
Kaufmann, 45 Jahre, ledig, unabhängig (Postleitzahl 32) wünscht Kontaktaufnahme unter H 8883 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigernr Str. 49, 43 Essen 15.

Existenz- u. Aufbauberatung
Versicherungsberatung
Finanzierungsberatung
Import- u. Export-Beratung
Unternehmensberatung
Immobilienberatung
UWK Unternehmens- und Wirtschaftsberatung
Reginaweg 2
465 Gelsenkirchen

Die KVZ Kraftfahrzeug-Vermittlungszentrale (KVZ)
sucht noch für mehrere Handwerkskammerbezirke selbständig arbeitende Geschäftsstellenleiter für den Aufbau der Organisation (evtl. auch nebenberuflich)
Ruf 0 51 92 – 1 08 00

Handelsagentur
oder freie Handelsvertreter
Raum Norddeutschland, für Gebrauchs- und Zierkeramiken bei lukrativer Provision gesucht.
Zuschr. u. W 8916 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Europäische Universität bietet Ihnen die Möglichkeit zu
Doktorieren
Realschule od. abgeschl. Lehre Voraussetzung. Von deutschen Behörden anerkannt. Zuschr. u. E 8925 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Wir suchen Wirtschafts- und Finanzberater, die neue Produkte suchen.

Erkennen und nutzen Sie jetzt Ihre Chance, mit einem interessanten **Angebot (Neuentwicklung)** Ihren Kunden mit **überdurchschnittlichem** Einkommen und hoher Steuerprogression die bessere Beratung zu bieten. Und neue Kunden durch neue Ideen zu gewinnen.

Wir zeigen Ihnen den Weg, wie man Kreditzinsen im Immobilienbereich in voller Höhe über Jahre absetzt. Wie man durch Umschuldung die Möglichkeiten für Steuervergünstigungen voll ausschöpft.

Wenn Sie wissen wollen, worum es geht: Senden Sie uns einfach den Coupon, wir antworten sofort.

DBW Dienstleistung und Beratung für die Wirtschaft GmbH
Reuterstraße 233 · 5300 Bonn 1

COUPON FÜR BLITZINFORMATION
Sie haben mich neugierig gemacht. Bitte informieren Sie mich darüber, wie ich die Steuerlasten meiner Kunden spürbar senken kann.

Name, Vorname.

Straße, Ort.

Meine Telefon-Nr.:

STELLENGESUCHE

Arabisch und Französisch perf. sow. gute Englischkenntnisse.
Diplom-Volkswirt
28 J., verh., Prädikatexamen, Okt. 1985 Uni Hamburg, Studienschwerp.: Finanzwissenschaft, Außenhandel, Finanz., Investition und Absatz, ortsungeb., su. Anfangsstellung in Wirtsch., Ind. u. Handel.
Zuschr. u. V 8893 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SPANIEN / Maschinenbau-Ingenieur
m. dtsch. Staatsexamen u. langj. Erf. im Auf- u. Ausb. v. Vertriebsorganisationen u. Führungsaufg., su. Kont. m. dtsch. Fa., int. im Aufb. einer Geschäftsstelle in Spanien.
Zuschr. u. Y 8896 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmerische Herausforderung / Selbständigkeit gesucht
Ind.-Kfm., dyn., Praktiker, 39 J., verh., z. Z. Geschäftsf. in mittelständ. erfolgr. Maschinenbauuntern., Schwerp.: kaufm. Leitung u. Vertrieb, engl. verhandlungssicher, weltweite Exporterf., koop. Führungstechn., Organisation, Betriebswirtsch., EDV, Finanz., Controlling, Pers. usw., su. aus pers. Gründen ab spätestens 1/87 in NRW unternehmerische Herausforderung als Geschäftsführer m. Beteiligungsmöglk. (auch langfr. Übern.), an Produktions-, Dienstleistungs- od. Handelsuntern.
Zuschr. erb. u. W 8894 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ein Mann für alle Fälle
Führungsstark, erfahren, belastbar. 39jähr. Vertriebs-Messekaufm., z. Z. wegen eines Verkehrsdelikts noch kurz inhaftiert (kein Alkoholdelikt), sucht neue interess. Tätigkeit. Meine Erfahrungen reichen vom Direktvertrieb (VL), Gastronomie (GF) über Promotion-Aktionen bis zur eigenverantwortl. Planung u. Durchführung v. Ausstellungen u. Messen. Wenn Sie einen Profi suchen, der für gutes Geld sehr gute Arbeit leistet, bin ich Ihr Mann. Bitte teilen Sie mir eine mögl. Terminierung (Vorstellungsurl. mögl.) für ein pers. Gespräch mit. Raum 8000 bevorzugt, aber nicht Bedingung.
Kontaktaufnahme und Auskunft erbeten unter U 8892 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Führungsaufgabe im
Kundendienst und/oder Verkaufsinnendienst
Ich bin Jahrgang 42 und habe über 10 Jahre lang besonders in diesen Bereichen gearbeitet. Mein „background": Studium der Betriebswirtschaft mit Hamburger Staatsexamen.
Was ich für Sie tun kann? Zum Beispiel:
- Garantie- und Ersatzteillagerhaltungssysteme auf- bzw. ausbauen,
- den technischen Außendienst wirtschaftlich führen,
- ein Servicenetz über Händler installieren,
- die Auftragsabwicklung schneller und sicherer machen,
- den Verkauf von Ersatz- und Zubehörteilen fördern etc.

Frühestens ab 1. 4. 1986 kann ich Ihnen zur Verfügung stehen. Vereinbaren Sie bitte ein erstes Gespräch mit mir über U 8981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin/-assistentin
30jährige Erfahrung in allen zur Leitung eines Direktionssekretariats gehörenden Arbeiten, gewohnt selbständig zu arbeiten, gute englische (Cambridge Certificate), sowie italienische und französische Sprachkenntnisse, ortsungebunden, in ungekündigter Stellung, sucht aus persönlichen Gründen neuen Wirkungskreis.
Zuschr. bitte u. C 8989 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Vertriebsleiter
39 J., Hamburger, led., gel. Im- u. Exportkaufm., langj. Innen-/Außendienstpr., belastb., verhandlungsgew., abschlußs., räuml. mob., Auslandserf. (Benelux), Schwerp.: Bearbeitung Großverbr. d. Handels, Non-food, wü. neue, kreat. Aufg. zu übern.
Angeb. u. T 8891 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

PHARMA – MEDIZINTECHNIK
Geschäftsbereichsleiter Marketing/Vertrieb
Mitglied der Geschäftsführung, 42 J., promov. Naturwissenschaftler mit langjährig. erfolgreicher Industriepraxis auf dem o. a. Sektor, sucht vergleichbare **Führungsposition im In- oder Ausland**, nicht ortsgebunden, 4sprachig.
Zuschr. u. Z 8986 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

„A passion for excellence!"
Sie entscheiden, wann und wie lange ich Ihnen als Spezialist für folgende Problemkreise zur Verfügung stehe:
Chefberatung · Führungskräftebeschaffung · Optimierung des Führungsstils und der Unternehmenskultur · Konfliktlösung · Konsolidierung. Personalleiter mit 25jähriger Erfahrung in Industrie und Handel bietet seine umfassende Kenntnis für die gesamte Thematik an.
Ihre Anfrage wird schnell und vertraulich beantwortet unter PZ 10029 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Mathematiker
36, solides Englisch in Wort und Schrift, sucht nach Abschluß der Hochschulkarriere interessante, ausbaufähige Tätigkeit (z. B. im Bereich Ausbildung, Industrie, Versicherung, Verlag, Verwaltung), bei der seine Fähigkeit, (scheinbar), schwierige Sachverhalte zu vermitteln, von Nutzen ist. Keine EDV-Kenntnisse vorhanden, aber Bereitschaft zum Einarbeiten. Qualifikation: Diplom (sehr gut), Promotion (ausgezeichnet), Habilitation (Verfahren vor dem Abschluß).
Angeb. erb. unter R 8889 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fachverkäufer Radio – TV u. Hifi
gelernter Einzelhandelskaufm., 47 J., ungek., sucht verantwortungsv. Aufgabe, mögl. Hifi-Sektor im Raum HH.
Angeb. erb. u. PB 10031 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Vertriebs-Ing. in Fernost
Dipl.-Ing. (TU), Elekt. u. Masch., Ende 40, verh. dtsch-chines. Herk., mehrsprachig. 11 J. Berufserf. in Fernost, 6 J. in BRD, ungekündigt, in den Bereichen: Nachrichtentechnik, Computer-Entwicklung, EDV, Maschinenkonst., Anlagen- und Werkzeugbau, sucht eine Stellung als Repräsentant/Vertriebs-Ing. deutscher Unternehmen in Fernost.
Zuschr. erb. u. N 8777 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ex. Krankenschwester mit langjähr. Berufserfahrung, ledig, unabhängig, mit besten Referenzen, sucht sich zum 1. 9. 86 zu verändern. Dauer-Nachtdienst angenehm oder Sanatorium.
Angeb. erb. u. Y 8985 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein- u. Verkäufer
TK-Großhandel, Gemüse, Obst, Geflügel, 39 J., EDV-Erf., Handlungs- u. Bankvollmacht, verantwortl. f. Budget-Planung u. Rechnungswesen, in ungek. Anstellung, sucht neuen Wirkungskreis Rm. HH.
Angeb. u. DA 10030 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Vertrieb-Außendienst
40 J., verh., Pioniergeist, dynam., belastbar, einsatzfr., führungserf. Außendienstler sucht z. 1. 4. 1986 im Raum NRW ausbaufäh. Festanstellung bei mittelst. Firma.
Zuschr. u. B 8988 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

2 Verkäufer
Dipl.-Ing., 32 J., verh., Industriefachwirt, 29 J., verh., flexibel, abschlußsicher, langj. Erfahrung in hartem Verkauf, suchen Außendienststelle evtl. Geschäftsstellenübernahme / Gründung. Raum Süd-Westfalen.
Zuschr. u. C 8922 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Projektmanagement
Volljurist, Dipl.-Finanzwirt, 35 J., mehrj. Erf. auf dem Bereich der Planung und Abwicklung v. gr. Immobilienprojekten, sucht neue Tätigkeit in Norddeutschland/NRW.
Zuschr. erb. u. X 8895 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstler
aus der NE-Metallbranche, langj. eingeführt bei der Industrie, dem Handwerk u. dem Handel in Norddeutschland, möchte sich zum 1. 4. 86 oder später verändern.
Zuschr. erb. u. V 8982 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann
allround, 37 J., langj. Praxis als Bankkaufmann, auch im Ausland, franzos., engl., EDV-erfahren, TU Berlin (2,7), Schwerpunkt Personalwirtschaft, sucht neue berufl. Herausforderung
Angeb. u. P 8888 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

2 Maschinenschlosserinnen
24 J., mit Abitur u. gutem Gesellenabschluß, suchen Aufgabenstellung. CNC-Interesse, Grundkenntnisse vorhanden. Ang. erb. u. W 8983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. anerk. Kinderpflegerin
sucht Stellung im Arzthaushalt m. 2 b. 3 Ki., im Alt. bis zu 6 J., im Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. u. S 8890 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)
37 J., verh., m. 11jähr. umfass. Auslandserfahrung (Australien), in leit. Position der Kunststoffverarbeitung u. selbständ. erfolgr. Vertrieb von Spezialmaschinen für die Kunststoffverarbeitungsindustrie. Beste Kontakte, sucht neuen, verantwortungsvollen unternehmerischen Wirkungskreis in Vertrieb/techn. Leitung. Evtl. nötige Umsiedlung nach Australien u. USA ausgeschlossen.
Zuschr. u. D 8923 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-IV-Fachmann
(auch DB-Spezialist, Systemanalytiker, Programmierer, GL, PL Lehrbeauftragter), kreativ, rationell u. anwenderorientiert, aus gutem Hause (Hochtechnologie), erf. in IBM, DEC u. CBC-Umgebung, mit besten Zeugnissen u. internationaler Projekterfahrung, sucht Herausforderung u. Perspektive im Großraum Bremen.
Zuschr. u. B 8921 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leasing- u. Bankerfahrung
Dipl.-Volkswirt, Dr. rer. pol., 31 J., verh., ungek. Pos. (Handlungsbev.), su. interess. Aufg. in Hamburg.
Zuschr. erb. u. F 8992 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Au-pair-Stelle gesucht
für Sommer 1986 in der Bundesrepublik von Schülerin, 17, mit Deutschkenntnissen.
Kirsten Griffiths, 1 Park Mill Cottages, Summerleys Rd, Princes Risborough, Bucks. HP17 9QB, Great Britain

Management auf Zeit
Geschäftsführer mit Sanierungserfahrung (In- und Ausland) und erstklassigen Referenzen, Dipl.-Kfm., durchsetzungsfähig, frei für neue Aufgaben wie Krisenmanagement oder Übergangslösungen.
Kontaktaufnahme u. A 8987 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskaufmann
Anf. 40, verh., über 10 Jahre Mineralölbranche in administrativer Position, Finanzierungen, Devisendisposition, Kreditbereich (L/C, Garantien), Dokumentation, Demurrage; versiert, zielstrebig, verhandlungssicheres Englisch, Auslandserfahrung, sucht zum 1. 4. 1986 neuen, selbständigen, verantwortungsvollen und dauerhaften – branchenungebunden – Wirkungskreis. Nordd. Raum bevorz.
Zuschr. erb. u. X 8984 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen den qualifizierten
EXPORTKAUFMANN
um in
SÜD OST-ASIEN
zu expandieren oder diesen Markt zu erobern?
Hier ist er: 35 J., ungek., verh., solide Ausb. (inkl. HH-Schule). Untern. denkend, belastbar u. reisefreudig.
Beste Kontakte, da viele Jahre vor Ort erfolgreich tätig (Schwerpunkt: Maschinen u. Anlagen).
Suche herausfordernde und verantwortungsvolle Aufgabe in Deutschland.
Zuschr. erb. u. N 8887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen . . .

. . . bitten wir, die **Chiffre-Nummer** auf jeden Fall **deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag** zu vermerken.

Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.

Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!

Herzlichen Dank.

DIE WELT
Anzeigenabteilung

01-478

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz
Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.

① **Nordseeheilbad Cuxhaven**

Südliche Nordsee Cuxhaven

7 erholsame Tage
Alles inclusive ab 159,- DM* pro Person

12 km Nordseestrand, Wälder, Heide, Wattenmeer. Eines der weltgrößten Hallenbäder mit Meerwasserbrandung. Modernes Kurmittelhaus. Kurpark mit Seevogelwiese. Hochseeangeln, Reiten, Tennis, Kegeln - vielerlei Unterhaltung das ganze Jahr.

7 x Übernachtung mit Frühstück/Kurbeitrag
3 x Baden im Meerwasser-Brandungs-Hallenbad
2 x Wassergymnastik im Brandungsbad
1 Meerwasser-Inhalation – 1 Sportmassage
1 Gruppengymnastik – 1 Wattwanderung
1 Teenachmittag mit dem Kurdirektor und „Dienstags bei uns" - ein Nachmittag im Haus der Kurverwaltung
*) 14 Tage doppelter Preis und Angebot Einzelzimmerzuschlag DM 15,–

Dieses Angebot gilt bis zum 15. 5. 1986
Fordern Sie unseren Spezialprospekt an!
Kurverwaltung, 219 Cuxhaven, Tel. (04721) 4 70 44

② **Hotel Landhaus Höpen** DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten. Hallenschwimmbad (9×18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten).
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924153

③ Hotel Niedersachsen
Ringhotel Jesteburg
2112 Jesteburg, Lüneburger Heide, Tel. 04183/20 44
Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel., 70 Betten, Lift,
Konferenzräume: 10–60 Personen
Hallenbad, mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift.

④ BÜRGERHAUS

»...man soll die Tagung nicht vor dem Abend loben.«
Dann tagen Sie doch in Heilbronn.

Denn einerseits:
- Verfügen wir in Heilbronn über ausgezeichnete Räumlichkeiten für Tagungen, Symposien, Schulungen und Konferenzen, Ausstellungen usw.,
- passend für 18 bis 1800 Personen.
- Unterstützen wir Sie bei der Organisation
- und halten adäquate Hotelzimmer bereit...

Andererseits:
- Sorgen unsere Gastronomen bestens für Ihr leibliches Wohl. Von schwäbisch-rustikal bis international-exquisit.
- laden gemütliche Gast- und Weinstuben zum Entspannen und Kennenlernen nach »Feierabend« ein.
- lernen Sie uns in unseren »Besenwirtschaften« von der besten Seite kennen.
- Ist Heilbronn und seine herrliche Umgebung für Damen- und Beiprogramme geradezu prädestiniert.

Unser Raumangebot:
FESTHALLE HARMONIE
Räume für 30 bis 1800 Teilnehmer. Mit großer Tiefgarage. Nur 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

BÜRGERHAUS BÖCKINGEN:
Der ideale Treffpunkt für Veranstaltungen mit 25 bis 500 Gästen. Tiefgarage.

DAS SCHIESSHAUS:
renoviertes Kleinod aus dem Rokoko. Der stilvolle Rahmen für festliche Empfänge und Veranstaltungen bis 140 Personen. Parken ist kein Problem.

Außerdem:
Steht eine große Anzahl von Räumlichkeiten in allen Größen und Variationen in den hervorragend geführten Hotels unserer Stadt für Sie bereit. Bitte fragen Sie an!

Heilbronn
Verkehrsamt der Stadt Heilbronn · Rathaus · 7100 Heilbronn
Telefon (0 71 31) 56 22 65–66 · Telex 7-28 630

⑤ **OPTIMAL TAGEN IST GOLD WERT**

Variable Räume mit modernster Ausstattung, umfassender Service und ein niveauvolles Ambiente mit dem Flair der alten Gold- und Silberstadt sorgen für optimalen Tagungserfolg.

Bitte fordern Sie unsere Prospektmappe an
STADTGARTEN Schwäbisch Gmünd
Rektor-Klaus-Straße 9
7070 Schwäbisch Gmünd

Stadtgarten Schwäbisch Gmünd



als Tagungszentrum goldrichtig

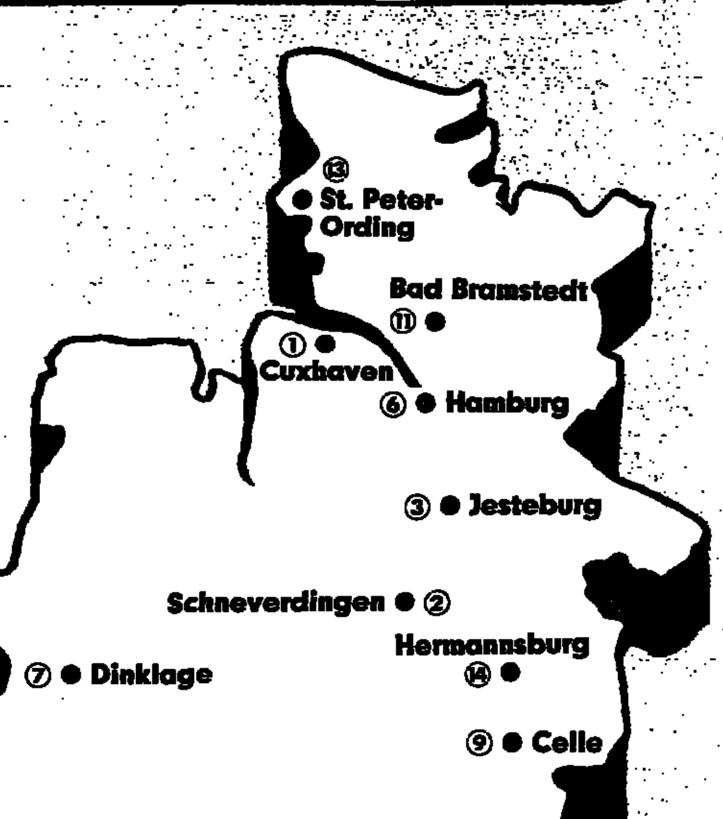
⑥ 

intermar
Glücksburg Malente Grömitz Bad Segeberg
Tagungen im Intermar-Stil
Tagungen, Konferenzen Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit. Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung,
Kl. Reichenstr. 20
2000 Hamburg 11
Tel. 040/327 457-58, Tx. 214 915

⑦ *Burghotel Dinklage*

Ideal für Tagungen und Betriebsfeste
Nur 1400 m von der Autobahn AL Hansalinie, Abfahrt Lohne/Dinklage
Burgallee 1, 2843 Dinklage/Oldb., Tel. 0 44 43 / 18 25

⑧ Hotel **Hofgut Kürnach**
HALLENBAD – SAUNA – SOLARIUM
Tennis – Reiten – Kegeln – Ski – Wassersport
70 Komfortzimmer, 4 Seminarräume, 15–80 Personen.
Für Tagungsmappe + Angebot
Telefon 0 83 70 - 12 11
D-8961 Wiggensbach-Unterkürnach



⑩ 

Tagen mit Garantie

Einzigartig in Deutschland

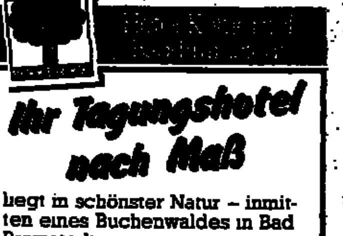
Ihr Tagungserfolg ist unsere Maxime. Für alles, was wir dazu beitragen können, verbürgen wir uns: Übernachtung in großzügigen 32 qm-Zimmern. Moderne Veranstaltungsräume, von 40 bis 1200 qm, mit Tageslicht und ergonomischer Bestuhlung. Professionelle Konferenzausrüstung. Sauna, Solarium, Fitness-Raum und... und... und...

Wenn Sie mit den von uns garantierten Leistungen nicht zufrieden sind, sorgen wir für adäquaten Ersatz oder erstatten Ihnen die Kosten zurück. Nehmen Sie uns beim Wort.

Möchten Sie mehr wissen über die einzigartige AMBASSADOR-Tagungsgarantie? Anruf genügt.

Ambassador International
Friedrich-Ebert-Allee 3, 3507 Baunatal/Kassel
Tel. 05 61/4 99 30, Telex 99 22 40

AMBASSADOR

⑪ 

Ihr Tagungshotel nach Maß

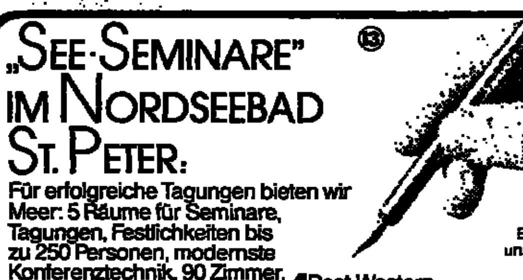
liegt in schönster Natur – inmitten eines Buchenwaldes in Bad Bramstedt.
Sie wohnen first-class, genießen professionellen Tagungs- und Konferenz-Service.
Und nach der Tagung bietet unser Hotel Fitness- und Entspannungsprogramm.
Fordern Sie die Tagungsmappe an!
Hotel-Köhlerhof,
Am Köhlerhof
2357 Bad Bramstedt,
Tel. 04192/5050, Telex 218 010 4

⑫ **Seminare + Tagungen in der Mitte der Bundesrepublik**
Siegerlandhalle
... ab September 1986 mit dem
Park Hotel Siegen
180 Betten

- 11 Kongreßsäle nach Maß für 20 – 2300 Personen
- Modernste Kongreßtechnik
- Bewirtschaftung in allen Räumen und Sälen
- 3 Restaurants · 10 Kegelbahnen
- Tagungsstadt im Grünen
- Direkter Autobahnanschluß A 45 (Sauerlandlinie)

Verwaltung der Siegerlandhalle, Koblenzer Str. 151, 5900 Siegen, ☎ (02 71) 33 70-0, Tx. 8 72 379

⑬ **„SEE-SEMINARE" IM NORDSEEBAD ST. PETER:**



Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer: 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

Bitte fordern Sie unsere Hotel- und Tagungsunterlagen an.

Best Western AMBASSADOR International
Im Bad 26 · 2252 St. Peter-Ording · Tel. 0 48 63/1091 · Tlx. 2 8 420 amba d

⑭ **HOTEL HEIDEHOF** Ringhotel Hermannsburg
Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium
Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, z.T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
Neu, nur 3 km entfernt: 2 kompl. Ferienappartements und 6 Pferde-Gastboxen. Ideales Reitgelände.
Ringhotels
3102 Hermannsburg
Lüneburger Heide
Telefon (05052) 8081

⑮ **WOHLGEMERKT**

Wenn Sie einen Tagungsort mit perfekter Verkehrsanbindung suchen, ist an Leonberg nicht vorbeizukommen. Das wandelbare Raumprogramm und ein munteres Management machen's möglich, Ihre Seminare, Kongresse und Tagungen in den rechten Rahmen zu rücken.

Stadthalle Leonberg · Telefon 07152/204490
Römerstr. 110 · Postf. 1763 · 7250 Leonberg

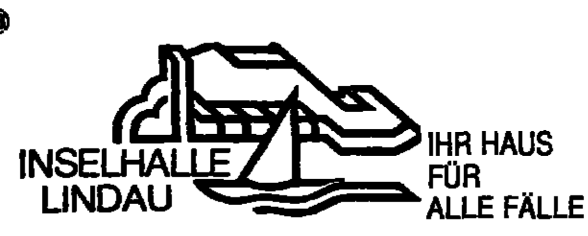
STADT HALLE LEONBERG

⑯ 

Reisen
Rasten
Rothenburg

HOTEL GOLDENER HIRSCH
Rothenburg ob der Tauber
Komfort und Ruhe über dem Taubertal
Restaurant: **Die Blaue Terrasse**
145 B. Tagungsräume · Garagen u. P
Telefon 0 98 61/20 51 Telex 06-1 372

⑰ **Die Tagungsorganisation sollten Sie nicht irgend jemandem überlassen:**



* Wir sind Tagungs- und Seminarprofis
* mit optimal ausgestatteten Konferenzräumen
* mit komplettem Tagungsequipment
* mit ruhiger Lage, mitten in Deutschland
* mit seminargerechter Ernährung
* mit Tennishalle, Schwimmbad, Sauna
* mit Kegelbahnen, Solarium, Massage

Lassen Sie uns Ihr Partner sein!

Best Western - SPORTHOTEL VOGELSBERG
Kneippstraße 1, 6320 Alsfeld/Romrod, Telefon (0 66 36) 8 90

⑨ **Celle** **Das Konferenz-Zimmer des Nordens**

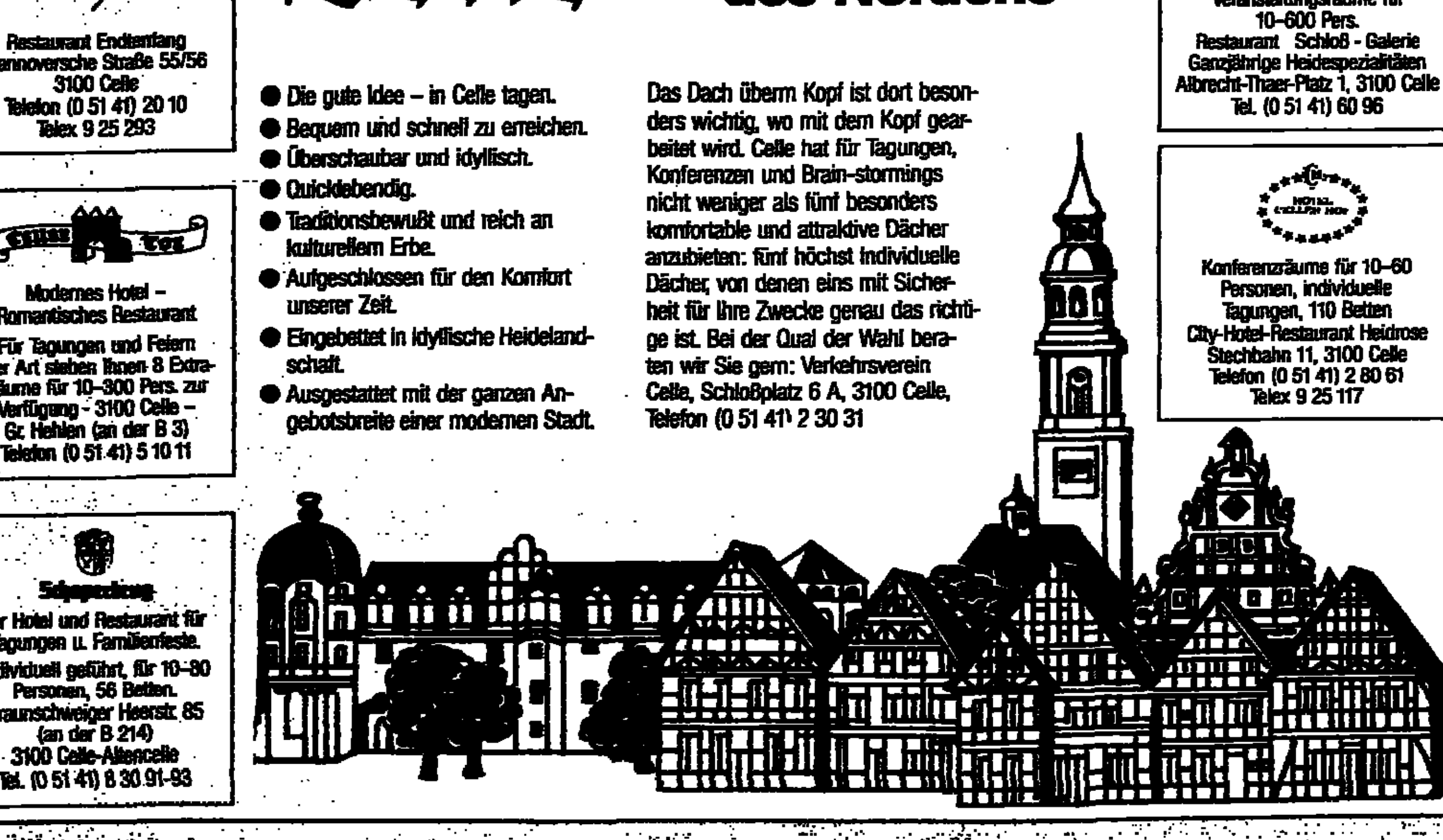
Ihre Tagung in einer der schönsten mittelalterlichen Residenzen mit dem Fürstenhof Celle
Restaurant Endtenfang
Hannoversche Straße 55/56
3100 Celle
Telefon (0 51 41) 20 10
Telex 9 25 293

Celler Tor
Modernes Hotel – Romantisches Restaurant
Für Tagungen und Feiern aller Art stehen Ihnen 8 Extra-Räume für 10–300 Pers. zur Verfügung - 3100 Celle – Gr. Hehlen (an der B 3)
Telefon (0 51 41) 5 10 11

Schaperkrug
Ihr Hotel und Restaurant für Tagungen u. Familienfeste.
Individuell geführt, für 10–80 Personen, 56 Betten.
Braunschweiger Heerstr. 85 (an der B 214)
3100 Celle-Altencelle
Tel. (0 51 41) 8 30 91-93

- Die gute Idee – in Celle tagen.
- Bequem und schnell zu erreichen.
- Überschaubar und idyllisch.
- Quicklebendig.
- Traditionsbewußt und reich an kulturellem Erbe.
- Aufgeschlossen für den Komfort unserer Zeit.
- Eingebettet in idyllische Heidelandschaft.
- Ausgestattet mit der ganzen Angebotsbreite einer modernen Stadt.

Das Dach überm Kopf ist dort besonders wichtig, wo mit dem Kopf gearbeitet wird. Celle hat für Tagungen, Konferenzen und Brain-stormings nicht weniger als fünf besonders komfortable und attraktive Dächer anzubieten: fünf höchst individuelle Dächer, von denen eins mit Sicherheit für Ihre Zwecke genau das richtige ist. Bei der Qual der Wahl beraten wir Sie gern: Verkehrsverein Celle, Schloßplatz 6 A, 3100 Celle, Telefon (0 51 41) 2 30 31



union
Tagungshaus und gastronomischer Mittelpunkt
Veranstaltungsräume für 10–600 Pers.
Restaurant Schloß - Galerie
Ganzjährige Heidespezialitäten
Albrecht-Thaer-Platz 1, 3100 Celle
Tel. (0 51 41) 60 96



Konferenzräume für 10–60 Personen, individuelle Tagungen, 110 Betten
City-Hotel-Restaurant Heidrose
Stechbahn 11, 3100 Celle
Telefon (0 51 41) 2 80 61
Telex 9 25 117

⑱ **INSELHALLE LINDAU** IHR HAUS FÜR ALLE FÄLLE

Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in 3 Sälen teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz.

LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern

Auskunft:
Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 0 83 82 / 40 35

LINDAU BODENSEE

Warenpreise – Termine

Etwas fester schloßen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Ausgeprägter waren die Gewinne bei Kupfer. Während Kaffee um das Limit niedriger notierte, konnte Kakao in allen Sichten zulegen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	17.2.	14.2.
März		330,25
Mai	geschl.	282,50
Juli		257,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board df.

St.L. 1 CW	geschl.	271,35
Am. Durum		268,29

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

März	108,20	107,40
Mai	112,30	111,50
Juli	114,00	113,70

HAFER Winnipeg (can. $/t)

März	95,00	96,40
Mai	96,20	97,40
Juli	96,20	94,70

HAFER Chicago (c/bush)

März		125,00
Mai	geschl.	124,50
Juli		121,00

MAIS Chicago (c/bush)

März		238,00
Mai	geschl.	237,75
Juli		235,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

März	99,00	101,50
Mai	102,20	102,50
Juli	103,95	104,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	17.2.	14.2.
März		212,00
Mai	geschl.	225,84
Juli		229,55

KAKAO New York ($/t)

	17.2.	14.2.
März		2066
Mai	geschl.	2112
Juli		2150
Umsatz		2598

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 März		5,65
Mai		5,86
Juli	geschl.	6,12
Sept.		6,35
Okt.		6,48
Umsatz	–	–

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) geschl. 5,59

KAFFEE London (£/t) Robusta

	17.2.	14.2.
März	2330-2335	2255-2265
Mai	2385-2389	2315-2320
Juli	2450-2455	2380-2385
Umsatz	3902	7936

KAKAO London (£/t)

März	1637-1640	1639-1640
Mai	1645-1646	1643-1644
Juli	1676-1677	1671-1672
Umsatz	1312	3692

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	17.2.	14.2.
März	150,80-151,00	150,00-151,00
Mai	157,00-157,20	156,60-156,80
Aug.	163,60-163,80	162,00-163,00
Umsatz	594	1050

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw.	18.2.	17.2.
Sarow.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1365,00	1365,00
weiß.Munt.	1375,00	1375,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	17.2.	14.2.
März		89,10
Mai		89,80
Juli	geschl.	90,75
Sept.		90,45
Nov.		91,50
Umsatz	1000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

17.2.	14.2.
geschl.	23,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk geschl. 20,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

März		18,56
Mai		18,95
Juli		19,30
Aug.	geschl.	19,40
Sept.		19,55
Okt.		19,40
Dez.		19,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk geschl. 16,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	geschl.	15,75
Choise white hog 4 % fr. F.	geschl.	12,50

TALG New York (c/lb)

top white		13,50
fancy	geschl.	13,00
bleichf.		12,75
yellow max. 10% fr.F	geschl.	11,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Feb.		45,85
April	geschl.	39,20
Juni		43,75

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.		56,75
März	geschl.	57,40
Mai		58,70

HÄUTE Chicago (c/lb)

	17.2.	14.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

März		526,75
Mai		535,75
Juli		541,00
Aug.	geschl.	537,50
Sept.		516,00
Nov.		510,00
Jan.		520,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

März		154,60
Mai		155,20
Juli		155,60
Aug	geschl.	154,50
Sept.		150,00
Okt.		145,50
Dez.		146,20

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	17.2.	14.2.
März	298,00	302,00
Mai	305,00	309,50
Juli	312,00	316,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

17.2.	14.2.
geschl.	14,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	18.2.	17.2.
cif	580,00	580,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 475,00 480,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 285,00 285,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 101,50 103,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 322,50 330,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif 239,00 238,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	17.2.	14.2.
März		63,99
Mai		64,40
Juli	geschl.	63,45
Okt.		46,10
Dez.		46,30
März		47,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Handlerpreis loco RSS-1 geschl. 42,125

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	18.2.	17.2.
März	492-510	492-491
Mai	503-509	509-507
Aug.	523-525	527-524
Umsatz	77	33

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	18.2.	17.2.
März	40,50	40,50
April	40,50-42,50	40,50-42,50
Juli	40,50-42,50	40,50-42,50
Okt.	40,50-42,50	40,50-42,50
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	18.2.	17.2.
März	608,00-610,00	608,00-620,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	0	3

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	18.2.	17.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	18.2.	17.2.
März	12003	11994
April	12067	12025

KAUTSCHUK London (p/kg)

	17.2.	14.2.
RSS 1 März	62,25-63,25	61,75-62,75
RSS 1 April	62,75-63,75	62,25-63,25
RSS 2 März	61,00-62,00	60,50-61,50
RSS 3 April	60,00-61,00	59,00-60,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	18.2.	17.2.
März	200,00-202,00	196,00-197,00
April	204,00-206,00	199,00-200,00
Nr. 2 März	195,00-196,00	191,00-192,00
Nr. 3 März	192,50-193,50	188,50-189,50
Nr. 4 März	187,50-188,50	183,50-184,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	18.2.	17.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	18.2.	17.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	259,08-259,24	259,97-260,31
drittl. M.	268,51-268,68	268,64-268,97
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	86,41-86,50	85,99-86,32
drittl. M.	89,62-89,78	89,32-89,49
NICKEL: Basis London		
lfd Mon.	934,90-936,58	926,57-927,24
dritt. M.	958,48-959,15	948,91-949,91
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	135,43-136,44	137,32-138,99
Prod.-Pr.	157,88	157,42
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

18.2.	17.2.
21,77	21,20

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	18.2.	17.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	338,24-340,60	334,63-336,96
BLEI in Kabeln	94,00-95,00	93,75-94,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Randb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	18.2.	17.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	301-305	299-303
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	334-345	332-342
MS 63	322-325	319-323

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	18.2.	17.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	18.2.	17.2.
PLATIN (DM/g)	30,10	29,80
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25640	25640
Rückn.-Pr.	24890	24890
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25680	25680
Rückn.-Pr.	25010	25010
verarbeitet	26940	26940
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25230	25210
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	455,90	453,70
Rückn.-Pr.	442,20	440,10
verarbeitet	475,90	473,70

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	18.2.	17.2.
10.30	332,40	333,00
15.00	337,25	333,00
Zürich mit.	333,00-333,50	332,60-333,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78000	77600
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	410,10	412,95
3 Mon.	422,40	425,10
6 Mon.	434,60	438,20
12 Mon.	458,85	463,15
PLATIN (£/Feinunze) London	17.2.	14.2.
fr. Markt	264,30	250,80
PALLADIUM (£/Feinunze) London	17.2.	14.2.
f. Händl.-Pr.	71,25	69,30

New Yorker Metallbörse

	17.2.	14.2.
GOLD H & H Ankauf		331,35
SILBER H & H Ankauf		588,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	geschl.	355,00-359,00
Prod.-Pr.		475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.		98,00-99,00
Prod.-Pr.		150,00

SILBER (c/Feinunze)

Feb.		591,30
März		592,00
Mai		599,00
Juli	geschl.	609,00
Sept.		616,40
Dez.		627,00
Jan.		632,80
Umsatz		14000

KUPFER (c/lb)

	17.2.	14.2.
Feb.		63,80
März		63,75
Mai		64,30
Juli	geschl.	64,60
Sept.		65,00
Dez.		65,55
Jan.		65,70
Umsatz		5000

Londoner Metallbörse

	18.2.	17.2.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	769,00-769,50	777,00-778,00
3 Mon.	797,00-797,50	804,00-804,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	256,50-256,70	257,00-258,00
3 Mon.	266,00-266,50	267,00-268,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	985,50-986,00	985,00-986,00
3 Monate	1013,00-1013,50	1015,00-1016,00
ab. Kasse	–	986,00-987,00
3 Monate	–	1014,50-1015,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	975,00-978,00	970,00-971,00
3 Monate	1005,00-1007,00	1005,00-1007,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	418,00-419,00	427,00-428,00
3 Monate	429,00-430,00	437,00-438,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	210-220
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	53-59

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	17.2.	14.2.
März		52,30-52,80
April	geschl.	48,85-49,10
Mai		46,90-47,25
Juni		45,30-45,50

GASÖL – London ($/t)

	17.2.	14.2.
März	168,00-168,50	172,00-172,25
April	150,75-151,00	157,00-157,25
Mai	146,00-146,50	151,25-152,00
Juni	144,25-144,50	148,75-149,50
Juli	144,25-144,50	147,00-149,50
Aug.	143,00-144,50	150,00-151,00
Sept.	145,00-148,00	150,00-155,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	17.2.	14.2.
März		46,50
April	geschl.	47,40-47,50
Mai		48,00-48,30
Juni		48,60
Juli		48,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	17.2.	14.2.
März		15,95-16,05
April		16,20-16,30
Mai	geschl.	16,30-16,35
Juni		16,36
Juli		16,50

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	17.2.	14.2.
Arabian Lg.		–
Arabian Hv.		–
Iran Lg.	geschl.	–
Forties		16,50N
N. Sea Brent		–
Bonny Light		–

Kartoffeln

London (£/t)

	17.2.	14.2.
Febr.	90,30	90,30
April	97,40	97,90
Mai	75,50	75,50
Nov.	84,00	84,50

New York (c/lb)

	17.2.	14.2.
März		1,85-1,87
April	geschl.	1,81-1,90
Mai		2,02
Nov.		3,32-3,34

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	17.2.	14.2.
März		144,50-145,00
Mai	geschl.	147,00-147,20
Juli		150,30-150,50
Sept.		152,30

Devisenterminmarkt

Die Zinssätze am Euro-Markt notierten am 18. 2. im wesentlichen unverändert. Abschläge auf Vortagsbasis.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67-0,57	2,00-1,90	3,93-3,73
Pfund/Dollar	0,52-0,50	1,58-1,53	2,97-2,90
Pfund/DM	2,80-1,40	7,20-5,80	13,2-11,8
FF/DM	28-12	86-70	146-130

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.2.: Tagesgeld 4,30-4,40 Prozent; Monatsgeld 4,25-4,35 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 18.2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 18.2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8	4⅜-4⅝	3⅛-3⅜
3 Monate	7⅞-8	4⅜-4⅝	3⅛-3⅜
6 Monate	7⅞-8	4⅜-4⅝	3¾-4
12 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 18.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1180,00	1527,60
5 US-Dollar (Indian)**	775,80	956,20
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	572,45
1 £ Sovereign alt	194,75	244,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	181,00	229,40
20 belgische Franken	149,25	198,65
10 Rubel Tscherwonez	193,25	247,67
2 südafrikanische Rand	173,00	218,88
Krüger Rand, neu	775,25	921,41
Maple Leaf	791,25	941,95
Platin Noble Man	898,00	1063,62
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	223,50	285,29
20 schweiz. Franken „Vreneli"	169,50	221,73
20 franz. Franken „Napoléon"	156,75	207,20
100 österr. Kronen (Neuprägung)	731,50	897,75
20 österr. Kronen (Neuprägung)	147,80	198,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	76,00	103,74
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	344,50	426,93
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	79,50	113,43

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,03, 2 Jahre 4,77. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 101,00, Rendite 6,01.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 18.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,219	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	104,191	4,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,46	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,82	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,20	6,22
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,00	6,36
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	126,50	9,56
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	106,17	6,80
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	77,49	6,00
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	54,15	6,70
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,84	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	50,80	6,66
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	55,95	6,45
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,06	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	55,47	6,55
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,30	6,95
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,19	6,85
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	55,04	6,62
WestLB 600	100,00	2.5.95	55,80	6,55
WestLB 601	100,00	2.5.00	39,55	6,75
WestLB 605	100,00	1.6.01	36,80	6,76
WestLB 602	100,00	3.10.05	27,35	6,83
WestLB 500	126,86	16.2.89	109,65	5,01
WestLB 501	137,01	16.2.90	118,60	5,52
WestLB 503	115,76	3.10.88	102,40	4,75
WestLB 504	141,85	1.10.91	103,48	5,76
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,59
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	59,25	9,16
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	52,75	11,28
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	57,875	9,54
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	56,125	10,02
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	54,875	8,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	45,75	10,28
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,50	10,04
Sears (AA)	100,00	27.5.94	46,875	9,58
Philip Morris/A	100,00	8.4.94	46,50	9,65
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	45,875	8,99

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60 (4,65)	100,4	101,3	102,2	103,2	104,1	105,1
2	5,06 (5,07)	99,90	101,6	103,4	105,3	107,1	109,0
3	5,51 (5,48)	98,35	101,1	103,8	106,5	109,2	111,8
4	5,95 (5,95)	96,35	100,2	103,3	106,8	110,2	113,7
5	6,09 (6,09)	95,80	99,60	103,4	107,6	111,8	116,0
6	6,25 (6,20)	93,45	98,80	103,2	108,1	112,9	117,8
7	6,51 (6,50)	91,20	96,65	102,2	107,6	113,1	118,5
8	6,68 (6,68)	89,30	95,30	102,0	107,4	113,4	119,4
9	6,81 (6,80)	87,50	94,05	101,3	107,2	113,7	120,2
10	6,86 (6,82)	86,25	93,30	101,1	107,4	114,5	121,5
15	7,11 (7,10)	80,15	89,10	99,00	107,1	116,1	125,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,972 (112,043)
Performance-Rentenindex: 236,654 (236,707)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	14. Febr.	7,625-7,938
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,70
	60-270 Tage	7,45
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,65
	60 Tage	7,65
	90 Tage	7,60
Certificates of Deposit	1 Monat	7,60
	2 Monate	7,60
	3 Monate	7,60
	6 Monate	7,60
	12 Monate	7,70
US-Schatzwechsel	13 Wochen	unerh.
	26 Wochen	unerh.
US-Staatsanleihe	10 Jahre	unerh.
	30 Jahre	8,95
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	3. Febr.	624,6 Mrd. $ (- 2,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

März	127,30	geschl.
Juni	128,80	geschl.

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	17.2.	14.2.
11⅛ EBC 90	108,625	107,5
10⅝ EIB 95	107,5	106,875
11 dgl. 91	109	108,375
11⅛ dgl. 90	110,5	109,625
11⅜ dgl. 93	114	113,125
12 dgl. 95	115,75	114,5
12⅛ dgl. 90	112,875	112,125
12⅝ dgl. 93	119,75	118,875
13 dgl. 96	117,625	116,875
10⅛ Wld Bk 95	107,125	104,5
10⅜ dgl. 88	104,375	104,125
10⅝ dgl. 90	107,5	106,75
10⅝ dgl. 93	109,75	108,625
11 dgl. 92	109,5	108,625
6⅝ Sears 91	104,125	104,25
6⅝ Swed.Ex.91	101,5	101,375
7 TRW 94	101,625	101,375
6⅝ Un.Tech.92	101	101
6⅝ World Bk90	101,625	101,625
6⅝ dgl. 94	101,625	101,5
7 dgl. 94	103,75	103,375
7⅝ dgl. 95	106,625	106,375
8 dgl. 95	107,75	107,625

Lux. Franc Bonds

	17.2.	14.2.
9⅝ Alcan 87	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	100,75	100,75
6⅝ Asian Dv87	97,25	97,25
10⅝ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	102,25	102,25
8 Oslo 89	98	98
8⅝ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅝ Renault 88	96,75	96,75
9⅝ Sogenal 92	101	101
10⅝ Solvay 87	101	101
10⅝ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	97,75	97,75
9⅝ Volvo 87	100	100
9⅝ WorldBk.90	101,75	101,75
10⅝ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

ECU

Euro-Yen

9⅝ CCF 95	103,5	103,5
9⅝ CrdNord 91	101,75	101,75
11⅝ CrdFonc90	106	106
11⅝ dgl. 90	106,125	106,25
8⅝ CrdNat 95	99,5	99,5
10⅝ dgl. 94	106,25	106,375
8⅝ Crdanst.94	100	100
9⅝ Credito 92	101,25	101,25
9⅝ Denmark 90	108,75	108,75
10⅝ Denmark91	104,875	104,875
9⅝ Dresd.bk95	103	103
9 EDF 97	102,25	101,875
8⅝ EEC 95	99,625	100,125
8⅝ ElfAqu. 88	98,875	98,875
9 Euro Gat 91	99,75	99,5
9⅝ dgl. 95	99,5	99,25
10 Eurotom 97	104,25	103,75
9 Petroc.95	96,5	96,5
9⅝ Peugeot 90	101	100,875
10⅝ dgl. 90	105,375	104,875
9 Philips 93	102,75	102,875
9⅝ Pibo 92	102,5	102,5
10 Prvbk. 92	102,25	102,375
11⅝ Queb.Pr87	106,125	106,125
10⅝ RATP 92	104	104
9⅝ Rabobk 95	103	103
8⅝ Reynolds91	100	100
10⅝ Roybk.Cd87	103,5	103,5
9 SAS 95	100,75	100,75
9 Samwa 95	98,75	99
8⅝ Becpac 90	98,25	98,125
11⅝ SNCF 94	108,625	108,625
9 SNCI 95	99,5	99,5
10⅝ Sparkas91	105,875	104

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Am Ende einer Präsentation steht man häufig schlecht da. Wieso?

Kennen Sie das? Da hat man sich Nächte für eine Präsentation um die Ohren geschlagen – und was passiert? Die Leute schlafen reihenweise ein. Das einzige, was hängenbleibt, ist ein schlechter Eindruck – in ganz müden Fällen gar kein Eindruck.

Auch die interessantesten Ideen wirken langweilig, wenn sie nicht in ebenso interessanter Form kommuniziert werden.

Selbst Einstein hinterließ häufig eine relativ verwirrte Zuhörerschaft. Die Ursache: Der Stil, seine Gedanken zu präsentieren, war manchmal komplizierter als seine Theorien.

Egal, was Sie zu kommunizieren haben: von der einfachen Information eines Memos bis hin zu den umfangreichen Inhalten einer perfekt gestalteten Unternehmensbroschüre – ein Apple Personal Computer wie der Macintosh hilft Ihnen, Ihre Ideen interessanter, übersichtlicher und überzeugender darzustellen. Dank der faszinierenden Möglichkeiten des Macintosh und zum Beispiel JAZZ, einer speziellen Software, können Sie in Sekundenschnelle ganze Absätze und Seiten umstellen, korrigieren und ergänzen. Und das sogar in zig verschiedenen Schrifttypen und -größen.

Einzigartig sind dabei die graphischen Fähigkeiten:

Zum Beispiel lassen sich Zahlen in leicht lesbare Diagramme umwandeln – für jedermann verständlich.

Mit Software wie „PageMaker" kombinieren Sie dann – auf Knopfdruck – Texte und Diagramme zu einer druckreifen Gestaltung. Auch das ist einzigartig. Und wenn Sie alles genau nach Wunsch auf dem Bildschirm haben, können Sie es in bestechender Form ausdrucken – mit dem neuen LaserWriter von Apple: in feinster Druckqualität. Und alles das können Sie tun, ohne Ihren Schreibtisch auch nur einmal zu verlassen. So sparen Sie Zeit und Geld: Kein Hin und Her mehr durch Zwischenabstimmungen und keine Fremdkosten mehr, zum Beispiel für Gestaltung.

Warum also sollten Sie als Kommunikations-Profi aus Marketing oder Werbung oder Verlag oder Hochschule oder, oder, oder… auf einen Apple verzichten?

Apple Informationsmaterial* direkt von Apple Computer GmbH Ingolstädter Straße 20 8000 München 45

Hannover Messe '86 CeBIT 12.–19. 3. 1986 Halle 13 Stand 316/410 Halle 16 Stand 915/1016

SONDERAUSGABE

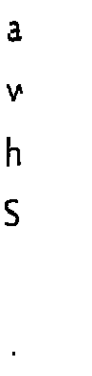
Apple Computer

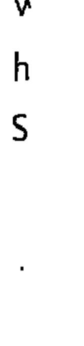
* PS: Wichtig für Kommunikations-Profis aus Marketing, Werbung, Verlag oder Hochschule. Bitte Berufsbezeichnung angeben für ein gezieltes Info-Paket.

Das Apple Symbol, der Name Apple, AppleTalk und der Apple LaserWriter sind Warenzeichen von Apple Computer Inc. Macintosh ist ein Warenzeichen und für Apple lizenziert. Jazz ist ein eingetragenes Warenzeichen von Lotus Development GmbH. PageMaker ist ein eingetragenes Warenzeichen der Aldus Corp.

SIE FINDEN IHREN APPLE SYSTEM-HÄNDLER IN: **Augsburg** – CHS Datentechnik GmbH, 510029; **Bad Kissingen** – FMS-COMPUTER, 4044; **Berlin** – CSM Computer-Shop, Minhoff & Co. GmbH, 860642, Pandasoft Dr. Ing. Eden, 310423, RUNOW Büroelektronik, 2611126; **Bietigheim-Bissingen** – Ziessnitz-System-Elektronik, 6845; **Bochum-Grumme** – Fritz Hoehne, 596026/27; **Bonn** – Plasman Computercenter, 650968; **Bremen** – Computerland, 15051; **Coesfeld** – Bense KG, 5231; **Ditzingen b. Stuttgart** – TEACH Hard- u. Software Vertrieb GmbH, 3001-0; **Dortmund** – RSS Electronic Schroeder & Resch, 525292; **Düsseldorf** – GVR Ges. f. Verwaltg.-Rationalisierung, 680090, Kleinofen Computer, 363068-69; **Erlangen** – Computerservice W. Decker, 42076; **Eschborn/Taunus** – ORG-TEAM Ges. f. Datensysteme mbH, 48715; **Essen** – RSS Electronic Schroeder & Resch, 789908; **Freiburg** – UCD COMPUTER-SYSTEME Desbarats KG, 73314; **Friedrichshafen** – WAGNER DATENTECHNIK, 26023-5; **Hamburg** – CITYCOMP Computer + SW GmbH & Co., 353131, CITYCOMP Computer GmbH & Co., 2713216, DPS-Computerservice GmbH, 336434/35, Holtkötter, 669810, Walter Kluxen GmbH, 237010, Systematics GmbH EDV Systemberatung, 2203331; **Hannover** – Friedrich Frings Horst Kuschnerus, 326641; **Heilbronn** – Uhlmann Computersysteme, 10994; **Heppenheim** – Kraus Computerdienste GmbH, 67516; **Karlsruhe** – CDS Computer & Datensysteme Ludwig GmbH, 811035; **Kiel** – CSK Computer Systeme Kiel GmbH, 54581; **Leverkusen** – City-Computer, 48962; **Mannheim** – MKV GmbH, 857590; **München** – CF Computerfachgeschäft GmbH, 227301, Procomp Computer Systeme GmbH & Co. KG, 3597091, Hauser GmbH, 785990, Kaut-Bullinger & Co. GmbH & Co. KG, 6226306; **Nürnberg** – SanData GmbH, 521095; **Nürtingen** – Schwanzer + Frueh Microcomputer, 31711; **Oberhausen** – Kamp-Bürosysteme GmbH, 890086; **Rengsdorf** – Weidemann Electronic, 660; **Rösrath/Hoffnungsthal** – Infoplan GmbH, 8050; **Trier** – NOVOCOMP Datensysteme GmbH, 42244; **Wuppertal** – Brosius & Koehler Computersysteme, 665779.

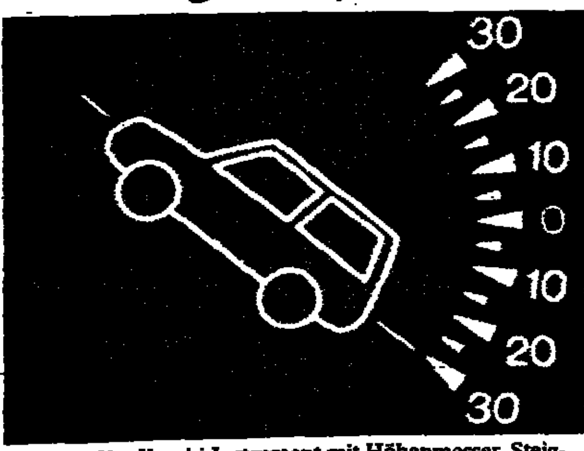







MEHR DAMPF

Ein Blick zunächst auf den neuen LandCruiser selbst. Er ist das Original. Die Legende. Mit über 1,5 Millionen gebauten Exemplaren das Nonplusultra der zuverlässigen Fortbewegung auf allen möglichen und unmöglichen Straßen dieser Welt. Und er hat das Zeug dazu, auch auf



Serienmäßig: Kombi-Instrument mit Höhenmesser, Steig- und Kippwinkelanzeige für mehr Sicherheit im Gelände. Abb.: Steigwinkelanzeige.

unseren Boulevards und Autobahnen eine blendende Figur zu machen: Mit modernisiertem Styling. Einem Innenraum, der auch mitteleuropäischen Ansprüchen an Reisekomfort standhält. Und nicht zuletzt mit seinem nagelneuen, bulligen Turbo-Herz, das mit 86 PS (63 kW) und einem enormen Drehmoment von 188 Nm bei nur 2.400 min^{-1} vor allem eines verspricht: mehr Dampf in allen Lebenslagen.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die finanzielle Seite: Nie waren die Zeiten so LandCruiser-freundlich wie heute. Denn erstens sind Sie mit dem Turbo-Diesel bis auf weiteres von der Kfz-Steuer befreit. Sie sparen bis zu DM 1.100,–. Zweitens muß man das aktuelle Toyota Finanzierungs-Angebot mit 3,33 % effektivem Jahreszins* als ausgesprochen günstig betrachten. Und drittens hält auch der Preis jedem Vergleich stand: DM 31.800,–** sind allein schon Grund genug, umgehend Ihren Toyota Händler auf das Thema „Mehr Dampf" anzusprechen.

***3,33 %** effektiver Jahreszins. Anzahlung nur 33 %. Laufzeiten 12, 24 oder 33 Monate über Absatzkreditbank.



** Unverbindliche Preisempfehlung zuzüglich Überführung.

Aktien auf breiter Front fest

Massive Anlagekäufe in den Papieren der Großchemie

DW. – Kaufaufträge aus dem Ausland wie auch aus dem Inland führten zu einem kräftigen Kursanstieg, von dem nahezu alle Standardaktien erfaßt wurden. Dabei zeigte sich, daß die Märkte auf dem ermäßigten Niveau sehr eng geworden sind. Teilweise zogen marktbreite Standardaktien, wie zum Beispiel Siemens um mehr als 20 DM an. Echte Anlagekäufe zu steigenden Notierungen in den Titeln der Großchemie, die unter der Schwächeperiode nur wenig an Boden verloren hatten, jetzt aber voll am Wiederanstieg teilhaben.

Mit Erleichterung registrierten die Börsianer die Kursbesserungen bei den Bankaktien, an der Spitze die Deutsche Bank, die um 30 DM zugelegt hat. Bei anhaltender Kursstabilität kommt die Dresdner Bank nicht in die Gefahr bei ihrer bevorstehenden Kapitalerhöhung ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie die Commerzbank, wo sich der Kurs der Altaktien immer noch unter dem Emissionspreis der jungen bewegt. Deutlich befestigt lagen die zuletzt vernachlässigten Autoaktien, von denen Daimler rund 30 DM angezogen haben. Porsche, obwohl unter der Dollarschwäche leidend, zogen sogar um rund 75 DM an. Im Elektrobereich verbesserten sich Nixdorf um 20 und AEG um weitere sechs DM. Im Kaufhausbereich gab es zum Teil zweistellige Kursanhebungen. Bei den Maschinenbaupapieren ebenfalls deutliche Kursgewinne. So stiegen Linde bei kleinen Umsätzen um knapp 35 DM. Von den Versorgungswerten wurden Veba angehoben und liegen nur noch wenig unter den bisherigen Höchstkursen.

Frankfurt: Hochtief konnten sich um 30 DM, Metallgesellschaft um 10 DM und Adler um 15 DM erholen. Springer fielen um 5 DM zurück, Cassella büßten 39 DM ein und Rheinmetall verminderten sich um 17 DM.

Düsseldorf: Aigner erhöhten sich um 4 DM, Gehe befestigten sich um 2 DM und Hochtief zogen um 20 DM an. Balcke-Dürr gaben um 10 DM nach.

Hamburg: Phoenix Gummi konnten sich um 2 DM und Bremer Vulkan um 3 DM erholen. Gut behauptet lagen HEW mit plus 0,50 DM. Hapag Lloyd gingen mit plus 1,50 DM aus dem Markt. Um 5 DM fester verkehrten Beiersdorf.

Berlin: Spinne Zehlendorf gewannen 70 DM, Springer 20 DM und Schering 15 DM. Berliner Elektro ermäßigten sich um 9 DM, Berliner Kindl um 2,50 DM und Bergmann um 2 DM.

München: Agrob St. verbesserten sich um 3 DM Flachglas stiegen um 8 DM und Großkraft Franken um 5 DM. Audi verminderten sich um 6 DM, Dywidag um 1,50 DM und Electro 2000 um 18,50 DM.

Stuttgart: Daimler zogen um 25 DM, Mercedes um 37 DM und Porsche um 44 DM an. Kolbenschmidt mußten 5 DM abgeben. Boss konnten sich um weitere 10 DM und Zeag um 7 DM steigern.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 275,51 (267,55)
WELT-Umsatzindex: 8054 (6695)
Advance-decline-Zahl: 141 (61)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Kursgewinner (Frankfurt):

Kursverlierer (Frankfurt):

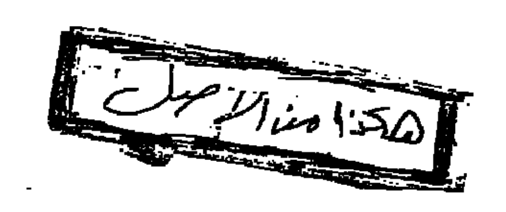
Junge Aktien

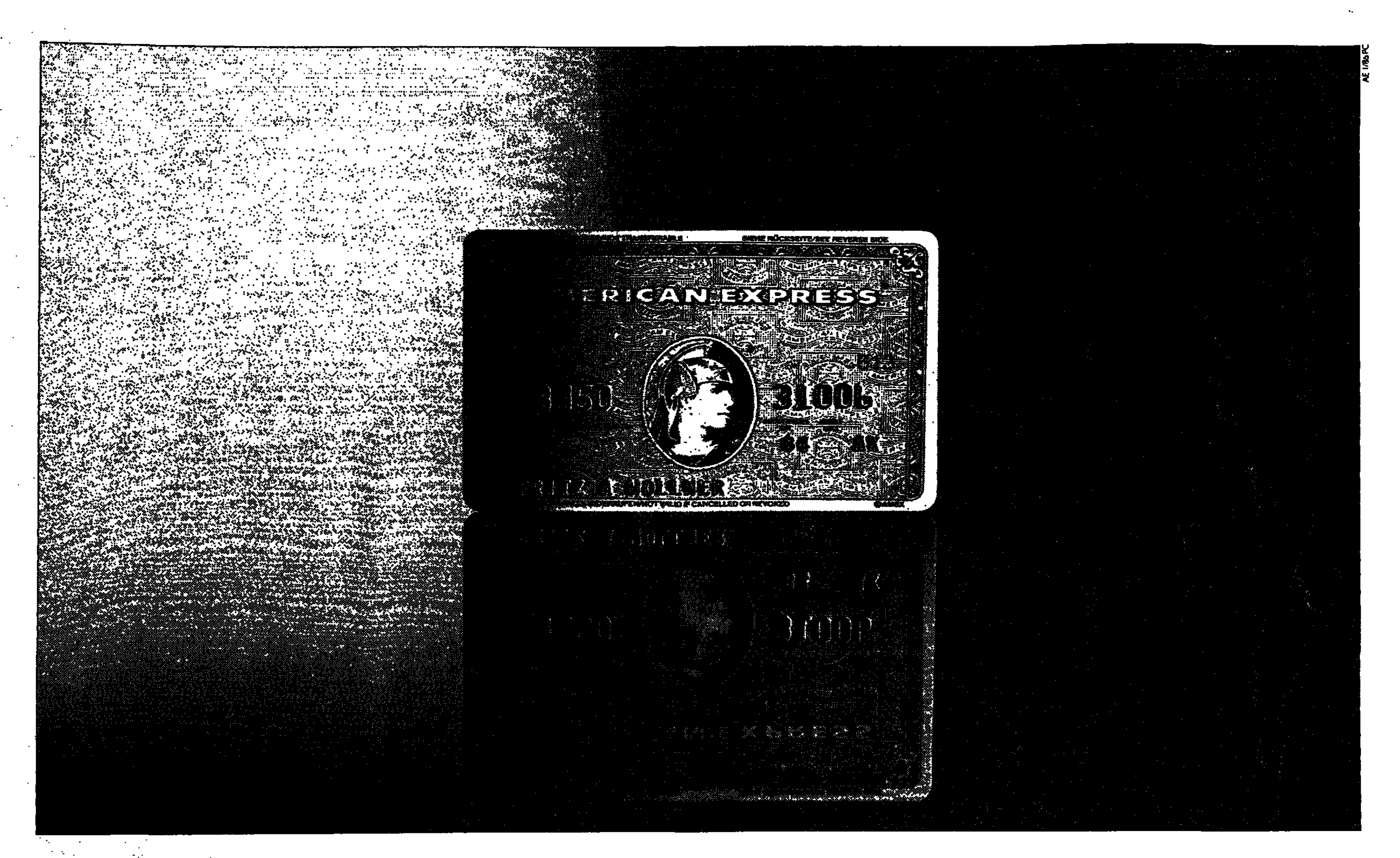
Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate





Bevor etwas Statussymbol wird, ist es das beste Mittel zum Zweck.

EINE perfekte Kamera wird nicht schlechter, nur weil sie gelegentlich die falsche Hand berührt.

Eine American Express Karte *ist keine Angabe*, nur weil sie gelegentlich jemand zum Angeben benutzt.

Wie alle wirklich guten Dinge ist sie entstanden, um einen alltäglichen, häufigen Vorgang so *einfach und wirtschaftlich* wie möglich zu machen.

In der Tat, kennen Sie einen simpleren Umgang mit Geld, *als mit Ihrem guten Namen* zu bezahlen? So hat es früher Ihre Mutter beim Kaufmann um die Ecke gemacht. Für Sie ist die Welt etwas weiter geworden. Damit Ihnen die Kaufleute *überall sofort* vertrauen, gibt es die Karte.

Sie können sich damit *nicht* die Welt kaufen. Aber Sie können sich damit an *vielen* Ecken und Enden dieser Erde viele Umstände sparen.

Wenn Sie diese Funktion brauchen, wird Sie die schöne Form nicht stören.

American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

Der „Vollschlanke" neben Ingrid Steeger: Klaus Dahlen in der Show „Susi"

Fasziniert von Juhnkes Kreppsohlen

Oh Susi, was hast Du getan? Oh Susi, Du machst mich so an", stöhnte Frank Zander Ende der 70er Jahre lustvoll in seinem „zensierten Song" und begann die tragische Geschichte eines verkorksten Schlagers. „Oh Susi" rauschte es 1980 auch im deutschen Blätterwald nach der ersten Ausstrahlung der sechsteiligen gleichnamigen WDR-Unterhaltungsserie. „Als Minderheitenprogramm für Leute, die nicht bis drei zählen können gerade noch tragbar, kommt dieser Magerquark zur besten Essenszeit ins Haus", schrieb damals ein Kritiker.

Noch weiter ging das Satireblatt Titanic, das sogar einen Preis von 100 000 Mark für den gelungenen Nachweis ausschrieb, daß in der internationalen Film- und Fernsehgeschichte schon mal etwas Dümmeres ausgestrahlt worden sei! Michael Pfleghar, Regisseur der Susi-Geschichten, raufte sich die Haare und verteidigte die Serie als neue Unterhaltungsform. Ins Toupet griffen sich auch die Mittelbewirtschafter des WDR, denn immerhin hatte der Klamauk à la Klimbim stolze 4,5 Millionen Mark gekostet.

Sicherlich sind die hohen Investitionen mit daran schuld, daß uns, wenn auch zur späten Stunde, die Comedy Show neuerlich zum Wiederkauen vorgesetzt wird. „Der Situationskomödie gehört die TV-Zukunft" stellte Pfleghar vollmundig fest und versuchte, diese Showform im deutschen Fernsehen populär zu machen. Susi und ihre Pariser Alltagsgeschichten wurden nach diesem Strickmuster produziert. Neben Ingrid Steeger mußten wohl weitere Pfleghar-Stützen des Klimbim- und Himmlischen-Töchter-Clans weiterbeschäftigt werden, wie Peer Augustinski, Helmut Holger und Klaus Dahlen.

Dahlen, Jahrgang 1938, ist auch nach Jahren der Pfleghar-Abstinenz nicht in der Lage, sich kritisch mit den Pariser Susi-Geschichten auseinanderzusetzen. Im Gegenteil: Der gemütliche 125-Kilo-Mann mit dem Babyface schwärmt noch heute von der guten Zusammenarbeit. „Gut, die erste Folge ist ein wenig breit geraten und als Einführung zu verstehen. Aber daß eine Zeitung ein Zuschauermeckerband eingeführt hatte, fand ich damals und heute noch übertrieben. Der Pfleghar war einfach seiner Zeit zu weit voraus. Über seine Lach- und Applausbänder haben sich die Kritiker aufgeregt, doch inzwischen macht das im Showgeschäft fast jeder. Daß Susi in die Hose ging, lag auch daran, daß die Bücher von Walter Kempley nicht fertig waren. Pfleghar hat jede Nacht daran weitergeschrieben. Hinzu kamen nach der dritten Folge Schwierigkeiten mit dem WDR als Produzenten, weil wir schon die Hälfte der Drehzeit überschritten hatten. Zudem wurden uns für den letzten Rest die Mittel gestrichen, und wir mußten sehen, wie wir alles in den Kasten bekamen."

Susi – ARD, 23.00 Uhr

Klaus Dahlen weiß, wovon er spricht. In seinem Leben ging fast nichts seinen normalen Gang. Kurz vor Kriegsende wurde er in Berlin eingeschult. Nach acht Tagen wurde der Unterricht durch eine Luftmine abrupt abgebrochen. Dahlen versuchte einen neuen Schulstart in einer anderen Volksschule. Weil er das Gebäude nicht gleich fand und zu spät kam, brüllte ihn der Lehrer an: „Man sagt als erstes 'Heil Hitler'!" Darauf Dahlen: „Das sagt mein Vater auch nicht", worauf ihm eine runtergehauen wurde, daß das Trommelfell Schaden nahm.

Dahlen war ein verträumtes Berliner Wedding-Kind. Er träumte sich aus Zilles Arbeitermilieu heraus und hegte den Wunsch, Schauspieler zu werden. Er hatte auch ein Idol: „Im Nachbarhaus wohnten Harald Juhnkes Eltern. Ich fand es toll, wie der Sohn, im eleganten Kamelhaarmantel gekleidet und mit dicken Kreppsohlen unter den Schuhen, sonntags zum Kaffeetrinken kam." Auch eine abgebrochene Lehre als Großhandelskaufmann änderte nichts an seinem Wunsch.

Harald Juhnke, „der heute noch so wie damals läuft, dafür aber mehr säuft", verschaffte Dahlen eine Komparsenrolle beim Film. Dort fiel der junge „Vollschlanke" auf, sprach bei Wolfgang Spier einen Klassiker vor und war am Hebbeltheater engagiert. Seit 1957 hat er in rund 120 Fernsehfilmen mitgewirkt und in vielen Theaterstücken auf der Bühne gestanden. Er ist ein Erzkomödiant, der mehr kann, als nur in Blödelrollen aufzutreten – Zadek und Barlog können ein Liedchen davon singen.


Kann mehr, als nur in Blödelrollen auftreten: Der Schauspieler Klaus Dahlen FOTO: DPA

Doch seinen Durchbruch hatte er mit Pfleghars „Himmlischen Töchtern" (mit Steeger und Iris Berben) und, im Austausch mit Diether Krebs, als Schwiegersohn beim TV-Ekel Alfred Tetzlaff. Doch vom Fernsehen fühlt er sich im Stich gelassen. Und so träumt er wie schon als kleiner Junge von einer großen Rolle, die ihn aus dem Kreis des ewigen Ensemble-Darstellers herausholt. „Ich bin doch nicht Schauspieler geworden, um nur im Dunkeln herumzutanzen." Ob nach der neuerlichen Susi-Ausstrahlung mehr Licht auf ihn fällt?

ROLF PETERS

KRITIK

Nur dem Faulen winkt das Glück

Da hat sich nach seinem Achtungserfolg („Jakob, der Lügner") der inzwischen in West-Berlin lebende Schriftsteller Jurek Becker an einem Drehbuch für eine sechsteilige Serie unter dem Titel **Liebling – Kreuzberg** (ARD) versucht. Kreuzberg – Problembezirk Berlins, das ließ nur die Alternative zu: scharfsichtige Darstellung des sozialen Spannungsfeldes oder aber schnoddrig-komische Berliner Gelassenheit. Becker hat sich für den Weg entschieden, der bekanntlich im Sande verläuft: den Mittelweg.

Erzählt wird die Geschichte des Anwalts und Titelhelden Liebling (Manfred Krug), der nach der Devise „Glück kann man nur haben, wenn man faul ist" handelt und dessen Praxis nur dank seiner umsichtigen Sekretärinnen floriert und, so wird später noch für den ratlosen Zuschauer ergänzt, dank einer väterlichen Erbschaft. Mit diesem Grundstock kann er sich – in ausgedehnten Einstellungen (Regie: Heinz Schirk) – unbesorgt in der Sonne von Grünanlagen räkeln, während in der Praxis ein Uralt-Ehepaar, von dem man vermutet, daß es letztwillige Verfügungen ordnet, lauthals – und das soll vermutlich komisch sein – nach Scheidung begehrt.

Aber das Strickmuster will auch Ernsthaftes: Auftritt eines Klienten, der in eine Auto-Unfallsache verstrickt ist; der juristisch-moralische Faden dieses Falles – man ahnt es – dehnt sich vermutlich durch den sechsteiligen Stoff. Schließlich erscheint – Liebling ist wiederum eher zufällig (komisch, komisch!) in seiner Praxis – der Untertitelheld des ersten Teiles: „Der neue Mann", der sich, aus dem Süddeutschen kommend, in Berlin anwaltliche Sporen verdienen will. Versteht sich, daß er augenblicklich in einen Fall – diesmal von Jugendkriminalität – anwaltlich verwickelt wird.

Der junge Anwalt muß sich bewähren, wie sich die Fabel schon tausendfach bewährt hat, Liebling wird sich vermutlich zu einer Art Robin Hood mausern, und Becker fällt vielleicht der Ruhm zu, die Schwarzwaldklinik ins Juristische transponiert zu haben.

PETER FISCHER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Anneliese Rothenberger stellt vor
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Drehflügler
Die Geschichte des Hubschraubers
16.55 Wilde Tiere
Der Waschbär
17.15 Links und rechts vom Äquator
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kennwort Möwe
Fernsehfilm von Wolfgang Menge
Mit Hans-Christian Blech, Karl-Heinz Vosgerau, Dieter Kirchlechner u. a.
Regie: Tom Toelle
Ein junger rechtsradikaler Terrorist zwingt ein französisches Flugzeug zur Landung auf dem Flughafen Köln/Bonn. Während er einen Wust von politischen Forderungen losläßt, beginnt bei Polizei und Regierung die Zuständigkeitsrangelei.
21.40 Brennpunkt
„Nichts dazugelernt?" – Von Deutschen und Juden 1986
Leitung: Ernst Elitz
22.30 Tagesthemen
23.00 Susi
1. Teil: Meine liebe Familie
In sechs Folgen unterhält Ingrid Steeger alias „Susi" die Zuschauer mit ihren Erlebnissen in Paris. Mit von der Partie sind Peer Augustinski, Helmut Holger, Klaus Dahlen, Ulrike Martineck u. a.
Regie: Michael Pfleghar
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Komet
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 ZDF Magazin
Deutschlandpolitik auf dem Holzweg? / Ämterhäufung bei DGB-Unternehmen / „DDR"-Scheinparlament von SED beherrscht
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.05 Ein Guru aus Rom
Papst Johannes Paul II. in Indien
22.40 Ratschlag für Kinogänger
„Killing Cars"
Von Michael Verhoeven
22.45 Der besondere Film
Der Feuerkopf
Finnischer Spielfilm (1980)
Mit Asko Sarkola u. a.
Regie und Buch: Pirjo Honkasalo, Pekka Lehto
„Der Feuerkopf" ist das Synonym für die wohl schillerndste Erscheinung der finnischen Literatur, für den Schriftsteller Algot Untola. Er führte ein unruhiges Leben in einer unruhigen Zeit, die für Finnland geprägt war von dem Kampf um kulturelle Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit.
0.55 heute

SAT 1

15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 S. O. S. – Charterboot!
18.00 Es darf gelacht werden
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport auf SAT 1
19.45 Django – nur der Colt war sein Freund
Italienischer Spielfilm (1966)
21.30 APF blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
Henry Moore – Zu Hause
23.40 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Der Steirische Gangerl
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Buddha für das Abendland?
22.30 Begegnungen
Frank A. Meyer im Gespräch mit André Glucksmann, Philosoph
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Der unsichtbare Mann
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Capriccio
Deutscher Spielfilm (1938)
22.23 RTL-Spiel
22.30 Wer bin ich?
22.52 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Lippstadt
Information und Unterhaltung
21.45 Wissenschaftsshow
Mikrochips der Urzeit. Mit Bakterien in eine neue Ära der Hochtechnologie?
Von und mit Jean Pütz und Theodor Störbrock
22.30 Höllenflieger
Amerikanischer Spielfilm (1930)
(Original mit deutschen Untertiteln)
Mit Ben Lyon, James Hall, Jean Harlow, John Darrow u. a.
Regie: Howard Hughes
0.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Wohin mit den Orangen?
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
21.00 Offerte
21.15 Das Licht der Gerechten
Französische Fernsehserie
22.10 Tabu
Dokumentar-Spielfilm (1931)
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.30 Black Beauty (16)
18.55 Pumpa (16)
19.05 Dingsda
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker heute in Oestrich-Winkel
Moderator: Uwe Günzler
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (11)
22.20 Ordnung ist das halbe Leben
Englischer Fernsehfilm

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 45 Fieber
Jugendmagazin
20.15 Reisewege zur Kunst: Schweden
21.00 Kaiserwalzer
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit Joan Fontaine, Bing Crosby, Richard Haydn u. a.
Regie: Billy Wilder
22.40 Die Tragödie
Eine Geschichte aus der Weimarer Republik
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Verstehen Sie Spaß?
19.30 Dingsda
Quiz mit Fritz Egner
20.00 Der Leih-Opa
20.50 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
7. Eine kleine Erinnerung
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen extra
22.45 Erwerbs-unfähig?
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Die Schlüssel zu meiner Tür gebe ich zurück.
Nichts will ich mehr aus meinem Haus.
Ich bitte nur um Eure letzten lieben Worte.
(Tagore)

Juan Emilio Sánchez G.
Generalkonsul von Bolivien (R)

In Liebe und Trauer
Deine Laurentia
und Victoria
Die Angehörigen und Freunde

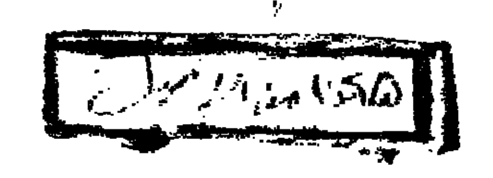
Trauerfeier und Bestattung Freitag, 21. Februar 1986, 14 Uhr, Kapelle Neuer Friedhof Jesteburg, Kreis Harburg.

Johannes C. W. Müller

geboren am 7. Januar 1903 in Hammerstein/Westpreußen, ist am 6. Februar 1986 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben.

Ellen Müller

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.
Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.



Zu klein begonnen

P. Jo. – „Alles beginnt im kleinen", verkündet aufmunternd der Buchtitel. Auch daß es „pro Umwelt" geht, läßt er uns wissen. Denn der Photograph Christoph Valentien und der Journalist Peter Meroth haben sich zusammengetan, um uns bildreich und mit apodiktischen Sätzen umweltpolitische Mores zu lehren (Herder Verlag, Freiburg i. Br., 80 S., 68 Photos, 14,80 Mark).

So sehen wir links ein Photo von Plastikbechern und -bestecken, rechts Porzellangeschirr, mit dekorativer Zitrone und Petersilie verziert. Da werden uns links allerhand Plastiktüten vorgeführt und rechts ein schöner alter Korb. Links zieht sich eine Ölspur über die Straße, während wir rechts unser Auge auf einer Wiese mit Pusteblumen ruhen lassen dürfen.

Und so geht es munter weiter. Die Autobahn wird gegen den stillen Waldweg ausgespielt, das Wohnhochhaus gegen einen Hauseingang der Gründerzeit (als ob damals nicht die Mietskasernen erfunden worden wären!), der kanalisierte Fluß in einer Stadt gegen einen kleinen Bach in einem Bergtal.

Derlei Kontrastmontagen waren und sind als Argumentationshilfe zu allen Zeiten beliebt gewesen, nicht erst, seitdem es die Photographie gibt. Schon das Mittelalter liebte diese polemischen Gegenüberstellungen im Religionsstreit, und politische Auseinandersetzungen wurden und werden seitdem gern mit drastischen Ausmalungen von Gut und Böse, falsch und richtig, Gott und Teufel ausgetragen. Nur kann man auf diese Weise niemanden überzeugen. Allenfalls überreden. Oder überrumpeln.

Da die Wirklichkeit nicht nur schwarz und weiß ist, sollte man sie nicht nur schwarz-weiß abbilden – mögen Photos dazu auch herausfordern. Denn: Alles beginnt im kleinen. Auch das Nachdenken und Differenzieren.

Baseler Kunsthalle zeigt Arbeiten von Walter Dahn

Chinesischer Afrikaner

Aus allen Sechsen, die als „Mülheimer Freiheit" gleichsam die rheinische Variante der neuen, „wilden" Malerei ins Spiel brachten, ist etwas geworden: Aus Bömmels, Dahn und Dokoupil, aus Adamski, Naschberger und Gerard Kever. Der Kunstmarkt bewertet inzwischen Georg Dokoupil am höchsten; er kam vor gut einem Jahr zu einer wandernden Museumsretrospektive in Essen, Luzern, Groningen und Lyon.

Nun fällt diese Auszeichnung in gleich doppelter Form Walter Dahn zu. Denn in Basel kooperiert die Kunsthalle mit dem Museum für Gegenwartskunst. Während die Kunsthalle eine Übersicht über Walter Dahns Gemälde aus den letzten fünf Jahren gibt, zeigt das Museum für Gegenwartskunst die Zeichnungen der Zeitspanne von 1972 bis 1985 sowie ausgewählte Skulpturen.

Wenn sich Dokoupil in der Rolle des Zynikers gefällt, so hat Dahn den Part des Moralisten übernommen. Solche Arbeitsteilungen sind wohl nicht ohne Bedeutung. Dahn und Dokoupil haben eine Reihe von Bildern gemeinsam gemalt, auch sonst durchdringen sich ihre Bildwelten beständig. Basel allerdings zeigt Dahn nur als Solisten.

Für Dahns dunkel verquere Sicht auf Leben und Welt gibt es reichlich Beispiele: „Einen Besen fressen" wird da ganz wörtlich genommen, im Dunkeln tanzt ein kopfloser Teufel, der „Nachbar der Welt" ist ein Jungenkopf, der scheinbar achtlos zwischen zwei Erdkugeln gerollt ist, „Weltinhalt" lastet als schwere, große Blase auf einem Menschen, und ein doppeltes Selbstporträt hat die an den Bildrand geschriebene Aufforderung „Löscht mit Blut das brennende Wissen" schon insoweit erfüllt, als in beiden Köpfen jeweils eine Axt steckt.

Zuweilen knabbert Dahn mit seinen Bildinhalten an der Politik, wenn er etwa in einem „Alternativvorschlag" ein Flugzeug Häuser auf Raketenbasen abwerfen läßt, sich in „Friedliches Voodoo" das Zeichen der Atomwaffengegner aus Totenköpfen formt.

Da malt also ein junger Mann – Dahn ist Jahrgang 1954 – Behauptungen über eine Welt, mit der er offenbar nur über den Kunstmarkt zurechtkommt, malt er Szenen eines Lebens voller Angst und Unsicherheit. Unsicher ist ganz gewiß auch Dahns malerische Position. Der häufige Wechsel von Stilen, der bei ihm in ständigen Volten von der gestischen Malerei der ersten Zeit über Spraybilder und schwarze Konturenmalerei auf monochromen Gründen bis zur Siebdrucktechnik geführt hat, dieser Wechsel macht bei Dahn nie den Eindruck des virtuosen Spiels mit den Möglichkeiten, die einem Maler heute offenstehen, er wirkt tatsächlich mehr wie Unsicherheit, wie das Suchen nach der eigenen, gemäßen Ausdrucksform.

Auf den ersten Blick sehen Dahns Bilder danach so gar nicht aus. Er ist jemand, der personalisiert, der selbst zwei Kamelhöckern noch komische Gesichter gibt. Maskenspiel und verstellte Identität kehren immer wieder. Das wirkt lustig. Man kann Dahns Bilder auf dieser Ebene mit Gelächter an sich abgleiten lassen: Unterhaltungskünste eines malenden Clowns. Nur ist daran wohl nicht gedacht. So wenig wie an maltheoretische oder malpraktische Probleme.

Neben einigen Frühwerken wirken in der Kunsthallen-Retrospektive am überzeugendsten wohl jene ganz kargen Bilder, in denen Dahn auf größtem Format schwarze Embleme auf monochrome, aber dabei doch gestaltete Gründe malt. Oder besser: mit dem Pinsel zeichnet. Das „Selbstporträt als chinesischer Afrikaner" ist von dieser Serie sicher das bekannteste geworden, aber die anderen Bilder stehen dem an Zeichenhaftigkeit und totemischer Beschwörungskraft kaum nach. Diese Intensität geht verloren, wenn Dahn ganz ähnliche Äußerungen nicht mehr per Pinsel, sondern per Siebdruck schwarz auf gemalten Grund überträgt. Das mag seinen Grund darin haben, daß Dahn im Innersten seines Tuns ein Zeichner geblieben ist, den die zweite Basler Ausstellung mit einer Vielzahl von Blättern zu Wort kommen läßt.

Das erstaunlichste dabei ist, und das spricht durchaus für Dahn, daß man hier schon auf den frühesten Blättern von 1972, also lange vor dem Aufbruch in neu-wilde Malerei, Dahns Bildwelten vorformuliert sieht.

Der dritte Zweig, die Skulpturen, liegt Dahn, der beständig Anregungen von der afrikanischen Kunst aufnimmt, naturgemäß besonders am Herzen, ohne daß er auf diesem Gebiet wirklich mehr als dreidimensionale Repliken seiner Malerei vorlegen könnte. Es sind allemal Skulpturen, die nur eine Schauseite haben, und auf der wirken sie glatter, äußerlicher als ihre gemalten Pendants.

REINHARD BEUTH

Gemälde: Kunsthalle Basel bis 8. März; Museum Folkwang Essen 21. März bis 4. Mai; Stedelijk-van-Abbe-Museum Eindhoven 1986/87; Katalog: 27 sfr.; Zeichnungen: Museum für Gegenwartskunst Basel bis 29. März; Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld 4. Mai bis 22. Juni; Hannover 2. Juli bis 24. Aug.; Ulm 7. Sept. bis 5. Okt.; Stedelijk-van-Abbe-Museum Eindhoven: 1986/87; Badischer Kunstverein Karlsruhe: Frühjahr 1987; Katalog 20 sfr.



Paraphrase auf die Lebens-Rune der Atomwaffengegner: „Friedliches Voodoo" (1982) von Walter Dahn FOTO: KATALOG

Der lange Abschied vom Prenzlauer Berg – WELT-Gespräch mit dem Lyriker Jürgen K. Hultenreich

Ein Fisch geht eigensinnig über Land

Sein bisher gedruckt vorliegendes Werk wiegt ganze 100 Gramm, und eine Schachtel „Handelsgold"-Stumpen ist mindestens dreimal so dick wie der erste Lyrikband des 1948 in Erfurt geborenen Dichters Jürgen K. Hultenreich, der seit Juni 1985 in West-Berlin lebt. Aber im Unterschied zu den properen Glimmstengeln, die Hultenreich immer zur Hand hat – *„Zigarre, du mein brauner Schatz"* –, „brennen" die Gedichte seines Bandes „Langsam rückwärts ist eine kräftige Gangart" (Basis Verlag, Berlin 1985, 12,80 Mark) wesentlich länger. Vorausgesetzt: man findet Geschmack an dieser Sorte.

In der „DDR" jedenfalls gab es da auch in Hultenreichs Fall eine unüberbrückbare Geschmacks-Differenz. Er lernte die (kontraproduktive) Macht der unbekannten Scherenschwinger kennen: 1981 hörte Hultenreich, daß die „DDR"-Literaturkritikerin Dorothea von Törne Gedichte für eine Anthologie junger Poesie sammelte. Er schickte ihr zwanzig Texte, vierzehn davon nahm sie an. Später mußte sie ihn wissen lassen, daß lediglich vier Gedichte in die Anthologie kämen, denn leider sei der Verlag „anderer Meinung" als sie.

„Vogelbühne" heißt die Sammlung, die lange brauchte, ehe sie 1983 das Licht der Öffentlichkeit erblicken durfte. Für Hultenreich jedenfalls war es zugleich der erste und letzte Auftritt auf einer volkseigenen Bücherbühne. Man wußte schon lange, daß es sich gerade bei diesem Poeten um einen jener „schrägen Vögel" handelte, auf die zutraf, was die Herausgeberin sibyllinisch in ihrem Vorwort notierte: „Vorlieben für bestimmte Flugrouten sind seit Jahren zu erkennen, wichtige Markierungspunkte dagegen scheinen aus dem Blickfeld geraten zu sein."



„Man darf die ohn-MACHT nie aus den Augen lassen", schrieb sich der Ex-„DDR"-Lyriker Jürgen K. Hultenreich ins Stammbuch FOTO: RENÉ HILL

Flugroute – der Weg aus der Ordnung des Zensors

Hultenreichs „bestimmte Flugroute" war nichts anderes als „Der Weg aus der Ordnung" – so der Titel eines Films, den sein Freund, der Regisseur Heiner Sylvester, 1983 illegal in Ost-Berlin drehte. 1985, Sylvester war inzwischen in den Westen Deutschlands gegangen, sendeten die III. Programme den subversiven Streifen, der drei Figuren der nonkonformistischen Poetenszene vom Prenzlauer Berg ins Blickfeld rückte: den in Ost und West bekannten Fühmann-Zögling Uwe Kolbe, den bis dahin nur in der „DDR" aufgefallenen Lyriker und Prosaisten Bernd Wagner (seit wenigen Wochen auch er im Westen) sowie den hüben und drüben fast unbekannten Jürgen K. Hultenreich.

Wenn der Unbekannte in diesem Film mit seinen Texten und Äußerungen den Bekannten den Rang ablief, dann deshalb, weil man spürte, daß er den „Weg aus der Ordnung" schon zu einem Zeitpunkt angetreten haben mußte, als er dieser übermächtigen Ordnung noch allein gegenübergestanden und seinen heiklen Standpunkt durchgehalten hatte. Es war der Standpunkt dessen, der sich weigerte, *„den Ausweis zu zücken, um nachzuweisen, ein Hund zu sein"*. Es war der Standpunkt dessen, der früh schon an einen der Großen der deutschen Literatur geriet: an Schiller. Der Mensch „kommt zu sich aus seinem sinnlichen Schlummer, erkennt sich als Mensch, blickt um sich her und findet sich – in dem Staate".

Hultenreich zitiert diese Sentenz aus den Briefen „Über die ästhetische Erziehung des Menschen" frei und sagt dann: „1966, während meiner Lehre als Gebrauchswerber im ‚Centrum'-Warenhaus, unternahm ich meinen ersten Fluchtversuch, über die CSSR, wurde erwischt, kam zurück nach Erfurt, in die U-Haft, Verhandlung nach zwei Monaten, der Richter fragte: ‚Was lesen Sie?' ‚Schiller', sagte ich, und dann noch: ‚Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte, säßen Sie heute auch hier – aber in anderen Roben.'" Der Staatsanwältin reicht das, um Hultenreich psychiatrisch untersuchen zu lassen. Der Arzt findet nichts Krankes an ihm, warnt jedoch vor weiteren Äußerungen dieser Art. Die gefährliche Posse endet mit einer Strafe auf Bewährung.

Hultenreich fragt später in einem Gedicht: *„Woran denkt man eigentlich als erstes, / wenn man an Sibirien denkt?"* und notiert in einem anderen, „ACHTUNDSECHZIG" überschriebenen: *„In mir drin brach sich / der Oktober 49 sein feistes Genick"*. 1968, das Jahr, das so viele prägte, aber nicht unbedingt mutiger machte: *„Wir werden langsam DIE, vor denen wir uns / in unserer Jugend warnten."* Doch dieser Poet will nicht sein eigener „Hinterbliebener" werden: *„Meine Nächte heißen: DURCH!"* sagt er sich in der poetischen Rekonstruktion und verklärt damit nichts, erfaßt nur, sarkastisch, ironisch, selbstkritisch und – ja, auch elegisch, Stationen einer Biographie, die seine ist – Markierungspunkte einer Antikarriere: der Junge, der die vormilitärische Ausbildung verweigert, eine Gebrauchswerberlehre abschließt, in den Westen zu flüchten versucht, das Gefängnis erfährt, ein Bibliothekarsstudium erfolgreich beendet, als Berufsmusiker arbeitet; der Mann, der sich psychiatrisieren läßt, um nicht zur Reserve zu müssen. Dazwischen Lektüren: Schiller, Freud, Nietzsche, Kafka, Camus – von ihm weiß er das Wichtigste: „Immer auf der Seite der Leidenden sein, nie auf der Seite derer, die es veranstalten."

Seit dem 18. Geburtstag Versuche, das Leben schreibend zu begreifen. Vier gedruckte Gedichte in siebzehn Jahren. Lesungen in privaten und kirchlichen Zirkeln. Der Provinzler, nach Berlin gekommen, stiehlt den Stars des halblegalen Ostberliner Undergrounds während einer solchen Lesung auf einem Kirchentag mit seinen sarkastischen Versen – Hultenreich spricht leise von „knallharten Texten" – die Show, die so ernst ist, daß sich die begeisterten Zuhörer anschließend von ihm „verabschieden", nachdem sie sowas gehört haben: *„'Wohin fliegen WIR?' fragt der Innenminister. / 'RAUS!' antwortet das Flugzeug. / Und MICH hat man wieder mal dagelassen, mit der / Begründung: SIE? SIE MÜSSEN ALS FISCH NICHT / ÜBER LAND WOLLEN! / Mit NANU? ist das nicht abgetan. Es wundern sich auch / die 200 Pauken aufm ALEX, die von 200 blauen Trommlern / mit Gummiknüppeln bearbeitet werden. / Die SINFONIE DER TAUSEND muß sitzen zum Fest."*

Das Lachen vergeht einem beim zweiten Lesen ganz

Wie kommt man mit so einer Biographie hier an? „Illusionslos", sagt Hultenreich, „aber danach kann's nur besser werden. Weil ich in der DDR immer auf der Stelle stand, kommt mir hier jeder Schritt wie ein 100-Meter-Lauf vor." Das ist weit entfernt von Hurra-Optimismus. Die Skepsis bleibt, ohne die der Spaß am Lebens- und Wort-Spiel, der seine Gedichte in unnachahmlicher Weise funkeln läßt, nur flacher Jux wäre.

Hultenreich, der Schachspieler, will „immer einen Zug besser sein als der Gegner", sagt er und meint damit auch sich: *„Seite für Seite umgeblättert die / Gesamtausgabe meines Gesichts. / Bis zum Epilog, zum Register, zum / letzten Punkt. In den Ohren Gras / dreißig alter Frühlinge … Blicke, wie Vergangenheiten. Ausgestiegen aus allen / Gesichtern. Wohin des Wegs, / mein Fuß? Etwa ins Gebirge?"* Dieser Poet provoziert ein Lachen, das einem beim zweiten Lesen vergehen soll.

ULRICH SCHACHT

Neue Schallplatten: Cool Jazz und Disko-Sound

Kätzchen lieben's heiß

Wenn den smarten Trendsettern nichts Neues mehr einfällt, dann werfen sie einen Blick zurück in der Hoffnung, etwas zu entdecken, von dem niemand mehr weiß, daß es schon einmal *en vogue* war. Das ist bei der Mode nicht anders als bei der Kneipenkultur, in der die bonbonbunten Longdrinks derzeit der letzte Schrei sind (dabei wurde einem schon in den 50er Jahren davon schlecht); und glücklich darf sich derjenige schätzen, der noch eine Tütenlampe oder einen Nierentisch auf dem Dachboden aufgetrieben hat. Warum sollte die Bewegung nicht auch die Musik ergreifen? Auf „Cool Jazz", dem abgeklärten Stil der fünfziger Jahre, zu dessen Klängen man sich die Schweißperlen vom Bebop wegwischen konnte, steht derzeit die „in crowd", entspricht diese Richtung doch ganz dem Lebensgefühl, das sie kultiviert.

Da wittern die Plattenfirmen natürlich Morgenluft. Flugs eilt man in die Archive, bläst den Staub aus alten Rillen und würfelt, was man findet, zu einer bunten Mischung zusammen. Dabei kommt dann so etwas wie „Hot Tracks For Cool Cats" zustande (Polydor 819 450-1), in denen Art Blakeys Jazzmessengers und Stan Getz, Miles Davis und Louis Armstrong einträchtig nebeneinander spielen. Selbstverständlich darf dabei das populärste „cool"-Stück, Dave Brubecks unverwüstliches „Take Five", nicht fehlen.

Die Aufnahmen an sich sind qualitativ über jeden Zweifel erhaben. Nur schmeckt das Doppelalbum doch fatal nach einem Jazz-Digest für vermeintliche Feinschmecker, die vom Brot nur die Wurst stibitzen. Dabei gibt es manches Brot, das vielleicht nicht so kaufreundlich, dafür aber äußerst schmackhaft ist. Der kühle Trend scheint übrigens anzudauern. Die „Hot Tracks" tragen den Zusatz „Vol. I". Weitere Neuheiten von damals stehen uns also noch ins Haus.

Ganz cool kommt auch ein schillernder Disko-Vogel aus Belgien hereingeflattert, der sich bei näherem Hinhören jedoch als buntgemachter Spatz entpuppt. Viktor Lazlo heißt die Schöne, und das ist kein Druckfehler. Sie stellt sich mit ihrer ersten LP „She" vor (Polydor 827 958-1), auf der ein Astrud-Gilberto-Verschnitt von einem Möchtegern-Stan-Getz begleitet wird. Das Ganze ist eingepackt in fade, stereotype Arrangements. „Sweet, Soft 'n Lazy" oder „Ain't Gonna Come" sind eindrucksvolle Beispiele dafür, wie musikalische Mini-Einfälle auf fünf Minuten ausgewalzt werden können. Wenn Mlle Lazlo wirklich mal an eine hörenswerte Ballade wie „Stories" gerät, dann fehlt ihr das interpretatorische Talent, ein solches Stück zu gestalten. So klingt ein Song wie der nächste, und keiner bleibt im Ohr haften.

Schließlich macht sie aus Julie Londons großartiger Pop-Ballade „Cry Me A River" ein wallonisch-biederes „Pleurer des Rivières" und versucht sich an „Put The Blame On Mame", zu dessen Klängen 1946 Rita Hayworth als „Gilda" einen Striptease vorführte, bei dem sie sich bloß ihrer Handschuhe entledigte. Doch was die schöne Viktor daraus macht, erzeugt selbst beim Betrachten des offenherzigen PR-Photos kein Knistern. Falls doch, dann kann es nur daran liegen, daß die Platte statisch aufgeladen ist.

RAINER NOLDEN



KULTURNOTIZEN

Howard de Silva, Hollywood-Schauspieler, Regisseur und Produzent, starb im Alter von 76 Jahren in Ossining im US-Bundesstaat New York an einem Krebsleiden.

„Wien 1880–1938" lautet der Titel einer Ausstellung im Pariser Kunst- und Kulturzentrum Georges Pompidou (bis 5. Mai).

Der Förderpreis „Glockengasse", dotiert mit 45 000 Mark, ist zu gleichen Teilen der Kölner Fotokünstlerin Astrid Klein, dem Münchner Objektemacher Stephan Huber und dem Aachener Bildhauer Wolfgang Nestler verliehen worden.

Die polnische Nationaloper gastiert vom 14. bis 27. März in Karlsruhe, Hannover und Luxemburg.

Für junge Organisten im Alter zwischen 16 und 21 Jahren hat die Stadt Münster einen Internationalen Preis, der im September verliehen wird, ausgeschrieben.

Professor Walter Bader wurde in Xanten geehrt

Der Retter des Doms

Die 50-Jahr-Feier der Einweihung der Krypta im St.-Viktor-Dom zu Xanten durch Bischof Clemens August Graf von Galen wurde von der katholischen Kirchengemeinde und dem Verein zur Erhaltung des Xantener Doms dazu benützt, das Lebenswerk von Professor Walter Bader zu würdigen und seinen im Verlag Butzon und Bercker in Kevelaer erschienenen Grabungsbericht mit dem Titel „Das Märtyrergrab in Xanten" der Öffentlichkeit vorzustellen. Diözesanbischof Reinhard Lettmann aus Münster nahm an der Spitze zahlreicher Vertreter von Kirche, Kultur und Politik an der Feier teil, Bader aber war durch Krankheit verhindert, die Lobeshymnen mehrerer Redner persönlich anzuhören, die in der Laudatio von Professor Udo Mainzer in den Worten gipfelten: „Walter Bader ist seit langem ein Teil des Xantener Doms, und seit langer Zeit ist der Xantener Dom ein Teil von Walter Bader."

Der 1901 im schwäbischen Rottenburg am Neckar Geborene wollte ursprünglich Maler werden. Auf Geheiß seines Onkels, der damals Ministerpräsident in Württemberg war, aber ging Bader 1925 nach Bonn, studierte beim berühmten Konservator Paul Clemen Kunstgeschichte und promovierte zwei Jahre später mit einer Prädikats-Arbeit über den „Bildhauer des Laacher Samson".

Baders beruflicher Weg von den frühen 30er bis weit in die 70er Jahre hinein ist in jüngster Zeit bei zahlreichen Ehrungen nachgezeichnet worden. 1933 übernahm er im Xantener Dom die Leitung der Ausgrabungen, wenig später fand er die Urzelle des St.-Viktor-Doms: die Gräber des heiligen Viktor und seines Gefährten.

Der Xantener Dom wurde so zu Baders Schicksal und zu seiner Lebensaufgabe. Selbst die Verfolgung durch die Nazis und siebenmonatige Kerkerhaft wegen angeblichen Hochverrats noch berufliche Abwechslungen durch die Baugeschichte der Benediktinerabtei von Brauweiler und die Betreuung der beweglichen und unbeweglichen Kunstdenkmäler von vier Kreisen am Niederrhein vermochten die Weichen umzustellen. Bader blieb seiner einmal übernommenen Aufgabe treu – auch nach dem Krieg. Er rettete den zerstörten Dom vor der Einebnung, baute ihn zuerst allein, anschließend zusammen mit einer immer größer werdenden Zahl Gleichgesinnter wieder auf. Hierzu eine Tagebucheintragung von Bader am 17. August 1945 anläßlich der ersten Sitzung des Dombauvereins: „Man kann sich keinen größeren Kontrast vorstellen, als den der vom Einsturz bedrohten Domruine und den Plänen, die hier beraten werden."

Der rheinische Landeskonservator und Bader-Nachfolger, Professor Udo Mainzer, stellte in seiner Laudatio unter dem Beifall des Auditoriums dazu fest: „Man darf es eine gütige Fügung nennen, wenn die Geschichte einer historischen Kult-, Gedächtnis- und Denkmalstätte identisch ist mit der Geschichte eines Menschen, dem jene Stätte in ihrer nunmehr seit einem halben Jahrhundert vertrauten Daseinsform ihre Existenz verdankt."

Mainzer und die anderen Festredner – unter anderem Dompropst Engelbert Lindlar, Bürgermeister Alfred Mertens, Verleger Edmund Bercker und Wilhelm Hornberg vom Dombauverein – versuchten nicht, eine erschöpfende Leistungsschau des langjährigen Staatskonservators von Nordrhein-Westfalen, Xantener Ehrenbürgers und vielfach Geehrten und Ausgezeichneten zu zelebrieren. Angesichts des Umfangs von Baders Wirken wohl auch ein fast unmögliches Unterfangen. Bader kümmerte sich schließlich nicht nur um den Xantener Dom, sondern noch um viele andere rheinische Baudenkmale. Manche waren bereits dem Abbruch geweiht – Bader rettete sie. Dazu gehörten die Clemenskirche in Münster, Zitadelle und Schloß Jülich, das Schloß Kalkum in Düsseldorf, die Kölner Kirchen, der Dom zu Minden und das Brühler Schloß.

Mainzer wiederholte zum Schluß mit Recht die Feststellung eines Redners beim 80. Geburtstag von Bader, wonach dieser „eine große, die ganz große Zeit rheinischer Denkmalpflege verkörpert". Mit Blick auf das dank der Unterstützung durch Kultus- und Wissenschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen erschienene jüngste und möglicherweise letzte Werk Baders, fügte Mainzer hinzu: „Walter Bader hat mit seinen monumentalen Publikationen den Denkmalen ein Denkmal gesetzt."

WALTER H. RUEB

JOURNAL

Baubeginn der Deutschen Bibliothek verzögert sich

dpa, **Frankfurt**

Der Neubau der Deutschen Bibliothek in Frankfurt soll nun 1988 endgültig in Angriff genommen werden. Damit verzögert sich die Fertigstellung des bundesweit größten öffentlichen Bauprojekts (Gesamtvolumen 270 Millionen Mark) um rund vier Jahre. Bibliotheksdirektor Pflug rechnet damit, daß die Nationalbibliothek 1992 mit einem Bestand von dann fünf Millionen Bänden in ihre neuen Räume umziehen kann. Er teilte weiter mit, daß der Bebauungsplan für das Projekt jetzt rechtsgültig und der Planungsauftrag an die Architekten erteilt worden sei. Allerdings müsse der Bundestag der Detailplanung noch zustimmen. Im Neubau sollen einmal zwölf Millionen Bände Platz finden. Damit reicht die Lagerkapazität für etwa 50 Jahre.

Projekt für europäische Schauspielschule

AFP, **Paris**

Der italienische Regisseur Giorgio Strehler hat sein Projekt für eine europäische Schauspielschule vorgestellt, die 1987 im Théâtre du Vieux Colombier in Paris eröffnet werden soll. Das 1913 eröffnete Haus, in dem Charles Dullin und Louis Jouvet Direktoren waren und das seit 1970 verwaist ist, wird im Juni für seine neue Bestimmung renoviert. Strehler will daraus einen „europäischen Treffpunkt" machen. Sein Ziel sei es, „das Theater mehr zu lieben und durch das Theater mehr das Leben zu lieben".

„Von dort hierher" im Ignis-Zentrum

DW. **Köln**

Die Ausstellung „Von dort hierher" wird bis zum 28. Februar im Osteuropäischen Kultur- und Bildungszentrum Ignis in Köln gezeigt. Sie umfaßt Gemälde und Plastiken von Künstlern, die erst vor kurzem aus der „DDR" in die Bundesrepublik übergesiedelt sind. Die Zusammenstellung wurde zuerst im Kunstverein Villa Strecius in Landau/Pfalz (s. WELT v. 28.12.85) gezeigt.

Zwei Konzerte junger Musiker in Bonn

dpa, **Bonn**

Junge deutsche Komponisten und Musiker stehen im Mittelpunkt von zwei Konzerten, die das Bonner Beethovenorchester zusammen mit dem Deutschen Musikrat am 20. und 21. Februar in der Beethovenhalle veranstaltet. Die jungen Instrumental- und Vokalsolisten gehören zu den Spitzenkräften des deutschen künstlerischen Nachwuchses. Frank Peter Zimmermann (21), Violine, und Tabea Zimmermann (20), Viola, werden Werke von Mozart, Brahms und des 32jährigen Komponisten Hans-Jürgen von Bose spielen.

Schulversuche mit dem Medium Bildplatte

dpa, **Gütersloh**

Bis September 1986 läuft gegenwärtig an 15 nordrhein-westfälischen Schulen ein Modellversuch mit lasergesteuerten Bildplatten und den dazugehörenden Übertragungsgeräten, die von der Gütersloher Bertelsmann-Tochter Telemedia für das von den Kultusministern der Länder gesponsorte Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) produziert worden sind. Entwickelt wurden bisher Bildplatten-Programme in den Fächern Arbeitslehre, bildende Kunst, Biologie, Geographie, Physik und politische Bildung. Dem neuen technologischen Medium für den Schulunterricht bescheinigten die Fachleute hohe Verschleißfestigkeit im harten Schulalltag, da die „Abtastung" der Bildplatten durch einen Laserstrahl berührungsfrei erfolge. Zudem seien Bildplattenspieler einfach zu bedienen und relativ billig zu haben. Die endgültige Auswertung des Modellversuchs ist erst für 1987 programmiert.

Werkübersicht von Jacob Bornfriend

DW. **Bochum**

Ist er ein slowakischer Maler? Ein tschechoslowakischer? Ein britischer? Ein jüdischer? Schon die beiden Namen deuten auf ein Schicksal zwischen den Fronten hin. 1904 wurde er als Jakub Bauernfreund im slowakischen Zborov geboren, 1976 ist er als Jacob Bornfriend in London gestorben. In Preßburg begann er mit dem Zeichnen, dann studierte er an der Prager Akademie. 1936 und 1938 hatte er mit seinem Freund Endre Nemeš die ersten Ausstellungen in Prag. Dann begannen die schweren Jahre der Emigration, ehe er dann Mitte der Fünfziger in England auch als Künstler anerkannt wurde. Das Museum Bochum, das den Künstlern zwischen Ost und West besondere Aufmerksamkeit schenkt, erhielt jetzt seinen malerischen Nachlaß. Anlaß für eine Retrospektive (bis 16. März) und einen ausführlichen Katalog (30 Mark).

Praxisnahe Schule für Journalisten

D. D. Berlin

Mit der Gründung der Journalistenschule Axel Springer, mit Sitz in Berlin und Hamburg, werden im Axel-Springer-Verlag neue Wege bei der Ausbildung des journalistischen Nachwuchses beschritten. Bei der Vorstellung des Projekts im Berliner Verlagshaus wies der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Verlages, Günter Prinz, darauf hin, daß die Schule auch dem Vermächtnis Axel Springers gewidmet sei, „der immer in erster Linie Journalist war".

Voraussetzung für die Aufnahme in die Journalistenschule ist das Abitur und möglichst ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine abgeschlossene Berufsausbildung. Ausnahmen sind, so Prinz, möglich. Zwölf Monate der zweijährigen Ausbildung (Volontariat) absolvieren die Schüler in sogenannten „Stammredaktionen", etwa bei der WELT. Sieben Monate in mindestens einer Zeitungs- oder Zeitschriftenredaktion des Verlages schließen sich an. Drei Monate Theorie ergänzen das Programm.

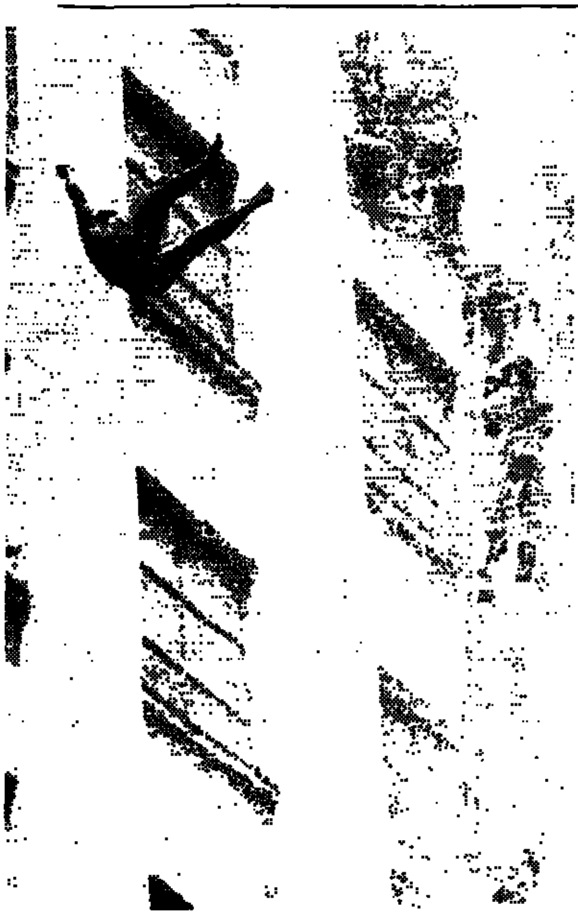
„Bei uns wird die Praxis nicht simuliert", betont Prinz. So wird die Hauszeitung des Verlages „Springer aktuell" von den Volontären unter fachlicher Anleitung des Hauses selbständig gestaltet.

Geleitet wird die Schule von Harry Hinz, ehemaliger stellvertretender Chefredakteur von „Bild" und „Bild am Sonntag" und Holgar Raulfs, der unter anderem Lehrbeauftragter im Studiengang Journalistik an der Universität Hamburg ist. Namhafte Journalisten des Verlages und Gastdozenten werden als Referenten wirken.

Einstellungstermin ist jeweils der 1. Oktober. Beim Auswahlverfahren versucht der Springer-Verlag mit Hilfe eines Fragebogens, der vom 1. Mai an angefordert werden kann, einen neuen Weg. Mit den in die engere Wahl gekommenen Kandidaten werden dann Einzelgespräche geführt.

„Größe und Struktur unseres Verlagshauses bieten einmalige Voraussetzungen für eine umfassende Ausbildung", betont Günter Prinz. Durch die wachsende Zahl von Zeitschriften und private Hörfunk- und Fernsehstationen werde der Bedarf an qualifizierten Journalisten erheblich zunehmen. Die Schule sei keine Konkurrenz, sondern Ergänzung zur Universitätsausbildung und den bestehenden Schulen in München und Hamburg.

Hochhausbrand im Geschäftsviertel von Rio de Janeiro fordert vermutlich 24 Menschenleben



Zwei Uhr nachmittags im Geschäftszentrum von Rio de Janeiro. In den Büros des 13stökkigen Gebäudes herrscht reger Publikumsverkehr, darunter Pensionisten, die gekommen sind, um ihren Rentenanspruch verlängern zu lassen. Plötzlich schlagen Flammen aus dem zehnten Stockwerk. Panik bricht aus. Hunderte von Angestellten drängen durch das Treppenhaus hinab ins Erdgeschoß. Immer dichter wird die Menschenmenge, die sich vor dem Gebäude ansammelt. Plötzlich ein Aufschrei. Eine Frau löst sich vom Fenstergesims und springt – in den Tod; kurz darauf folgt ihr ein Mann. Nur wenige Meter von ihnen entfernt versucht die Feuerwehr Eingeschlossene zu erreichen (links). Andere gelangen auf das Dach des Hochhauses und werden von Hubschraubern gerettet (rechts). Die Rettungsarbeiten dauern die ganze Nacht hindurch. Für viele jedoch kommt jede Hilfe zu spät. Gestern morgen veröffentlichten die Behörden die traurige Bilanz: Vermutlich haben 24 Menschen, den Tod in der Flammenhölle gefunden. Etwa 40, darunter Feuerwehrleute, wurden mit Verbrennungen und Rauchvergiftungen in Krankenhäuser gebracht.

FOTOS:AFP



Mehr als 50 Tote bei Zugunglück in Zentralchile

dpa, Santiago de Chile

Bei einem schweren Eisenbahnunglück in der Nähe der zentralchilenischen Hafenstadt Valparaiso sind nach ersten offiziellen Angaben 54 Menschen ums Leben gekommen und 464 verletzt worden. Zwei mit Badegästen vollbesetzte Personenzüge waren am Montag abend (Ortszeit) auf einer Brücke 139 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Santiago frontal zusammengeprallt. Es handelt sich um das schwerste Zugunglück in Chile seit über 30 Jahren. Nach Augenzeugenberichten war nicht auszuschließen, daß noch weitere Leichen aus den zerstörten Waggons geborgen werden. Nach Angaben der Eisenbahngesellschaft war die Ursache des Unglücks offenbar „menschliches Versagen".

Weniger Tierversuche

dpa, Mannheim

In der Arzneimittelforschung der Bundesrepublik Deutschland ist die Anzahl der Versuchstiere von 1977 bis 1984 von jährlich 4,16 Millionen auf 2,44 Millionen zurückgegangen. Dies gab die im vergangenen Jahr gegründete „Gesellschaft Gesundheit und Forschung" (GGF) gestern in Mannheim bekannt. Die Angaben stützten sich auf Erhebungen des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie, hieß es. Als Ursache für den Rückgang nannte ein Vorstandsmitglied der GGF das verstärkte „Tierschutz-Bewußtsein" auch in der Forschung.

In der Steppe verdurstet

AP, Alice Springs

Sechs Menschen sind 650 Kilometer südlich von Alice Springs tot aufgefunden worden. Seit dem 9. Februar waren sie nicht mehr gesehen worden. Erste Untersuchungen ergaben, daß die drei Erwachsenen und drei Kinder nach einer Autopanne in der zentralaustralischen Steppe verdursteten.

Baby ausgesetzt

dpa, Castrop-Rauxel

Ein zwei Tage alter Säugling ist in der Nacht zu Dienstag in einem Garten in Castrop-Rauxel ausgesetzt worden. Das kleine Mädchen überlebte, in ein Kopfkissen und eine Decke gehüllt, bei einer Temperatur von minus elf Grad.

Brennender Sattelzug

dpa, Darmstadt

Mehr als 20 Kilometer fuhr ein Lübecker mit einem brennenden Sattelschlepper über die Autobahn bei Darmstadt. Im Rückspiegel hatte der Mann bemerkt, daß der linke Hinterreifen seines Aufliegers qualmte. Es gelang dem Lkw-Fahrer nicht, mit Zickzack-Fahren die inzwischen brennende Decke von der Felge „abzuwalken". Die Flammen griffen auf die Plane und die Ladung über. Im Kreis Groß-Gerau stoppte die Polizei den Sattelschlepper und ließ den Brand von der Feuerwehr löschen.

Mit gemischten Gefühlen

Viktor Emanuels Appell an die KPI stößt auf Kritik

KLAUS RÜHLE, Rom

In monarchistischen Kreisen Italiens herrscht große Aufregung. Thronprätendent Viktor Emanuel von Savoyen hat sich in einem Schreiben an das amtliche Organ der Kommunistischen Partei, „L'Unita", gewendet und darin einen Appell an die „Partei der Arbeiterklasse" gerichtet: Sie soll seinen Wunsch, nach Italien zurückzukehren, unterstützen oder wenigstens nicht ablehnen.

Danach will er sich an die Christdemokraten, die Sozialisten und die anderen Parteien Italiens wenden, um eine Verfassungsänderung zu erreichen, die es ihm und seinem Sohn Emanuel Filiberto ermöglicht, italienischen Boden zu betreten, was nach der geltenden Verfassungsklausel den männlichen Nachfahren des Hauses Savoyen verboten ist.

Vertreter der monarchistischen Bewegung betrachten die Initiative des Kronprinzen mit gemischten Gefühlen. Die einen begrüßen den Vorstoß gegen eine als „anachronistisch" empfundene Vorschrift, andere sehen in dem Bittgesuch an die Kommunistische Partei ein Armutszeugnis und eine Geschmacklosigkeit, des Thronfolgers unwürdig.

Der springende Punkt dabei ist, daß die Kommunisten und sicher auch die anderen Parteien einer Änderung der betreffenden Verfassungsklausel nur zustimmen werden, wenn das Haus Savoyen endgültig auf Thronansprüche verzichtet. In einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera" ist Viktor Emanuel dieser Frage ausgewichen. Zugleich lehnt er jede Mitverantwortung für die Auslieferung des italienischen Staates an den Faschismus ab: „Man kann mir nicht Taten zur Last legen, die ich nicht begangen habe."

Der umstrittene Vorstoß Viktor Emanuels ist Wasser auf die Mühlen jener Monarchisten, die in Amadeus von Aosta, dem Repräsentanten einer Nebenlinie des Hauses Savoyen, den qualifizierten Thronfolger sehen. Der in Italien lebende Prinz genießt wegen seiner untadeligen Lebensführung allgemeinen Respekt.

Glanz des einen Sterns

Prinz Charles ehrt den „großen Texas-Sohn der Neuzeit"

ERNST HAUBROCK, Austin

In Texas – davon sind die Bewohner des südlichsten US-Bundesstaates felsenfest überzeugt – ist alles größer als sonstwo in der Welt: die Ranches und Rinder, die Herden und Hüte, die Steaks, das Stehvermögen der Männer und vieles mehr. Der Besucher nimmt es anfangs freundlich-skeptisch als Ausdruck eines hochentwickelten Lokalpatriotismus zur Kenntnis. Nach einer Weile gesteht er aber neidlos ein, daß Texas und die Texaner tatsächlich Überdimensionales in großem Stil zeigen. In dieser Woche wird das wieder deutlich: Der Lone Star State – in der texanischen Staatsflagge blinkt nur ein Stern – beginnt mit pompösen Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag seiner Proklamation zur unabhängigen Republik.

Die Unabhängigkeit währte nur eine Dekade: vom 2. März 1836 – nach Scharmützeln und Schlachten gegen die mexikanische Herrschaft – bis zum Anschluß an die amerikanische Union zehn Jahre später, aus ganz und gar freien Stücken. Mit bewundernswerter Unbefangenheit gegenüber historischer Schicklichkeit haben die Texaner mit dem Prinzen von Wales ausgerechnet einen Monarchensproß als Ehrengast zum republikanischen Jubelfest gebeten. Anfang der Woche wurde Charles auf dem Flughafen von Dallas/Fort Worth vom texanischen Gouverneur Mark White begrüßt.

Gestern stand ein Bankett im Terminkalender seiner königlichen Hoheit: In Dallas übernahm Prinz Charles die Schirmherrschaft für eine Veranstaltung der Winston-Churchill-Stiftung, einer Vereinigung von Amerikanern, die Sir Winston bewundern und in seinem Namen Geld sammeln, um junge Amerikaner auf die britische Universität Cambridge zu schicken.

First Lady Nancy Reagan als Tischdame neben sich, überreichte der britische Thronfolger den Ehrenpreis der Stiftung an H. Ross Perot, den „großen Texas-Sohn der Neuzeit". Mit einem Anfangskapital von 1000 Dollar begann dieser Selfmademan reinsten Wassers 1962 sein Unternehmen E. D. S. (Electronic Data Systems) – 20 Jahre später verkaufte er es für 2,5 Milliarden Dollar an General Motors. Wie Hunderte seiner texanischen Multimillionärskollegen gab Perot für seinen Heimatstaat immer gern und reichlich.

In der Staatshauptstadt Austin schneidet Charles zum Ende seines Texas-Besuches den größten Geburtstagskuchen der Welt an: 45 Tonnen schwer, 33 Meter lang und 24 Meter breit ist das Naschwerk. Der Konditormeister hört auf den Namen Franz Eichenauer. Seinen Wohnsitz hat er von Österreich in den amerikanischen Süden verlegt. Auch Zuckerbäcker Eichenauer erfuhr die Bedeutung jenes geflügelten Wortes aus dem Lone Star State: „Frage niemals jemand nach seinem Vaterland". Diesen Rat gibt hier jeder Lehrer seinen Schützlingen mit auf den Weg. „Wenn er Texaner ist, wird er es sowieso sagen; wenn er es nicht ist, wozu soll man ihn ärgern?" (SAD)

NEU-MEXIKO
OKLAHOMA
ARKANSAS
Amarillo
Lubbock
Colorado
Dallas
MISSISSIPPI
El Paso
TEXAS
Waco
LOUISIANA
Rio Grande
Austin
Houston
Pt. Arthur
San Antonio
Galveston
Laredo
Corpus Christi
MEXIKO
Golf von Mexiko
500 km
DIE WELT

Seit die Geschichten um den Ewing-Clan über die Bildschirme flimmern, sind die Umrisse allerorten bekannt: Auch in J. R.'s Büro hängt eine Karte von Texas. Vieh, Baumwolle, Weizen sind neben Öl die Eckpfeiler der texanischen Wirtschaft, seit das Land 28. Staat der USA wurde. Und Dallas ist heute der Inbegriff für sprunghaftes Wachstum. 15 Millionen Einwohner leben in dem nach Alaska zweitgrößten Bundesstaat mit riesigen Ausmaßen: Von Amarillo bis zur Südspitze ist es genauso weit wie von London nach Rom. 3000 Meter hohen Gebirgen im Westen folgen Steppen im Innern und subtropisches Klima im Süden, am Golf von Mexiko.

„Kreuzfahrten finden auf alle Fälle statt"

hkl/DW. Wellington/Bonn

Wie konnte ein mit so modernen Navigationsmitteln ausgestattetes Passagierschiff wie die „Michail Lermontow" auf ein Riff laufen, das auf den Seekarten verzeichnet ist, und sinken? Mit dieser Frage beschäftigt sich seit gestern in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington eine seeamtliche Voruntersuchung. Sie soll die Umstände klären, unter denen das sowjetische Kreuzfahrtschiff am Sonntag abend vor der Nordspitze der Kiwi-Südinsel untergegangen ist. Wie durch ein Wunder konnten alle Passagiere gerettet werden. Ein 34jähriger Maschinist kam ums Leben (die WELT berichtete).

In einem Interview mit dem sowjetischen Fernsehen hat Kapitän Wladislaw Worobiew den Lotsen, Kapitän Don Jamison, beschuldigt, das Schiff in eine auf der Seekarte nicht mit Wassertiefen angegebene Fahrrinne um Kap Jackson und seine trügerischen Felsen und Riffe geleitet zu haben, damit die Passagiere besser die Schönheiten des Marlborough Sundes sehen konnten.

Der Lotse hat bisher keine Stellung genommen. Vor dem Untersuchungsgremium soll er erst am Donnerstag erscheinen. Aber die „Marlborough Harbor Board", für die er arbeitet, erklärte gestern, der Lotse, der als einer der erfahrensten Neuseelands gilt, habe die Kontrolle über das Schiff kurz vor dem Auflaufen auf das Riff an den Kapitän abgegeben. Nach Aussagen von Passagieren sei dies nach einer Auseinandersetzung zwischen Lotse und Kapitän erfolgt.

Dies löst erneut die Frage nach der Verantwortung von Lotse und Kapitän aus. Der Hamburger Kapitän Oskar Freiherr von Holtzapfel zur WELT: Unmittelbar nach seiner Meldung auf der Brücke bei der Schiffsführung fährt der Lotse das Schiff; er gibt seine Anweisungen an den Rudergänger. Der Kapitän kann eingreifen, er muß es, wenn seiner Ansicht nach „Gefahr im Verzug" ist. Dieses Eingreifen muß auch im Logbuch eingetragen werden für ein etwaiges Verfahren vor dem Seeamt.

Die „Michail Lermontow" – noch 1982 in Bremerhaven für rund 40 Millionen Mark umgebaut – sollte auch in diesem Sommer für Europas größten Reiseveranstalter, die TUI (Touristik Union International, Hannover) im Vollcharter fahren. Zwischen dem 19. Juni und dem 20. September waren insgesamt fünf Nordland- und zwei Ostsee-Kreuzfahrten vorgesehen. „Diese Reisen werden auf alle Fälle stattfinden, denn bis zu diesem Zeitpunkt haben wir auf alle Fälle ein Ersatzschiff unter Vertrag", sagte gestern ein TUI-Sprecher der WELT.

WETTER: Norden und Westen kalt

Lage: Am Südrand einer Hochdruckzone über Skandinavien werden mit einer kalten Nordostströmung Randstörungen nach Nord- und Westdeutschland geführt. Der Süden wird weiterhin von einem Tiefdrucksystem über dem Mittelmeer erfaßt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Westen stark bewölkt und länger andauernder Schneefall. Höchsttemperaturen um minus 3, nachts minus 5 bis minus 10 Grad. Schwacher Nordostwind.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag meist niederschlagsfrei, nur im Süden noch zeitweise leichter Schneefall. Nachts Frostverschärfung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.27 Uhr*, Untergang: 17.45 Uhr; **Mondaufgang:** 12.31 Uhr, Untergang: 5.44 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 19. Feb., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
Reykjavik
Haparanda
Stockholm
London
Hamburg
Berlin
Frankfurt
Paris
München
Wien
Nizza
Dubrovnik
Madrid
Lissabon
Malaga
Palma
Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-5	S
Bielefeld	-4	S
Braunlage	-9	S
Bremen	-3	S
Dortmund	-5	S
Dresden	-4	S
Düsseldorf	-2	bw
Erfurt	-8	S
Essen	-4	S
Feldberg/S.	-3	Ne
Flensburg	-3	bw
Frankfurt/M.	-4	he
Freiburg	-5	S
Garmisch	3	he
Greifswald	-3	bd
Hamburg	-2	bd
Hannover	-4	S
Kahler Asten	-10	S
Kassel	-5	bw
Kempten	0	bw
Kiel	-2	S
Koblenz	-3	bw
Köln-Bonn	-3	S
Konstanz	0	bd
Leipzig	-5	S
List/Sylt	-2	bw
Lübeck	-2	bd
Mannheim	-2	bw
München	-1	S
Münster	-3	bw
Norderney	-2	S
Nürnberg	-3	bd
Oberstdorf	2	he
Passau	1	he
Saarbrücken	-6	bw
Stuttgart	-5	S
Trier	-4	he
Zugspitze	-9	he

Ausland:		
Algier	15	bw
Amsterdam	-1	bw
Athen	16	he
Barcelona	14	bw
Belgrad	5	R
Bordeaux	9	he
Bozen	3	bw
Brüssel	-3	S
Budapest	2	bd
Bukarest	2	bd
Casablanca	15	bw
Dublin	3	bd
Dubrovnik	12	bd
Edinburgh	3	bw
Faro	15	bw
Florenz	12	R
Genf	2	Ne
Helsinki	-10	he
Hongkong	19	he
Innsbruck	4	bw
Istanbul	14	he
Kairo	20	wl
Klagenfurt	3	he
Konstanza	9	he
Kopenhagen	-2	he
Korfu	14	bw
Las Palmas	20	bw
Leningrad	-10	S
Lissabon	13	he
Locarno	1	bw
London	[illegible]	bw
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	-5	he
Madrid	10	bw
Mailand	1	Ne
Malaga	14	bw
Mallorca	15	he
Moskau	-9	S
Neapel	14	R
New York	2	bd
Nizza	8	R
Oslo	-3	he
Ostende	-1	bw
Palermo	16	bw
Paris	-1	he
Peking	-1	bd
Prag	-4	S
Rhodos	16	he
Rom	13	bw
Salzburg	1	he
Singapur	32	bw
Split	13	bd
Stockholm	-8	he
Straßburg	-5	S
Tel Aviv	18	he
Tokio	11	R
Tunis	16	he
Valencia	16	he
Varna	14	he
Venedig	[illegible]	R
Warschau	-4	bw
Wien	0	Sp
Zürich	2	bd

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall u. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

ZU GUTER LETZT

„Wenn das Wetter kalt ist, wird die Puff Unterlage sich langsam puffen. Entrollen die Puff Unterlage und liegen auf ihr, dann wird sie von der Wärme sich Inflationen bekommen." Aus der deutsche Gebrauchsanweisung für eine Luftmatratze eines Herstellers aus Taiwan, aufgelesen in der Zeitschrift „Test".

